

# Stenographisches Protokoll

## 59. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIII. Gesetzgebungsperiode

Montag, 18. und Dienstag, 19. Dezember 1972

### Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973

#### Spezialdebatte

Beratungsgruppe VI: Unterricht und Kunst  
(Fortsetzung)Beratungsgruppe XIV: Wissenschaft und  
Forschung

### Inhalt

#### Personalien

Krankmeldungen (S. 5442)

#### Geschäftsbehandlung

Unterbrechung der Sitzung (S. 5543)

#### Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses  
über die Regierungsvorlage (460 d. B.):  
Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973  
(546 d. B.)

#### Spezialdebatte

Beratungsgruppe VI: Kapitel 12: Unterricht,  
Kapitel 13: Kunst, Kapitel 71: Bundes-  
theater (Fortsetzung)Redner: Peter (S. 5442), Dr. Schnell  
(S. 5452), Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer  
(S. 5453), Edith Dobesberger (S. 5456),  
Zeillinger (S. 5459), Dipl.-Ing. Dr. Leit-  
ner (S. 5469), Wuganigg (S. 5474),  
Dr. Kaufmann (S. 5477), Luptowitz  
(S. 5482), Ofenböck (S. 5487), Kraft  
(S. 5492), Ortner (S. 5493), Ing. Rudolf  
Heinz Fischer (S. 5497), Dr. Eduard  
Moser (S. 5501), Bundesminister Doktor  
Sinowatz (S. 5502) und Dr. Mock  
(S. 5509)Entschließungsanträge Dipl.-Ing. Dr. Jo-  
hanna Bayer betreffend Verbesserung des  
Kindergartensystems (S. 5454) und Dipl.-  
Ing. Dr. Leitner betreffend Anpassung der  
Schülerheimbeihilfen (S. 5473)

Annahme der Beratungsgruppe VI (S. 5513)

Beratungsgruppe XIV: Kapitel 14: Wissen-  
schaft und ForschungSpezialberichterstatte: Ing. Scheibengraf  
(S. 5513)Redner: Dr. Broesigke (S. 5515), Bundes-  
minister Dr. Hertha Firnberg (S. 5518,  
S. 5540 und S. 5577), Dr. Ermacora  
(S. 5520), Radinger (S. 5530), Dr. Kauf-  
mann (S. 5534), Dr. Stix (S. 5537),  
Suppan (S. 5541), Blecha (S. 5543),  
Dr. Blenk (S. 5549), Dr. Scrinzi (S. 5557),  
Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer (S. 5565),  
Dr. Heinz Fischer (S. 5567), Dr. Hauser  
(S. 5572), Wille (S. 5575) und Dr. Eduard  
Moser (S. 5582)Ausschußentschließung betreffend Unter-  
bringung des Internationalen Institutes für  
angewandte Systemanalyse (S. 5515)

#### Entschließungsanträge

a) Dr. Ermacora betreffend Ausschreibung  
von Hochschullehrerposten (S. 5522)b) Dr. Ermacora betreffend Studienord-  
nungen (S. 5523)c) Dr. Ermacora betreffend Professoren  
neuen Typs (S. 5523)d) Dr. Blenk betreffend Anpassung der  
Studienbeihilfen (S. 5554)e) Dr. Blenk betreffend technisch-  
wissenschaftliches Dokumentationszentrum  
(S. 5555)f) Dr. Blenk betreffend forcierter Ausbau  
des Hochschul-Bibliothekswesens (S. 5556)g) Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer betreffend  
Raumnot an der Universität Wien (S. 5566)Annahme der Beratungsgruppe XIV  
(S. 5585)

### Eingebracht wurden

#### Regierungsvorlage

535: Protokoll I der Diplomatischen Konferenz  
für die Inkraftsetzung des Zusatzüber-  
einkommens zum Internationalen Über-  
einkommen über den Eisenbahn-Personen-  
und -Gepäckverkehr (CIV) über die Haf-  
tung der Eisenbahn für Tötung und Ver-  
letzung von Reisenden sowie des zuge-  
hörigen Protokolls B und Protokoll II der  
Diplomatischen Konferenz für die end-  
gültige Inkraftsetzung des Protokolls A  
betreffend die Erhöhung der Mitglieder-  
zahl des Verwaltungsausschusses (S. 5442)

#### Anfragen der Abgeordneten

Helga Wieser, Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer  
Dr. Marga Hubinek und Genossen an den  
Bundesminister für Finanzen betreffend  
Steuerfreiheit für Spenden an wohltätige  
Einrichtungen (1016/J)Dr. Stix, Dipl.-Ing. Hanreich und Genossen  
an den Bundesminister für Handel, Gewerbe  
und Industrie betreffend Richtlinien für die  
Förderung nach dem Gewerbestrukturver-  
besserungsgesetz (1017/J)Dr. Heinz Fischer, Blecha und Genossen an  
den Bundesminister für Finanzen betreffend  
Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung bzw.  
der einzelnen Ressortminister (1018/J)Dkfm. Gorton, Deutschmann, Suppan  
und Genossen an den Bundesminister für  
Land- und Forstwirtschaft betreffend Re-  
fundierung der Kosten von Waldbrand-  
versicherungen (1019/J)

Dkfm. Gorton, Deutschmann, Suppan und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend marktkonforme Produktion von Faserholz (1020/J)

Dkfm. Gorton, Deutschmann, Suppan und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend beabsichtigte Änderungen forstrechtlicher Bestimmungen (1021/J)

Regensburger und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Autobahn Innsbruck—Telfs (1022/J)

Regensburger, Suppan und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Einsatz der Exekutive in Kärnten (1023/J)

Regensburger und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Eingabe an politische Mandatäre (1024/J)

Regensburger und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend Personal bei den österreichischen Seilbahnen (1025/J)

Dr. Fiedler und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Strafverfügungen (1026/J)

Melter, Dr. Schmidt und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Rheintalautobahn — Variantenuntersuchung (1027/J)

## Beginn der Sitzung: 11 Uhr

**Vorsitzende:** Präsident Benya, Zweiter Präsident Dr. Maleta, Dritter Präsident Probst.

**Präsident:** Die Sitzung ist eröffnet.

Die amtlichen Protokolle der 56. Sitzung des Nationalrates vom 13. und 14. Dezember und der 57. Sitzung vom 14. Dezember 1972 sind in der Kanzlei aufgelegt und unbeanstandet geblieben.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Horr, Dr. Gruber, Staudinger, Dr. Schleinzner, Brandstätter, Nittel und Fachleutner.

### Einlauf

**Präsident:** Ich gebe bekannt, daß die Regierungsvorlage Protokoll I der Diplomatischen Konferenz für die Inkraftsetzung des am 26. Februar 1966 unterzeichneten Zusatzübereinkommens zum Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahn-Personen- und -Gepäckverkehr (CIV) vom 25. Februar 1961 über die Haftung der Eisenbahn für Tötung und Verletzung von Reisenden sowie des zugehörigen Protokolls B und Protokoll II der Diplomatischen Konferenz für die endgültige Inkraftsetzung des Protokolls A vom 26. Februar 1966 betreffend die Erhöhung der Mitgliederzahl des Verwaltungsausschusses (535 der Beilagen) eingelangt ist.

Ich werde diese Regierungsvorlage gemäß § 41 Abs. 4 Geschäftsordnungsgesetz in der nächsten Sitzung zuweisen.

**Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (460 und Zu 460 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973 (546 der Beilagen)**

**Fortsetzung der Spezialdebatte über die Beratungsgruppe VI: Unterricht und Kunst**

**Präsident:** Wir gehen in die Tagesordnung ein. Gegenstand ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (460 und Zu 460 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973 (546 der Beilagen).

Wir kommen zunächst zur Fortsetzung der Spezialdebatte über die Beratungsgruppe VI.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm.

**Abgeordneter Peter (FPO):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das österreichische Bildungswesen steht vor schwer zu bewältigenden Problemen. Auf der einen Seite liegt ein formalgesetzliches Bildungsangebot vor, das andererseits auf Grund der unzulänglichen bildungspolitischen Vorsorge praktisch nicht realisiert werden kann. Das ist die eine Problematik, mit der das österreichische Schulwesen heute konfrontiert ist.

Eine weitere Problematik besteht darin, daß das Bildungswesen mit der dynamischen Veränderung unserer Gesellschaft nicht Schritt halten kann und daß es daher nicht möglich ist, das Bildungswesen den dynamischen gesellschaftspolitischen Veränderungen zügig anzupassen.

Eine der Hauptursachen für diesen Mangel sehen wir Freiheitlichen darin, daß die österreichische Schulgesetzgebung auch in den siebziger Jahren noch nicht jene Flexibilität erlangt hat, die notwendig wäre, um dem Veränderungsprozeß der Gesellschaft Rechnung zu tragen. Wir stehen nach wie vor einem erstarrten Schulgesetzgebungsmechanismus gegenüber, der vor allem in der unnotwendigerweise zwischen der Österreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei seinerzeit paktierten Zweidrittelmehrheit seinen Ausdruck findet.

Peter

Ich möchte an die beiden anderen Parteien des Hauses noch einmal die Bitte richten, diesem erstarrten System der österreichischen Schulgesetzgebung mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden, als es bis heute möglich war. Ich bin persönlich der Meinung, daß wir mehr als bisher mit einfachgesetzlichen Regelungen operieren müßten, um die Notstände des österreichischen Bildungswesens rascher beheben zu können.

Was nützt das Bildungsangebot auf der einen Seite, wenn dasselbe auf der anderen Seite praktisch nicht realisiert werden kann. Was nützt die Bildungswerbung des Bundesministeriums für Unterricht auf der einen Seite, wenn auf der anderen Seite die Abweisungen der Schüler im Bereich der allgemeinbildenden höheren Schule und im Bereich des berufsbildenden höheren Schulwesens immer häufiger werden und für österreichische Begriffe allmählich geradezu astronomische Zahlen erlangen.

Ich erinnere nur an die 700 Bewerber, die im Bereich Oberösterreichs die Aufnahmeprüfung bestanden und damit die Voraussetzung für eine Aufnahme an allgemeinbildenden höheren Schulen erbracht haben, aber wegen Platzmangels abgewiesen werden mußten. Ich erinnere weiter an die Zahl von 5000 Schülern, die von der HTL im Bereich Gesamtösterreichs abgewiesen werden mußten, obwohl sie die Aufnahmeprüfung bestanden haben, weil es an den erforderlichen Ausbildungsplätzen gemangelt hat.

Und damit, meine Damen und Herren, zeigt sich, daß die Versäumnisse auf dem Gebiet der Bildungsforschung und auf dem Gebiet der Bildungsplanung in Österreich äußerst weitreichender Natur sind.

Begrüßenswert ist, daß Österreich die Bildungsforschung wenigstens in den siebziger Jahren entdeckt hat und daß wir nunmehr 108 Forschungsprojekte im Bereich der Bildung laufen haben. Ohne Zweifel aber steht fest, daß hier Versäumnisse vorliegen, die einfach in kurzer Zeit nicht bewältigt werden können.

Eine Frage, die in diesen Bereich hineinreicht, möchte ich herausgreifen und sie dem Herrn Bundesminister für Unterricht zur Beantwortung vorlegen.

Wir geben heute für einen Pflichtschüler pro Jahr rund 7000 S Steuergelder aus, und wir geben für einen Schüler an berufsbildenden höheren Schulen im Durchschnitt 15.900 S pro Jahr aus. Die Ausbildungskosten für den Bereich der Schüler an allgemeinbildenden höheren Schulen liegen im Schnitt bei 11.600 S per anno.

Herr Bundesminister! Sind die bildungspolitischen Voraussetzungen, sind die Voraussetzungen in bezug auf die Qualität der Lehrer, sind die Voraussetzungen in bezug auf den Schul- und Klassenraum ausreichend, um mit diesem für die Bildungspolitik getätigten Aufwand an Steuermitteln sicher nicht maximale, so aber doch optimale Lösungen zu erzielen?

Eine Beantwortung dieser Frage führt bei mir derzeit — und die Betonung liegt auf „derzeit“ — nicht nur nicht zu positiven Ergebnissen, sondern führt leider zu sehr bedeutsamen Negativzuständen, an denen die oberste Schulverwaltung meiner Meinung nach nicht vorübergehen sollte.

Ich bin auch der Auffassung, Herr Bundesminister, daß man eine Überprüfung der bildungspolitischen Strukturen, so wie sie sich seit der Schulreform 1962 ergeben haben, vornehmen sollte.

Übereinstimmung, glaube ich, herrscht zwischen allen drei Parteien dahin gehend, daß die bildungspolitische Struktur Österreichs einer dringenden Ergänzung im Sinne der Vorschaltung der Vorstufe des Kindergartens bedarf. Hier sind wir aber kraft fehlender Voraussetzungen bis jetzt noch nicht über das Postulat hinausgekommen, das jedem Kind das Recht auf Kindergartenbetreuung und Kindergarten Ausbildung einräumt.

Wir haben von Seite des Bundesgesetzgebers sehr wohl überlegt und uns die Grenze selbst gezogen. Der Bundesgesetzgeber will auf Grund der Erfahrungen, die sich aus der Schulgesetzgebung 1962 ergeben haben, diese Grenze nicht ohne Notwendigkeit und zwingenden Grund überschreiten. Die Grenze soll vom Bundesgesetzgeber deswegen nicht überschritten werden, weil 1962 der Nationalrat Aufgaben beschlossen hat, deren finanzielle Realisierung zu Lasten der Gemeinden als Schulerhalter gegangen ist und geht.

Genauso wäre es auch auf dem Gebiet des Kindergartenwesens. Wir können im Parlament nicht Dinge beschließen, deren Realisierung die finanzielle Leistungskraft der Gemeinden überfordern würde, wiewohl die Beschlußfassung über die offenen Kindergartenprobleme eine dringend anstehende ist.

Herr Bundesminister! Ich möchte doch auf eine Entwicklung eingehen, die ich persönlich als äußerst unerfreulich betrachten muß: Auf der einen Seite glauben wir im Bereich der Bundesgesetzgebung mit einer gebotenen Zurückhaltung im Augenblick der Kindertagesangelegenheit mehr zu dienen, als durch eine entsprechende gesetzgeberische Initiative möglich wäre.

**Peter**

Dieser Überlegung auf Seite des Bundesgesetzgebers steht eine an und für sich erfreuliche Praxis in den Ländern gegenüber: Verschiedene Bundesländer haben auf dem Gebiet des Kindergartenwesens die Initiative ergriffen und sie auch zum Teil schon auf dem Gebiet der Landesgesetzgebung in die Tat umgesetzt.

Aber gerade in diesem Bereich, Herr Bundesminister, mangelt es an der notwendigen Koordinierung der Absichten. Hier gehen die Bundesländer Wege, die nicht immer mit den Auffassungen des Bundesgesetzgebers übereinstimmen.

Daher gilt es jetzt zu überlegen, wie lange diese Zurückhaltung des Bundesgesetzgebers noch Platz greifen kann, während andererseits die Bundesländer Initiativen ergreifen, die an sich begrüßenswert sind, die erfreulich sind, die zwar mit einem sehr großen Kostenaufwand verbunden sind, die aber in der Endkonsequenz das Erreichen optimaler Kindergartenlösungen deswegen in Frage stellen, weil es an der notwendigen Koordination und Konzentration der Absichten fehlt.

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit gerade auf dieses Problem lenken und Sie bitten, im Rahmen der heutigen Debatte Ihre Auffassung dazu dem Hohen Hause bekanntzugeben.

Wir stehen vor großen Veränderungen im Bereich der Grundschule. Ich glaube, daß es heute nicht mehr wegdiskutiert werden kann, daß der Unterricht in Leibesübungen, daß der Unterricht im Bereich der musischen Ausbildung sowie der Entfaltung der musischen Kräfte des Kindes im Grundschulbereich nicht mehr vom Klassenlehrer bewältigt werden kann und daß hier das Fachlehrersystem Platz greifen muß.

Wie schwer es aber ist, das entsprechend ausgebildete Lehrerpotential zur Verfügung zu stellen, bedarf angesichts des akuten Lehrermangels von diesem Platze aus keiner besonderen Illustration. Das Bundesministerium wird aber genötigt sein, auch hier taugliche Lösungen ins Auge zu fassen und dieselben auch in die Praxis umzusetzen.

Ich bin mir sehr wohl bewußt, Herr Bundesminister, daß es im Bereich der Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen heute ein gerüttelt Maß an ungelösten Problemen gibt. Ich will aber ebenso unterstreichen, daß es gerade im Bereich der Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen die weitestgehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den politischen Parteien gibt.

Es wäre daher der Versuch zu unternehmen, den größten gemeinsamen politischen Nenner zwischen den drei Parteien zu erarbeiten. Bevor wir diesen größtmöglichen gemeinsamen politischen Nenner nicht erarbeitet haben, werden wir den offenen Problemen der Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen nicht so dienen können, wie es im Interesse der Jugend notwendig wäre.

Herr Bundesminister! Es muß auch an den Appendix, an den Blinddarm des Pflichtschulwesens herangegangen werden. Das ist nun einmal der Polytechnische Lehrgang.

Der Herr Abgeordnete Harwalik und ich haben das Thema des Polytechnischen Lehrganges ausdiskutiert, ich beginne es daher bewußt nicht wieder von vorne. Ich glaube, daß heute sogar Übereinstimmung zwischen ihm und mir dahin gehend besteht, daß man den Polytechnischen Lehrgang in der heutigen Form nicht so im Raum stehen lassen kann, wie er heute steht, sondern daß hier eine Fortsetzung des Bildungsganges in den Bereich des berufsbildenden Schulwesens erfolgen muß. Also nicht Streit- und Auseinandersetzungsgegenstand soll der Polytechnische Lehrgang zwischen der freiheitlichen Fraktion und den beiden anderen Fraktionen sein, sondern er soll Diskussionsgegenstand mit dem Ziel sein, eine Lösung zu finden, die von allen Fraktionen gebilligt werden kann.

In diesem Zusammenhang wäre ich überaus verbunden, Herr Bundesminister, wenn man den Strukturproblemen der österreichischen Bildungspolitik, geschaffen vor allem durch die Schulreform 1962, im Jahre 1973 noch mehr Aufmerksamkeit zuwenden würde, als es in der Vergangenheit der Fall war.

Damit möchte ich auf die ungelöste Strukturproblematik im Bereich des höheren Schulwesens eingehen. Hier stehen Dinge im Raum, die einer gründlichen Diskussion ebenso bedürfen wie der Anbahnung von Lösungen. Meinungsverschiedenheit zwischen der freiheitlichen Fraktion und den beiden anderen Fraktionen des Hauses besteht dahin gehend, daß wir Freiheitlichen der Meinung sind, es sind im Zusammenhang mit der Schulreform 1962 zu viele Typen des allgemeinbildenden höheren Schulwesens am grünen Tisch konzipiert worden. Offene Probleme bestehen auch deswegen, weil eben die Schulreform 1962 ohne die erforderlichen praktischen Erfahrungen, also ohne Schulversuche beschlossen wurde.

Die Schulversuche werden heute nachgeholt. Ich stehe persönlich positiv zu den Schulversuchen. Aber ich bin mir auch bewußt, daß wir eines Zeitraumes von mehreren Jahren

Peter

bedürfen, um auf die Erfahrungswerte der Schulversuche bei der Bildungsreform zurückgreifen zu können.

Ich bitte aber, daß ein Problem 1973 diskutiert wird, das zwischen der freiheitlichen Fraktion und den damaligen OVP-Unterrichtsministern seit jener Zeit anhängig ist, in der Minister Dr. Piffl-Perčević im Amte war.

Damals konnten wir Freiheitlichen Minister Dr. Piffl bewegen, vor dem Hohen Hause — und das ist im stenographischen Protokoll nachzulesen — die Erklärung abzugeben, daß im Unterrichtsministerium an einem Entwurf zur Typenbereinigung im Bereich des allgemeinbildenden höheren Schulwesens gearbeitet wird.

Ich habe Ihrem Vorgänger Minister Gratz wie auch Ihnen im Vorjahr, Herr Bundesminister, die Frage gestellt: Ist die Typenbereinigung an den allgemeinbildenden höheren Schulen Österreichs noch im Programm des Unterrichtsministeriums enthalten, oder hält das Bundesministerium für Unterricht an den vielfältigen Typen des allgemeinbildenden höheren Schulwesens fest?

Ich bitte um Erörterung dieses Fragenkomplexes, wenn möglich dahin gehend, daß heute eine Antwort erteilt wird; wenn nicht, daß wir zu einem späteren Zeitpunkt im Jahre 1973 in der Schulreformkommission darüber diskutieren.

Ich bin auch überzeugt, daß zu viele Steuergelder nicht nur des Bundes, sondern vor allem auch der Länder und Gemeinden in den letzten zehn Jahren für einen nicht immer ziel führenden Auf- und Ausbau des allgemeinbildenden höheren Schulwesens eingesetzt worden sind.

Ich bin mir der Problematik zwischen AHS und berufsbildender höherer Schule bewußt. Das Unterrichtsministerium glaubte, dadurch der Bildungspolitik am besten dienen zu können, den Aufbau und Ausbau der allgemeinbildenden höheren Schulen in Angriff zu nehmen und voranzutreiben. Das geschah unter dem Piffl-Postulat „in jeder Bezirkshauptmannschaft eine allgemeinbildende höhere Schule“.

Sicher ist das eine beachtliche bildungspolitische Leistung, aber leider in Richtung falscher bildungspolitischer Strukturen. Warum? Weil es uns heute — und das wird von keiner Fraktion des Hohen Hauses und auch nicht vom Herrn Bundesminister für Unterricht bestritten — an dem notwendigsten Angebot berufsbildender höherer Schulen in Österreich fehlt. Ein Land, welches das Postulat eines Industriestaates — wie Öster-

reich — für sich beansprucht, hat sich der Tatsache bewußt zu sein, daß das berufsbildende höhere Schulwesen nun einmal den mittleren Angestellten und das mittlere Management der Technologie heranzubilden hat.

Wenn das technologische Bildungsangebot kein ausreichendes ist, dann werden wir der Wirtschaft und der Industrie dieses Landes nicht den erforderlichen Nachwuchs für den Bereich des mittleren Managements zur Verfügung stellen können. Darum glaube ich, Herr Bundesminister, müßten noch viel mehr Anstrengungen als bisher unternommen werden, um einen dynamischeren Impuls, als es bisher gelungen ist, für den Ausbau des berufsbildenden höheren Schulwesens auszulösen. Wenn es heute gerechtfertigt ist, im Kompetenzbereich des Bundes nicht unbedingt verankerte, zusätzliche Mittel von Ländern und Gemeinden in Anspruch zu nehmen, dann ist dies beim Ausbau der berufsbildenden höheren Schulen gerechtfertigt.

Herr Bundesminister, Sie sind seit Monaten mit dem Anliegen der österreichischen Gesellschaft für Oberflächentechnik konfrontiert. Diese Gesellschaft hat Ihnen die Bitte und den Wunsch unterbreitet, der Gründung und Errichtung einer höheren technischen Lehranstalt für Oberflächentechnik das gebührende Augenmerk zuzuwenden. Hier geht es darum, den Nachwuchs für den mittleren Bereich des Managements für mindestens 1200 österreichische Betriebe zu sichern; ein Problem das meines Erachtens die besondere Aufmerksamkeit Ihres Ressorts verdient.

Wenn wir über den Bereich der allgemeinbildenden höheren Schulen Österreichs diskutieren, dann kann man am Problem der Maturanten nicht vorübergehen. Das Piffl-Postulat, „jeder Bezirkshauptmannschaft eine allgemeinbildende höhere Schule“, hat zu der Konsequenz geführt, daß wir heute einem Überangebot an Allgemein-Maturanten gegenüberstehen, wie das bislang in Österreich nicht der Fall war. Je mehr Maturanten mit Allgemein-Matura wir bekommen, umso mehr wird uns bewußt, daß es sich hier um junge Menschen ohne Berufsabschluß handelt, die vor große Probleme gestellt sind.

Verbunden mit der Ausweitung der Zahl der Allgemein-Maturanten ist die Klage der Hochschulen und Universitäten, daß viele dieser Maturanten im wahrsten Sinne des Wortes nicht hochschulreif sind. Daraus resultiert, daß die Qualität der Ausbildung an den allgemeinbildenden höheren Schulen nicht mehr dem Niveau der einstigen und bewährten österreichischen Mittelschule standhalten kann. Für diesen Niveauverlust und für

**Peter**

diese Qualitätseinbußen an allgemeinbildenden höheren Schulen gibt es eine Vielfalt von Ursachen, die Ihnen, Herr Bundesminister, genauso geläufig sind wie mir.

Wenn man nicht ausreichend ausgebildete, wenn man nicht umfassend in der Didaktik ausgebildete und wenn man nicht ausreichend geprüfte Lehrkräfte für die allgemeinbildenden höheren Schulen zur Verfügung stellen kann, dann ist es nicht die Schuld der Lehrer — das sei nachhaltig unterstrichen —, wenn das Ausbildungsniveau sinkt, dann liegt die Schuld beim Gesetzgeber und bei der obersten Schulverwaltung.

Wenn Bildungsangebot und Bildungspraxis nicht mehr in Einklang zu bringen sind, dann ist eben der Ruf nach einer flexibleren Schulgesetzgebung nicht mehr zu überhören. Man kann nicht dem Ausweiten des Zustandes contra legem weiterhin tatenlos zusehen. Man muß Wege finden, um in kürzester Zeit genügend Klassen, genügend Schulen und genügend geprüfte Lehrer zur Verfügung zu stellen. Wenn man das nicht kann, dann muß sich das Unterrichtsministerium über notwendige Konsequenzen im Sinne von Gesetzesnovellierungen Gedanken machen.

Mit dem Beseitigen der Aufnahmeprüfung ist die Schleuse zu einem größeren Zustrom an die allgemeinbildenden höheren Schulen geöffnet worden. Aber vor Öffnung der Schleuse, vor Beseitigung der Aufnahmeprüfung sind keine Dämme errichtet worden. Keine Dämme dahingehend, daß dieser Zustrom von wesentlich mehr Schülern nun auch entsprechend von diesem Bildungszweig erfaßt werden kann.

Es fehlen an den allgemeinbildenden höheren Schulen die Klassen. Es fehlen die Lehrer. Das geht so weit, daß viele Pflichtgegenstände in allgemeinbildenden höheren Schulen nicht mehr unterrichtet werden können. Herr Bundesminister! Das ist doch keine seriöse Ausbildung auf dem Weg zur Matura im Sinne der alten seriösen österreichischen Mittelschule. Die allgemeinbildende höhere Schule von heute ist nicht mehr vergleichbar mit dem Bildungsniveau und Ausbildungsstand der einstigen österreichischen Mittelschule. An dieser Tatsache kann das Bundesministerium für Unterricht nicht vorübergehen, und daher muß der zuständige Bundesminister der Öffentlichkeit sagen, wie es hier weitergehen soll.

Es hat doch keinen Sinn, Herr Bundesminister, daß wir künftig Tausende Kinder mehr den allgemeinbildenden höheren Schulen zuführen, als es seinerzeit bei der österreichischen Mittelschule der Fall war,

wenn uns andererseits seriöse Untersuchungen vor Augen führen, daß die Maturanten der AHS vielfach berufsuntauglich für den Bereich der Wirtschaft sind.

Da ist der Maturant der einstigen österreichischen Mittelschule, der voll verwendungsfähig für den Bereich der Wirtschaft war, wertvoller als ein Massenangebot von Allgemein-Maturanten, das heute nur bedingt verwendungsfähig ist: bedingt verwendungsfähig für die Wirtschaft und Industrie, aber ebenso bedingt verwendungsfähig für den Bereich der Hochschule und der Universität.

Herr Bundesminister! Ich bitte Sie, zu diesen Meinungen, die in aller Öffentlichkeit umfassend verbreitet worden sind, persönlich Stellung zu nehmen. Wenn die Sozialwissenschaftler Dr. Gasperi und Dr. Millendorfer sagen: „Mit Maturanten ist in der Wirtschaft nichts anzufangen“, dann ist das sicher etwas überzeichnet, hat aber meinen Erfahrungen nach einen sehr wahren Kern. Wo liegt also die realistische Mitte nach Auffassung des Bundesministeriums für Unterricht? Herr Bundesminister, wie liegen die Dinge nach Ihrer persönlichen Meinung?

Dr. Gasperi führt in diesem Zusammenhang weiter aus: „Die allgemeinbildenden höheren Schulen sollten so reformiert werden, daß mit den Maturanten etwas anzufangen ist.“ Wie also soll das allgemeinbildende höhere Schulwesen reformiert werden, damit die Wirtschaft mit den Maturanten der AHS in Zukunft mehr anfangen kann, als es bisher der Fall war?

Aber auch eine Dame Ihres Hauses, Herr Bundesminister, Frau Dr. Hönigsperger von der Abteilung Bildungsstatistik des Unterrichtsministeriums, ist einer ähnlichen Meinung, die ich vollinhaltlich teile. Die Matura ist heute vielfach eine Prestigesache. Wollen wir das? Ich will es nicht, Herr Bundesminister! Wenn Sie es auch nicht wollen, dann müßte der Gesetzgeber gegebenenfalls Überlegungen anstellen, welche Voraussetzungen er von einem Maturanten erwartet und verlangt, der nicht aus Prestigegründen und der nicht aus gesellschaftspolitischen Prestige heraus die Matura anstrebt.

Weiterhin ist die Frage in aller Öffentlichkeit zum Beispiel durch den „Kurier“-Artikel an Ihr Haus gerichtet, wenn zum Ausdruck gebracht wird: Was gedenkt man seitens des Unterrichtsministeriums zu tun, um Österreichs Maturanten nicht nur hochschulreif, sondern auch wirtschaftstauglich zu machen?

Ich bin der Auffassung, daß im gleichen Maß, wie der österreichische Maturant hochschulreif gemacht werden muß, er auch wirtschaftstauglich sein muß.

Peter

Nun zu einem Krebsgeschwür des österreichischen Bildungswesens. Herr Bundesminister! Der Zustand auf dem Sektor des Nachhilfeunterrichtes ist ein katastrophaler. Immer mehr ist es notwendig, Pflichtschülern, also Volksschülern, Nachhilfeunterricht zu erteilen, weil der Lehrer der Pflichtschule und der AHS einfach seiner Aufgabe nicht mehr gerecht zu werden vermag, und zwar deswegen nicht mehr gerecht zu werden vermag, weil so viele Voraussetzungen für eine zielführende pädagogische Arbeit fehlen.

Auf der einen Seite ist durch den Ausbau des allgemeinbildenden höheren Schulwesens ein beachtlicher Teil des Steueraufkommens für diese Bildungsinstitutionen investiert worden. Ein unangenehmer Sekundäreffekt des Ausbaues der AHS ist für die Familie Österreichischer daraus entstanden, daß diese, weil es an der Qualität der Ausbildung an allgemeinbildenden höheren Schulen mangelt, nun tief in die Tasche greifen muß, um das Nachhilfestundenproblem zu lösen, das langsam nicht mehr verantwortbare Ausmaße annimmt.

Ich glaube, daß weder Sie als Ressortchef noch der Gesetzgeber an diesen Mißständen vorübergehen können. Die Bundesregierung soll sagen, wie sie glaubt, vor allem die durch den Zustand contra legem geschaffenen Probleme raschestens in die Hand zu bekommen.

Wenn wir nicht genügend Klassen haben, dann müssen wir prüfen, ob die Klassenschülerhöchstzahl aufrecht erhalten werden kann. Wenn nein, müssen Sie sich im Rahmen der Bundesregierung Gedanken machen, wie man die Zustände bewältigen kann. Aber treiben lassen auf diesem Gebiet, geht auf Kosten des Ausbildungsstandes, geht auf Kosten des Ausbildungsniveaus der österreichischen Jugend und ist im Sinne der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit Österreichs nicht zu verantworten. Ich setze noch einmal ein Ja der Freiheitlichen zu den Schulversuchen, allerdings unter einer Bedingung: daß das Bundesministerium für Unterricht die wissenschaftliche Betreuung der Schulversuche im vollen Ausmaß garantiert und gewährleistet. Ich unterstreiche, daß die Schulversuche ein wesentlicher Bestandteil der Bildungsforschung von heute und morgen sind.

Wenn derzeit in 524 Schulen und in 1638 Klassen rund 2000 Lehrer aller Schulkategorien mit den Schulversuchen befaßt sind, dann bedarf es eines breiten Spektrums der wissenschaftlichen Betreuung und Abstützung dieser Schulversuche.

Gestatten Sie, daß ich die Seriosität der wissenschaftlichen Betreuung der Schulversuche in Zweifel ziehe.

Ich ziehe auch in Zweifel, Herr Bundesminister, daß eine umfassende, zeitgerechte Vorbereitung der Lehrer auf diese Schulversuche stattgefunden hat.

Und ich bezweifle ebenso, daß eine ausreichende und umfassende Aufklärung der Eltern jener Schüler stattgefunden hat, die sich Schulversuchen zu unterziehen haben.

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie, aber auch den Herrn Präsidenten Schnell auf Grund der Pressemeldungen ansprechen, die zu den Schulversuchen der Stadt Wien in den letzten Wochen veröffentlicht worden sind.

Ich richte diese Fragen nicht polemisch an die beiden Herren der Schulverwaltung, sondern auf Grund folgender Erwägung: Ist die Berichterstattung der Zeitung „Die Presse“ überzeichnet? Ist die Berichterstattung der „Presse“ über die Wiener Schulversuche falsch, dann muß ein falsch in der Öffentlichkeit dargestellter Sachverhalt durch das Bundesministerium für Unterricht und durch den Stadtschulrat für Wien richtiggestellt werden.

Sollte der Inhalt dieser Vorwürfe richtig sein, dann ist es die Pflicht der Schulverwaltung, in aller Öffentlichkeit aufzuzeigen, wie diese Mißstände behoben werden beziehungsweise wie diese Mißstände behoben worden sind.

Ich zitiere aus dem Artikel der „Presse“ vom 2./3. Dezember 1972 unter dem Titel „Eltern auf die Barrikaden“ mit dem Zwischentitel: „Wie man in Wien Schulversuche macht, ohne sich anzustrengen — Experimente platzen wegen krasser Mängel“. Wörtlich führte dazu „Die Presse“ aus:

„Gespickt mit guten Ratschlägen und schlagkräftigen Argumenten lehnte die Elternschaft des Mädchengymnasiums am Wiedner Gürtel einen Schulversuch ... für die erste Klasse der Oberstufe ab: „Das Ansinnen hat die Eltern in große Unruhe und Besorgnis versetzt ... Es ist eigenartig, daß man in einem neusprachlichen Gymnasium die zweite lebende Fremdsprache gänzlich als Pflichtfach streicht.“

Weil der Wiener Stadtschulrat diese Angelegenheit vertuscht hat, war es dem ... — zuständigen — „Landesschulinspektor ... peinlich, als ihm dieser Tage eine aufgebrauchte Elternschar den Briefwechsel über den verhinderten Schulversuch am Mädchengymnasium präsentierte. In einer turbulenten Versammlung der Elternschaft der vierten und fünften Klasse des Realgymnasiums in der Hagenmüllergasse in Wien-Landstraße näm-

Peter

lich, deren Ausgang einen weiteren Schulversuch zum Platzen brachte.“

Stimmt das, dann hat die Öffentlichkeit ein Recht zu erfahren, wie Abhilfe geschaffen wurde. Stimmt es nicht, dann darf diese Presseveröffentlichung nicht im Raume stehen bleiben, sondern dann muß dieselbe vom Stadtschulrat Wien eine Richtigstellung erfahren. Dann muß aber auch bei der Debatte über das Kapitel Unterricht und Kunst dazu von den Verantwortlichen der Schulverwaltung Stellung genommen werden. In dem zitierten Artikel, Herr Präsident Schnell, wird Ihnen der Vorwurf gemacht, daß ja nicht nur dieser, sondern daß schlechthin drei Schulversuche im Bereich des Stadtschulrates Wien danebengegangen sind.

Weiter heißt es in der „Presse“: „Nun sind alle böse. Das Ministerium, weil es sich um einen hausgemachten Schulversuch handelt“ — also hausgemacht in dem Sinn, daß er nicht von der Schulreformkommission gebilligt wurde —, „die Eltern, weil sie letztlich das Experiment nur in andere Bahnen lenken wollten. Präsident Schnell ist zudem verärgert, weil dies nun schon binnen weniger Monate der dritte Schulversuch in allgemeinbildenden höheren Schulen ist, der noch in den Kinderschuhen sein Leben aushaucht.“

Stimmt es also, daß im Bereich des Stadtschulrates Wien innerhalb weniger Monate drei hausgemachte Schulversuche ihr Leben ausgehaucht haben, oder stimmt es nicht? Ich hoffe, daß es nicht den Tatsachen entspricht und daß uns heute der Herr Präsident des Stadtschulrates von Wien sagen kann, daß die Berichterstattung der „Presse“ im gegenständlichen Fall falsch ist.

Der Ton des elterlichen Schreibens, das ich vorhin zitierte, ließ auch an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Wörtlich heißt es in diesem Elternschreiben: „Der Unterrichtsplan des Schulmodells gibt keine Sicherheit, daß die Schüler nach der Matura eine technische Hochschule besuchen können. Die meisten Eltern haben diesen Schultyp gewählt, weil er ihren Kindern ermöglicht, alle Arten der österreichischen Hochschulen zu besuchen.“

Ich glaube heute nicht mehr daran, daß die Matura einer allgemeinbildenden höheren Schule die umfassenden Voraussetzungen der Hochschulreife noch gewährleistet. Matura ist nicht selten mit Prestigedenken identisch. Die Matura ist zu einem Statussymbol geworden. Sie ist nicht mehr das, was die Matura einstmals in diesem Staate war. Man kann nicht an den Realitäten vorbeigehen, ohne auch über die notwendigen Konsequenzen, die sich aus den bildungspolitischen Mißständen ergeben, zu diskutieren.

Im übrigen, Herr Präsident Schnell, habe ich Ihre Rede zum Kapitel Unterricht nachgelesen, weil ich beim Halten derselben nicht anwesend war, und darin einen überaus interessanten Satz entdeckt, auf den ich eingehen möchte. Sie führten wörtlich aus: „Wir sind nicht gegen die Leistung, im Gegenteil, wir sind sehr unzufrieden mit den Leistungen an unseren Schulen.“

Ich richte daher heute die Frage an Sie, Herr Bundesminister, ob Sie die Auffassung des Präsidenten Schnell teilen. Ich teile sie. Auch ich bin unzufrieden mit den Leistungen an den österreichischen Schulen heute. Auch ich bin vor allem mit den Leistungen im Bereich der allgemeinbildenden höheren Schulen unzufrieden, bin mir aber bewußt, worin das Absinken der Leistung eine seiner Ursachen hat: Sie liegt nicht bei den Lehrern, die diesen Beruf von Haus aus ergriffen haben und die eine entsprechende Ausbildung zu diesem Beruf hinter sich gebracht haben, sondern eine der Hauptursachen besteht darin, daß die Schulverwaltung nicht in der Lage ist, die österreichischen Bildungseinrichtungen mit ausreichend geprüften Lehrern zu versorgen. Das beginnt in der Hauptschule und feiert fröhliche Urständ in den allgemeinbildenden höheren Schulen.

Soll weiterhin der Kopf des Ministers im Sand steckenbleiben? Soll die Tragödie weiter ablaufen, Herr Bundesminister, oder sind Sie willens, entsprechende Konsequenzen ins Auge zu fassen?

Konkret ist daher an die sozialistische Regierungsmehrheit in diesem Zusammenhang die Frage zu richten: Was gedenken Sie für Maßnahmen umgehend zu ergreifen, um die Leistungsverbesserung im Bereich der Pflichtschulen und im Bereich des allgemeinbildenden höheren Schulwesens zu gewährleisten?

Nun zu einer sehr aktuellen Frage im Zusammenhang mit der Verbesserung unserer demokratischen Einrichtungen. Von keiner Seite wird heute die Mitbestimmung des Menschen an seinem Arbeitsplatz, die Mitbestimmung des Staatsbürgers in der Gesellschaft, die Mitbestimmung des Staatsbürgers im Bereich der demokratischen Einrichtungen in Frage gestellt.

Meine Damen und Herren! Der Gesetzgeber beabsichtigt, im Bereich des Schulwesens einen Schritt weiter zu gehen. Er will Ansätze zur Mitbestimmung im Sinne der Demokratie-reform für die Schüler gesetzmäßig verankern. Darüber findet derzeit eine umfassende Diskussion statt.

Peter

Herr Bundesminister! Welche Maßnahmen werden Sie zu welchem Zeitpunkt setzen, damit auch den Lehrern das Mitbestimmungs- und das Mitgestaltungsrecht bei der Lösung ihrer ureigensten Probleme eingeräumt wird?

Ich spreche mich mit allem Nachdruck dagegen aus, daß einseitig vorgegangen wird, daß auf der einen Seite derzeit parlamentarische Verhandlungen stattfinden, die den Schülern das Mitbestimmungsrecht gesetzlich gewährleisten sollen, und daß andererseits für die Lehrer der Obrigkeitsstaat erhalten bleibt. Mitbestimmung auch für die Lehrer ist ein Gebot der Stunde, das eine sozialistische Alleinregierung weder übersehen soll noch übersehen darf. *(Beifall bei der FPÖ und bei Abg. Dr. Gasperschitz.)*

Herr Präsident Schnell! Ich gehe auf einen Vorschlag ein, den Sie gemacht haben. Es geht nicht allein um das Mitbestimmungsrecht der Lehrer, es geht ebenso um das Mitbestimmungsrecht der Eltern. Auch darüber sind wir Freiheitlichen bereit, mit der SPÖ-Regierungsmehrheit und mit der ÖVP-Fraktion in die Diskussion einzutreten. Auch darüber gilt es Überlegungen anzustellen, wie bei der Lehrerernennung das Mitbestimmungsrecht der Lehrer ebenso berücksichtigt werden kann wie das Mitbestimmungsrecht der Eltern.

Ein Satz in Ihrer Rede zum Kapitel Unterricht und Kunst, Herr Präsident Schnell, lautet: „Ich bin der Meinung, daß der politischen Minderheit in allen Stellenbesetzungsfragen ein gebührendes Recht, eine gebührende Chance und eine Möglichkeit eingeräumt wird.“ Das steht außer Streit. Diesen Grundsatz kann man voll billigen.

Aber genauso wichtig wie das Mitbestimmungsrecht der politischen Minderheit ist das Mitbestimmungsrecht des einzelnen Staatsbürgers in allen Bereichen der österreichischen Demokratie. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Daher geht es nicht allein um die Mitbestimmung der politischen Minderheit. Die Mitbestimmung für den einzelnen Staatsbürger ist eine nachdrückliche Forderung, die wir Freiheitlichen erheben. Daraus folgert, Herr Bundesminister für Unterricht: Schluß mit dem Lehrerproporz, Schluß mit dem Obrigkeitsstaat, Schluß mit dem Lehrerproporz im roten Wien, Schluß damit im schwarzen Niederösterreich, aber auch Schluß damit im rot regierten Österreich. *(Abg. Pichler: Und in Oberösterreich?)* Herr Kollege! Ich gehe gern auf diese Thematik ein. Ich habe in diesem Zusammenhang überhaupt nichts zu verbergen. Der „Fall Peter“ zeigt doch die

Tragik des Lehrer-Ernennungssystems im österreichischen Schulbereich auf. *(Zwischenruf des Abg. Müller.)* Lassen Sie mich ausreden, dann gehe ich gern auf Ihre Argumente ein. Herr Müller, ich bin gerne bereit, jeden Zwischenruf zu beantworten. Wenn Sie gestatten, zuerst den des Herrn Kollegen Singer.

Ich habe mich, bevor ich in die Politik gegangen bin, auf meinen Beruf durch Ablegung aller für einen Pflichtschullehrer möglichen Lehrbefähigungsprüfungen sorgfältig vorbereitet: für die Volksschule, die Sonderschule und für die Hauptschule. Ich habe mich dutzende Male um einen Hauptschuldirektorposten, ich habe mich viele Male um einen Bezirksschulinspektorposten beworben und bin natürlich, weil ich keiner der etablierten Parteien angehöre, abgewiesen worden.

Und dann kam die politisch günstige, wenn Sie wollen, die parteipolitisch günstige Konstellation, die mich zum Zuge kommen ließ. Und sehen Sie: Mein Schicksal will ich den Lehrern in Österreich künftig ersparen. Die Lehrer sollen durch Fähigkeit, Können und Leistung das erreichen können, wozu sie kraft ihrer Ausbildung befähigt sind. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Am „Fall Peter“ ist nichts zu verbergen, denn der „Fall Peter“ ist ein typisch österreichisches Schicksal, das Sie, meine Herren der SPÖ, und das Sie, meine Herren der ÖVP, seit dem Jahre 1945 Tag für Tag den Lehrern bereiten.

Aber so weit sind wir ja bereits, daß der Herr Minister Mock namens der ÖVP gesagt hat: Dieses Ernennungssystem ist revisionsbedürftig. Ebenso stellte Herr Präsident Schnell im ORF fest: In Wien gibt es keine Proporzernennung bei Lehrern! Das glauben jedoch nur Sie, Herr Präsident Schnell, das glaubt aber kein einziger Lehrer im Amtsbereich des Stadtschulrates Wien.

Wenn Sie immer wieder von der Vergangenheit reden wollen, Herr Singer, dann zeigen wir Freiheitlichen die Mißstände der Vergangenheit und Gegenwart auf. Aber Sie behaupten ja, daß Sie es besser machen wollen. Und jetzt warten wir Freiheitlichen auf Ihre Vorschläge, es besser zu machen. *(Abg. Pichler: Der „Fall Peter“ hat Sie nicht gestört?)*

Nein, er hat mich aus folgendem Grund nicht gestört: weil ich genau das gleiche demokratische Recht habe wie ein schwarzer und wie ein roter Lehrer, der durch Besitz des SPÖ- oder ÖVP-Parteibuches infolge des Proporzabkommens bei der Ernennung zum Zuge kam. *(Beifall bei der FPÖ. — Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Pichler.)*

Peter

Ja, was ist denn mit den Kreisky-Erklärungen, Herr Kollege, welche die Ausschreibung der Posten versprochen? Wann kommt denn die Postenausschreibung, die der Herr Bundeskanzler seit dem Jahre 1970 angekündigt hat? Wann kommt denn die Wettbewerbsgleichheit, welche die sozialistische Minderheitsregierung versprochen und welche die sozialistische Mehrheitsregierung erneuert hat? Im Gegensatz dazu führen Sie über die verstaatlichten Unternehmungen wieder Proporzgespräche zwischen ÖVP und SPÖ, über die personelle Zusammensetzung des Vorstandes. Bei Ihnen steckt noch immer der „Hund“ drinnen, nicht auf unserer Seite ist etwas faul. *(Beifall bei der FPÖ.)*

In den verstaatlichten Unternehmungen haben wir Freiheitlichen tüchtige Ingenieure, haben wir tüchtige Juristen, haben wir tüchtige Diplomkaufleute, denen es genauso gegangen ist und geht wie mir, die nicht weiterkommen, weil sie eben nicht schwarz und weil sie eben nicht rot sind. Wann werden Sie denn endlich begreifen, Herr Singer, daß eine Partei, die das moderne Österreich proklamiert hat wie die SPÖ, mit dem Proporz nicht mehr das Auslangen findet? *(Ruf bei der SPÖ: Pichler heißt er!)* Ich bitte vielmals um Entschuldigung! Wenn mir nichts Ärgeres passiert als eine Namensverwechslung, dann werden Sie mir das verzeihen.

Mitbestimmung für den Staatsbürger in der Demokratie in allen Bereichen fordert die FPÖ. Wir Freiheitlichen warten mit großem Interesse, meine Damen und Herren der sozialistischen Fraktion, was Sie im Bereich des Bildungswesens für Mitbestimmungsvorschläge für die Lehrer zu unterbreiten haben.

Ich erinnere, Herr Bundesminister für Unterricht, noch an die Meinungsäußerung des Universitätsprofessors Dr. Gönner in der „Furche“, worin er zum Ausdruck brachte: „Ohne Beseitigung des politischen Proporz keine echte Schulreform in Österreich.“

Aber wie könnte denn, um jetzt zum positiven Vorschlag aus unserer Sicht zu kommen, das Mitbestimmungsrecht der Lehrer aussehen?

Sehen die Österreichische Volkspartei und die Sozialistische Partei eine Gesprächsgrundlage darin, daß zum Beispiel die Lehrer an der Erarbeitung eines Dreier- oder Fünfervorschlages mitwirken, der dann Gegenstand der Verhandlungen und Beratungen im Bezirksschulrat ist? Ich bitte, diese Anregung seitens der sozialistischen und der ÖVP-Fraktion zu prüfen.

Ich bitte auch zu überlegen, ob man geneigt ist, die jetzigen gesetzlichen Grundlagen einer Novellierung dahingehend zu unterziehen, das Recht der Eltern im Zusammenhang mit der Mitbestimmung zu verankern, um eine Entpolitisierung in dem Sinn ins Auge zu fassen, daß eben die Eltern und die Lehrer frei von parteipolitischer Bindung ihr Mitspracherecht eingeräumt erhalten.

Kann man zum Beispiel in den allgemeinbildenden höheren Schulen einem von den Professoren selbst erstatteten Dreier- oder Fünfervorschlag etwas abgewinnen, der dann im Landesschulrat als Diskussionsgrundlage für die dort zu treffende Entscheidung verwendet wird? Auch darüber sollten wir im Jahre 1973 in eine konkrete Sachdiskussion eintreten.

Herr Bundesminister! Nun zu einer Errungenschaft der sozialistischen Regierung, zum Gratisschulbuch. Mein Kollege Zeillinger wird dazu in den Einzelheiten heute noch Stellung nehmen. Ich selbst möchte mich auf das Grundsätzliche beschränken.

Übereinstimmung herrscht zwischen den Freiheitlichen und der sozialistischen Regierungsfraktion sicher in der positiven Haltung der beiden Parteien zum Gratisschulbuch. Daher selbstverständlich ein Ja zu dieser notwendigen und wertvollen Einrichtung. Aber ein Nein zum Wegwerfschulbuch! Ein Nein dazu, daß ohne Notwendigkeit alle Jahre ein Betrag von mehreren 100 Millionen Schilling aufgewendet werden muß, um das Gratisschulbuch zu gewährleisten. Ich bin angesichts der vorhandenen ... *(Abg. Zeillinger: Tausend Millionen!)*

Die Milliarde wird trotz gegenteiliger Erklärungen der sozialistischen Regierungsmehrheit bei der Gratisschulbuch-Aktion erreicht werden. Wenn wir das rechnerisch weiter-spinnen — ganz genau kann man es noch nicht beweisen —, gibt eine Milliarde Schilling pro Jahr für den Rest der Gesetzgebungsperiode einen ansehnlichen Betrag.

Es geht nach unserem freiheitlichen Vorschlag um die Frage, ob wir uns entschließen können — wir schon als Freiheitliche, aber ob die sozialistische Regierungsmehrheit sich entschließen kann —, mit dieser einen Milliarde Schilling für eine Ausstattung mit Gratisschulbüchern drei, vier oder fünf Jahre das Auslangen zu finden und Milliarden zu sparen, um diese Mittel für andere Aufgaben frei zu machen. Oder hält die sozialistische Regierungsmehrheit an der von ihr geschaffenen Einrichtung der alljährlichen Erneuerung des Wegwerfschulbuches fest? Dann aber muß sich

Peter

die sozialistische Regierungsmehrheit darüber klar sein, daß sie Milliarden Schilling in leichtfertiger Weise zum Fenster hinauswirft.

Aber dazu, Herr Bundesminister, bedarf es Ihrer persönlichen Stellungnahme. Sind Sie entschlossen, am jetzigen Zustand festzuhalten, oder ist die sozialistische Regierungsmehrheit zu einer Diskussion über die Novellierung des Gratisschulbuches in dem von den Freiheitlichen aufgezeigten Sinne bereit?

Nun eine Überlegung zu Maßnahmen, die unter den Ministern Gratz und Sinowatz im Bereich der Kunst eingeleitet worden sind. Zum Kunstbericht braucht man von diesem Platze aus nicht mehr Stellung nehmen. Er hat bereits eine Behandlung im Hohen Hause erfahren. Er hat seine positive Wertung von der freiheitlichen Fraktion erhalten.

Nun liegt uns erstmalig der Bericht 1971/1972 des Bundestheaterverbandes über die österreichischen Bundestheater vor. Ich möchte einer Diskussion im zuständigen Ausschuß nicht vorgreifen, aber vermerken, daß ein erster Eindruck zu überaus positiven Eindrücken geführt hat und daß dieser erste Bundestheater-Bericht dem interessierten Abgeordneten einen überaus aufschlußreichen, interessanten und umfassenden Überblick über die Entwicklung der österreichischen Bundestheater vermittelt.

Ich möchte auf eine Feststellung eingehen, die der Altbürgermeister von Linz, Dr. Ernst Koref, der lange dem Nationalrat angehört hat, vor einigen Monaten gemacht hat. Doktor Ernst Koref meinte, die österreichischen Bundestheater erhielten zu viel Geld. Dieser Auffassung des Herrn Altbürgermeisters Dr. Koref kann ich mich aus Überzeugung nicht anschließen. Die österreichischen Bundestheater erhalten meines Erachtens nicht zu viel Geld, jedoch auch nicht zu wenig. Die österreichischen Bundestheater sind aber auf dem Wege, die zur Verfügung stehenden Mittel rationeller und optimaler einzusetzen, als das in den vorangegangenen Jahren der Fall war.

Der Auffassung des Altbürgermeisters Dr. Koref, die Bundestheater erhielten zu viel Geld, möchte ich meine gegensätzliche Meinung entgegenstellen.

Die im Theatererhalterverband zusammengeschlossenen Städte- und Länderbühnen erhalten zu wenig Geld vom Bund. Ich begnüge mich angesichts der angespannten wirtschaftlichen Lage mit dieser Feststellung und bin mir der Tatsache bewußt, daß man allerdings für das Jahr 1973 auf Grund der angespannten

Budgetlage nicht mehr Geld verlangen kann. Man darf vom Theatererhalterverband verlangen, daß er seine Mittel ebenfalls rationeller einsetzt als bisher. Man darf auch für den Bereich der Länder- und Städtebühnen verlangen und erwarten, daß die dort zur Verfügung gestellten Steuergelder noch optimaler eingesetzt werden, als es in den abgelaufenen Jahren der Fall war.

Ich begrüße, Herr Bundesminister für Unterricht, Ihre Bemühungen und Bestrebungen, die Gespräche mit den Kulturreferenten der Landesregierungen auszubauen. Ich gebe aber auch der Erwartung Ausdruck, daß diese Gespräche in Vereinbarungen zwischen dem Bund und den Ländern im Jahre 1973 konkretere Niederschläge finden, als das bei den Ansatzgesprächen möglich war. Warum? Weil es meines Erachtens heute kein Luxus ist, wenn die im Theatererhalterverband zusammengeschlossenen Städte- und Länderbühnen nicht nur Überlegungen anstellen, sondern zu Vereinbarungen kommen, wie man besser zusammenarbeiten kann, wie man über Grenzen von Landeshauptstädten und Bundesländern hinaus mit dem Linzer Landestheater in Zusammenarbeit mit anderen Bühnen in anderen Bundesländern wirksam werden kann, wie man mit den Grazer Bühnen über den Bereich der Steiermark hinaus wirken kann. Man wird Überlegungen anstellen müssen, wie man zu einer besseren Aufgabenteilung zwischen den Städte- und Länderbühnen kommen kann.

Überlegungen dieser Art sind heute kein Luxus. Sie sind aber auch keine negative Kritik an irgendeiner Länderbühne, sondern sind angesichts der gegebenen Situation eine unerläßliche Notwendigkeit.

Herr Bundesminister! Vielleicht kann man Ihre Vorstellungen dazu erfahren, wie Sie glauben, den Bundesländern entsprechende Empfehlungen geben zu können.

Nun interessiert mich die von Ihnen vor einigen Monaten angekündigte kulturelle Bestandsaufnahme. Sie, Herr Bundesminister, kündigten eine Untersuchung an, die ein möglichst genaues soziologisch fundiertes Bild der kulturellen Verhältnisse in Österreich geben soll.

Dagegen ist nichts einzuwenden, wenn Sie uns sagen können, welche Konsequenzen Sie aus dieser Untersuchung zu ziehen beabsichtigen. So würde uns interessieren, welche Zielsetzungen Sie selbst mit dieser Bestandsaufnahme verbinden. Es wäre zu begrüßen, wenn sich die auf dem Gebiet der kulturellen Zusammenarbeit zwischen dem Bund einerseits

**Peter**

und den Bundesländern andererseits eingeleiteten Maßnahmen erfolgreich entwickeln würden.

Eine Überlegung, welche die Bundestheater tangiert: Dieser erste Bundestheater-Bericht vermittelt ein überaus interessantes Bild der kulturellen Auslandsrepräsentation der österreichischen Bundestheater von der Gründung der Zweiten Republik im Jahre 1945 an bis 30. Juni 1972.

Für mich ist das ein sehr interessanter, leider aber unbefriedigender Ausweis der kulturellen Auslandsrepräsentation der österreichischen Bundestheater in den abgelaufenen 27 Jahren.

Wie glaubt man von Seite des Ministeriums, aber auch von Seite des Bundestheaterverbandes, der kulturellen Auslandsrepräsentation Österreichs besser Geltung verschaffen zu können? Wie glaubt man vor allem im deutschen Sprachraum die im Jahre 1972 eingeleiteten Versuche ausbauen zu können? Wie sieht das Programm der kulturellen Auslandsrepräsentation der Bundestheater für den Bereich dieser Gesetzgebungsperiode aus? Darüber, Herr Bundesminister, bitte ich Sie, meiner Fraktion Aufschluß erteilen zu wollen.

Sie, Herr Bundesminister Dr. Sinowatz, sind ein Freund von Bestandsaufnahmen. Sie kündigten dem Nationalrat die eben zitierte Bestandsaufnahme der kulturellen Verhältnisse in Österreich an. Sie sollten, einer weiteren Überlegung von Ihnen folgend, nicht nur die Bestandsaufnahme für den Bereich der Auslandskultur in die Wege leiten, wie Sie angekündigt haben, sondern sich auch jener Erfahrungswerte bedienen, die seinerzeit Doktor Karasek als Leiter der Sektion VII ermitteln konnte.

Sie sollten jetzt — das ist eine Forderung, die ich namens der freiheitlichen Abgeordneten erhebe — eine Bestandsaufnahme der Strukturprobleme der österreichischen Bildungspolitik in Auftrag geben. Diese Bestandsaufnahme halte ich für einen unerlässlich notwendigen Bestandteil der auch von Ihnen vertretenen Bildungsforschung in Österreich. Wenn die Bestandsaufnahme über die Strukturprobleme des österreichischen Bildungswesens nicht in Auftrag gegeben wird, dann fehlt uns zum gegebenen Zeitpunkt ein wesentlicher Bestandteil für die Inangriffnahme einer entsprechenden Bildungsplanung.

Wir wissen, daß wir auf Grund der Schulreform des Jahres 1962 ein Jahrzehnt nach Inkrafttreten derselben lediglich improvisieren können, daß sich der Zustand contra legem im

Bereich des österreichischen Bildungswesens weiter ausweitete, daß die Unübersichtlichkeit der offenen Probleme ansteigt und daß Bildungsqualität und Bildungsniveau sinken.

Dies ist für uns Freiheitliche Anlaß, Herr Bundesminister, bei Ihrem Ressort die Alarmglocke zu ziehen und Ihnen ein Jahr nach Amtsantritt zu sagen: Jetzt liegt es an Ihnen, dem Nationalrat darzulegen, wie Sie glauben, die Situation steuern zu können, mit welchen Maßnahmen Sie glauben, der angespannten Lage auf dem Gebiet der Bildungspolitik Herr werden zu können.

Genau diese Aussagen haben wir bei den Beratungen über das Budget für das Jahr 1973 vermißt, und das Nichtvorhandensein dieser konzeptiven Vorstellungen in Ihrem Ressort ist mit ein Grund, warum wir Freiheitlichen das Kapitel Unterricht und Kunst ablehnen werden! (Beifall bei der FPÖ.)

**Präsident:** Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Abgeordnete Dr. Schnell gemeldet.

Ich erteile ihm das Wort und mache darauf aufmerksam, daß die Redezeit mit fünf Minuten begrenzt ist.

**Abgeordneter Dr. Schnell (SPÖ):** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich komme der Aufforderung des Herrn Kollegen Peter, die von ihm dargestellten Verhältnisse zu berichtigen, gerne nach.

1. Es stimmt, daß in allen Wiener allgemeinbildenden höheren Schulen Raummangel besteht, und es wußte das Parlament im Jahre 1969, als es die Schulversuche in einer Resolution anregte, daß gerade der Raum- und der Lehrermangel mit den Versuchen überwunden werden sollte.

2. Zu den drei angeführten Schulen:

a) Wiedner Gürtel. Hier wurde der Schulversuch nicht begonnen, sondern wegen des Raummangels schon im Stadium der Besprechungen abgelehnt, denn im Schulgebäude Wiedner Gürtel befinden sich drei Schulen: ein Mädchengymnasium, eine höhere frauenberufliche Lehranstalt und eine Handelsschule. Aus diesen Gründen kam der Schulversuch nicht zustande.

b) In der Zirkusgasse konnte das Modell II schon bei der Vorbesprechung nicht angewendet werden. Daher wurde der Versuch nicht begonnen.

c) Zur Frage Hagenmüllergasse, die in dem betreffenden Artikel eine Rolle spielt: Die Durchführung des Modells I muß in folgender Form berichtigt werden:

**Dr. Schnell**

Eltern und Lehrer wurden auf den Schulversuch vorbereitet. Der Direktor wurde vor den Ferien mit dem Modell bekanntgemacht. Er wurde auch mit dem Direktor, der bereits seit einem Jahr den Schulversuch in Wien 17 durchführt, bekanntgemacht und eingeladen, den Schulversuch selbst zu besuchen.

3. Das Entscheidende, worauf sich die Diskussion stützte, war ein Mißverständnis, das leider nicht ausgeräumt werden konnte, weil hier wahrscheinlich die gesamte ideologische Einstellung zu den Schulversuchen eine Rolle spielte.

An der Schule in der Hagenmüllergasse wird seit Jahren Darstellende Geometrie als Pflichtfach geführt. Nun liegt es gerade in dem Schulversuchsmodell I, die Zahl der Typen abzubauen, wie Sie, Herr Abgeordneter Peter, vorschlagen, und dadurch im Rahmen von Wahlfächern die Studienberechtigung für die Hochschule durchzuführen. Das ist geschehen, und die Eltern haben sich nur an dem Terminus „relativ obligator Gegenstand Darstellende Geometrie“ gestoßen.

Weder dem Bundesministerium für Unterricht, das sich in einer ausführlichen Stellungnahme mit dieser Frage befaßte, noch dem Stadtschulrat für Wien, der Landesschulinspektor Hofrat Mayer in die Elternversammlungen geschickt hat, ist es gelungen, dieses Mißverständnis den Eltern zu erklären, weil dieselbe Hochschulberechtigung auch mit dem „relativ obligaten Fach Darstellende Geometrie“ gegeben war.

Ich darf zusammenfassend sagen: Die Darstellung in der „Presse“ ist stellenweise richtig, stellenweise falsch und stellenweise überzeichnet. Danke. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer. Bitte.

Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer (ÖVP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich nehme an, daß Sie den gestrigen parlamentsfreien Tag dazu benützt haben, sich mit der angehäuften beruflichen Arbeit auseinanderzusetzen oder Veranstaltungen in Ihrem Wahlkreis zu besuchen. Auf jeden Fall hat Ihnen der Tapetenwechsel gut getan, denn Sie sehen alle so munter und frisch aus. (Abg. Peter: Der Schein trügt! — Abg. Meltzer, auf die zum überwiegenden Teil leeren Sektorenweisend: Es sind aber nur wenige, die in die Runde schauen! — Abg. Zeillinger: Das ist keine repräsentative Mehrheit! — Heiterkeit.)

Sie scheinen so bereit zu sein für den heutigen Tag, der der Bildung gewidmet ist.

Permanente Bildung ist ja eine Forderung unserer Zeit, sie gilt nicht nur für die Volksvertreter — für diese allerdings in erster Linie —, sondern auch für die gesamte Bevölkerung. Permanente Bildung ist nicht eine Angelegenheit, die erst nach Erreichung eines Berufszieles zu beginnen hat, sondern sie beginnt schon beim Kleinkind, im Elternhaus und im Kindergarten. Der wissenschaftliche Nachweis bestätigt die Erfahrungstatsache, daß Kinder aus anregungsarmen Milieus nach dem Besuch des Kindergartens wesentlich leichter in der Schule mitkommen und sich in die Gemeinschaft einordnen als solche, die keine Möglichkeit hatten, in einen Kindergarten zu gehen.

Die Bildungsanstalten für Kindergärtnerinnen haben zurzeit eine Kapazität von rund 350 Absolventinnen pro Jahr. Von diesen ersetzen 150 Absolventinnen Kindergärtnerinnen, die infolge Heirat oder Pensionierung ausscheiden. Somit stehen bis zum Jahre 1980, wenn man nur einen konstant steigenden Nachfragebedarf annimmt, zusätzlich lediglich 2000 Kindergärtnerinnen zur Verfügung; das ist die Hälfte des erforderlichen Personals. Eine Betreuung von 40 bis 60 Prozent der Kinder im Vorschulalter ist unter diesen Voraussetzungen undenkbar.

Die Ausbildungskapazität der Bildungsanstalten müßte drastisch erweitert werden, umso mehr, als man derzeit jährlich 40 Prozent ambitionierte und geeignete Bewerberinnen wegen des herrschenden Raummangels abweisen muß.

Ich habe auf Grund dieser Tatsachen im Finanz- und Budgetausschuß einen Entschließungsantrag eingebracht, der den Ausbau der Bundeslehranstalten für Kindergärtnerinnen, die Förderung von Privatbildungsanstalten und die qualitative und quantitative Verbesserung der Ausbildung vorsieht. Dabei war ausdrücklich in dem Antrag enthalten, daß diesbezügliche Verhandlungen für das Budget 1974 mit dem Finanzminister aufgenommen werden sollten.

Die sozialistischen Abgeordneten haben diesen Antrag abgelehnt und sich einmal mehr als Erfüllungsgehilfen der sozialistischen Bundesregierung erwiesen. Sie redet zwar großartig von Bildung und erhöhten Mitteln, aber diese sind nicht vorhanden, und sie zerrinnen infolge der Inflationspolitik und den damit verbundenen steigenden Kosten, sodaß nicht mehr, sondern weniger für die Bildung getan werden kann.

Ich möchte daher heute meinen Antrag wiederholen. Ich darf ihn hier zur Verlesung bringen.

Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer

gen und bitte, ihn mit in Verhandlung zu nehmen.

#### Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer und Genossen zum Bundesfinanzgesetz 1973 (460 und 546 der Beilagen) betreffend Verbesserung des Kindertageseinrichtungen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen folgenden

#### Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Unterricht und Kunst wird aufgefordert, zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten für Kindergärtner und Kindergärtnerinnen durch Errichtung neuer Bundeslehranstalten für Kindergärtnerinnen, den Ausbau bestehender Ausbildungsstätten, die Förderung von Privatbildungsanstalten zu eröffnen und gleichzeitig dafür Sorge zu tragen, daß das Ausbildungsniveau der Kindergärtner und Kindergärtnerinnen zumindest dem einer höheren Ausbildung gleichzustellen ist. Der Unterrichtsminister wird außerdem ersucht, mit allen übrigen kompetenten Stellen (auf Bundes- und Länderebene) zum Zweck der qualitativen und quantitativen Verbesserung des bestehenden Kindertageseinrichtungsnetzes Kontakt aufzunehmen und dem Parlament über das Ergebnis seiner Bemühungen binnen Jahresfrist zu berichten.

Soweit der Antrag, und ich bitte Sie herzlich, diesem Ihre Zustimmung zu geben.

Daß nicht mehr, sondern weniger für die Bildung getan wird, erleben wir zum Beispiel bei vier neuen Bauvorhaben von höheren Schulen in der Steiermark. Die Gymnasien in Graz und Murau und die Höheren technischen Lehranstalten in Graz und in Kapfenberg erhalten statt der zuerst vorgesehenen 52 Millionen nur 21 Millionen Schilling, also nicht einmal die Hälfte. Und wie sieht es in Niederösterreich aus? Hier stehen statt der zuerst vorgesehenen 111 Millionen nur 50 Millionen Schilling für die höheren Bundeslehranstalten zur Verfügung.

Dabei werden höhere Lehranstalten schon dringend benötigt. Für Eltern und Kinder ist es geradezu tragisch, wegen Raummangels von der höheren Bildung ausgeschlossen zu werden. Sie alle werden immer wieder Beispiele erleben, wenn im Sommer nach gut gelungenen und bestandenen Aufnahmetests Kinder nicht in die Schulen aufgenommen werden, sondern eine Abweisung erfahren und es dann oft zu spät ist, sie an einer anderen Schule entsprechend unterzubringen.

Einen beachtlichen Mangel weist das im Vorjahr vorgelegte Schulentwicklungsprogramm auf. Abgesehen davon, daß die für 1972 und 1973 vorgesehenen Vorhaben nur zu einem Bruchteil realisiert werden können, beinhaltet es nur die Frage der Schulen, nicht aber jene der Unterbringungsmöglichkeiten für Kinder aus ländlichen Gebieten, also der Schülerheime und Internate.

Ohne eine Forcierung des Schülerheimbaues kann die regionale Chancengleichheit im Bildungswesen nicht annähernd erreicht werden. Die Bevölkerung vermerkt mit Unmut, daß die sozialistische Bundesregierung von regionaler Chancengleichheit spricht, aber nichts für ihre Verwirklichung tut. (Zustimmung bei der ÖVP.)

In der Regierungserklärung vom 5. November 1971 sagt Bundeskanzler Kreisky, daß mit dem zehnjährigen Schulausbauprogramm die geographische Chancenungleichheit beseitigt werde. Was soll man von solchen Versprechen halten, wenn erstens dieses Programm schon jetzt in keiner Weise eingehalten wird, weil alles teurer wurde, die Mittel nicht reichen und die Baubremse gezogen wurde, und wenn die Schülerheime überhaupt übersehen werden? Wie soll die geographische Chancenungleichheit beseitigt und das Bildungsgefälle Stadt — Land abgebaut werden?

Aber da gibt es ein Flugblatt von der SPÖ mit der Aufschrift: „Prüfen Sie selbst“. Darin steht, daß zwei Drittel des Regierungsprogramms bereits erfüllt wurden. Meine Damen und Herren! Die Eltern werden selbst prüfen und feststellen, daß von der Erfüllung von zwei Dritteln des Regierungsprogramms keine Rede ist.

Ein weiterer Mangel besteht an ausgebildeten und pädagogisch geschulten Heimerziehern. Das Fehlen einer beachtlichen Zahl wirklich geeigneter Erzieher in Heimen, Horten und Internaten wirkt sich verhängnisvoll aus und ist zweifellos ein schwerwiegender Grund, weshalb so viele Jugendliche Klassen wiederholen müssen oder das Bildungsvorhaben vorzeitig aufgeben. Der Herr Unterrichtsminister vertrat im Finanzausschuß die Auffassung, die Bundesanstalten für Heimerziehung in Baden und in Wien würden den Bedarf decken und nur, falls diese Anstalten nicht ausreichen sollten, könnte man an die Errichtung einer zusätzlichen Anstalt denken. Dabei müßten Sie doch wissen, daß schon jetzt der Bedarf an Heimerziehern wesentlich größer ist und durch Jahre nicht befriedigt werden kann und daß viele Bewerber wegen Raumnot abgewiesen werden müssen.

Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer

Ich kann mir nicht recht erklären, wieso sich der Herr Bundesminister darüber nicht entsprechend informiert gezeigt hat oder nicht zeigen wollte. Das Ministerium ist geteilt worden, es ist doch jetzt wahrscheinlich weniger Arbeit als früher. Daher müßte meines Erachtens nach die Information wesentlich besser sein.

Sehr geehrte Damen und Herren! Völlig unverständlich ist, daß der Herr Unterrichtsminister der von der Frau Minister für Gesundheit und Umweltschutz vorgelegten Novelle, betreffend die Regelung des Krankenpflegefachdienstes, im Ministerrat so ohne weiteres zustimmte. Die darin vorgesehene vierjährige Ausbildung ist eine Sackgasse, in die zu junge Menschen im Alter von 15 Jahren mit noch verschwommenen Berufsvorstellungen geführt werden. Die vorgesehene Ausbildung steht total unverbunden neben dem übrigen Schulwesen und ohne Übertrittsmöglichkeiten in andere Berufsausbildungen. Dies wird die Zahl des so nötigen Krankenpflegepersonals nicht erhöhen, sondern eher verringern. Man darf 16jährigen nicht den psychischen Schock, den die Arbeit am Krankenbett mit den Begleiterscheinungen, wie Schmerz, Leid und Tod, beinhaltet, zumuten und wird dadurch nur eine vermehrte Abwanderung hervorrufen. Andererseits sollten Patienten in ihren schwersten Stunden nicht von unreifen Jugendlichen betreut werden.

Ich stimme darin überein, daß die Lücke zwischen dem 15. und 17. Lebensjahr geschlossen werden muß. Welches 15jährige Mädchen kann aber mit Bestimmtheit sagen, daß es unbedingt Krankenpflegerin werden will? Macht sie die von Frau Minister Leodolter vorgeschlagene Ausbildung und erkennt während dieser Zeit, daß sie einen anderen Beruf bevorzuge, dann hat sie keine Möglichkeit, ohne Verlust der Ausbildungsjahre überzuwechseln.

Daher ist für den Pflegefachdienst nach acht Klassen Pflichtschule die dreijährige Fachschule für Sozial- und Wirtschaftsberufe, wie sie die 5. SchOG-Novelle vorsieht und die bereits existiert, die geeignete Vorbildung und zugleich Grundlage für die verschiedenen Sozialberufe. Dadurch wird die Berufsentscheidung und die Krankenhauspraxis nicht von den 15-, sondern von den 17jährigen verlangt. Auf diese Vorbildung kann zweckmäßigerweise die spezielle Krankenpflegeausbildung aufbauen.

Für den gehobenen Pflegedienst sollte nach zwölf Schulstufen allgemeinbildender oder einschlägig berufsbildender Schulen der Besuch einer drei Jahre dauernden Krankenpflegeschule erfolgen. Durch solche Ausbil-

dungsgänge würde auch den Empfehlungen des Europarates entsprochen, die auf Grund der internationalen Erfahrungen erarbeitet wurden und nicht in eine Bildungssackgasse führen wie der Vorschlag des Gesundheitsministeriums.

Hohes Haus! In der Debatte des Kapitels Unterricht im Finanzausschuß schlug die sozialistische Abgeordnete Dobesberger vor, die Budgetansätze für Frauen- und Mädchenausbildung zu streichen, da es keinen Unterschied mehr zwischen der Bildung von Mädchen und Burschen gebe.

Der Herr Unterrichtsminister sagte dazu, er teile vollkommen die Meinung der Frau Abgeordneten. Ich sehe ein, Herr Bundesminister, daß Sie sich nicht um alles kümmern können. Ich möchte darauf hinweisen, daß gerade im Rahmen dieses Budgetansatzes Forschungsaufträge erteilt und ausgeführt wurden, die Grundlagen für eine zeitgemäße Mädchen- und Frauenbildung zu erarbeiten hatten mit dem Ziele der Loslösung von falschen Rollenvorstellungen.

Ich möchte daher auf die äußerst interessantesten Publikationen verweisen, und zwar: Dorothea Gaudart—Wolfgang Schulz „Mädchenbildung wozu?“ Dieses Buch behandelt die Einstellung von Müttern und Töchtern zu Ausbildung, Haushalt und Beruf und weiter Vorschläge für eine Bildungspolitik mit dem Ziel, die Mädchen darauf vorzubereiten, aktiv am wissenschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Fortschritt mitzuwirken.

Der zweite Band „Chancen der Weiterbildung“ von Henrik Kreutz und Grete Fürnschuß ist eine soziologische Untersuchung mit Grundlagen für die Bildungsplanung.

Der dritte Band mit dem Thema „Zugang von Mädchen und Frauen zu technischen Berufen“ geht demnächst in Druck.

Es handelt sich durchwegs um erstmalige und grundlegende Werke in Österreich.

Man kann einerseits nicht bestreiten, daß die Rollenvorstellungen und die Bildung von Mädchen und Frauen von überholten Auffassungen allzu großer Einseitigkeit zu lösen sind. Es hieße aber, über das Ziel zu schießen, wenn man die oft starke Neigung und Eignung zu sozialen Berufen negierte und eine völlige Gleichmacherei forderte.

So verurteilte beispielsweise vor kurzem die Fachgewerkschaft Druck und Papier die Ausbildung von Frauen als Drucker und Schriftsetzer wegen der Gesundheitsgefährdung durch den Umgang mit bleihaltigem Material.

5456

Nationalrat XIII. GP — 59. Sitzung — 18. Dezember 1972

**Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer**

Bei der Ablehnung des Wehrdienstes für Frauen in Österreich und bei etlichen anderen Berufen berücksichtigt man die biologischen Grundlagen und die körperliche Leistungsfähigkeit.

Abgesehen davon wäre es überheblich, gewisse Begabungsunterschiede zwischen Männern und Frauen als nicht vorhanden abzutun, sonst gäbe es vermutlich mehr weibliche Erfinder, Komponisten, Dirigenten, Regisseure, große Techniker und Philosophen auf der ganzen Welt.

Damit soll aber keineswegs die erschütternd geringe Repräsentanz der Frauen in der Politik, auf den höheren Beamtenebenen, in der Verwaltung, in der Justiz und an den Hochschulen begründet oder entschuldigt werden. Wir haben diesen Mißstand oft genug als überholt angeprangert, weil er den Gegebenheiten der pluralistischen Gesellschaft eklatant widerspricht.

Hohes Haus! Ich wiederhole meinen Vorschlag auf Förderung des zweiten Bildungsweges. Wenn dieser Weg zu staatsgültigen Zeugnissen führt, also etwa zum Abschluß der Hauptschule, Handelsschule oder zur Matura, ist der Kandidat gegenüber denen, die das Glück hatten, ihre Ausbildung im ersten Bildungsweg zu erhalten, benachteiligt. Er wird ein zweites Mal dafür bestraft, daß er beim ersten Weg nicht zum Zuge kam. Das gilt für die Fahrtkostenvergütungen zu den Veranstaltungen und Kursen und trifft vor allem die Menschen aus dem ländlichen Raum, die weite Anfahrten zurücklegen haben. Das gilt aber ebenso für die Lehrmittel der Kandidaten. Auch hier müßte die Chancengleichheit hergestellt werden.

Großartig hat Bundeskanzler Dr. Kreisky in beiden Regierungserklärungen vom 27. April 1970 und am 5. November 1971 verkündet:

„In einer sich rasch ändernden Gesellschaft kann die Bildung nicht in einer bestimmten Altersstufe als abgeschlossen betrachtet werden.“

Leere Worte! Ich erinnere wieder an das Flugblatt der Sozialistischen Partei: „Prüfen Sie selbst! Zwei Drittel der Regierungserklärung erfüllt!“ Die Bevölkerung prüft und stellt fest, daß nichts davon zu bemerken ist. *(Beifall bei der ÖVP.)* Weder die geographische Chancengleichheit noch die spätere Bildung in Form des zweiten Bildungswegs werden entsprechend gefördert.

Wieviel man diesen Worten glauben darf, geht auch aus der Feststellung des Bundeskanzlers hervor, die er schon in der ersten

Regierungserklärung am 27. April 1970 machte. Er sagte:

„Dem sich neu formierenden österreichischen Film wird ein Filmförderungsgesetz die notwendige Basis geben müssen.“

Bis heute sind noch nicht einmal Ansätze eines solchen Gesetzes vorhanden. Wiederum leere Worte! Ich erinnere wieder an das SPÖ-Flugblatt „Prüfen Sie selbst!“ Ja, wir prüfen, und die österreichische Bevölkerung prüft ebenfalls.

Hohes Haus! Abschließend müssen wir mit Bedauern feststellen, daß infolge der Inflationspolitik der sozialistischen Alleinregierung weniger Schulen gebaut werden, die Raumnot an mittleren und höheren Schulen, Schülerheimen und Internaten nicht verringert, die Zahl der abzuweisenden Bewerber erhöht und von der Chancengleichheit der Menschen im städtischen und ländlichen Raum viel geredet und versprochen wird, aber keine echten Taten gesetzt werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Präsident:** Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Edith Dobesberger.

Der von der Frau Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer und Genossen eingebrachte Entschließungsantrag ist genügend unterstützt und steht mit zur Verhandlung.

Ich bitte, Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Edith Dobesberger (SPÖ):** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte einige Worte zu den Schulversuchen sprechen. Vorher möchte ich ein paar allgemeine Dinge dazu sagen.

Man hört und man liest in den Zeitungen: „Die Sozialisten wollen das Schulsystem noch weiter novellieren, sie wollen noch weiter mit den Lernerfolgen heruntergehen.“ Wenn man dem Herrn Abgeordneten Peter Vorhin zugehört hat, hat man beinahe den Eindruck bekommen, in den nächsten Jahren kämen lauter Analphabeten aus unseren Schulen. *(Abg. Zeillinger: Dann gibt es weniger Redner im Parlament!)*

Die wissenschaftliche Betreuung der Schulversuche sei minimal, die wissenschaftliche Betreuung sei zu gering. Ich bin überzeugt, würden wir eine dichtere wissenschaftliche Betreuung haben, dann würde es ganz gewiß heißen: Die Lehrer können nicht mehr arbeiten, sie werden von früh bis spät gegängelt. Wie sollen sie zu ihrer Versuchsarbeit kommen?

Es geht noch weiter. In den Zeitungen lesen wir: Die Verunsicherung der Kinder, die Verunsicherung der Eltern und Lehrer nimmt mit Riesenschritten zu.

**Edith Dobesberger**

Frau Abgeordnete Bayer hat jetzt wieder gemeint, daß wir Sozialisten gesagt haben: Zwei Drittel unseres Regierungsprogramms sind erfüllt. — In diesem Regierungsprogramm sind ein wesentlicher Bestandteil die Schulversuche gewesen. Die Schulversuche sind angelaufen. Man kann einen Schulversuch ganz unmöglich zu Schulbeginn, meinerwegen 1970 beginnen und mit Schluß 1971 beenden. Das ist einfach nicht möglich. Das braucht eine bestimmte Zeit.

Der Herr Abgeordnete Peter hat dann noch davon gesprochen, daß unsere sich rasch verändernde Gesellschaft mit dem erstarrten Schulmechanismus einfach nicht mehr in Einklang zu bringen ist, daß wir von den Gesetzen mit Zweidrittelmehrheit abkommen und zu flexibleren Gesetzen kommen sollen. Da möchte ich zur OVP sagen: Beim Schulunterrichtsgesetz war es zur Zeit der OVP-Minister nie eine Frage, daß Paragraphen drinnen sind, die eine Zweidrittelmehrheit brauchen. Erst jetzt, weil ein Sozialist Unterrichtsminister ist, findet man auch da noch etwas. Wir sind bestimmt für die Flexibilität ... (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Leitner: Sie haben aber auch neue Bestimmungen in das Gesetz aufgenommen, die keiner Begutachtung unterworfen waren!) Sie werden bestimmt die Schwierigkeiten nur machen, weil es ein sozialistischer Unterrichtsminister ist, und taten es nicht, solange es ein OVP-Minister war. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Es ist dann auch die Frage aufgetreten, was sofort geschehen soll. Man kann einfach in der Schule nicht sofort etwas ändern. Die Schule braucht ihre bestimmte Zeit.

Nun zu den Worten des Herrn Abgeordneten Harwalik zu den Vorschulklassen. Ich möchte ganz kurz dazu kommen. Er hat gesagt, es sei wieder nur Diskussion, ob die Vorschulklassen in den Kindergärten kommen sollen oder an die Schule.

Wir müssen doch diese Dinge durchdiskutieren. Es hat geheißen, im Jahr 1962 sind die Schulgesetze beschlossen worden. Sicher mit Diskussionen vorher, aber mit keinen Versuchen. Diskussionen gehen rascher, Versuche dauern länger. Ich bin überzeugt, daß am Ende, im Endeffekt doch alle mit den Versuchen mehr einverstanden sind und daß es bessere Erfolge geben wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Denn eines ist sicher: daß die Kinder den Schulstart verschieden überstehen. Kinder aus einem Elternhaus, in dem sie starke Förderungsimpulse mitbekommen haben, werden den Schock des Schuleintrittes leichter überstehen, während Kinder, die nicht so sehr

gefördert wurden, die mehr sich selbst überlassen waren, das viel, viel schwerer haben werden.

Darf ich hier ein Wort zu dem sagen, was der Herr Abgeordnete Kohlmaier neulich gesagt hat, daß dadurch, daß der Staat den Kindern die Schulbücher gibt, den Eltern ein Stück Wohltun für ihre Kinder abgenommen worden ist. Ich bin da anderer Meinung. Ich glaube, die Eltern haben dem Kind vor allem die Nestwärme zu geben, die Liebe, die es braucht, um ein glücklicher Mensch zu werden. (Zustimmung bei der SPÖ.) Da darf es nicht darauf ankommen, daß es Wohltätigkeit, daß es Almosen von den Eltern gibt. Der Staat muß so weit sein, daß unsere Kinder genügend zum Leben zur Verfügung haben. Aber das, was es vor allem von den Eltern braucht, ist die Geborgenheit.

Die Versuche im Grundschulbereich sind interessant, weil die Schulversuche im Fremdsprachenunterricht in der Überzahl sind. In 820 Klassen wird der Fremdsprachenunterricht schon in der dritten Schulstufe begonnen. Man macht sich die Erfahrung zunutze, daß das Kleinkind fast spielend eine Fremdsprache lernt, während das Kind, je älter es wird, sich umso mehr dabei plagen muß.

Gerade weil wir vor einigen Wochen die großen Auseinandersetzungen um die EWG und alle diese Wirtschaftsprobleme um den Zusammenschluß in Europa gehabt haben, müssen wir schon in der Schule damit beginnen, daß wir uns auch mit den Menschen außerhalb unserer Landesgrenzen verständigen können. Wir müssen wirklich eine zweite Fremdsprache sprechen können. Mit dazu beitragen wird, wenn wir schon in der Grundschule beginnen.

Auch über das Zweilehrersystem hat der Herr Abgeordnete Peter gesprochen. Das wird in 350 Klassen versucht. Es zeigt wieder die Umstellung in unserem Schulwesen und die vollkommene Änderung unserer Kinder. Früher hat man gesagt, möglichst lang nur den einzelnen Klassenlehrer, damit das Kind nicht die Schwierigkeiten der Anpassung hat. Heute verlangen wir vom Kind, daß es sich anpaßt. Heute muß sich dieses Kind immer wieder vor allem anpassen und neuen Gegebenheiten stellen.

Ein weiteres Problem in der Grundschule sind die Rechtschreibförderkurse. Dazu ein persönliches Wort. Mir wäre ja noch viel lieber — ich weiß, das können wir als sozialistische Regierung nicht machen, aber trotzdem möchte ich es sagen —, wenn wir endlich zur Rechtschreibreform kämen, damit wir endlich einmal etwas aus der Schule heraus- und nicht

**Edith Dobesberger**

immer in die Schule etwas hineinbringen. Das wäre, glaube ich, ganz besonders wichtig. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das Ziel der Hauptkritik ist die Gesamtschule. Wenn immer wieder durchgeklungen ist: Was ist geschehen und was wurde gemacht?, möchte ich dazu sagen: Als meine Mutter noch Lehrerin gewesen ist, hat es geheißen: die Einheitsschule verlangen die Sozialisten. Als ich angefangen habe, haben wir schon gesagt: der Mittelbau gehört doch endlich einmal reformiert. Jetzt gehen wir endlich als sozialistische Regierung daran, wirklich etwas zu tun in diesem Mittelbau der Zehn- bis Vierzehnjährigen, und jetzt soll es von heute auf morgen erledigt werden.

Wie ist es denn wirklich? Man kann beim Zehnjährigen nicht feststellen, welche Begabungen er tatsächlich hat. Da sind noch so viele Einflüsse vom Elternhaus her, die etwas verändern können und wo dann nicht die wirkliche Begabung, nicht das wirkliche Interesse erfaßbar ist. Es muß also probiert werden.

Wer probiert denn, daß ein Schüler in eine höhere Schule kommt? Das sehen wir doch, wenn wir uns die Statistiken, wenn wir uns die Zahlen anschauen, wer diese Mittelschulen, wer die Hochschulen besucht. Da finden wir die Arbeiterkinder, die Bauernkinder und die Mädchen, die eben dort dann nicht hinkommen, denn diese Eltern können es sich nicht leisten, mit ihren Kindern etwas zu probieren. So kommt es, daß vor allem die Landkinder benachteiligt sind, denn sobald eine allgemeinbildende höhere Schule nicht mehr durchs Hin- und Herpendeln erreicht werden kann, sinkt der Teil der Besucher an höheren Schulen von Landkindern auf 1 Prozent ab.

Nun kann ich es einfach nicht glauben, daß unsere Bauernkinder nicht so intelligent sind wie die anderen Kinder. *(Abg. A. Schlager: Da haben Sie recht!)* Aber dann müssen Sie einfach mithelfen, daß wir die größere Streuung unserer Schulen für die Zehn- bis Vierzehnjährigen bekommen. Hauptschulen haben wir heute schon überall, und wenn wir in diesen Hauptschulen die Gesamtschule einrichten könnten, dann wäre es möglich, daß auch diese intelligenten Kinder dorthinkommen, denn mit einem Vierzehnjährigen habe ich dann viel eher die Möglichkeit zu variieren und zu sagen: Der kann jetzt auch noch in die nächste Stadt fahren! — Das, glaube ich, wäre das, was wir vor allem brauchen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nun noch ein Wort zur Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen. Ich glaube, daß das auch vielfach nicht richtig in der Öffentlichkeit be-

kannt ist. Es stellen sich die Eltern manches Mal darunter etwas vor, was diese Reform in Wirklichkeit gar nicht ist. Es wäre doch genauso, wie wir früher die Schwierigkeiten mit den A- und B-Zügen gehabt haben; genauso bin ich sicher, daß sich diese Leistungsgruppen und die Fördergruppen und Aufbaugruppen und was es da alles gibt in diese Schulen wirklich alle gut einfügen würden und daß sie erfolgreich arbeiten würden.

Eines ist richtig: Die Nachhilfestunden, von denen heute auch schon gesprochen wurde, könnten wir mit Hilfe dieser Aufbaukurse, mit Hilfe dieser Leistungskurse weitgehend unterbinden. Wir hätten dann wieder einen zweiten Nachteil für unsere ärmeren Bevölkerungsschichten verhindert, denn seien wir ehrlich: Wer kann sich denn heute diese Nachhilfestunden noch leisten? Das ist doch einfach nicht mehr möglich!

Wir geben zwar die Schulfreifahrt und wir geben das Schulbuch, aber auf der anderen Seite müßten die Eltern 50, 60 und 100 S für eine Nachhilfestunde bezahlen. Das wäre dann in der Schule drinnen, und damit könnten wir wieder einen Schritt nach vorn machen. *(Ruf bei der SPÖ: 120 S! — Abg. Zeillinger: 150 S habe ich gezahlt! — Abg. Meller: Es gibt ja „qualitative Unterschiede“!)* Ich möchte jetzt nicht mitbieten.

Vielleicht auch noch ein Wort zum Polytechnischen Lehrgang. Es ist sicherlich so, daß wir kaum eine Schultype haben, die so sehr im Kreuzfeuer der Kritik steht. Aber ich glaube, wenn wir alle in die Richtung gehen, daß wir sagen, daß der Polytechnische Lehrgang vor allem der Berufsvorbildung dienen soll, dann könnten wir auch auf diesem Gebiet Verbesserungen erreichen.

Die Schulversuche wurden jetzt immer wieder so sehr angegriffen. Ich darf deshalb jetzt noch etwas zweites sagen.

Wir haben in Oberösterreich einen Lehrermangel wie sonst in keinem Bundesland. Daher konnte es sich Oberösterreich nicht leisten, den Schulversuch für die Hauptschullehrerbildung an der Pädagogischen Akademie zu beginnen. Mit welchem Erfolg? Mit dem Erfolg, daß Oberösterreich heuer zu Schulbeginn eine geringere Anmeldung von Studierenden hatte, daß aber Salzburg, das den Schulversuch hat, die höhere Studentenzahl hat. Wir sehen demnach, daß der Schulversuch ein ausgesprochenes Positivum gewesen wäre und daß man nur den Mut dazu hätte haben müssen.

Als letztes darf ich als Frau auch noch eine Bitte an den Unterrichtsminister richten. Ich glaube, daß es sich um etwas handelt, was gerade die berufstätige Frau angeht.

**Edith Dobesberger**

Als ich mich vorbereitet und alles zum Schulversuch durchgeblättert habe, hat mir eines ganz besonders gefehlt: die Ganztagschule. *(Beifall bei der SPÖ.)* Als sozialistische Frauen fordern wir seit 1945 immer wieder die Tagesheimschulen, die Halbinternate — und jetzt heißen sie einfach: Ganztagschulen.

Gerade diese Schultype wäre es, die wir für unsere Kinder brauchen würden, denn die Kinder aus den Kleinfamilien haben einfach dieses Gemeinschaftserlebnis nicht mehr, das sie brauchen und das ihnen auch nur die Ganztagschule geben könnte. Außerdem hätte die berufstätige Frau wirklich das Gefühl, daß ihr Kind in guten Händen ist.

Im Jahre 1962 haben wir die Schulgesetze, die Schulreform vom Gesetzgeber her beschlossen bekommen, und es wurde durchgeführt. Jetzt sind wir dabei, die Schulreform von unten her zu beginnen. Rund 5 Prozent aller Lehrer arbeiten an den Veränderungen der künftigen Schule mit. Nun glaube ich, daß das ein großer Erfolg ist, denn wenn wir noch die Kollegen nehmen, die um diese Lehrer sind und diese Schulversuche miterleben, dann müssen wir doch sagen, daß ein großer Teil der Lehrerschaft schon von diesen Reformbestrebungen unterrichtet ist, wenn diese Gesetze beschlossen werden.

Wenn es auch eine ganze Menge von Kritikern gibt: Wir Sozialisten lassen uns nicht beirren und hoffen, daß wir unsere Schulreform in den nächsten Jahren wirklich positiv zu Ende führen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Zeillinger.

**Abgeordneter Zeillinger (FPÖ):** Herr Präsident! Herr Bundesminister! Hohes Haus! Ich muß zuerst gegenüber der Frau Kollegin Dr. Bayer eine rein persönliche sachliche Berichtigung treffen. Sie hat eine zu gute Meinung von mir, wenn sie annimmt, daß ich den zwölfstündigen gestrigen Heimaturlaub dazu benützt habe, eine Wählerversammlung abzuhalten oder mich mit dem Budget zu beschäftigen. Ich habe insofern Familienpolitik betrieben, als ich nachgedacht habe, was man eventuell noch vor Weihnachten für die Familie erledigen müßte.

Frau Kollegin! Sie haben gesagt, wir sehen alle so gut aus. Ich darf das Kompliment Ihnen als Dame zurückgeben. Aber Sie gestatten, daß ich, die Vielfalt des Dialekts benützend, in das Haus schauend sage: Nicht gut schauen wir aus, sondern guat schau'n wir aus! *(Heiterkeit.)*

Es waren auch die letzten zwei Tage etwas turbulent im Haus. Ich denke nur daran, daß

wir am Samstag 111 Abstimmungen hatten. Die Regierungspartei ist mit einer Fehl Abstimmung ins Kreuzfeuer geraten. Ich bin nicht überzeugt, ob alle anderen immer richtig abgestimmt haben. Ich glaube, es hat niemanden im Haus mehr gegeben, der noch genau wußte, worum es eigentlich bei den einzelnen Abstimmungen gegangen ist.

Schauen wir uns etwa die Tagesordnung vom Freitag an! — Sie wissen, daß ich dieses Thema jedes Jahr einmal behandle, weil ich glaube, daß der Abgeordnete über seine Tätigkeit noch einen gewissen Überblick haben sollte.

Wir hatten am Freitag 581 große Druckseiten und 33 Maschinschreibseiten zu bearbeiten, also mehr als 600 Druckseiten, die Initiativanträge nicht mitgezählt, im Gesamtgewicht von 1,07 Kilo. Ich bekenne für meine Person: Ich habe nicht alle 600 Seiten gelesen, aber trotzdem war ich gezwungen, überall mitzustimmen. Das ist die Realität.

Der Weihnachtsrummel ist vorbei. Ich möchte vor allem einmal etwas anerkennen, um ein Mißverständnis auszuräumen: Was in diesem Haus nicht nur die Abgeordneten, sondern vor allem die Beamten des Hauses geleistet haben, verdient vollste Anerkennung, denn wir stellen sie immer mehr vor unlösbare Aufgaben.

Wenn ich vor einigen Tagen nach der Tagesordnung gerufen habe, so geschah das nur deswegen, weil die Sitze, zwischen den einzelnen Sitzungen des Hohen Hauses wenigstens zehn Minuten Pause einzuhalten, auch gekürzt worden ist, und zwar auf drei Minuten. Ich weiß, daß der Rekord für die Erstellung einer Tagesordnung von mehr als 20 Punkten hier im Haus bereits bei vier Minuten liegt. Man muß bedenken, was das heißt, in vier Minuten eine Tagesordnung zu schreiben, sie abzuzeichnen und allen Abgeordneten vorzulegen. Niemand wird annehmen, daß wir es vor der Öffentlichkeit vertreten könnten — auch das Präsidium könnte es kaum —, daß wir eine Sitzung beginnen, ohne zu wissen, wer überhaupt Schriftführer ist und wie die Tagesordnung aussieht.

Was hier in diesen wenigen Minuten geleistet worden ist, ist anerkennenswert! Ich würde das Präsidium aber nur bitten, wenigstens von den zehn Minuten nicht abzugehen. Wir gewinnen nämlich gar nichts, Herr Präsident, wenn wir auch da noch hudehln, sondern es entstehen nur noch mehr Mißverständnisse, und es entsteht nur noch mehr Streß in diesem Haus, als ohnehin schon vorhanden ist. Ich glaube, wir sollten nicht nur uns selbst, son-

**Zeillinger**

dern vor allem auch die Mitarbeiter, die beamteten Mitarbeiter des Hauses nicht überfordern.

Frau Kollegin Dobesberger! Ich habe Ihren Ausführungen mit Interesse zugehört. Ich darf hier gleich etwas klarstellen: Niemand von uns Freiheitlichen nimmt an, daß auf Grund der Schulversuche etwa Analphabeten herauskommen. Wir haben aber gegenüber gewissen Entwicklungen Bedenken, die ich zusammenfassen muß, da offenbar ein Mißverständnis zwischen der Regierungsfraktion und uns Freiheitlichen besteht. Ich glaube nicht, daß es zu Analphabeten kommt. Ich persönlich bin überzeugt, daß manche Parlamentssitzung kürzer wäre, wenn einer nicht lesen könnte, weil es dann weniger Redner geben würde. (Heiterkeit.)

Aber wir haben hier etwas ganz anderes festzustellen, Frau Kollegin: Für Sie beginnt Österreich erst im Jahre 1970 mit der sozialistischen Regierung. Ich gehöre — es ist das ein Glücksfall — schon so lange dem Hause an, daß ich weiß, wie lange Sie schon reformieren. Die Sozialisten machen das in völliger Übereinstimmung und Harmonie mit der ÖVP schon seit urdenklichen Zeiten.

Herr Kollege Harwalik, Sie wissen ich glaube, 1962 ist das im Hause zum Tragen gekommen. Ich überspringe jetzt die Jahre vorher, in denen davon nur geredet worden ist. Seit dem Jahre 1962 werden unsere Schulkinder ununterbrochen reformiert. Es gehen die ersten bereits zur Matura, aber wir beginnen jetzt erst.

Frau Kollegin Dobesberger! Das ist der Vorhalt, den wir den vergangenen Regierungen machen, auch jenen Regierungen, in denen die Sozialisten mit der Volkspartei gemeinsam gesessen sind. Hinter Ihren Worten steckt nämlich das Zugeständnis, daß Sie im Jahre 1962 zwar eine Reform beschlossen haben, daß Sie aber jetzt erst mit den Versuchen beginnen. Kein Wort gegen Versuche — Versuche sind notwendig! —, aber sie kommen um ein Jahrzehnt zu spät.

Ich weiß es nicht, ich bin kein Fachmann, aber jetzt müssen wir einmal überlegen: Es werden, so nehme ich an, für die Versuche fünf bis sieben Jahre notwendig sein. Jetzt soll es von heute auf morgen gehen? — Niemand nimmt das an. Wir Freiheitlichen nehmen im Gegenteil an: fünf bis sieben Jahre.

Dann bitte ich Sie aber zu überlegen: Dann sind aber 16 bis 19 Jahre von der Reform an notwendig, mit dem Fragezeichen, ob bis zum Ende der Versuche ein Ergebnis vorliegt. Das ist das Versagen, das die Volkspartei

genauso wie die Sozialisten gemeinsam zu verantworten haben. Denn Sie können sich nicht immer ausreden und sagen: Seinerzeit meinte die Volkspartei, die Sozialisten hätten das verhindert, und jetzt meinen die Sozialisten, die Volkspartei verhindere das. Sie haben gemeinsam 20 Jahre hindurch die Verantwortung in diesem Staate getragen.

Meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion: Darunter stöhnen Sie heute nicht nur im Schulbereich, sondern auch in anderen Bereichen. Aber das ist doch das Ergebnis der gemeinsamen Politik, die Sie in vollster Harmonie 20 Jahre hindurch mit der ÖVP gemacht haben.

Wenn Sie jetzt darunter stöhnen, so ist das auch mit Ihre Schuld. Wir haben nicht die Sorgen, die Sie als Politiker im Auge haben, zu haben, sondern wir haben dabei die Schulkinder im Auge zu haben. Sie haben 15, 16 und 17 Jahrgänge in eine ungewisse Zukunft geführt!

Ich darf gleich sagen: Ich melde mich jetzt nicht als Lehrer zu Wort, und ich bin auch kein Schultheoretiker. Ich bin gar nichts anderes als der Vater von Kindern, die eben noch in die Schule gehen oder gegangen sind. Ich kann Ihnen daher aus der Praxis erzählen. Ich vergleiche mit jenen bösen, schlechten Zeiten der Vergangenheit, von denen wir alle sagen, daß wir sie glücklich überwunden haben, etwa dem Anfang der dreißiger Jahre, wo ich noch in die Schule gegangen bin. Da muß ich Ihnen sagen: Dort war vieles ganz anders.

Frau Kollegin! Sie sprachen von der Nestwärme. Ich unterschreibe jedes Wort. Ich kämpfe in meiner Familie um die Nestwärme. Aber entschuldigen Sie: Das Ergebnis der Schulreformen, die Sie seit zehn Jahren machen, ist doch, daß die Kinder überhaupt nicht mehr daheim sind. Sie gehen Vormittag in die Schule und sie gehen Nachmittag in die Schule. Es gibt kaum Mahlzeiten, die von der Familie noch gemeinsam eingenommen werden können. Einmal ist dieses Kind in der Schule, dann ist das andere Kind in der Schule.

Herr Kollege Wodica, Sie schütteln den Kopf. Ich darf Ihnen gleich sagen: Ich hatte in der nicht reformierten Schulzeit keinen Nachmittagsunterricht. Ich hatte nur Turnen. Nur das Freiluftturnen fand am Nachmittag statt. Aber Sie haben so lange „reformiert“, daß mein Bub nur mehr einen einzigen freien Nachmittag in der Woche hat. An diesem Tag kommt er erst um halb drei Uhr nachmittag von der Schule nach Hause, und der Rest des Nachmittags ist frei. Das ist das Ergebnis

**Zeillinger**

von schwarzer und roter Reform seit zehn Jahren. Das ist die Praxis! Und da sprechen Sie von Nestwärme?

Wissen Sie, was die Kinder dann machen, wenn sie heimkommen? Dann rennen sie von Geschäft zu Geschäft, sofern sie nicht Ministerkinder sind, um sich die Schulbücher zu besorgen. Und dann rennen sie in die Nachhilfestunde. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)* — Herr Kollege, auf das werde ich noch zu sprechen kommen. Deswegen habe ich mich nämlich zu Wort gemeldet, um das zu zitieren. — Dann gehen sie in den Nachhilfeunterricht. Bei uns in der schlechten alten Zeit war Nachhilfe eine Seltenheit. Heute müssen über die Hälfte der Kinder Nachhilfeunterricht nehmen *(Abg. Peter: Weit mehr!)* — weit mehr! —, damit das Mindestziel erreicht werden kann.

Ich mache nicht den Herrn Minister Doktor Sinowatz persönlich verantwortlich, denn dazu sitzt er zu kurz auf diesem Sessel. Es geht um das Ministerium und um die jeweils Verantwortlichen. Das Ergebnis — und die Frau Kollegin ruft mit Recht nach mehr Nestwärme —: Die Kinder sind nicht mehr am Nachmittag daheim und die Kinder brauchen heute Nachhilfeunterricht.

Ich bringe nun ein Beispiel. Es wurde ja ein konkretes Beispiel gefordert, und ich bringe ein solches aus der Klasse meines Buben. Im Vorjahr, in der 6. Klasse, hatten über ein Drittel einen sogenannten Nachzipf, eine Nachprüfung. Was das bedeutet, wissen Sie alle: Das bedeutet, daß der Urlaub — der Erholungszweck — für das Kind völlig *danebengegangen* ist. Meistens ist auch der Urlaub für die Eltern verlorengegangen. In der schlechten alten Zeit — ich bin nicht derjenige, der nicht in die Zukunft schaut und alles lobt, was in der Vergangenheit war — war eine Nachprüfung eine Seltenheit. Sie haben so lange reformiert, bis die Nachprüfungen heute die einzige Methode sind, um überhaupt die Kinder in die nächste Klasse hinauf zu bekommen. Daß sich die Eltern darüber mit Recht beschweren, das, Herr Minister, werden Sie wohl einsehen.

Nun spricht die Frau Kollegin auf der anderen Seite von der Ganztagschule. Es handelt sich an und für sich um ein sehr interessantes und in Einzelfällen sicher sehr begrüßenswertes Projekt. Aber ein Ziel soll es nicht sein. Ich bitte um eine Aufklärung. Was wollen Sie jetzt: Die Nestwärme in der Familie oder die Ganztagschule? — Denn wenn das Kind um 8 Uhr früh weggeht und um 7 Uhr abends nach Hause kommt, ist von einer Nestwärme nicht mehr viel zu

spüren. Ganz klar bin ich mir eigentlich aus den Worten der Sprecherin der Regierungsfraktion nicht geworden.

Abgesehen davon darf ich Sie, Herr Minister, bitten, zu der von der Frau Kollegin Dobesberger als sozialistische Sprecherin aufgeworfenen Frage der Ganztagschule, die sie wieder so in den Raum gestellt hat — denn die arbeitende Mutter sieht schon die Chance: die Sozialisten bringen die Ganztagschule —, Stellung zu nehmen. Ich frage Sie: Haben Sie die Lehrer dazu und haben Sie die Klassen dazu? Sonst wäre das, was die Frau Kollegin namens der sozialistischen Fraktion gesprochen hat, wieder nichts anderes als ein leeres sozialistisches Versprechen, hinter dem nichts steht. Nach meinen Informationen haben Sie jetzt nicht einmal die Lehrer und die Klassen für das bisherige Schulsystem. Jetzt stellen Sie schon wieder eine Ganztagschule in Aussicht. Ich darf Sie, Herr Bundesminister, bitten — die Frau Kollegin hat es zu sagen vergessen —, uns mitzuteilen, ob Sie dann auch die Lehrer und die Klassen für das, was die Frau Kollegin jetzt vorhin in Aussicht gestellt hat, haben.

Meine Damen und Herren! Das ist eben der große Unterschied zwischen der Theorie und der Praxis. Es ist sehr schön, von Reformen zu sprechen. Das ist das große Modeschlagwort geworden. Das ist auf vielen Gebieten ungefährlich, aber es wird dort gefährlich, wo es um die Kinder geht. Die 7- bis 14jährigen können sich nämlich nicht zur Wehr setzen. Sie sind heute zu Versuchsobjekten geworden. Ich weiß nicht, ob Sie mit dem Ergebnis zufrieden sind. Wir sind vor 30 Jahren noch ohne Nachhilfeunterricht durchgekommen. Herr Minister! Sie haben mit Ihren Reformen erreicht, daß heute endlich über 50 Prozent der Kinder Nachhilfeunterricht brauchen! Sie haben endlich erreicht, daß die Kinder heute im Herbst Nachprüfungen machen müssen, um aufsteigen zu können. Früher konnten diese Ziele alle ohne diese Störungen des Familienlebens erreicht werden, aber auch — so möchte ich es sagen — der Entwicklung des Kindes.

Ich darf gleich sagen: Ich bin in Wien in die Schule gegangen. Ich hatte jeden Nachmittag meine Freizeit: Bis gegen halb vier Uhr oder vier Uhr nachmittags habe ich gelernt, dann bin ich in den Esterházypark Fußballspielen gegangen. Glauben Sie, daß das die heutigen Kinder noch können? Die heutigen Kinder müssen entweder in die Schule gehen oder sie müssen in den Nachhilfeunterricht gehen oder sie müssen büffeln. *(Abg. Peter: Darum sind wir im Fußball*

5462

Nationalrat XIII. GP — 59. Sitzung — 18. Dezember 1972

Zeillinger

so schlecht!) Aber Freizeit zur Entfaltung der Persönlichkeit haben sie doch nicht mehr.

Das ist es, was wir kritisieren. Sie reformieren ein Jahrzehnt und richteten bereits zehn Jahrgänge Kinder zugrunde. Schauen Sie sich die nervösen Kinder heute an. Sie haben Haltungsschäden und können gar nicht mehr turnen gehen. Den Turnunterricht haben Sie nämlich im Zeichen des Fortschritts in den Schulen auch vermindert. Die Kinder haben auch nicht mehr die Möglichkeit, in Turnvereine zu gehen.

Das sind die Reformen, meine Herren! Darauf sind Sie stolz? — Sie sind also stolz auf dieses Ergebnis, das Sie erreicht haben. Dann gehen Sie hin, stellen sich an die Klagemauer und lamentieren, daß 9000 Lehrer an Volksschulen und Hauptschulen und 4500 Lehrer an höheren Schulen fehlen. Sie kamen dann natürlich mit einem Gesetz, bezüglich dessen Sie viel Propaganda gemacht haben: Nur 36 Kinder in jeder Schulklasse. Ganz Österreich hat applaudiert! Es war die größte Blamage, Herr Minister: Schließen Sie die Klassen, in denen mehr als 36 Kinder unterrichtet werden, oder nehmen Sie die Kinder heraus! Da bricht doch das Ganze ... (*Zwischruf des Abg. Wielandner*). Nein, ich habe gleich gesagt — entschuldigen Sie —: Es können nicht alle Minister, ob schwarz oder rot, die bisher versagt haben, hier sitzen. Aber Dr. Sinowatz sitzt eben jetzt als Bürge für alle seine Vorgänger hier. Der oppositionelle freiheitliche Abgeordnete muß sich namens der Freiheitlichen mit dem jeweiligen Minister auseinandersetzen. Sie stehen jetzt an der Klagemauer und sagen: Es fehlen 9000 Lehrer an Volks- und Hauptschulen, und es fehlen 4500 Lehrer an den höheren Schulen. Wir haben längst nicht mehr nur 36 Kinder in einer Klasse!

Herr Minister, Sie waren bisher weder Parlamentarier noch Minister. Lesen Sie doch die alten Protokolle durch. Das hat schon Gredler — seligen Angedenkens — in diesem Hause erzählt. Meine Damen und Herren von der ÖVP und der Sozialistischen Partei, Sie waren doch begeistert! Da sind immer schwarze Minister gesessen, und Sie von der SPÖ haben allem zugestimmt. Vor meiner heutigen Rede habe ich die Protokolle nachgeblättert, ob Sie einmal gegen einen ÖVP-Unterrichtsminister gestimmt haben. Sie haben in 20 Jahren all dem zugestimmt, was ÖVP-Unterrichtsminister hier vorgeschlagen und vertreten haben.

Daher jetzt nicht aufregen! Lesen Sie die Reden nach, die noch in VdU-Zeiten gehalten wurden. An Hand der Statistiken konnten wir

wissen, wie viele Kinder in den Jahren 1969, 1970, 1971 und 1972 in die Schulen kommen werden. Sie werden lachen, Herr Minister, aber man kann heute schon ausrechnen, wie viele Kinder in den Jahren 1976 und 1977 in die Schule kommen werden. Sie sind ja schon geboren. Nur das Unterrichtsministerium hat das noch nicht begriffen. (*Präsident Dr. Malletta übernimmt den Vorsitz.*)

Sie haben unter dem Beifall der Öffentlichkeit Gesetze gemacht. Beim Fernsehen sind Sie bei Diskussionen und Interviews blendend herausgestiegen. Jetzt haben Sie allerdings eine totale Pleite: Jetzt haben Sie keine Lehrer, jetzt haben Sie keine Klassen. Wenn Sie Klassen haben, dann sind sie überfüllt. Das ist das Ergebnis!

Den Schulerfolg sehen Sie: Die Kinder müssen Nachhilfeunterricht nehmen, sie werden nervös, die Ärzte sagen, daß die Kinder nicht mehr so gesund sind, und die Haltungsschäden nehmen in einem erschreckenden Ausmaß zu. Das ist die Zukunft, die heute erzogen wird. So lange haben Sie reformiert!

Ich ziehe nur die Bilanz, welche jeder Vater und jede Mutter in diesem Staate ziehen wird, die sich nicht nur an dem erfreuen, was Sie alles getan haben.

Nun darf ich zu einem konkreten Thema kommen, auf das Sie so stolz sind — ich möchte sagen, daß das schon ein Teil sozialistischer Politik ist —: Es handelt sich um das Gratisschulbuch. Einleitend muß ich dazu sagen: Ich weiß nicht genau, was die Regierung eigentlich will.

Ich habe hier eine Anfragebeantwortung vom 17. Juli 1972, in der es heißt: „Im Rahmen des Gesundheits- und Umweltschutzplanes wurde wegen der großen Bedeutung der Abfallwirtschaft für den Umweltschutz diesem Problemkreis ein eigenes Kapitel — im Budget — „gewidmet. Unter Punkt 4034 wird gesondert die Möglichkeit der Abkehr von der Wegwerfwirtschaft behandelt und die Kreislaufwirtschaft in den Vordergrund gestellt.“

Es handelt sich allerdings um einen anderen Minister. Vielleicht treffen Sie Ihre Ministerkollegen sehr selten, die hier ihre Antworten geben. Hier betrifft es die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz, die namens der Regierung erklärt: Die Regierung beschloß eine Abkehr von der Wegwerfwirtschaft.

Der Herr Unterrichtsminister hat aber die Wegwerfwirtschaft im Bereich des Unterrichtes eingeführt. Sie sind stolz darauf! Sie

**Zeillinger**

reden nämlich den Leuten draußen in der Öffentlichkeit ein, daß nur so das Gratisschulbuch erreichbar war.

Bei allen drei Fraktionen dieses Hauses stand außer Diskussion, daß die Kinder in der Schule nicht nur Chancengleichheit besitzen sollen, sondern daß sie auch die Schulbücher gratis bekommen sollen. Nur gab es verschiedene Vorschläge. Sie selbst, Herr Minister, haben wenige Monate, bevor Sie dieses Wegwerfsystem eingeführt haben, noch ein ganz anderes, meiner Ansicht nach besseres System diskutiert und haben sich dann zu diesem rein sozialistischen Vorschlag durchgerungen; ein Vorschlag, der zum nächsten Debakel geführt hat. Ich nehme an, daß Sie darauf nicht stolz sein werden. Ein Kollege von Ihnen hat gesagt, daß ich nicht solche Beispiele bringen soll.

Der Herr Bundesminister hat hier im Hause gesagt, er verstehe nicht die Klagen. Seine Kinder gehen in Eisenstadt in die Schule und haben die Schulbücher bekommen. Das sagten Sie vor vielen Monaten. Nun gibt es in diesem Staat — ich muß die Sessel zählen — 16 Minister, aber Hunderttausende andere Väter und Mütter. Daß es für die 16 Minister Schulbücher gibt, glaube ich schon, meine Herren! Die größte Privilegienmißwirtschaft haben Sie als Sozialisten eingeführt. Daß die 16 Minister die Schulbücher bekommen haben — oh, das glaube ich Ihnen! Aber die Hunderttausend anderen stehen heute noch ohne Schulbücher da. Ich kann Ihnen sagen, nicht einmal die Beziehungen eines Abgeordneten zum Nationalrat reichen aus, um die Schulbücher zu bekommen. *(Heiterkeit bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)*

Kollege Libal sagte das letzte Mal: Nennen Sie Beispiele! Ich bringe ungern Namen ins Spiel, ich nenne meinen eigenen. Ich hoffe, daß mein Bub dadurch keine Schwierigkeiten bekommen wird.

Herr Minister! Ich bin bis heute nicht in der Lage, die Schulbücher für meinen Sohn trotz Beziehungen, trotz Telefonaten einzulösen. *(Abg. Dr. Bauer: Ich auch nicht!)* Es wird Ihnen bekannt sein, daß es bereits Einkaufsorganisationen gibt. Es gibt bereits die organisierte Besorgung von Schulbüchern. Um 20 S besorgen sie die Schulbücher, soweit sie erreichbar sind. Das ist nämlich die Gratisschulbuch-Aktion!

Jetzt habe ich einen Zettel bekommen. *(Der Redner zeigt einen Zettel.)* Mein Bub hat gesagt, daß ich auf den Zettel sehr aufpassen muß. Wenn er Falten bekommt, ist er ungültig. Er würde dadurch Schwierigkeiten in

der Schule bekommen. Ich werde daher auf den Zettel sehr aufpassen müssen. Mit diesem Zettel muß ich mich an irgendeine Organisation wenden und sagen: Bitte, ich bin bereit, 20 S zu bezahlen. Nächstes Jahr wird es schon mehr kosten, die Preise steigen ja. Ich werde dann 30 S oder 40 S zahlen müssen, damit mir das Gratisschulbuch besorgt wird. Denn ich bekomme es nicht.

Hunderttausende Eltern warten auf die Schulbücher, und die Kinder sollen lernen und haben keine Bücher. In Salzburg — in Wien wird es vielleicht ähnlich sein — fahren wir von Bezirk zu Bezirk, von Stadt zu Stadt, um die Schulbücher zu bekommen. Da fährt zum Beispiel einer nach Hallein, weil das Gerücht plötzlich entstanden ist, daß es das Buch in Hallein gäbe. So fahren die Eltern nach Hallein und nach Wels. Herr Minister! Das ist das System, das Sie eingeführt haben. Da reichen die normalen Beziehungen eines Abgeordneten zum Nationalrat nicht aus.

Ich werde Ihnen gleich die Kehrseite sagen — mein Sohn möge es mir verzeihen, wenn ich es jetzt erzähle —: Er hat noch nicht das Schulbuch in Mathematik — das ist eine ernste Sache! —, aber er hat bereits das erste Nichtgenügend in Mathematik im Zeugnis. Sehen Sie, Herr Minister, das ist Ihr System!

Das einzige, was Sie getan haben, ist, daß Sie diese Zettel bis März verlängert haben. *(Abg. Peter: Und bekommt das zweite Nichtgenügend!)* Genau, das wollte ich gerade sagen. Ich stehe hier als einer von Zehntausenden Vätern und Müttern, die das sozialistische Schulbuchsystem anklagen. Nun wird dieser Zettel bis März verlängert. Da hat mein Sohn das nächste Zeugnis und wahrscheinlich wieder einen Pinsch, weil er nicht einmal ein Buch zum Lernen hat. Herr Minister! Ich bin auch in die Schule, ins Gymnasium gegangen. *(Ruf bei der SPÖ: Haben die anderen Mitschüler, die keine Nichtgenügend haben, von den Vätern oder Müttern mehr mitbekommen?)* Herr Kollege! Ich habe die Erbanlage meines Sohnes nicht untersuchen lassen. Ich bin gerne bereit dazu.

Präsident Dr. Maleta: Wir werden da jetzt keine Mathematikprüfung der Abgeordneten machen!

Abgeordneter Zeillinger *(fortsetzend)*: Ich war kein hervorragender Mathematiker, aber eines kann ich sagen: Mit dem „schlechten“ alten System habe ich vom ersten Tag an ein Schulbuch gehabt, und jene, deren Eltern die Schulbücher nicht kaufen konnten, haben sie vor 30 Jahren ausnahmslos in meinem Wiener Gymnasium — auch in Salzburg, wo

**Zeillinger**

ich jetzt lebe, war es so — immer aus der Schülerlade bekommen. Auf die Schülerlade werde ich dann gleich zu sprechen kommen.

Wir hatten alle ein Schulbuch, und wir konnten vom ersten Tag an lernen. Ob wir gelernt haben oder nicht, Frau Kollega, ist ein zweite Frage.

Aber den Kindern nicht einmal die Bücher geben — das ist Ihr System! Das ist doch kein Zufall. Hinter dem System steckt ein teuflisches anderes System. Dazu werde ich Ihnen später die Beweise liefern.

Herr Minister! Ich darf Sie fragen: Sind Sie bereit, für die Tausende von Schulkindern bezüglich der Schulbücher Vorsorge zu treffen? Im Fernsehen wurde übertragen, wie Sie aufgestanden sind und gesagt haben: Das stimmt nicht! Es gibt Schulbücher!

Ihre Kinder gehen in Eisenstadt in die Schule, Ihre Kinder haben die Schulbücher bekommen. Es können nicht alle Kinder in Eisenstadt in die Schule gehen, auch wenn die Verhältnisse dort so gut sind. Sie sind als Sozialist stolz darauf — und das ist das typische Privileg! —, daß das Ministerkind Bücher bekommen hat. Und das kleine Arbeiterkind? Der Arbeiter kann nicht so wie ein Nationalrat von Buchhandlung zu Buchhandlung rennen.

Frau Kollega! Ich war mindestens in 30 Buchhandlungen, um diese Bücher zu bekommen. Ich wollte die negativen Schulergebnisse meines Sohnes abwenden und ihm wenigstens die Ausrede nehmen, daß er zum Lernen kein Buch hat. Als Sechzehnjähriger — das wissen Sie — sagt er zu mir: Stell dir vor, Vater, ich habe nicht einmal ein Buch! Sie, Frau Kollega, verteidigen das System. Ich sehe das ein. Das ist Ihr sozialistisches System. Aber wir als Freiheitliche lehnen dieses System ab. Das möchte ich Ihnen in aller Offenheit sagen.

Nebenbei möchte ich Ihnen auch noch etwas sagen. Ich lebe in den finanziellen Verhältnissen, daß ich meinem Sohn immer die Schulbücher kaufen konnte. Ich bin sehr dankbar, daß ich sie jetzt gratis bekomme. Ich kann sie gar nicht bezahlen, denn ich bekomme sie gratis. Aber irgendwo in Österreich arbeitet ein Arbeiter oder ein Angestellter ungefähr eine Woche lang, um für mich die Schulbücher zu verdienen. Das ist auch die Kehrseite der Medaille.

Die Schulbücher im Gymnasium haben bis jetzt ungefähr 600 S bis 700 S gekostet. Natürlich sind sie jetzt teurer geworden. Das war — das möchte ich gleich dazu sagen — zu erwarten. Jetzt kosten sie zirka 850 S bis

900 S. Auch ich bekomme sie gratis. Der Herr Minister bekommt sie auch gratis. Wahrscheinlich ist im Burgenland irgendwo ein Arbeiter, der eine Woche arbeiten muß, damit der Herr Bundesminister die Schulbücher gratis bekommt, und in Salzburg arbeitet irgendwo ein Angestellter eine Woche lang, damit der Gustav Zeillinger die Schulbücher gratis bekommt. Sehen Sie, das ist Ihr System!

Daß wir mit diesem System nicht ganz einverstanden waren, werden Sie verstehen. Ich glaube, Herr Minister, die Praxis gibt uns Freiheitlichen auch in diesem Falle recht, die wir von Haus aus vor einem solchen Schulbuchsystem, vor einem System, bei dem nur der Privilegierte zum Schulbuch kommt, gewarnt haben. (Abg. K. Maier: Aber die Bevölkerung ist sehr zufrieden!) Ja, meine Damen und Herren, das Lernen ohne Schulbücher haben Sie auch noch nicht erfunden, aber Sie haben es eingeführt!

Nun gehen die Kinder in die Schule, müssen Prüfungen machen und fallen durch, und zwar deswegen, weil die Sozialistische Partei durch ihre Regierung versagt hat. (Zwischenruf des Abg. Ulbrich.) Lieber Kollege Ulbrich! Das sagst du, daß das ein Blödsinn ist. Entweder hast du keine Kinder in der Schule, oder, Herr Minister, Sie übernehmen vielleicht für die sozialistischen Abgeordneten die Besorgung der Schulbücher. Ich möchte noch einmal sagen, daß ich Sie nicht ersuche, es für die freiheitlichen Abgeordneten zu tun. Ich ersuche Sie, Herr Minister: Sorgen Sie endlich dafür, daß die Kinder, deren Väter nicht Abgeordnete oder Minister sind, zu ihren Schulbüchern kommen!

Es sind Zehntausende Kinder, die noch nicht ihre Schulbücher haben, die aber bereits im Zeugnis negative Noten haben. Es gibt eben Gegenstände — ich muß ehrlich sagen: ich war kein Vorzugsschüler; bei Gott, ich war weit, sehr weit weg davon —, die man ohne Buch nicht lernen kann. (Ruf bei der SPÖ: Aber geh!) Bitte schön, „Aber geh!“ sagen Sie, aber wer soll Lateinvokabeln ohne Bücher lernen? Wie Sie das machen wollen, weiß ich nicht. Das müssen Sie aber auch zuerst erfinden.

Das ist eben das sozialistische Schulsystem, das Sie verteidigen. Das finden Sie richtig, aber das klagen wir an, das empfinden wir als schlecht.

Bitte, einen Vorteil habe ich: Ich kriege jetzt 75 S, weil ja die Schülerlade aufgelöst wird, jene Schülerlade, in der die Bücher drinnen sind, die die Kinder bisher bekommen haben. Ich kriege meinen Anteil ausbezahlt. Ich kriege jetzt 75 S beziehungsweise ich

**Zeillinger**

werde zugunsten der sozialen Einrichtungen der Schule darauf verzichten. Aber die Schülerlade wird aufgelöst.

Dazu kommt aber jetzt noch das Kuriose: Es wurden als Nothilfe Bücher aus der Schülerlade ausgegeben. Für diese Bücher wurden dann, glaube ich, 50 Prozent des Wertes — alle Rabatte mußten eingerechnet werden — an die Schulen bezahlt, das heißt, die Schulen haben jetzt Geld bekommen, und dieses kriegen wir jetzt ausbezahlt. Das ist Ihr System! Ich verstehe das nicht. Aber Sie haben es jedenfalls eingeführt.

Wir Freiheitlichen haben davor gewarnt. Wir haben gesagt: Man muß alles vorbereiten. In der modernen Industriegesellschaft kann man nicht mit Scheuklappen gehen und sagen: Alles muß neu werden, alles muß anders werden! Das können Sie innerhalb der Sozialistischen Partei, aber doch nicht mit den Kindern dieses Staates machen, die ja in zehn oder in zwanzig Jahren die Verantwortung übernehmen sollen.

Wir haben gewarnt und haben gesagt: Ihr habt doch nur zwei Ziele im Auge: Das erste ist das Wegwerfbuch.

Beim Wegwerfbuch stehen Sie im Gegensatz zur Frau Minister, die hier eine Abkehr von der Wegwerfwirtschaft vorgenommen hat. Das eine Ministerium kehrt sich von der Wegwerfwirtschaft ab, das andere Ministerium führt sie ein. Das ist der Weg der sozialistischen Regierung.

Mit dem Wegwerfbuch, Herr Minister, haben Sie als Sozialist doch nur eines wollen: den Eigentumsbegriff beim Kind, schon beim Kleinkind zu zerstören. Für uns war das Schulbuch noch das erste Eigentum, das wir bekommen haben. Es wurde pfleglich behandelt. Je besser wir es behandelt haben, umso besser haben wir es dann eventuell im nächsten Jahr an die nächste Klasse verkaufen können, sofern wir es im Eigentum hatten. Oder wir mußten es pfleglich behandeln, weil es der Schule gehört hat.

Heute wird das Buch nicht mehr eingebunden, der Name wird draufgeschrieben, es wird hineingeschmiert — es ist nichts mehr wert: Vater, das schmeiß ma sowieso weg, das is ja nix wert! Sie wollen doch die Einstellung des Kindes zum Eigentum untergraben.

Das, meine Herren und Damen von der Sozialistischen Partei, gelingt Ihnen. Schauen Sie sich doch die Schulkinder an. Schauen Sie sich an, was die heute mit den Schulbüchern machen und was wir seinerzeit mit den Schulbüchern gemacht haben.

Aber noch etwas wollten Sie. Natürlich wollen Sie, daß die Kinder in der Schule nur das lernen, was die Sozialistische Partei genehmigt hat. Das ist nämlich der Hintergrund! So viele Schulbücher sind bereits im Verschwinden. Hier kommt der Trend zum Einheitsschulbuch hervor. Hier werden die Lehrfreiheit und die Methodenfreiheit immer mehr beeinträchtigt.

Darf ich Sie bitten, Herr Minister, folgende Frage zu beantworten: Ist es richtig, daß im Unterrichtsministerium für das kommende Schuljahr bereits Basislisten ausgearbeitet werden, in denen sehr viele — ich werde nach Ihrer Beantwortung dann Bezug nehmen und auch zitieren — bisher verwendete Schulbücher nicht mehr aufscheinen, weil sie Ihnen, den Sozialisten, unangenehm sind? Dafür aber scheinen die Schulbücher der „Genossen“ auf. Ja, die scheinen in den Basislisten auf!

Ich habe schon einmal hier gesagt: Es geht Ihnen hier nicht nur um das System der Zerstörung des Eigentumsbegriffes, es geht auch um das große Geschäft für die roten Verlage und, wie ich jetzt feststellen kann, auch für die roten Politiker.

Ich vermisse sehr viele gute und bewährte Schulbücher in den Basislisten, die im Unterrichtsministerium ausgearbeitet werden. Aber der Herr Stadtschulratspräsident Schnell — er ist gerade nicht herinnen; ich werde es wiederholen, wenn er wieder hereinkommt — ist drinnen mit seinem Geschichtsbuch. Der sozialistische Abgeordnete ist mit seinem Geschichtsbuch in der Basisliste drinnen! Nicht mehr die Geschichtsbücher, die bisher objektiv berichtet haben, sollen in der Schule verwendet werden, sondern das Geschichtsbuch — auf die jüngste Zeitgeschichte hat er vergessen, soweit ich beim Durchblättern feststellen konnte — des sozialistischen Abgeordneten Schnell wird im nächsten Jahr zu erhalten sein.

Das war das große Geschäft, das ich angekündigt und bei dem ich gesagt habe: Herr Minister, wir Freiheitlichen werden Ihnen nachweisen, warum Sie es machen. Hier beginnt die Geschäftemacherei. Warum sind die anderen Bücher nicht mehr drinnen? Warum wird der Herr Schnell empfohlen? Nichts gegen den Kollegen Schnell! Aber der sozialistische Minister kauft Bücher für seine Kinder, und der sozialistische Abgeordnete darf dafür auf eine Empfehlung des Ministeriums für sein Buch rechnen. Sehen Sie, meine Damen und Herren, das ist die Methode, die Sie hier eingeführt haben.

**Zeillinger**

Ich kann die Liste fortsetzen, Herr Minister. Etwa auch das Lesebuch für die Oberstufe — es heißt sinnigerweise „Begegnung“ — vom Vizepräsidenten des Niederösterreichischen Landesschulrates Bialonczyk, das er gemeinsam mit einem anderen — sein Mitautor heißt Kropatsch — herausgegeben hat, dieses Buch der Herren Bialonczyk und Kropatsch empfehlen Sie aus politischen Gründen! Das sind Bravos! Was „klingt“ dafür? — Aber die anderen Bücher sind nicht mehr in der Liste, Herr Minister. Das ist unter Ihrer Minister-schaft!

Und diese Bücher Ihrer Herren werden wir kriegen, davon bin ich überzeugt. Ich bin überzeugt, mein Bub wird das Mathematikbuch noch nicht haben — aber das Geschichtsbuch des sozialistischen Abgeordneten Schnell wird er schon gratis bekommen.

Sehen Sie, Herr Minister, das waren die Methoden, wovor wir bei der Einführung des Wegwerfbuches gewarnt haben: Sie wollen nicht nur den Eigentumsbegriff zerstören, Sie wollen darüber hinaus die Lehrfreiheit einschränken und beeinflussen, was in den Büchern drinnen steht, und mit den großen roten Verlagen natürlich das große Milliarden-geschäft machen.

Dagegen haben wir uns gewendet. Eine Milliarde — ich darf hier korrigieren —, eine Milliarde, tausend Millionen Schilling werden dafür aufgehen, damit Sie dieses sozialistische Ziel erreichen können. Tausend Millionen Schilling! Wissen Sie, wie viele Klassen man darum hätte bauen können, Herr Minister? Wieviel man für die Kinder hätte machen können um die tausend Millionen? Tausend Millionen muß die arbeitende Bevölkerung dieses Staates jährlich zusätzlich aufbringen, damit Sie dieses sozialistische Ziel des Wegwerfbuches durchsetzen können.

Davor haben wir gewarnt, und dagegen sind wir! Das werden Sie von uns immer wieder hören, denn das hier ist einer der Großangriffe der sozialistischen Regierung auf die Lehr- und Meinungsfreiheit in diesem Staat gewesen und auch eine Abkehr von alter sozialdemokratischer Tradition. Daher werden wir nicht aufhören, dazu unsere Stimme zu erheben.

Aber noch einmal, Herr Minister: Ich hoffe, daß Sie eine Antwort auf die Frage geben, was Sie veranlassen werden, daß noch bis zum Abschluß dieses Jahres jedes Kind sein Schulbuch in Händen hat. Denn mit einer Verordnung des Herrn Unterrichtsministers, daß die Gutscheine verlängert werden, wird der Bildungsgrad unserer Kinder nicht gehoben. Was werden Sie veranlassen, daß auch

die Arbeiterkinder, Herr Minister — nicht nur die Ministersöhne und -töchter —, die Schulbücher bekommen? Welche Garantie geben Sie diesem Hause? Was werden Sie veranlassen, daß das Arbeiterkind ebenso ein Buch an Stelle dieses Zettels — um Gottes Willen, jetzt habe ich ihn verbogen (*Heiterkeit*) — in der Schule bekommen wird?

Dafür tragen Sie die Verantwortung, Herr Minister! Sie allein, denn Sie haben eine Reihe von Systemen, mit denen es funktioniert hätte, abgelehnt. Sie haben dieses System gewählt, weil es das einzige war, mit dem Sie die sozialistische Gesellschaftspolitik durchsetzen konnten.

Daher werden wir dieses System bekämpfen, und wir rufen alle Eltern dieses Staates auf, mit uns so lange gegen dieses sozialistisch geführte Ministerium und gegen die Sozialistische Partei zu kämpfen, bis Sie wieder zu einem System der Chancengleichheit für alle Kinder und der Lehrfreiheit in diesem Staate zurückkehren, wo nicht nur die Ministerkinder Schulbücher haben, die Arbeiterkinder aber nicht und wo nicht von sozialistischen Abgeordneten die Bücher empfohlen werden und die anderen von der Empfehlungsliste verschwinden. Das ist unser Ziel als Freiheitliche Partei. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Herr Minister! Darf ich bei dieser Gelegenheit ... (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) Herr Kollege, ich bin gerne bereit: Kommen Sie heraus und widerlegen Sie mich! (*Abg. Wielandner: Wir werden nachfragen, ob das mit dem Pinsch stimmt!*) Hier ist das Zeugnis meines Bubens, bittel Lieber Kollege Wielandner, du setzt die Tradition deines Freundes Libal fort, der gesagt hat, Namen will er sehen. Ich bitte meinen Sohn um Verzeihung, weil das immer unangenehm ist. Ich habe das schon ein paarmal gemacht und aus dem eigenen Bereich zitiert. Meistens wird man dann an der Schule zum Kadi gezogen.

Hier sind die Leerzettel, und hier ist das Zeugnis. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Wielandner.*) Ich bringe das Beispiel meines Kindes, und ich verweise darauf, daß es Tausende sind. Aber ich bringe auch das Beispiel der Klasse meines Sohnes, wo 40 Prozent einen Nachzipf gehabt haben. Auch das ist ein „Erfolg“.

Kollege Wielandner, ich verstehe, daß Sie als Sozialist das vertreten und so wünschen. Das ist sozialistische Machtpolitik: Den Kindern soll der Eigentumsbegriff zerstört werden, und sie sollen nur mehr die Bücher von sozialistischen Abgeordneten zum Studium bekommen. Das ist euer Ziel! Aber es ist das legitime Recht von uns Freiheitlichen, dieses

**Zellinger**

Ziel zu bekämpfen und alles zu tun, damit die Kinder so wie bisher als geeignete Staatsbürger bei völliger Lehrfreiheit erzogen werden.

Nun, Herr Minister, darf ich in dem Zusammenhang noch etwas bringen. Es gibt eine Schulbeihilfe. Das ist eine durchaus erfreuliche Unterstützung für studierende Kinder; eine Schulbeihilfe, die die Eltern bekommen, wenn ihr Einkommen eine gewisse Höchstgrenze nicht übersteigt. Nun steigen aber die Preise und damit verbunden auch die Einkommen. Das ist, soweit es die Preise betrifft, unerfreulich, soweit es die Einkommen betrifft, erfreulich. Nicht steigen aber die Grenzen, die vom Gesetzgeber hier gezogen worden sind, die Grenzen nämlich, wieviel die Eltern verdienen dürfen, damit sie die Schülerbeihilfe noch bekommen. Das heißt also in der Praxis, daß durch die Erhöhung des Einkommens — durchaus erfreulich — immer mehr Eltern aus der Schulbeihilfe herausfallen.

Ich darf auch gleich ein Beispiel sagen, das mir heute früh mitgeteilt worden ist. Durch die normale, die teuerungsbedingte Gehaltserhöhung bekommt der Vater von vier Kindern, ein Beamter, statt 3000 S nur 1500 S für das Kind. Er kriegt noch als Beamter die Verwaltungsdienstzulage, und damit fällt er überhaupt heraus. Das heißt, er hat bis jetzt 3000 S bekommen, weil sein Kind einen Vorzug hat, noch einen Tausender dazu. Aber mit der Verwaltungsdienstzulage übersteigt er die im Gesetz gezogene Grenze und fällt in Zukunft zur Gänze aus der Schulbeihilfe heraus. Es wurde ihm jetzt schon bescheidmäßig mitgeteilt, daß er infolge der Gehaltserhöhung nur mehr die Hälfte bekommt, und in dem Moment, wo er die Verwaltungsdienstzulage bekommt, fällt er überhaupt heraus, weil sein Einkommen zu hoch ist.

Herr Bundesminister! Sehen Sie, das ist die Familienpolitik, die wir auch bekämpfen. Wir haben aufmerksam gemacht — Herr Bundesminister, keine Ausrede bitte, nicht daß Sie sagen, Sie haben das übersehen, Sie haben keine Zeit gehabt, wir hätten viel Zeit für familienpolitische Maßnahmen, wenn Sie Sozialisten es nur wollten —, daß durch das Steigen der Preise auch die Einkommen steigen, und es wird gefährlich, weil natürlich viele Vorzüge, die die Familien haben, damit verloren gehen. Bei der Schulbeihilfe haben Sie es. Bei den Eltern, die durch die Verwaltungszulage von 700 S im Monat die Grenze überschreiten, sinkt unter Umständen — wie in dem Fall — innerhalb von einem Jahr die Schulbeihilfe von 3000 auf null Schilling.

Herr Minister! Sie haben nichts getan, Sie haben bis heute keine Vorlage gebracht, Sie sind untätig geblieben, Sie haben es genau gewußt. Sie können nicht sagen, Sie haben es übersehen, Sie sind aufmerksam gemacht worden, in der Zeitung ist es gestanden, und trotzdem haben Sie nichts dazu vorgelegt. Ich darf Sie bitten, uns eine Auskunft zu geben: Wollen Sie diese familienfeindliche Politik weiter fortsetzen oder sind Sie bereit, wenigstens den bisherigen Zustand zu erhalten, sodaß derjenige, der einen bestimmten Betrag — natürlich valorisiert — verdient, auch in Zukunft die Schulbeihilfe bekommt? Ansonsten ist nach Ihrem System in wenigen Jahren das letzte Kind aus der Schulbeihilfe herausgefallen.

Darf ich jetzt abschließend noch einige kurze Erinnerungen machen. Salzburg! — Beinahe hätte ich vergessen, aber der Kollege Wielandner aus Salzburg erinnert mich daran: Wir haben ein Gymnasium und einen Brief aus diesem Gymnasium, wo drinnen steht, daß der Herr Unterrichtsminister noch in diesem Herbst mit dem Bau des Gymnasiums beginnen wird.

Herr Minister! Ich war also gestern dort — ich bin extra einen Moment stehengeblieben —: Sie haben noch nicht angefangen! Den Brief kann dort jeder lesen; er ist öffentlich angeschlagen. Aber Sie haben noch nicht begonnen! Was ist mit Ihrer Zusage, Herr Minister? Die Zusage haben Sie persönlich als Unterrichtsminister gegeben, und Sie haben auch gelesen, die Elternvertreter haben angedroht, daß die Eltern dieses Gymnasiums in den Sitzstreik treten werden, nicht nur wegen des Baues. Wenn Sie von Haus aus gesagt hätten, es wird erst 1975 begonnen zu bauen, hätte man sich damit abgefunden.

Es wurde eine Reihe von Maßnahmen nicht getroffen, weil Sie gesagt haben, Sie fangen heuer an. Wir haben es geglaubt, auch ich habe es geglaubt. Aber es wurde Herbst — es ist heute bereits Ende Dezember —, und Sie haben nicht begonnen. Sie verträsten uns auf das nächste Jahr, obwohl Sie im nächsten Jahr auch wieder nur eine Million im Budget drinnen haben. Also weit kann es mit Ihrer Bauabsicht nicht her sein, Herr Minister! Warum führen Sie denn Hunderte Eltern und Kinder derart hinter Licht?

Es sind — ich sage es noch einmal — unhaltbare Zustände, es sind gewisse Maßnahmen, um das Lernen zu ermöglichen, nicht getroffen worden, weil doch die Zusage des Ministeriums vorlag. In diesem Fall, möchte ich sagen, habe ich es geglaubt, und muß jetzt

**Zeillinger**

enttäuscht feststellen, daß auch die Zusage bezüglich des Gymnasiums in Salzburg nicht eingelöst worden ist.

Wenn Sie einmal in Salzburg sind, darf ich Sie einladen, sich den Bau des Bundesrealgymnasiums anzusehen und an meine Ausführungen über die Größe des Gymnasiums, die gar nicht auf meinem Mist gewachsen waren, sondern die von den Pädagogen in Salzburg gemacht wurden, zu denken. Sie haben ein Realgymnasium hingestellt, bei dem man von Haus aus gewußt hat, daß es zu klein ist. Bei der Eröffnung, als das Fernsehen da war, haben sich die Minister beweihräuchern lassen; Erholungsräume und Fernsehräume gab es, aber jetzt ist alles vorbei. Es ist schon alles verbaut; jetzt haben wir sogar schon Klassenzimmer in anderen Schulen! Ich habe den Beamten Ihres Hauses gesagt, sie planen um sechs bis acht Klassen zu wenig — meine Kollegen haben mir gesagt, daß einige hinten gelacht haben, Herr Minister! Fahren Sie nach Salzburg und schauen Sie sich das an! Es ist das eine Blamage für die Planung des Ministeriums. Man hat genau gewußt, wie viele Kinder in die Schule gehen werden, und jetzt sind alle Vorzüge weg, alle Nebenräume weg, und Gänge müssen verbaut werden, weil man fehlgeplant hat. Herr Minister! Darf ich Ihnen das nur sagen, damit Sie wissen, mit welcher Qualität im Hause gearbeitet wird, und ich lade Sie ein: Fahren Sie einmal nach Salzburg und schauen Sie sich dort die Verhältnisse an.

Ich darf also noch zum Abschluß des Schulkapitels eine Bitte an Sie, Herr Minister, richten. Zwei Themen möchte ich noch anschnitten. Ich weiß, es ist ein Stiefkind des Ministeriums, aber es ist auch ein Sorgenkind von uns allen: die geistige Landesverteidigung.

Für die geistige Landesverteidigung ist das Unterrichtsministerium zuständig. Ich weiß nicht, ob Sie glücklich sind mit diesem Kind, ich weiß auch nicht, ob diese Nebenbei-Zuständigkeit zweckmäßig ist, aber ich weiß, daß praktisch keinerlei Initiative aus dem Ministerium in dieser Frage ausgeht. Sie kennen die Zeitungsartikel, Sie kennen die öffentliche Kritik, Sie wissen auch, daß hier — ich möchte fast sagen — die Landesverteidigung in eine zusätzliche Kritik hineingerät, obwohl genug Kritik auf anderen Gebieten vorhanden wäre, die durchaus vermeidbar wäre, wenn etwas mehr Initiative ausginge. Diese Bastelei nebenbei im Ministerium ist einfach unverantwortlich, und hier müssen wir verlangen, daß es einmal zu einem systematischen Vorgehen kommt und daß einmal die Maßnahmen initiativ ergriffen und koordiniert werden.

Herr Minister! Es ist genug Sorge um die Landesverteidigung. Ergreifen Sie doch, soweit es in Ihren Bereich fällt, die notwendige Initiative und veranlassen Sie in Ihrem Ministerium, daß in Koordinierung mit den anderen Ministerien die für die geistige Landesverteidigung notwendigen Maßnahmen wenigstens vorgeschlagen, wenn schon nicht ergriffen werden!

Als letztes noch zwei Sätze zum Sport. Sie haben ein Sportlehrergesetz ausgeschickt, wo es heißt: „Begutachtung bis spätestens 29. Februar 1972.“ Seitdem liegt es begraben. Wir fahren in wenigen Tagen wieder zum Politiker-Skikurs, wie es so schön heißt, nach Hintermoos, der letzten Endes auch den Zweck hat, mit den Sportvertretern als Politiker zu sprechen. Ich muß Ihnen sagen, wir kommen als Oppositionelle manchmal in Schwierigkeiten. Wir können nicht immer sagen: Die Regierung ist schuld und nicht wir!, denn die sagen: Ihr seid ja auch Abgeordnete, warum geschieht nichts? Herr Minister! Was sollen wir — ich weiß nicht, ob Sie hinkommen werden — den Sportvertretern sagen, wenn hier jede Initiative zu missen ist? Bis spätestens 29. Februar war es zu begutachten, und seitdem ist nichts geschehen.

Ich darf weiters sagen, daß Sie für den Herbst eine Enquete angekündigt haben, die ein längerfristiges Sportkonzept erarbeiten sollte, so las ich es zumindestens am 16. März 1972 in der „Arbeiter-Zeitung“. Es war jetzt im Herbst eine Enquete; ich weiß nicht, ob das die Enquete war, die Sie angekündigt haben. Wenn es die Enquete war, die Sie am 16. März in der „Arbeiter-Zeitung“ angekündigt haben, muß ich sagen, Sie haben entweder im Interview den Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“ aufs Eis geführt oder die Öffentlichkeit, denn von einem längerfristigen Sportkonzept ist wirklich nichts zu merken gewesen.

Sehen Sie, Herr Minister, das ist das schöne Reden vor dem Fernsehen. Interviews mit dem Redakteur der eigenen Parteizeitung sind sehr leicht. Eine Enquete kostet gar nicht viel Geld. Wo ist das längerfristige Sportkonzept? Ich möchte nur wissen: War die Enquete, die jetzt im Herbst war, die angekündigte? Wenn ja, müßten wir weiter diskutieren. Wir brauchen das, weil wir in 14 Tagen alle in Hintermoos beisammensitzen und den Sportlern Rede und Antwort stehen müssen. Darf ich bitten, diese beiden Fragen zu beantworten.

Herr Minister! Ich möchte jetzt gar nicht in den Fehler verfallen wie alle anderen, die sagen: Wie schön, wie wichtig ist der Sport. Es gibt Hunderttausend Sportler, die hören alles Gute und Schöne. Wir haben einfach

**Zeillinger**

die Sorge, daß bei der Führung des Ressorts die Gesundheit der Schüler, aber auch derjenigen, die Sport betreiben wollen, nicht in gleicher Weise gewährleistet ist wie bisher. Die Verhältnisse werden nicht besser, sie sind durch die Reform schlechter geworden. Das sind die Sorgen, die wir als Freiheitliche haben, nicht weil wir Politiker sind, Herr Minister, sondern weil wir selbst alle Familienväter oder Familienmütter sind, weil wir Familien haben und weil wir Familien zu vertreten haben. Ich bin überzeugt, das gilt für Sie von der Sozialistischen Partei genauso wie für Sie von der ÖVP und für die Freiheitlichen. Daher haben wir ein gemeinsames Anliegen und sehen mit Entsetzen, daß jede Initiative aus dem Ministerium fehlt.

Herr Minister! Reden Sie nicht von der Zukunft, denken Sie an die Zukunft! Reden Sie nicht vom Nachwuchs, tun Sie etwas für die Schulkinder! Reden Sie nicht vom Sport, sondern tun Sie etwas für den Sport! Das ist der freiheitliche Appell! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Doktor Leitner. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Leitner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Zuerst einige Worte zur Frau Kollegin Dobesberger, die hier über die Bildungsplanung, über die Fortschritte der Gesamtschule gesprochen und einen Appell zur Einführung der Ganztagschule gerichtet hat.

Ich möchte hier nur einige Worte aus einem Bericht vorlesen, den wir kürzlich vom Herrn Bundesminister für Unterricht bekommen haben, und zwar über „Finanzwirtschaftliche Probleme des öffentlichen Bildungswesens in Österreich“. Es haben diesen Bericht die Mitglieder der Ökonomiekommission erhalten.

Hier steht der sehr bemerkenswerte Satz: „Nun sind bildungsplanerische Aktivitäten und Projektionen von Daten der Schul- und Kulturstatistik sicherlich eine faszinierende Tätigkeit, sie verlieren aber einiges von ihrer Anziehungskraft, wenn sie auf den begrenzten Boden der Finanzierungsmöglichkeiten gestellt werden.“

Und wir reden jetzt über das Budget, Herr Minister. Es hat bereits der Herr Abgeordnete Zeillinger die harte Realität auf einigen Gebieten aufgezeigt. Er hat von der Überforderung der Schüler gesprochen. Ich schließe mich diesen Aussagen vollinhaltlich an, wo wir wissen, daß man in der Arbeitswelt die 42-Stunden-Woche oder die 40-Stunden-Woche

einführt. Im berufsbildenden Schulwesen haben wir die 43-Stunden-Woche, und dann müssen die Kinder natürlich noch zu Hause lernen.

Bezüglich des Schulbuches komme ich dann noch auf einiges zu sprechen, Herr Minister.

Im Erfolgsbericht der Bundesregierung, den wir vor kurzem bekommen haben — prüfen Sie bitte selbst —, finde ich überhaupt kein Kapitel über das Unterrichtswesen. Das fehlt mir.

Wenn man diese Ausführungen sehr genau durchschaut, dann ist es bemerkenswert, daß die einzigen Aussagen zum Kapitel Unterricht unter „Wohlfahrt für alle — Bekämpfung der Armut“ gemacht werden. Es hat also anscheinend auch nach Meinung der sozialistischen Fraktion diese Bundesregierung auf dem Unterrichtssektor nichts aufzuweisen: keine Erfolge, keine Verwirklichung der Regierungserklärung. Aber unter Armutsbekämpfung werden das kostenlose Schulbuch, die kostenlose Schulfahrt, die Erhöhung der Schul- und Heimbeihilfen als „Vorteile für die kinderreiche Familie“ aufgezeigt.

Zu diesen drei Punkten möchte ich ganz kurz Stellung nehmen, Herr Minister. Die Regierung verlangt also Stabilisierung, sparen. Aber warum fängt sie denn nicht bei sich selbst an? Warum stellt sie sich selber in den Bereich der Verschwendung? Warum stellt sie die Verschwendung mit dem Wegwerfschulbuch nicht ab?

Herr Minister! In Europa ist man jetzt gegen die Wegwerfgesellschaft. Aber die sozialistische Regierung ist für das Wegwerfschulbuch und stellt sich damit hinter diese Wegwerfgesellschaft.

Herr Minister! Sie haben hier in diesem Hohen Hause erklärt, daß 70 bis 80 Prozent der approbierten Schulbücher nur für eine Schulstufe bestimmt sind. Sie haben dann weiter erklärt: es ist aber in Zukunft nicht nur nicht möglich, Schulbücher weiterzugeben, sondern auch gar nicht notwendig. Es sind also Millionen Bücher zum Wegwerfen bestimmt!

Herr Minister! Sie haben sicher auch den offenen Brief eines Kärntner Vaters und gleichzeitig des Vertreters des Katholischen Familienverbandes bekommen, der sagt und aufzeigt, daß er in seiner Familie — also nur in einer Familie — 41 Schulbücher mit dem Anschaffungswert von 2003 S jetzt wegwerfen muß.

Herr Minister! Ich habe einen Teil dieser Bücher hier, ich möchte sie Ihnen zeigen. *(Redner legt Bücher auf das Rednerpult.)* Dabei

**Dipl.-Ing. Dr. Leitner**

sind die Bücher zum Teil sehr ordentlich, sehr schön, fast neuwertig. Das sind nicht alle 41, ich konnte nicht so viele tragen. Ich habe sie im Haus. Herr Minister! Wenn Sie wollen, kann ich die anderen von einem Herrn Kollegen besorgen lassen. Das sind Ihre Wegwerfbücher, Herr Minister: eine einzige Familie und nicht alle 41 Bücher.

Aber es kommt noch stärker. Dieser Vater sagt Ihnen, daß er heuer auch wieder Bücher bekommen hat für seine drei Schulkinder, und zwar hat er wieder 41 bekommen. Diese Bücher sind im nächsten Jahr — 25 Stück, also wieder mehr, als da stehen — mit einem Betrag von 1754 S wiederum zum Wegwerfen. Die sind doch neuwertig, Herr Minister! (*Abg. Ing. Hobl: Bei mir zu Hause, Herr Kollege Leitner, können Sie einige Regale von Büchern sehen, die ich in den letzten zehn Jahren gekauft habe. Auch zum Wegwerfen, obwohl die Kinder hintereinander die Bücher des Bruders oder der Schwester brauchen könnten. Ich mußte neue kaufen!*) In Ordnung. Ich freue mich hier feststellen zu können ... (*Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP.*)

Man sagt ihm ja in der Schule, er soll das neue Buch nehmen, und ich glaube, Herr Kollege, daß die Bücher — gerade zum Beispiel im naturwissenschaftlichen Bereich — in der Bibliothek in fünf Jahren weit überholt sind. Wir leben doch in einer Entwicklung, die rasch voranschreitet.

Ich glaube, daß das Buch der ersten Klasse Volksschule in der Bibliothek nichts zu suchen hat, daß das Rechenbuch in der vierten Klasse Volksschule in der Bibliothek nichts zu suchen hat. (*Beifall bei der ÖVP.*) Oder glauben Sie, daß das eine besondere Bereicherung der Bibliothek ist, wenn Sie mit den Schulbüchern der Volksschule auftauchen? (*Zwischenrufe.*)

**Präsident Dr. Maleta:** Die moderne Gesellschaft ist offensichtlich auch eine „Lärmgesellschaft“. Bitte, den Lärm einzustellen!

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Leitner (fortsetzend):** Herr Minister! Sie haben also erklärt, daß Sie dieses System aufrechterhalten wollen.

Es geht aber noch weiter, Herr Minister. Sie haben erklärt, daß man jetzt so viele Schulbücher in der Schule hat, um so viel mehr: 12 Millionen. Aus der „Südost Tagespost“ entnehme ich: „Rund zwei Millionen Schulbücher sind demnächst zu liquidieren.“ Herr Minister! Diese Bücher würden in diesen Raum wahrscheinlich gar nicht leicht hereinpasse. Zwei Millionen Schulbücher sind zu liquidieren! Und was haben die Kinder dadurch gewonnen, wenn die Regierung von der Bekämpfung der Armut redet? — Nichts! Denn das sind die Bücher, die sie bis jetzt von den

Schülerladen ja auch kostenlos bekommen haben. Nichts haben sie bekommen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Die Stadtgemeinde Wien erspart sich 20 oder 30 Millionen Schilling. Manche größere Gemeinden ersparen sich auch Geld, weil sie ja jetzt entlastet wurden. Aber da ist natürlich ein wesentlicher Unterschied. Denn diese Bücher zahlt jetzt der Familienlastenausgleichsfonds und nicht mehr die öffentliche Hand.

Ich habe auch einige Bücher von diesen Schülerladen nur als Beispiel mitgebracht, Herr Minister, damit die Damen und Herren wissen, wie das aussieht. (*Der Redner zeigt Bücher vor.*) Das sind Bücher von Schülerladen. Ich habe nur einige mitgenommen. Ein solches Buch schaut noch gut aus. Es sind sicher nicht die besten. Ich habe einen Stoß bekommen. Das haben vier Kinder verwendet. (*Abg. Egg: Das sind die besten! — Abg. Hanna Hager: Die haben Sie ausgesucht!*) Die sind noch recht gut erhalten. Ich habe Bücher hier, die haben zehn Kinder verwendet. Die schauen dann nicht mehr sehr gut aus, aber zehn Jahre waren diese Bücher in der Schule in Verwendung. Aber man macht das nicht mehr. Das ist also Wegwerfgesellschaft!

Die Österreichische Volkspartei sagt ein klares Ja zum kostenlosen Schulbuch, aber ein ebensolches Nein zur sinnlosen Verschwendung. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Minister! Es ist ja grotesk. Wenn wir solche Probleme anschneiden, dann sagen Sie, auch bei schriftlichen Anfragen: Herr Abgeordneter, ich bin ja nicht zuständig, der Herr Finanzminister ist der zuständige Minister! Denn die Familien zahlen sich die Bücher, das habe ich schon gesagt, selber. Da gibt es ein schönes Sprichwort: „Mit anderer Leute Leder ist gut Riemen schneiden.“ (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die „Sozialistische Korrespondenz“ sagt aber: „Den Eltern werden 575 Millionen Schilling erspart.“ Es ist eine Tatsache, daß die Eltern um mindestens diesen Betrag geschröpft werden. (*Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich habe lange nachgedacht, meine Herren, was denn eine der Ursachen dieser verfehlten Regierungspolitik sein kann. Ich bin zu dem Schluß gekommen, daß man den ÖVP-Antrag, 500 S in bar für das Kind bis zehn Jahre, 1000 S in bar für das Kind ab zehn Jahren, deshalb abgelehnt hat, weil dann, wenn das eine Bargeldleistung gewesen wäre, der Finanzminister und die öffentliche Hand für die

**Dipl.-Ing. Dr. Leitner**

Kinder, die sie zu erhalten haben und für die sie die Familienausgleichszahlungen zu leisten haben, auch selber hätten bezahlen müssen.

Wir haben 1.800.000 Kinder, für die der Fonds die Beihilfe bezahlt, und wir haben 455.000 Kinder, für die der Fonds nicht die Beihilfe zahlt, denn da müssen die Beihilfen Bund, Land und Gemeinden, die großen Gemeinden, bezahlen. Im Budget haben wir 1,2 Milliarden Schilling für diese Ausgleichszahlungen aus dem Familienlastenausgleich aufgenommen, und dadurch ersparen sich die Selbstträger mindestens 320 Millionen Schilling.

Es hat die Frau Staatssekretär, das Fräulein Karl, hier gesagt, 1000 S erspart man sich pro Kind beziehungsweise erspart sich die Familie durch diese Maßnahmen. Bei 455.000 Kindern wären das 455 Millionen Schilling, die sich der Finanzminister auf Kosten der Familie erspart, und dann geht man hinaus und sagt: Das ist unsere Familienpolitik, so gut, so enorm „sozial“. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Dabei ist noch gar nicht berücksichtigt, daß die Selbstträger sich auch ungefähr 300 Millionen Schilling dadurch ersparen, daß sie nichts in den Fonds einzahlen, aber jetzt fleißig herausnehmen. Weiterhin sind es mindestens 300 bis 400 Millionen Schilling, und sollten die Bücher 1 Milliarde Schilling kosten, Herr Minister — das hat man bis jetzt immer bestritten —, dann sind es 600 Millionen Schilling, die hier verschwendet werden.

Und ich frage jetzt, Herr Minister: Ist die Angst des Herrn Finanzministers und war diese Angst ausschlaggebend, daß Sie Ihren ersten Vorschlag in der Regierung nicht mehr zum Tragen bringen konnten? Denn damals haben Sie ja sehr deutlich erklärt, daß es eben jetzt einen Schulbuchscheck gibt. Man hat genau erklärt, was dieser in jeder Klasse bringt — von 40 bis 1100 S, glaube ich, hat man hier erklärt —, aber man hat dann nichts mehr gehört.

Ich glaube, daß mit eine Ursache, daß Ihre Vorschläge so rasch in die Versenkung gekommen sind, Herr Minister, die war, daß der Herr Finanzminister befürchtet hat, er muß dann der Familie das geben, was der Familie zusteht.

Dann, Herr Minister, haben Sie erklärt, man mache das aus pädagogischen Gründen und die Pädagogik wäre vor allem maßgebend dafür, daß es hier zu einer anderen Form kommen muß.

Herr Minister! Wir sind uns einig, daß das Verbrauchsbuch, also der Arbeitsbehelf, sehr zweckmäßig ist und daß wir es begrüßen

werden, wenn es zu solchen Arbeitsbehelfen kommt.

Herr Minister, Sie haben selber erklärt, der Sinn der Schulbuchaktion ist nicht nur vom Sozialen her zu beurteilen, sondern in erster Linie vom Pädagogischen her. Nun, die Erziehung zur Wegwerfgesellschaft ist vom Pädagogischen her eindeutig falsch. Die Arbeitsbehelfe, Verbrauchsbücher, müssen erst geschaffen werden. Sie selber haben erklärt, daß von tausend Titeln erst drei solche Verbrauchsbücher vorhanden sind. Und dieser Vater hat uns auch wieder mitgeteilt, daß in der ganzen Bücherflut, die seine Familie bekommen hat, nur ein solches Verbrauchsbuch dabei ist.

Herr Minister! Wie schaut denn das aus mit der „bestvorbereiteten Regierung, die es je gab“? Muß man hier probieren? Wäre es nicht zweckmäßig, zuerst die Bücher zu schaffen und dann das System zu ändern? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn man hier gesagt hat, diese Schulbücher gehören in die Bibliothek, so bin ich der Meinung, daß viele Schulbücher in der Bibliothek einen echten Negativeffekt im Menschen auslösen können, wenn er das Buch immer sieht, mit dem er sich vielleicht in der Schule in Mathematik, Fremdsprachen, Deutsch oder auch nur über den Lehrer geärgert hat. *(Abg. Dr. Fleischmann: Wenn Sie ein bißchen zum Lesen aufhören: Das stimmt doch gar nicht, was Sie da sagen!)* Das stimmt sehr wohl! Ich kann Ihnen, wenn Sie wollen — ich wollte mich kurz fassen —, das alles belegen, weil ich alle schriftlichen Anfragebeantwortungen hier habe.

Auf den Ruf der Eltern: Statt Sachleistungen Bargeld! wird ein schlichtes Nein gesagt. Aber wir leben doch im Zeitalter der Geldwirtschaft. Die Gewerkschaft verlangt ja auch nicht Suppennudeln und Zucker, und für die Familienbeihilfen verlangen wir auch Geld und nicht ein Schulbuch, sondern eben Geld, und damit können sich das Buch die Familien selber kaufen.

Und dann, Herr Minister, haben Regierungsmitglieder gesagt: Ja, Geld kann man auf diesem Gebiet nicht geben, denn es ist nicht sichergestellt, daß das Bargeld für die Kinder und deren Schulbücher verwendet wird. Als Vater, der selber vier Kinder hat, muß ich hier schon einen sehr scharfen Protest einlegen und Sie fragen, Herr Minister: Haben Sie bedacht, daß damit den Eltern die Mündigkeit abgesprochen wird, 1000 S sachgerecht für ihre Kinder zu verwalten? *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

Das ist eine enorme Beleidigung der ganzen Elternschaft Österreichs! Ich habe zuerst gedacht, das ist eine einmalige Entgleisung, das kann einmal passieren. Aber ich frage mich in der letzten Zeit, ob hier nicht System dabei ist. Denn der Herr Finanzminister Androsch hat im Familienpolitischen Beirat erklärt: Erhöhung der Kinderbeihilfen, nur damit zu Weihnachten mehr sprechende Puppen gekauft werden.

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat der Herr Finanzminister noch nicht zur Kenntnis genommen, was die Arbeiterkammer in Salzburg — nicht eine ÖVP-nahe Institution — festgestellt hat: daß Familien mit zwei und mehr unversorgten Kindern bereits an der Grenze dessen liegen, was das Institut für empirische Sozialforschung — auch keine ÖVP-nahe Einrichtung — als Armutsgrenze bezeichnet hat?

Es hat kürzlich auch die Frau Staatssekretär, das Fräulein Karl, gesagt, daß der Familien-erhalter mit mehreren Kindern weniger qualifiziert wäre wie ein anderer. Ich muß das zurückweisen, und zwar mit aller Deutlichkeit und mit aller Schärfe!

Die „bestvorbereitete Regierung“: Herr Minister — und das hat der Herr Abgeordnete Zeillinger bereits ausgeführt —, ich habe eine Liste von Büchern, die jetzt zu Weihnachten noch nicht zur Verfügung stehen: Mathematikbücher, Englischbücher, Chemie, Mechanik, Atlas — das ist ja bekannt —, Lebendige Wirtschaft, Geschichte, eine ganze Reihe von Büchern, die also jetzt noch nicht zur Verfügung stehen. (Abg. Hahn: Das sind ja „Nebentächer“!)

Es ist auch interessant, daß die Frau Minister Firnberg ein anderes Konzept hat. Die Frau Minister Firnberg hat nämlich hier erklärt, sie will den Studenten absolut keine Gratisbücher geben, das wäre ja ein Faß ohne Boden, das könne sie nicht, sie will die Bibliotheken ausbauen. Sie hat also in der gleichen Regierung ein ganz anderes Konzept.

Es wäre also die Frage zu klären, ob nicht das Konzept der Frau Wissenschaftsminister doch zweckmäßiger wäre.

Ich schließe mich hier dem Kommentar des Herrn Horst Knapp in den „Finanznachrichten“ an, der sagt: „Soviel Unvernunft setzt selbst in Österreich Gemeinschaftsproduktion voraus. Und in der Tat haben die verschiedensten Pressure-Gruppen“ — es hat der Abgeordnete Zeillinger davon schon gesprochen — „ihr Scherflein dazu beigetragen, damit ja von sämtlichen Möglichkeiten, das Problem der

Chancengleichheit von Kindern minderbemittelter Eltern zu lösen, die mit Abstand dümmste gewählt wurde.“

Wir hoffen doch noch, Herr Minister, daß diese Kommission, die Sie eingesetzt haben, so arbeiten kann, daß wir im kommenden Jahr eine bessere Lösung zustande bringen. (Beifall bei der ÖVP.) Das freie Schulbuch in der richtigen Form ist sicher ein wichtiger Schritt zur Chancengleichheit. Ein Kulturvolk als Bücherverbrenner ist aber sicher kein Schritt zu einer solchen.

Und jetzt kurz zum zweiten Kapitel, Herr Minister, zur Schulfahrtbeihilfe und zur freien Schülerfahrt.

Wir haben am 17. März 1971 das Gesetz beschlossen. Das war so mangelhaft, daß man es nach einem Jahr repariert hat, und man hat damals schon gesagt: Na ja, die Mängel sind eben aufgetaucht, man muß Erfahrung sammeln. Ich bin der Meinung, man sollte Gesetze zuerst schon gründlich überlegen und dann die Gesetze so gut machen, daß wenigstens die größten Mängel von vornherein vermieden werden können.

Die Novelle hat einiges besser gemacht. Aber ich habe schon bei Beschlußfassung der Novelle aufgezeigt, daß es noch weitere sehr große Mängel gibt, und der größte Mangel ist, daß diese Novelle keine echte Beseitigung des regionalen Bildungsgefälles bringt. Keine echte Beseitigung des regionalen Bildungsgefälles!

Schauen Sie sich doch die Durchführung jetzt an. Aber hier wird auch der Herr Unterrichtsminister sagen: Das ist Finanzminister-Zuständigkeit, nicht die meine.

Ich war gestern wieder in einem Berggebiet in Tirol, im Zillertal. Da hat man mir folgendes gesagt, Herr Kollege: Die Finanzlandesdirektion macht Verträge mit den einzelnen Unternehmen, und wenn es sehr schlechte Bergwege gibt, wo man die Kinder herführen muß, dann werden pro Kilometer 6 S bezahlt. Aber die Unternehmer sagen, sie können einfach mit 6 S nicht fahren, es fährt niemand mit 6 S. Sie verlangen 9 S, und die 3 S zahlen also jetzt die Gemeinden dazu. Gerade diese Berggemeinden!

Ein anderes Beispiel: Seit es die Schulbusse gibt — und die gibt es in Tirol schon länger —, hat man die Kinder von Steinberg am Rofan nach Achenkirch geführt und die der Oberstufe in die Hauptschule nach Jenbach. Jetzt soll das im Februar wieder eingestellt werden, weil vom Bund nicht mehr die Kosten dafür übernommen werden, daß diese Kinder von Steinberg nach Jenbach geführt werden. Diese

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

Kinder müssen um 1/26 Uhr aufstehen. Sie müssen dann nach Jenbach fahren. Aber man sagt, das ist alles nicht notwendig, sie sollen zuerst nach Achenkirch fahren, da können sie dann den anderen Bus benützen und kommen vielleicht überhaupt nicht mehr zurück.

Hier gibt es echte Mängel, gerade für die Kinder, die in den extremsten Gegenden, in den extremsten Gebieten wohnen. Und dazu, Herr Minister, können wir nicht ja sagen. Wenn man von Chancengleichheit redet, muß man vor allem auch auf diese Kinder Rücksicht nehmen.

Herr Minister! Wir wissen — aus einer Anfragebeantwortung geht es hervor —, daß die Wiener Städtischen Verkehrsbetriebe im ersten Jahr 58 Millionen Schilling aus dem Familienlastenausgleich bekommen haben, und das alles unter dem Titel: Bekämpfung der Armut! Alle anderen, sonstigen Verkehrsunternehmen haben 90 Millionen Schilling bekommen. Das ist doch überhaupt keine Relation! Die Bundesbahn hat 80 Millionen bekommen. Das ist doch keine Relation zu den Wiener Verkehrsbetrieben: 80 Millionen gegen 60 Millionen! (Zwischenrufe.) Herr Kollege, schauen Sie sich doch die Antwort Ihres Herrn Finanzministers zu diesen Dingen an. (Weitere Zwischenrufe.)

Herr Bundesminister! Eine Frage ganz konkret an Sie: Werden Sie als Unterrichtsminister dafür eintreten, daß diese unhaltbaren Zustände und Benachteiligungen der Kinder des ländlichen Raumes und der Bergbauerngemeinden endgültig der Vergangenheit angehören? Herr Minister! Werden Sie dafür eintreten, daß die Kinder nicht nur hintransportiert, sondern daß die Unterrichtsverwaltung so flexibel arbeitet, daß die Kinder auch wieder zurücktransportiert werden können? Denn das ist jetzt Ihre Angelegenheit, Herr Minister! (Beifall bei der ÖVP.)

Zur Schul- und Heimbeihilfe hat der Herr Kollege Zeillinger schon gesprochen. Ich kann mich hier also sehr kurz fassen.

Es ist bekannt, daß maßgebend für den Erhalt der Heimbeihilfe und Schulbeihilfe das Elterneinkommen und der gute Lernerfolg sind. Das Elterneinkommen steigt jetzt nominell, nicht real. Nominell steigt es sehr stark an. Daher kommen wir zu dem Ergebnis, daß die nominellen Schulbeihilfen und Heimbeihilfen kleiner werden. Das kann so weit gehen, daß bei einer monatlichen Einkommenssteigerung von 300 S — und das ist heute nicht viel — die Schul- und Heimbeihilfe um 1000 bis 2000 S zurückgeht. Und dann hat diese niedrigere Beihilfe noch eine verminderte Kaufkraft.

Herr Minister! Wir haben im Ausschuß Anträge gestellt. Sie haben damals gesagt, diese Anträge können Sie jetzt nicht berücksichtigen, aber 1973 werden Sie eine Novelle in diesem Hohen Haus einbringen, damit die Beihilfen den Einkommen echt angepaßt werden.

Ich frage Sie, Herr Minister: Werden Sie 1973 eine solche Novelle machen, um die laufende Schwindsucht der Schüler- und Heimbeihilfen aufzuhalten? — Und wann, Herr Minister, wollen Sie eine solche Novelle in Angriff nehmen? Denn wenn sie erst im Oktober oder November gemacht wird, dann gilt sie auch für das Schuljahr 1973/74 nicht. Und dann, glaube ich, sind sehr, sehr viele Schulkinder und vor allem die in den extrem gelegenen Gebieten gerade diejenigen, die ein Internat aufsuchen müssen, um zu einer höheren Bildung zu kommen, gerade also die Armen in unserem Lande sehr schwer getroffen. Denn mancher Vater hat vielleicht seinen Sohn, seine Tochter jetzt in die höhere Schule geschickt in der Hoffnung, daß er diese Beihilfe bekommt, und jetzt bekommt er sie nicht mehr oder er bekommt sie sehr stark gemindert, obwohl die Kosten sehr stark steigen.

Wir haben schon im Ausschuß einen Entschließungsantrag eingebracht, ich möchte den auch hier einbringen. Ich bitte doch die sehr geehrten Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, diesem Entschließungsantrag zuzustimmen, er stärkt den Unterrichtsminister in seinen Bemühungen, sofern er guten Willens sein sollte. Er lautet:

#### Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Leitner und Genossen zum Bundesfinanzgesetz 1973 (460 und 546 der Beilagen) betreffend Anpassung der Schüler- und Heimbeihilfen an die steigenden Ausbildungs- und Lebenshaltungskosten.

Die 1973 zu erwartende hohe Inflationsrate von 7 bis 10 Prozent wird im Rahmen der Schüler- und Heimbeihilfen mit umfassenden „Unterstützungsverlusten“ verknüpft sein. Es muß damit gerechnet werden, daß eine zunehmende Anzahl von Eltern wegen der im geltenden Gesetz angeführten Einkommenskategorien nicht mehr berücksichtigt werden kann, obwohl die Lebenshaltungskosten und die Ausbildungskosten (mit Ausnahme der Schulbücher) für Schüler und Eltern steigen. Außerdem führt die Geldentwertung zu einer großen Kaufkraftminderung der Schüler- und Heimbeihilfen.

**Dipl.-Ing. Dr. Leitner**

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgenden Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Unterricht und Kunst wird ersucht, zum Zweck der Anpassung der Schüler- und Heimbeihilfen an die steigenden Ausbildungs- und Lebenshaltungskosten mit dem Bundesminister für Finanzen Kontakt aufzunehmen, um im ersten Halbjahr 1973 eine entsprechende Novellierung des Schülerbeihilfengesetzes vorzunehmen, die eine Anhebung sowohl der „stützungswürdigen“ Einkommenskategorien als auch der Schülerbeihilfenbeträge vorsieht. Die im Budget vorgesehenen Beträge sollen zur Abgeltung der steigenden Bildungskosten volle Verwendung finden.

Und jetzt, Herr Minister, nur noch ein ganz kurzes Wort zum Schulwesen in ländlichen Gebieten, das sind die Gebiete, in denen der Nachholbedarf groß ist, die aber durch die heutige Regierungspolitik besonders benachteiligt sind. Denn die Budgetzahlen scheinen bereits überholt zu sein, nachdem 15 Prozent des Sachaufwandes — wie man hört — gebunden sind und damit die Budgeterhöhung eigentlich wieder von vorneherein weggenommen ist. Und wenn sich dann die Preissteigerungen voll auf die Schulen auswirken, wird das Budget eben in das Gegenteil eines Fortschrittes gekehrt.

Herr Minister! Dazu gehören auch die Baukredite. Zuerst macht man lustig drauf los eine Inflation. Die Baupreise sind seit 1969 um 40 Prozent gestiegen, und jetzt kann man halt weniger bauen. Dann verlangt man eine Baubremse. Stabilisierung ist notwendig; dagegen ist gar nichts zu sagen. Aber, Herr Minister, wir wissen doch, daß gerade in den Bereichen, die heute noch nicht zum Zuge gekommen sind, ein sehr großer Nachholbedarf besteht, und wir müssen eben verlangen, daß man diese Gebiete auch berücksichtigt.

Ein Beispiel ist die Pädagogische Akademie in Innsbruck. Wir haben Lehrermangel, wir haben Platzmangel an dieser Akademie. Man hat Bauversprechen gegeben, aber sie fanden keine Verwirklichung. 80 Millionen soll diese Akademie kosten, und im Budget ist eine Million enthalten. Herr Minister! Bauen wir da 80 Jahre, oder wie schaut es denn aus? Ich glaube, solche Beispiele gäbe es sehr viele.

Die 5000 abgewiesenen Bewerber an berufsbildenden Schulen sind ein warnendes Beispiel, denn das, Herr Minister, ist der letzte Umsteigbahnhof für diese jungen Menschen. Der letzte! Und wenn sie nicht aufgenommen werden, dann haben sie den Zug versäumt.

Ich glaube, es ist notwendig, von den gleichen Bildungschancen nicht nur zu reden, sondern sie auch zu verwirklichen. Das vorliegende Budget und die getroffenen Maßnahmen können uns absolut nicht zufriedenstellen. Wir wollen, Herr Bundesminister, zu keinen Fußmaroden der europäischen Bildungsgesellschaft werden, sondern wir wollen mithalten mit dieser europäischen Bildungsgesellschaft. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Dr. Maleta: Der Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Leitner und Genossen ist genügend unterstützt und steht daher mit in Verhandlung.

Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Wuganigg. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Wuganigg (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn man den Abgeordneten der rechten Seite dieses Hauses zuhört, wenn man all die Vorschläge, die jetzt gemacht werden, hört — Herr Abgeordneter Harwalik hat gesagt, daß sie von der Regierung vom Tisch gewischt werden —, wenn man hört, was alles die Regierung so schlecht macht und wie sehr Sie es besser machen würden, dann muß man sich unweigerlich die Frage stellen: Warum, meine Damen und Herren, haben Sie diese guten Vorschläge nicht schon viel früher gemacht, etwa zu einer Zeit, in der Sie diese Vorschläge verwirklichen hätten können? (Beifall bei der SPO.) Sie hatten ja vier Jahre Zeit dazu in der Periode Ihrer Alleinregierung! (Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Sie haben nun Gelegenheit, es besser zu machen!)

Aber ich glaube, Herr Abgeordneter Tschida, Sie werden mir recht geben, wenn ich sage: Sie haben nichts getan von all dem, Sie haben es uns überlassen, jene bildungs- und gesellschaftspolitischen Maßnahmen durchzuführen, die für die Zukunft eines modernen Staates eben erforderlich sind und die nun von uns — und davon sind wir überzeugt — in voller Übereinstimmung mit der überwältigenden Mehrheit des österreichischen Volkes realisiert werden. (Beifall bei der SPO. — Abg. Ofenböck: Zum Lachen!)

Ich möchte mich jetzt sehr gerne mit den Ausführungen einzelner Abgeordneter auseinandersetzen, vor allen Dingen mit dem Gratschulbuch. (Abg. Ofenböck: Da werden Sie sich schwer tun!) Das ist sehr einfach für uns. Keine Sorge, Herr Abgeordneter. Wenn Sie in meiner Haut stecken würden, könnten Sie, wie ich glaube, nur froh sein. (Abg. Graf: Das wäre unangenehm genug! — Heiterkeit.)

Sie sprechen von einer Bevormundung der Eltern, von deren Abhängigkeit — Herr Abgeordneter Leitner machte das zum Beispiel —,

**Wuganigg**

von deren „Unmündigkeit“ nur deshalb, weil von jetzt an jedes Kind die Schulbücher kostenlos erhalten wird. (Abg. A. Schläger: Haben Sie auch ein Buch geschrieben? — Heiterkeit.) Nein, Herr Abgeordneter, mir geht es so ähnlich wie Ihnen: Sie werden wahrscheinlich nie in Ihrem Leben ein Buch schreiben. (Abg. A. Schläger: Eine Frage ist freilich!)

Ich glaube, daß die Eltern in diesem Falle durchaus froh sein werden, „bevormundet“ zu werden. Sie können sicher sein: Die Schulbuchaktion ist von der breiten Öffentlichkeit sehr, sehr gut aufgenommen worden! (Beifall bei der SPO.)

Sie malen den Schrecken eines staatlichen Einheitsschulbuches an die Wand. Ich möchte Sie beruhigen: Das freie Schulbuch wird kein staatliches Einheitsschulbuch werden. Die freie Wahl des Buches durch den Lehrer wird auch hier immer gesichert bleiben.

Herr Abgeordneter Zeillinger hat bereits des öfteren in diesem Hohen Haus für Heiterkeit gesorgt. Wir nehmen nicht alles ernst, was er sagt. Aber warum sollte denn nicht einmal auch ein Schulbuch von einem anerkannten Fachmann, vom Präsidenten des Wiener Stadtschulrates, genommen werden? Was ist denn das überhaupt für eine Ansicht, die da geäußert wurde?

Es ist ein Unsinn, zum jetzigen Zeitpunkt von einem staatlichen Einheitsschulbuch zu sprechen. Hören Sie ganz genau zu! (Abg. Ofenböck: Es fällt mir schwer, aber ich höre zu!) Bei dieser ersten Aktion sind bereits rund 1650 Buchtitel an die Schüler verteilt worden. Das sind schätzungsweise um 10 bis 20 Prozent mehr Buchtitel, als es vor der Aktion gegeben hat.

Sie klagen über eine Überlastung der Verwaltung, unter welcher die Schulen und die Lehrer stöhnen würden. Auch das ist falsch und übertrieben. (Abg. Ofenböck: Da liegen Sie daneben!) Auch die Lehrer und Professoren, die sicherlich jedes Jahr ein großes Maß an Arbeit mit der Verwaltung und der Führung der Schülerladen hatten, werden noch einsehen, daß diese Aktion gut ist und ihnen so manchen Erleichterung bringt, und zwar werden sie das dann einsehen, wenn sich die Wogen einer künstlichen Empörung wieder geglättet haben.

Tatsache ist, daß nunmehr alle Schüler ihre Schulbücher erhalten werden. (Beifall bei der SPO. — Abg. Hahn: „Werden“!) Wir kommen noch drauf zu reden, Herr Kollege Hahn! Regen Sie sich nicht auf! Sie werden auch da nicht so gut abschneiden.

Diese Aktion kann ja nur ein Vorteil für die Lehrer und zweifellos auch für die Bildungspolitik in Österreich sein. (Beifall bei der SPO.)

Meine Herren! Sie sprechen von einer Verschleuderung von Volksvermögen. Herr Abgeordneter Harwalik hat hier von einer Verschwendung gesprochen, er sprach von Wegwerfmillionen, von einer Inflation des Schulbuches, weil der größte Teil der Bücher nach einem Jahr ersetzt werden soll und das Buch in das Eigentum des Schülers übergeht.

Wir sind nun einmal der Ansicht, daß das Kind zu einem Eigentumsschulbuch eine weit- aus bessere Beziehung bekommen wird als zu einem Leihbuch. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Leitner: Überhaupt zum Lesebuch der ersten Klasse!)

Herr Abgeordneter Zeillinger hat an diesem Pult die Behauptung aufgestellt — ich kann jetzt leider nicht mit ihm diskutieren; er ist ja nicht anwesend —, daß wir den Eigentumsbegriff zerstören wollen. (Abg. Regensburger: Jawohl, stimmt!)

Wir sind der Ansicht, daß das Gratisschulbuch — Herr Abgeordneter Harwalik sprach von einer Fehlkonstruktion — über die finanzielle Entlastung der Eltern hinaus große pädagogische Möglichkeiten bietet. Glauben nicht auch Sie, Herr Abgeordneter Harwalik, daß die inhaltliche Bearbeitung, die ein bestimmtes Werk jeweils auf den neuesten Stand des betreffenden Wissensgebietes bringt, ein bedeutender Vorteil für die Schule ist?

Ich möchte Herrn Abgeordneten Leitner sagen: Ich glaube, daß es viel besser ist, die Schulbücher stehen dann zu Hause im Bücherschrank, als die Jugend wird nach veralteten Schulbüchern unterrichtet. (Zustimmung bei der SPO.)

Oder glauben Sie nicht, Herr Abgeordneter Harwalik, daß die methodisch-didaktische Gestaltung dieses Gratisschulbuches als Arbeitsbuch die Selbständigkeit der Schüler in einem weitaus größeren Maß fördert, als das bisher bei den herkömmlichen Schulbüchern der Fall war? (Abg. Harwalik: Ich habe bei meiner ersten Rede dazu gesprochen!) Aber Sie haben „Fehlkonstruktion“ gesagt. Sie müssen sich halt überlegen, was Sie hier sagen.

Herr Abgeordneter! Meinen nicht auch Sie, daß durch diese „Fehlkonstruktion“ eine weit- aus intensivere Arbeit der Schüler mit den Büchern und in ihnen möglich ist und damit auch das Erwerben einer entsprechenden Arbeitstechnik gefördert wird?

**Wuganigg**

Wir sind der Ansicht, daß das alles Ziele sind, die erreicht werden können, wenn das Schulbuch in das Eigentum des Schülers übergeht.

Meine Damen und Herren! Es entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie, einmal nachzulesen, was Sie über diesen Gegenstand früher gesagt beziehungsweise geschrieben haben. Heute üben Sie Kritik, weil das Schulbuch schon nach einem Jahr ausgedient haben soll. Und in der „Freiheit“ — das ist, glaube ich, Ihre Zeitung — vom Dezember 1970 schrieben Sie zum Schulbuch — ich darf diese Stelle zitieren —:

„Der Pferdefuß dieses Vorschlages besteht darin, daß die von der SPÖ dafür angesetzten 420 Millionen Schilling nur einmal ausgegeben werden müßten, weil die verstaatlichten Schulbücher dann einige Jahre lang weiterverliehen werden würden, bis sie in ihre Bestandteile zerfallen.“

Also was wollen Sie eigentlich? Das ist genau das Gegenteil von dem, was Sie heute kritisieren. Man bekommt das Gefühl, daß es Ihnen gar nicht so sehr um die Sache geht, sondern anscheinend nur immer wieder um die Kritik, ganz gleich um welchen Preis.

Wenn der Herr Abgeordnete Leitner gesagt hat, wir hätten auf dem Unterrichtssektor keine Erfolge aufzuweisen, dann sage ich Ihnen: Wir Sozialisten stehen zu all dem, was geschaffen wurde, zum Gratisschulbuch ebenso wie zur Einführung der Schülerbeihilfe, der Heimbeihilfe, der Schulfreifahrt, weil wir der Ansicht sind, daß sich diese Ausgabe für die Bildung unserer Jugend lohnt, daß sie die beste Investition für die Zukunft ist, und weil wir der Ansicht sind, daß diese rund 1,5 Milliarden, die hier den Eltern gegeben werden, keine Verschleuderung von Volkvermögen sind, sondern eine echte Familienhilfe der Bundesregierung darstellen, weil wir darin den familienpolitischen, den sozialpolitischen und den bildungspolitischen Vorteil sehen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir bekennen uns zu dieser Ausgabe, nicht nur weil sie dem persönlichen Glück der Menschen, der Entfaltung des freien Menschen dient, sondern auch weil in unserem industriell-technischen Zeitalter eine gute Bildung, die wir der Jugend angedeihen lassen, allein die Voraussetzung eines weiteren wirtschaftlichen Aufstiegs ist.

Sie, meine verehrten Damen und Herren von der rechten Seite dieses Hauses, sprechen vom Chaos in den Schulen bei Schulbeginn, weil die Bücher fehlten. Ich glaube, es ist einfach durchaus zu verstehen, daß bei einer

solchen Aktion, die erstmals durchgeführt wurde, die rund 1,4 Millionen Schüler umfaßt und die für Jahrzehnte gedacht ist, sich auch Anfangsschwierigkeiten ergeben werden. Es ist auch selbstverständlich, daß es regionale Unterschiede in der Versorgung geben muß. Es hat sie ja auch früher schon gegeben, Herr Kollege Hahn, denn auch früher schon waren zu Beginn des Schuljahres nicht alle Schulbücher vorhanden und selbst im Jahre 1967 gab es das Mathematikbuch erst zu Weihnachten.

Eines ist sicher: Handel und Verlage waren auf diese Aktion nicht vorbereitet. Und warum waren sie nicht vorbereitet? Weil sie gar nicht angenommen haben, daß diese Zahl an Schulbüchern gebraucht wird, weil sie in der Vergangenheit nie gebraucht wurde. Der Bedarf an Schulbüchern wurde einfach unterschätzt. Es hat sich bei dieser Aktion herausgestellt, daß unsere Schulen mit Büchern schrecklich unterversorgt waren, weil es viele Kinder gegeben hat, die zu wenig Schulbücher besaßen, die sich dann die Bücher ausleihen mußten, wenn sie lernen wollten, weil die Eltern oftmals zu arm waren, diese Schulbücher kaufen zu können.

Es ist leider eine Tatsache, daß unsere Schulen mit Büchern schlecht versorgt waren. Es gab nicht nur einen Mangel an Schulraum, es gab nicht nur viel zuwenig Lehrer, es hat auch viel zuwenig Schulbücher gegeben. Aber das, meine Damen und Herren, ist doch eine einzige Anklage gegen Sie, denn Sie haben ja den Unterrichtsminister 25 Jahre hindurch gestellt. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Hahn: Eine Baubremse beim Schulbau hat es bei uns nie gegeben!)*

In Zukunft wird jedes Kind alle seine Schulbücher haben, und es wird hier auch kein Privileg geben, dessen kann auch der Herr Abgeordnete Zeillinger sicher sein. Aber selbst in diesem Jahr waren bereits mehr Bücher in den Schulen vorhanden, als dies je zuvor bei Beginn eines Schuljahres der Fall war. Und da sprechen Sie vom Chaos und von einer Beeinträchtigung des Unterrichts, wenn schon kurz nach Schulbeginn doppelt so viele Bücher in den Schulen waren als in all den Jahren zuvor.

Aber, meine Damen und Herren, trotz all Ihrer Kritik, die hier geübt wird, denkt niemand mehr daran, diese Schulbuchaktion wieder rückgängig zu machen. Und darin liegt der Erfolg dieser Bundesregierung, daß von nun an jedes Kind, und zwar ganz gleich, aus welchem Hause es kommt, und auch dann, wenn es etwa bei der Wahl seiner Eltern

**Wuganigg**

nicht vorsichtig genug war, alle jene Bücher kostenlos erhalten wird, die es benötigt, um lernen zu können.

Das, meine Damen und Herren, wird letzten Endes das Bleibende sein, trotz all der Umstände, die uns allen sicherlich nicht behagen, trotz all Ihrer Kritik. Aber all das wird vielleicht in kurzer Zeit bereits vergessen sein. Der große, sichtbare und zukunftsweisende Erfolg dieser Bundesregierung wird bleiben! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sie, meine Damen und Herren von der rechten Seite dieses Hauses, werden wahrscheinlich schon bald Ihre Stellungnahme revidieren und Ihre Handlungsweise im Dunkel der Vergessenheit bewahren wollen. Das kostenlose Schulbuch aber wird für immer eine der tragenden Säulen in der österreichischen Bildungspolitik sein und untrennbar verbunden sein mit dieser Bundesregierung, die das Gesetz geschaffen hat und damit ihr Regierungsprogramm erfüllt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Dr. Kaufmann. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Kaufmann (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich spreche jetzt zu einem Kapitel, das „Unterricht und Kunst“ heißt, und möchte mich mit seinem zweiten Teil befassen, nämlich mit jenem Teil, der der Kunst und der Kulturpolitik gewidmet ist, mit jenem Teil also, der — langsam beginnt sich diese Erkenntnis ja bereits durchzusetzen — nicht irgendein Alibi darstellt, das man so mitnimmt, sondern bei dem es sich um etwas sehr Wesentliches handelt, um einen Prüfstein für jede Gesellschaft, die Wert darauf legt, eine humane Gesellschaft genannt zu werden.

Sie, Herr Bundesminister, haben bei Ihrem Amtsantritt erfreulicherweise erklärt, nicht nur ein Schul-, sondern auch ein Kunstminister, ein Kulturminister sein zu wollen. Nach einem Jahr habe ich eigentlich das Gefühl, daß Ihnen das nicht in dem erwarteten Ausmaß gelungen ist. Offenbar sind Sie hier, Herr Bundesminister, einem gewissen Zugzwang erlegen, sicherlich gegen Ihren eigenen Willen. Aber die Schwerpunktbildungen, der Ansatz zu einer wirklichen Kulturpolitik sind ausgeblieben. Sie halten nach wie vor bei einer Kulturadministration, aus der herauszukommen wir selbst gerne das Unsrige beitragen möchten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Offenbar um einen Ansatz zu finden, Herr Bundesminister, haben Sie im Frühjahr des heurigen Jahres eine Art von Kulturerhebung

für ganz Österreich angekündigt. Der Herr Abgeordnete Peter hat sich ja heute bereits damit befaßt. Ein halbes Jahr später — also vor kurzer Zeit — haben Sie diese Kulturerhebung in der „Wiener Zeitung“ ausgeschrieben, und mich würde nun sehr interessieren, wie das weitergehen soll, was eine solche Untersuchung kosten wird, ob Sie schon wissen, wem Sie diese Untersuchung übertragen werden und bis wann das Ergebnis dieser Untersuchung vorliegen wird.

Im Jänner des heurigen Jahres hat in Innsbruck ein Kulturgespräch stattgefunden, das sich mit Problemen der Künstlerselbstverwaltung, mit einer autonomen Kunstverwaltung befaßt hat. Sie, Herr Bundesminister, haben an diesen Gesprächen teilgenommen und vor den Teilnehmern erklärt, daß Sie diesem Gedanken aufgeschlossen gegenüberstehen. Wenige Wochen später — hier bei der Debatte im Hohen Haus anlässlich der Aussprache über den Kunstbericht — haben Sie neuerlich erklärt, daß Sie der Künstlerselbstverwaltung grundsätzlich positiv gegenüberstehen.

Sie haben aber dann doch nichts unternommen, um diesen Gedanken zu realisieren. Sie haben eingeschränkt, daß es mit einer direkten Mitbestimmung nicht gehen werde, daß man gewisse Instanzen dazwischenschalten müsse.

Ich kann Ihre Bedenken an und für sich verstehen. Sie haben staatliche Gelder zu verwalten, Sie wollen den Einfluß darauf nicht verlieren, und Sie wollen sicher auch die Garantie haben, daß diese Gelder optimal verwendet werden. Aber ich bin der Meinung, was in anderen Ländern möglich ist — etwa in England mit dem Art Council oder in der Schweiz mit Pro Helvetia —, das müßte doch auch bei uns in Österreich möglich sein, wobei man natürlich über die Form der Strukturierung diskutieren kann.

Aber ohne Demokratisierung, meine Damen und Herren, ohne Mitbestimmung der Kunstschaffenden, wobei diese Mitbestimmung nicht nur Kunstschaffende, sondern meiner Meinung nach auch Vertreter der Massenmedien, Fachleute und ein interessiertes Publikum einschließen soll, ohne diese Mitbestimmung wird, auf Sicht gesehen, eine gezielte Kulturpolitik in Österreich nicht möglich sein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Schaffung von Beiräten oder Jurys, die Sie angekündigt haben, ist meiner Ansicht nach zu wenig. Das heißt: auf halbem Wege stehenzubleiben, das heißt: im Grunde nichts zu verändern. Solche Beiräte und Jurys hat es ja in der Vergangenheit mehr oder weniger offiziell bereits immer wieder gegeben.

**Dr. Kaufmann**

Konkrete Vorschläge zu dieser Künstler-selbstverwaltung sind ja von uns bereits gemacht worden. Ich selbst habe mir erlaubt, ein entsprechendes Papier vorzulegen.

Diese Ideen der Künstler-selbstverwaltung könnte man zum Beispiel bereits bei der Filmförderung verwirklichen, ein Problem, das ebenfalls liegengeblieben ist, obwohl der Herr Bundeskanzler in wiederholten Erklärungen angekündigt hat, wie wichtig eine solche Filmförderung für Österreich ist.

Eigentlich, Herr Bundesminister, müßten Sie sich mit dem Rückenwind des Herrn Bundeskanzlers gerade in diesen Belangen leichter durchsetzen können. Sie haben zwar im Frühjahr des heurigen Jahres eine Filmenquete einberufen, an der namhafte Filmleute teilgenommen haben, aber nun sind ebenfalls wieder drei Vierteljahre vergangen, und wir haben nichts mehr davon gehört.

Wenn es Ihnen schon trotz der Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers nicht möglich ist, mit dem Handelsministerium zu einem Konsens zu kommen und ein wirklich umfassendes Filmförderungsgesetz vorzulegen, so bin ich der Meinung, daß man zumindest zu einer Teillösung greifen sollte und zumindest zur Förderung des kulturell wertvollen Films kommen sollte. Wie ich höre, liegt ein solcher Entwurf bereits in den Schreibtischladen des Unterrichtsministeriums, und ich möchte an Sie die konkrete Frage richten, warum Sie diesen Entwurf bisher noch nicht hervorgeholt haben.

Noch ein Gesetz, das liegengeblieben ist: das UNESCO-Gesetz. Bereits vor Jahren, noch unter der Ägide meines Kollegen Karasek, ist ein solcher Gesetzentwurf ausgearbeitet worden, um die österreichische UNESCO-Kommission gesetzlich zu fundieren. Der Entwurf, der bereits in der vorletzten Gesetzgebungsperiode diesem Haus vorgelegen ist, dann aber nicht mehr behandelt werden konnte, ist später nicht mehr vorgelegt worden.

Sie, Herr Bundesminister, haben auf eine Anfrage meines Kollegen Karasek erklärt und Ihre Nichtvorlage damit begründet, daß Ihr Ministerium gewisse abweichende Vorstellungen von der Tätigkeit dieser Kommission habe, aber in Kürze werde ein solcher Entwurf diesem Haus vorliegen. Seither ist viel Zeit vergangen, und wir haben nichts davon gehört. Es wäre sehr interessant, Herr Bundesminister, nun einmal zu erfahren, welche präzisen Vorstellungen Sie haben und warum Sie den Erstentwurf nicht berücksichtigt haben.

Ich weiß, daß der von Karasek ausgearbeitete Entwurf für die UNESCO-Kommission einen selbständigen Wirkungskreis vorgesehen hat und einen übertragenen Wirkungskreis hinsichtlich dessen, wo diese Kommission dem Ministerium gegenüber weisungsgebunden ist. Zielen Ihre Vorstellungen, Herr Bundesminister, nun darauf ab, die Kommission zur Gänze Ihrem Ministerium einzuverleiben — jede Einzelinitiative auszuschalten —, oder wollen Sie doch zu den Ansichten des Erstentwurfes zurückkehren? Wenn das nicht der Fall sein sollte, wenn Sie diese Einzelinitiativen ausschalten wollten, dann bitte ich heute bereits anzumerken, daß uns eine solche Vorgangsweise in höchstem Maße bedenklich erscheinen würde.

Und nun nenne ich noch ein Gesetz, das mir notwendig erscheint und auf das wir nach wie vor ebenfalls noch warten: das ist das Bundestheatergesetz. Damit bin ich bei einem sehr komplexen Problem, da die Bundestheater ja schon der Größenordnung nach zu einem Hauptposten in Ihrem Ressort zählen. Außerdem betrifft dieses Problem — und davon bin ich fest überzeugt — nicht nur die Bundestheater selbst, sondern praktisch das gesamte österreichische Kunst- und Kulturleben.

Wenige Tage vor dieser Debatte haben wir den Bundestheaterbericht auf den Tisch gelegt bekommen, einen Bericht, der für 1. Oktober dieses Jahres angekündigt war. Ich will nun nicht über diese zweieinhalbmonatige Verspätung rechten, das wäre kleinlich, ich weiß, daß man bei solchen umfangreichen Publikationen sehr, sehr leicht in Terminnot geraten kann. Aber ich möchte doch anmerken, daß es eine Belastung für unsere Arbeit darstellte, daß der Bericht im Ausschuß überhaupt nicht vorlag und uns nunmehr nur wenige Tage vorher zugestellt wurde. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Immerhin umfaßt dieser Bericht rund 270 Seiten und bezieht sich auf den Zeitraum vom 1. Juli 1971 bis zum 30. Juni 1972. Er beginnt also genau dort, meine Damen und Herren, wo die von der Bundesregierung angekündigte große Bundestheaterreform abgeblasen und auf Sparflamme gesetzt wurde. Die Hoffnungen, die man in der Ära Mock und dann später auch noch in der Ära Gratz auf eine wirklich durchgreifende Reform gesetzt hatte, haben sich — ich muß das sagen — leider nicht erfüllt. Rückschauend kann man heute sagen, daß nach dem vielversprechenden Start unter Dr. Mock die Reform unter der SP-Regierung nach etlichen Irrläufen sehr schnell ins Stocken geraten ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Trotz zahlreichen Ankündigungen und Versprechungen ist es der sozialistischen Regierung bis heute nicht gelungen, in nunmehr

**Dr. Kaufmann**

fast zweieinhalb Jahren die Bundestheaterreform zu realisieren beziehungsweise gesetzlich zu fundieren.

Angekündigte Enqueten wurden immer wieder verschoben und haben schließlich überhaupt nicht stattgefunden. Die von Minister Gratz in Aussicht gestellte Umwandlung der Bundestheater in einen selbständigen Wirtschaftskörper wurde vom Finanzministerium als nicht durchführbar bezeichnet. Auch hier hat sich leider das Unterrichtsministerium gegenüber einem anderen Ministerium nicht durchsetzen können. (Abg. Dr. Tull: Was haben Ihre Minister gemacht?) Sie wollten es ja besser machen. Das war ja Ihre Ankündigung, mit der Sie die Regierungsverantwortung übernommen haben. (Zustimmung bei der ÖVP. — Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Tull. — Abg. Hahn: Bei Ihnen wird aus einem Jungbluth noch ein Altbluth werden! — Heiterkeit.)

Minister Gratz hat bald zugeben müssen, die Schwierigkeiten zu optimistisch eingeschätzt zu haben. Wie ich überhaupt das Gefühl habe — und ich sage das jetzt mit ehrlichem Bedauern —, daß vieles von den seinerzeitigen hochfliegenden Plänen des Ministers Gratz sehr bald im Sand der sozialistischen Alltagspraxis begraben werden mußte. Ich denke auch hier wieder an die Künstlerselbstverwaltung.

Ein schließlich vorgelegter Bundestheatergesetzentwurf erwies sich als untauglich. An einem neuen Entwurf wird laut Angaben des gegenwärtigen Herrn Bundesministers gearbeitet. Wir freuen uns darüber. Aber wir warten darauf, wann dieser Entwurf vorliegen wird beziehungsweise wie er aussehen wird. Offenbar glaubte und glaubt man, mit einer Dienstinstruktion, wie sie damals erlassen wurde, auskommen zu können, obwohl Minister Gratz in einem ORF-Interview noch am 6. Oktober 1971 ausdrücklich gesagt hat: Für die echte Bundestheaterreform wird man das Gesetz brauchen.

Auch die — meine Damen und Herren, das ist etwas sehr Wesentliches — von der Regierung Kreisky wiederholt angekündigte öffentliche Ausschreibung der Posten ist bei der Bestellung der Direktoren nicht beachtet worden.

Nun haben wir also, meine Damen und Herren, den Bundestheaterbericht vor uns liegen. Wir haben eine Dienstinstruktion, und wir haben die Umwandlung der alten Bundestheaterverwaltung in einen Bundestheaterverband. Ich kann aber nicht den Eindruck gewinnen, daß sich hier wirklich umfassende Lösungen abzeichnen.

Wenn es in dem von Generalsekretär Jungbluth geschriebenen Vorwort zu dem gegenständlichen Bericht heißt, daß der Bericht nicht zum Gegenstand von Polemiken gegen die Bundestheater gemacht werden sollte, ist dem voll zuzustimmen, weil ich mich voll und ganz zu diesen Bundestheatern und ihrer gesamtösterreichischen Funktion bekenne. Ich möchte das ganz klar feststellen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich persönlich habe eine Reihe meiner ganz großen Theatererlebnisse in der Staatsoper, im Burgtheater und in der Volksoper gewonnen. Aber der Verzicht auf Polemik, meine Damen und Herren, kann nicht heißen, daß wir auch auf Kritik verzichten. Polemik wird üben, wer dem Theater fremd oder gleichgültig gegenübersteht. Kritik üben — und das wollen wir — kann nur jemand, der das Theater liebt und will, daß es mit diesem Theater besser weitergeht. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir möchten nicht, meine Damen und Herren, daß wahr wird, was da und dort bereits gemunkelt wird: daß etwa die Weltgeltung der Staatsoper im Abnehmen begriffen ist, daß der eine oder andere internationale Star es sich nicht mehr zur Ehre anrechnet, in der Staatsoper auftreten zu dürfen, und daß heute manchmal Supergagen nicht mehr ausreichen, um solche Künstler für die Staatsoper gewinnen zu können.

Wir möchten auch nicht, daß das Abendniveau in unseren Bundestheatern immer unterschiedlicher wird und manchmal bereits bedenklich unter jene Grenze absinkt, die man einfach bei einem solchen Institut verlangen muß.

Der Verzicht auf Polemiken kann nicht heißen — und ich sage das hier ganz klar —, daß wir diesen Komplex wie eine heilige Kuh betrachten, die für uns tabu zu sein hat. Immerhin steigen die staatlichen Subventionen von Jahr zu Jahr beträchtlich, wenn auch — das entnehme ich dem vorliegenden Bericht, und ich glaube, daß man das auch anmerken muß — die Ausgaben der Staatstheater in der Relation sich nicht stärker entwickelt haben als die übrigen Ausgaben des Budgets.

Diese Subventionen werden von 353 Millionen im Jahr 1969 auf 559 Millionen im kommenden Jahr steigen und damit erstmals die Grenze von einer halben Milliarde übersteigen. Der österreichische Steuerzahler, meine Damen und Herren, wird 1973 täglich über 1,5 Milliarden für diese Staatstheater aufzubringen haben. (Rufe: Millionen! — Abg. Gratz: Das wäre schon sehr viel!) — Pardon: Millionen.

**Dr. Kaufmann**

Damit haben diese Subventionen eine Größenordnung erreicht, die uns verpflichtet, darauf zu sehen, daß diese Mittel wirklich optimal und rationell eingesetzt werden, und zwar — das sage ich mit Nachdruck — zum Nutzen aller Österreicher, denn die Bundestheater sollen ja allen Österreichern gehören. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Es handelt sich bei diesen 1,5 Millionen um eine Größenordnung, die Ihnen ein Beispiel illustrieren soll. Der Intendant der Vereinigten Bühnen Graz hat vor kurzem erklärt, wenn er in einem Jahr eine Million zusätzlich zu seinem Budget dazubekommen könnte, wäre er in der Lage, ein wirklich erstklassiges Theater zu machen. Das ist weniger, als die Bundestheater an einem Tag verbrauchen! Ich sage das nur, um die Relationen klarzustellen.

Ich sage das nicht — ich glaube, man wird mir das nicht unterstellen —, um irgendeine theaterfremde Kritik zu üben. Ich weiß — selbst seit Jahren mit dem Theater wirklich eng verbunden —, daß die Überprüfung der Gebarung eines Theaters, der zweckmäßige Einsatz der Mittel sehr schwer ist, weil man an solche Institutionen einfach einen anderen Maßstab anlegen muß als den bei einem anderen wirtschaftlichen Betrieb üblichen und weil ein Theater einer gewissen Eigengesetzlichkeit unterliegt. Aber das hindert nicht, daß die vom Staat bereitgestellten Mittel wirklich rationell und zum höchsten künstlerischen Nutzen eingesetzt werden müßten, und zwar zum höchsten künstlerischen Nutzen — ich wiederhole das — aller Österreicher.

Ich kann deshalb auch dem Herrn Bundesminister nicht zustimmen, wenn er im Budgetausschuß erklärte, die Bundestheater hätten eine spezielle Aufgabe zu erfüllen und es sei unrichtig, eine Relation zwischen Bundestheatern und Länderbühnen herzustellen.

Hohes Haus! Die österreichische Theaterlandschaft ist unteilbar. Dazu gehören die Bundestheater genauso wie die Privattheater und die Ländertheater und auch die Laienbühnen. Nur eine Kooperation und Zusammenarbeit dieser Theater, aller Institutionen kann zu einem höchstmöglichen Erfolg führen. Denn — sagen wir es doch auch hier einmal offen — genauso wie die Ländertheater die Staatstheater brauchen, brauchen umgekehrt die Staatstheater auch die künstlerischen Ambitionen der Länder. Denn ohne den künstlerischen Nachwuchs aus den Ländern, ohne diese kulturellen Ambitionen in den Ländern wären die Staatstheater niemals in der Lage, ihre Aufgaben entsprechend zu erfüllen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich möchte daher anregen, daß im Zusammenhang mit dem zu erwartenden Bundes-Theatergesetz ein allgemeines österreichisches Theatergesetz und darüber hinaus auch noch ein österreichisches Festspielgesetz vorgelegt werden sollte. Wenn man heute immer wieder von Chancengleichheit spricht, dann hat das auch für den kulturellen Raum zu gelten. Es hat aber nichts mit dieser Chancengleichheit zu tun, wenn etwa ein Festspiel in Österreich durch ein Gesetz abgesichert ist, andere Festspiele sich eines gewissen Gewohnheitsrechtes erfreuen und alle anderen auf freiwillige finanzielle Zuwendungen angewiesen sind, die manchmal sehr fatal an das Almosenprinzip erinnern. Gerade diese Neugründungen und künstlerischen Manifestationen sind dazu verurteilt, von der Hand in den Mund zu leben und von Jahr zu Jahr neuerlich um ihr karges Scherflein zu bangen. Dieses System trägt auch dazu bei, daß gerade die Neugründungen und die kleineren künstlerischen Manifestationen nicht in der Lage sind, ihre künstlerischen Entwicklungsmöglichkeiten voll auszuschöpfen und das zu werden, was sie vielleicht bei einer entsprechenden langfristigen Subvention werden könnten.

Nun möchte ich noch einige Fragen anschneiden, die zum Teil schon im Ausschuß zur Sprache kamen oder sonstwie anmerkenswert erscheinen.

Der Herr Bundesminister hat mir auf eine Anfrage mitgeteilt, daß Professor Gamsjäger, obwohl unüblich früh zum Staatsoperndirektor bestellt, bis heute noch keinen Vertrag besitzt. Professor Gamsjäger soll einen Vertragsvorschlag des Unterrichtsministeriums im Frühjahr des heurigen Jahres erhalten, aber Änderungswünsche angemeldet haben. Es wird jedenfalls zur Stunde noch immer darüber verhandelt.

Hohes Haus! Ich finde diesen Zustand, gelinde gesagt, sehr merkwürdig, denn immerhin befindet sich Herr Professor Gamsjäger seit Monaten im Amt, er trifft Entscheidungen, er kann Millionenverträge unterzeichnen, aber er selbst ist vertraglich überhaupt nicht gebunden.

In diesem Zusammenhang hat etwa die Münchner „Abend-Zeitung“ vom 7./8. Oktober 1972 unter dem Titel „In Wien regiert die Angst“ geschrieben: „In gut informierten Kreisen geht das Gerücht, Gamsjäger habe seinen Vertrag noch nicht einmal unterschrieben, um Druck ausüben zu können.“

Ich finde, es ist bedauerlich, daß solche Meldungen auf Grund der ungeklärten Lage in ausländischen Zeitungen überhaupt erschei-

**Dr. Kaufmann**

nen können, und ich frage mich, warum man nichts getan hat, um diesen Gerüchten entgegenzuwirken.

Sie, Herr Bundesminister, haben außerdem im Ausschuß erklärt — und dem ist durchaus zuzustimmen —, daß alle Verträge, die abgeschlossen werden, auch eingehalten werden sollen — also an und für sich eine Selbstverständlichkeit — und daß auch darauf zu sehen ist, daß alle Künstler beschäftigt werden.

In einem Interview von Heinz Fischer-Karwin mit Boy Gobert — ich habe das schon im Ausschuß gesagt — kam allerdings das Gegenteil zum Ausdruck. Herr Gobert hat nicht angeben können, wann, wo und wie er verwendet werden soll.

Ich möchte Sie nun fragen, Herr Bundesminister: Ist das ein Ausnahmefall, oder gibt es mehrere solcher Fälle, daß wir zwar hervorragende Künstler unter Vertrag haben, daß aber diese Künstler auf dem Programmzettel nicht aufscheinen? (Abg. Gratz: Aber wo, das muß man sich ausrechnen können!)

Ich weiß — ich habe das schon vorhin gesagt —, daß man einen Theaterbetrieb nicht mit normalen Maßstäben messen kann. Wenn man künstlerische Höchstleistungen erwarten will, dann muß man auch — ich sage das ganz klar — Fehlinvestitionen in Kauf nehmen. Das ist nun einmal in einem künstlerischen Betrieb so der Fall.

Das darf aber nicht heißen, daß man sich nicht grundsätzlich — grundsätzlich! — zu einer sparsamen und rationellen Verwaltung entschließt, und es darf nicht so sein, daß man etwa, wie es geschehen ist, durch Fehlplanungen die Werkstätten so blockiert, daß für einen nachfolgenden Ballettabend die Kostüme nicht mehr in den hauseigenen Werkstätten hergestellt werden konnten, daß sie außer Haus vergeben werden mußten und daß das sofort eine Mehrbelastung von 150.000 S mit sich brachte.

Aufklärungsbedürftig erscheint mir auch — ich greife nur ein Beispiel aus der Fülle der Beispiele heraus —, wie es möglich ist, daß zum Beispiel der derzeitige Ballettmeister Aurel von Milloss sich nur bereit erklärt, reine Ballettabende zu choreographieren, während er es ablehnt, für Opern, wie „Aïda“ und „Moses und Aron“, diese Arbeit zu übernehmen, sodaß man nun gezwungen ist, um teures Geld auswärtige Ballettmeister zu engagieren. Es sei denn, man hat mit dem Herrn Aurel von Milloss einen solchen Vertrag abgeschlossen. Aber vielleicht kann ich auch diesbezüglich eine Aufklärung erhalten.

Eine ganz besondere Bedeutung, Hohes Haus, messe ich der Kooperation der Bundestheater mit den Bundesländern und dem ORF zu.

Dem Bericht ist zu entnehmen — ich stelle das mit Genugtuung fest —, daß auf diesem Gebiet bereits sehr vieles geschehen ist, obwohl ich glaube, daß auch hier die Hilfeleistung der Bundestheater noch verstärkt werden könnte.

Eine große Hilfe für die Ländertheater etwa wäre es, wenn Schauspieler und Sänger, die gerade spielfrei sind, nach persönlichem Übereinkommen als Gäste zu gewinnen wären, und zwar unter der Bedingung, daß den Künstlern, die von den Länderbühnen engagiert werden, diese Gage dann nicht von der Bundestheatergage abgezogen wird, weil dann ein solches Engagement für sie finanziell nicht mehr sehr attraktiv ist.

Ein solcher Austausch hätte auch einen künstlerischen Vorteil, weil dadurch Künstler, die etwa in der Staatsoper oder im Burgtheater nicht in der Lage sind, sich eine bestimmte Partie zu erarbeiten, diese Gelegenheit in den Bundesländern hätten und dann in die Lage versetzt würden, später vielleicht auch bei den Staatstheatern diese Rolle darzustellen.

Nun möchte ich mich etwas mit der Beziehung der Bundestheater zum ORF befassen, denn hier sehe ich eine Möglichkeit, Produktionen der Bundestheater wirklich einem größtmöglichen Publikum zugänglich zu machen.

Hohes Haus! Das österreichische Publikum hat wenig Verständnis dafür, daß sich der ORF auf die Bundestheater ausredet und sagt, es gebe dort Schwierigkeiten, und daß sich auf der anderen Seite die Bundestheater auf den ORF ausreden und sagen, es gebe da Schwierigkeiten.

Ich glaube, der österreichische Steuerzahler hat ein Recht — nämlich nicht nur der österreichische Steuerzahler, sondern auch der österreichische Rundfunkzahler hat ein Recht darauf —, daß er hier an den Produktionen der Bundestheater in einem entsprechenden Ausmaß teilnehmen kann. (Beifall bei der ÖVP.) Beide Institutionen haben einfach die Verpflichtung, zu einem Arrangement zu kommen. Ich bitte Sie, Herr Bundesminister — ich glaube, das ist Ihre Aufgabe —, sich ganz massiv einzuschalten und dafür zu sorgen, daß der Österreicher zu seinem Recht kommt! Wenn die Produktionskosten der Bundestheater schon so hoch sind, dann darf es, glaube

5482

Nationalrat XIII. GP — 59. Sitzung — 18. Dezember 1972

**Dr. Kaufmann**

ich, auf diesen Betrag auch nicht mehr ankommen, der etwa durch eine solche Produktion im ORF erforderlich ist.

Meine Damen und Herren! Die Bundestheaterreform muß jetzt jedenfalls so lange auf der Tagesordnung bleiben, bis es zur Zufriedenheit aller Österreicher zu einer wirklichen Lösung kommt und auch zu einer Lösung — ich glaube, das muß man auch einmal betonen —, die zur Zufriedenheit des Personals ausfällt, dieses Personals, das ja diesen größten Theaterkonzern der Welt überhaupt trägt und erst möglich macht.

Das bedeutet neben der Sicherung der Arbeitsplätze, die sehr wichtig und in einem so lohnintensiven Betrieb ständig gefährdet ist, daß man auch an die Zukunft, an das Alter dieser Künstler denkt.

Hierher gehört, daß man sich endlich dazu entschließen sollte, zu einem Bundestheaterpensionsgesetz zu kommen, das auf die Besonderheiten dieses Berufsstandes Rücksicht nimmt, wie man sich überhaupt einmal Gedanken darüber machen sollte, wie es etwa mit der Einführung einer allgemeinen Künstlerpension wäre für Menschen, die ihr ganzes Leben lang im Dienste des Theaters verbracht haben.

Was wir wollen, ist ein gut und verantwortungsbewußt dotierter Theaterkonzern, der rationell verwaltet wird und der auf die künstlerischen Wechselwirkungen im eigenen Land einzugehen in der Lage ist und der vor allem in der Lage ist, auch seinen in der Vergangenheit erworbenen Ruf in der Welt draußen zu sichern.

Hohes Haus! Ich habe nun versucht, einige neuralgische Punkte aufzuzeigen, und ich glaube, daß schon diese wenigen Beispiele zeigen, daß wir an einem Anfang stehen, an einem Anfang, der auch uns ungeahnte Chancen für eine wirklich zukunftsorientierte Kulturpolitik bringt, angefangen von der Integrierung der Künstler und des Publikums in die Kulturpolitik selbst, wovon viele neue Impulse ausgehen könnten, bis zu einer besseren Koordinierung des gesamten österreichischen Theater- und Festspielwesens.

Dazu gehört auch einmal eine Bestandsaufnahme darüber, wo und wie in Österreich Theater gespielt wird, wo und wie sich kulturelle Initiativen entwickeln, wo die kulturellen Ballungszentren in unserem Land liegen und wo sich die weißen Flecken auf der Kulturkarte befinden. Aber ich glaube, Herr Bundesminister, die von Ihnen angeregte Kulturerhebung wird ja in dieser Hinsicht laufen,

und wir wollen hoffen, daß wir daraus dann die entsprechenden Erkenntnisse ablesen können.

Wenn dann alles vor uns liegt, wenn wir uns selbst einmal — ich kann das, glaube ich, so sagen — kennengelernt haben, dann wird man ein umfassendes Konzept ausarbeiten müssen. Man wird sich nicht scheuen dürfen, dann vielleicht auch das eine oder andere Liebgewordene über Bord zu werfen, wenn es uns auf dem Weg in die Zukunft im Wege steht. Diese Konsequenzen wird man allerdings ziehen müssen, denn der beste Kunstbericht, die beste Kunsterhebung sind umsonst, wenn alles so bleibt, wie es bisher immer war.

Ich könnte mir vorstellen, meine Damen und Herren, daß diese Bemühungen eines Tages in einer verfassungsmäßigen Verankerung der Aufgaben und der Verantwortung der Kunst ihren Höhepunkt finden, in der Vorlage von einer Art kultureller Wachstumsgesetze, wie sie hier in diesem Haus von uns bereits einmal gefordert wurden, die uns endgültig von der Kulturadministration vergangener Tage wegbringen und zu einer echten, zielbewußten Kulturpolitik hinführen könnten.

Herr Bundesminister! Ich möchte daher zum Schluß sagen: Leiten Sie eine solche Entwicklung ein, treten Sie als Mahner des kulturellen Gewissens in Österreich auf, Sie werden uns zur Mitarbeit jederzeit bereit finden. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Luptowits. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Luptowits (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Ich freue mich, daß vor mir der Herr Kollege Dr. Kaufmann gesprochen hat, weil er in Fragen der Kunst ein sehr angenehmer Gesprächspartner ist. Er hat es wohlweislich vermieden, auf die Vergangenheit, auf die Perioden der ÖVP-Minister zurückzuverweisen, wie es Kollege Harwalik getan hat, der gemeint hat, daß unter der Regierungszeit der ÖVP alles so besonders hervorragend gewesen wäre.

Da fiel mir der berühmte 17. Literaturbrief Gottfried Ephraim Lessings ein, der da beginnt: Es wird niemand bezweifeln wollen, daß Herr Gottsched sich großartige Verdienste um das deutsche Theater und die deutsche Literatur erworben hat. — Und Lessing setzt dann nach: Ich bin aber dieser Niemand, der sie bezweifelt.

**Luptowits**

Und ich bin dieser Niemand, Kollege Harwalik, der es einige Male hier im Hause den zuständigen Ministern gesagt hat, und ich sage es heute noch einmal: Die frische Zugluft in die Kunstsektion dieses Ministeriums ist erst durch Gratz und Sinowatz hineingekommen. Das, glaube ich, müssen wir heute klipp und klar feststellen! (Beifall bei der SPÖ.)

Das werden Ihnen die Herren der Kunstsektion, mit denen ich ja seit dem Jahre 1966, seit ich hier in diesem Hohen Hause sitze, die besten Kontakte unterhalte, sagen. Ob es Kleinwächter war, ob es Brunmayr war oder ob es Warhanek war oder ob es die anderen Herren waren, ich habe jedenfalls damals schon mit ihnen die Kunstpolitik dieses Landes diskutiert. Alle haben mir damals gesagt: Wir führen ein Aschenputteldasein, wir sind in die Ecke gestellt worden, und man beachtet uns sozusagen nicht.

Ich glaube, daß gerade diese Tatsache, daß unser Minister Dr. Sinowatz durch seine intellektuelle Präsenz, durch seine Dynamik und vor allem durch seine Liebe zur Kunst hier einige Dinge gesetzt hat, Anzeichen einer neuen Kunstpolitik darstellt. Wo liegen diese Unterschiede? — Das möchte ich Ihnen jetzt, meine Damen und Herren, vor allem sagen: War die Kunstpolitik der vergangenen Jahre imitativ und postfigurativ, so ist die Kunstpolitik unseres Unterrichtsministers und des Ministers für Kunst präfigurativ. Woran demonstriert sich das? — Das demonstriert sich an drei Beispielen.

Dr. Sinowatz sagt nicht so, wie es die ÖVP-Minister mir immer gesagt haben: Ja, machen Sie etwas; nach drei, vier Jahren werden wir sehen, ob das gut läuft; dann werden wir subventionieren. Dr. Sinowatz gibt im Vorhinein schon Starthilfe: Er tat das beim Dramatischen Zentrum, er tat das beim Internationalen Musikforum, und er tat das bei der Bregenzer Theaterszene.

Ich glaube, diese drei Beispiele zeigen den Unterschied zwischen der Kunstpolitik, die die ÖVP-Minister kreiert haben, und der Kunstpolitik, die unser Bundesminister Dr. Sinowatz nun ins Leben rufen will.

Natürlich kann man die Dinge nicht von heute auf morgen ändern. Das erfordert Zeit. Aber ich bin voll der Hoffnung, daß die Kunstpolitik, wie wir sie auffassen, das gesamte politische Leben — möchte ich fast sagen — einzubeziehen hat und sehr starke kulturelle Züge die gesamte Politik durchdringen sollten. Wenn ich ein Optimist bin und optimistisch in die Zukunft blicke, dann bin ich fast der Meinung, daß die gesamte Sozialpolitik einmal sehr starke kulturpolitische und kunstpoli-

tische Züge haben wird, weil ja der Mensch in den nächsten Jahrzehnten in seiner vermehrten Freizeit sich doch vor allem den Gebieten der Kunst — Kunsterfahrung und Kunstübung — widmen wird. Das werden die Aufgaben der Kunstpolitik in den nächsten Jahrzehnten sein, die die verantwortlichen Menschen auch bei uns im Lande erwartet.

Ich glaube, daß gerade die Hochschätzung des gesprochenen Wortes — denn hier beginnt ja schon die Kunst — und die Hochschätzung des geschriebenen Wortes — ich habe es letztes Mal beim Urheberrechtsgesetz gesagt und will das heute nicht wiederholen — zeigt, wie wir Sozialisten Kulturpolitik, wie wir Sozialisten Kunstpolitik sehen.

Das Budget, meine Damen und Herren, hat ja nur ergänzende Funktion in meinen Augen. Denn gerade die Autoren und Schriftsteller, überhaupt alle Künstler, wollen ja nicht sozusagen als Almosenempfänger beim Budget stehen, sondern sie wollen Einrichtungen haben, die es ihnen ermöglichen, ihr Leben so zu gestalten, daß sie von ihrer künstlerischen Tätigkeit und Fertigkeit und Fähigkeit auch wirklich ihr Leben fristen können.

Die Gesellschaft und die Gemeinschaft, der konkrete Verfassungsstaat, müssen ihnen die Organisationsformen und die Voraussetzungen bieten, damit sie als integrierter Bestandteil dieser Gesellschaft auch leben können. Wir sollten nur soviel Freiheit des Raumes planen, als es für die autonome Persönlichkeit notwendig ist, die künstlerischen Fähigkeiten zu entfalten.

Zu den Bundestheatern — das wurde ja hier auch angeschnitten —: Bevor ich einige andere Gedanken äußere, möchte ich zuerst einmal kurz darauf eingehen, was hier gesagt wurde.

Sicher reduziert sich die Frage des Theaters nicht allein — oder sollte sich die Frage des Theaters nicht allein darauf reduzieren — auf die Bundestheater. Aber, meine Damen und Herren: Es ist ja nicht damit getan, daß man nur Ziffern, nur Zahlen nennt oder vielleicht sogar, wie es der Herr Kollege Dr. Kaufmann getan hat, fragt, ob die Aida oder das Ballett oder sonst eine Rolle nicht besetzt werden kann. Das sind Dinge, über die ich gar nicht sprechen möchte, weil sie, glaube ich, viel zu weiträumig sind. Für mich reduzieren sich die Probleme betreffend die Bundestheater auf drei.

Sind die Bundestheater als Werbeunternehmen zu sehen? Wenn sie als Werbeunternehmen zu sehen sind — ich setze in Relation —: Gastspiel der Staatsoper in Montreal, rund 40 Millionen Schilling Kosten. Gegenbeispiel:

5484

Nationalrat XIII. GP — 59. Sitzung — 18. Dezember 1972

**Luptowits**

In 4500 Zeitungen wurde über dieses Gastspiel geschrieben. Wenn man das jetzt in Relation setzt: 40 Millionen Schilling — 4500 Zeitungen schrieben über dieses Gastspiel. Ist das jetzt Werbung wert? — Wenn ich Inserate hätte bezahlen müssen, hätte ich wahrscheinlich höhere Beträge leisten müssen.

Das heißt also: Wenn ich das als Werbeunternehmen sehe, dann sind die Kosten sozusagen hier eingespielt. Dann muß ich natürlich Entsprechendes bieten. Ich muß also mit Stars aufwarten. Ich muß also das Unternehmen attraktiv gestalten.

Oder ich benütze die Bundestheater als kulturpolitisches Instrumentarium. Dann werden sie zwar innerstaatlich, innerösterreichisch eine bedeutsame Rolle spielen, aber wahrscheinlich grenzüberschreitend keine Funktion mehr haben und auch keine Stätte der Begegnung in dem Maße sein; wie wir uns das vielleicht erwarten und wie wir es alle zusammen gerne hören möchten.

Meine Damen und Herren! Der Kunstbericht, der uns vorliegt, ist sehr instruktiv. Ich freue mich darüber. Er gibt eine Fülle von Einblicken. Was man bis jetzt immer nur so hinter vorgehaltener Hand geflüstert, gemeint, gesagt und verdächtigt hat, all das liegt nun schwarz auf weiß vor, und jeder kann nachlesen und überprüfen, was sich in den Bundestheatern tut. (*Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.*)

Natürlich kann man bei den Bundestheatern folgender Meinung sein — ich habe es auch in einem Gespräch sowohl mit dem Herrn Bundesminister als auch mit Herrn Generalsekretär Jungbluth gesagt —: Additive Maßnahmen allein werden nicht zu einem Ziele führen, denn im Jahre 2000 werden es wahrscheinlich 4 Milliarden Schilling sein, die der Steuerzahler aufzubringen haben wird. Wir müssen uns etwas einfallen lassen, wie wir für die Bundestheater noch andere Geldgeber, Mitfinanciers finden. Ich denke hier zum Beispiel an die Stadt Wien, ich denke auch an Niederösterreich, ja sogar vielleicht an das Burgenland, an Bundesländer, die infolge besserer Straßenverbindungen die Möglichkeit haben werden, im vermehrten Maße an den Bundestheatern teilzunehmen. — Wir werden uns also hier etwas einfallen lassen müssen.

Kollege Dr. Kaufmann! Das Bundestheatergesetz kommt. Sie wissen, daß die Materie nicht leicht zu lösen und zu klären ist. Alle diese Dinge brauchen langwierige Verhandlungen. Ich bin jedoch fest davon überzeugt, daß das Bundestheatergesetz absolut notwendig ist, damit die Dinge, die zu regeln sind, eine gesetzliche Fundierung finden.

Zum Festspielgesetz möchte ich sagen — wir haben hier schon einige Male darüber gesprochen —: Es hat Vor- und Nachteile. Ich will das nicht wiederholen, was ich hier schon einige Male gesagt habe. Die Vorteile liegen darin, daß man in den Genuß bestimmter Beträge kommt, die Nachteile sind, daß man immer wieder von dem Gesetzgeber sozusagen abhängig ist und daß der Verwalter dieses Ressorts natürlich dann ein Riesenbudget hat, das bereits fix gebunden ist. Er hat dann nicht mehr die Flexibilität, den Unternehmen, die vor allem in den Bundesländern tätig sind, in dem Maße zu helfen, wie er es vielleicht gerne täte.

Meine Damen und Herren! Dies im Eilzugstempo zu jenen Problemen, die hier angeschnitten wurden.

Wir erleben, daß die österreichische Kunstszene in der Gegenwart vielfach von Kunstgesprächen allerorten, ob es nun im Hörfunk oder im Fernsehen oder bei verschiedenen Enqueten und anderen Veranstaltungen geschieht, belebt wird. Es wäre an und für sich sehr erfreulich, daß über Kunst so viel geredet wird. Der größte Erfolg ist der Kunstbericht, den uns der Unterrichtsminister vorgelegt hat.

Wenn man aber das Zahlenmaterial durchsieht, dann erhebt sich immer die Frage — nicht bei uns, die wir mit der Kunst unmittelbar zu tun haben, sondern bei den Kunstabstinenten, so möchte ich sie nennen —: Was soll das kosten? Was darf das kosten?

Beim Geld fangen eben die Schwierigkeiten auch an. Es ist nicht immer leicht, jemandem plausibel zu machen, daß Kultur auch Geld kostet. Bei Krankenhäusern, Schulen, Straßen und E-Werken sieht man es noch ein. Aber daß Konzerte, Festspiele und Theater subventioniert werden sollen, dafür findet man nicht das ungeteilte Verständnis aller Menschen. Natürlich hängt es davon ab, ob jemand ein sachliches oder personales Verhältnis zur Kunst hat. Ich glaube, daß man hier die Dinge doch so sehen sollte, wie es zum Beispiel Pompidou tut.

Ich habe mich gefreut, daß Pompidou vor drei Wochen in einem großartigen Gespräch, das einen enormen Widerhall in der französischen Presse gefunden hat, folgendes gesagt hat:

Der Staat soll die Mittel geben und dann das Genie seiner Zeit und seines Volkes wirken lassen. In dieser Materie ist die Verschwendung mehr wert als der Wille, sein Geld gut anzuwenden. Alles zusammen setzt man nicht viel aufs Spiel, und der Gewinn kann unermeßlich sein.

**Luptowits**

Das, was hier Pompidou sagte, war mir sehr sympathisch. Ich glaube, daß sich dieser Auffassung auch der Herr Minister für Unterricht und Kunst anschließen wird, weil ich seine Meinung über Kunststruktur genau kenne. Ich glaube, daß er die Dinge auch auf das österreichische Kultur- und Kunstfeld übertragen wird.

Nun möchte ich einige Vorschläge zur weiteren Kunstförderung der öffentlichen Hand bringen. Vielleicht kann man, Herr Bundesminister, in Ihrer Abteilung mit den zuständigen Fachbeamten die eine oder andere Frage prüfen, und vielleicht kann man sie auch weiterdenken und weiterführen.

Ich glaube, daß in der Kultur- und Kunstpolitik ein Marketing notwendig wird. Hier sollte es folgende Zielsetzungen geben:

Erstens soll das Kultur- und Kunstinteresse des einzelnen erweitert und vertieft werden. Zweitens sollen die schon apostrophierten Kulturabstinenten für das Kulturleben gewonnen werden. Und drittens soll die Jugend frühzeitig angesprochen werden, wobei die Schulen einen entscheidenden Beitrag zu leisten hätten. — Ich möchte lobenswerterweise anführen: Das Theater der Jugend, Jeunesses Musicales und andere Einrichtungen, die sich hier wirklich mit großartigem Erfolg bewährt haben. Ich habe einige dieser Veranstaltungen besucht, um mir ein Bild zu machen, um mir auch ein Bild zu machen, wie die Jugend auf diese Veranstaltungen reagiert. Ich glaube, es ist sehr interessant, wie positiv die Jugend hier mitgeht.

Wir sollten kultursoziologische Forschung bewußt betreiben. Ein Anfang ist schon getan. Der Bundesminister wird demnächst den Auftrag erteilen. Ich glaube, daß dies nur der Anfang sein sollte, denn die Resultate der kultursoziologischen Forschung sind Voraussetzung für das vorhin genannte Marketing.

Marketing ist unerlässlich, wenn man ein sozial gerechtes Kulturprogramm zu verwirklichen hat. Wir brauchen ein Marketing-Programm im Kunst- und Kulturbetrieb, um eine Nachfrage zu schaffen, die eines Kulturstaates, wie es Österreich ist und bleiben soll, auch wirklich würdig ist, vor allem einem sozialen Gerechtigkeitsgefühl nachkommt und den Künstlern — und das ist das Wichtigste — Absatzmöglichkeiten ihrer Werke und Arbeiten bietet. Denn das Ankaufen von Kunstgegenständen, Lesungen, Repräsentationen und Besuchsreisen ins Ausland sind mir zu wenig.

Ich glaube, daß auch hier ein Beginn mit der großen internationalen Graphik-Ausstellung gemacht wurde. Vielleicht könnte man

eine Biennale eigens für Wien ins Leben rufen. Man sollte sich hier Gedanken machen, was man noch an Initiativen entfalten könnte.

Meine Damen und Herren! Herr Bundesminister! Ich glaube, man sollte noch etwas tun. Wie könnten wir — darüber sollten wir uns alle Gedanken machen — unserer Epoche einen größeren und stärkeren künstlerischen Ausdruck verleihen? — Das ist für mich ein sehr entscheidendes Problem. Das heißt: Wie sollte diese Welt von heute, diese Arbeitswelt — ganz gleich, ob es jetzt im Krankenhaus oder im Maschinenraum ist — einen größeren kulturellen und künstlerischen Ausdruck bekommen? — Wir sollten vor allem die Künstler und die Kunst stimulieren.

Ich bin voll der Hoffnungen, daß hier Vorschläge kommen werden, wenn man an die Künstler herantritt. Vielleicht werden manche utopisch genannt werden, vielleicht kann man sie nicht sofort umsetzen. Aber wir sollten zumindest die Künstler einladen, diese unsere konkrete Gesellschaft künstlerischer, besser und erfüllter zu gestalten.

Ich zitiere hier Apollinaires Zeile, die mit den Worten beginnt: „Seid nachsichtig, wenn ihr uns mit jenen vergleicht, welche die Verkörperung der Ordnung waren. Uns, die wir überall das Abenteuer suchen ... Mitleid mit uns, die wir ständig an den Grenzen des Unbegrenzten und der Zukunft kämpfen. Mitleid für unsere Irrtümer, Mitleid für unsere Sünden.“

Meine Damen und Herren! So spricht ein Künstler, der für manche Erscheinungen in der Kunstwelt um Verständnis bittet, die von manchen strikte abgelehnt werden.

Ich glaube, daß gerade in jüngster Zeit eine gewisse Mißstimmung breite Kreise des Kunstpublikums ergriffen hat. Ich fühle, daß diese Rückschläge sicher ein retardierendes Moment darstellen, das aber auch nicht überschätzt werden sollte.

Ich sehe die Krise etwas anders, als sie gemeinhin gesehen wird: Sie ist in meinen Augen keine Krise des Künstlers, das heißt ein Verebben der schöpferischen Kräfte, ein Nachlassen von Formkraft und Erfindung. Und so wenig wir es mit einer Krise des Künstlers zu tun haben, so wenig mit der gegenwärtigen Kunst überhaupt, ob gegenständliche oder abstrakte. Ich mag dieses Gerede nicht, wenn man sagt: Wir befinden uns in einer Krise. Das war schon zur Zeit der griechischen Kunst der Fall; diese Krise gab es auch im 19. Jahrhundert. Dauernd redet man von Krisen. Ich glaube, wir sollten endlich einmal damit aufhören.

**Luptowits**

Wir sollten schauen, was uns das Neue bietet und welche Möglichkeiten wir haben, dieses Neue zu integrieren. Ich glaube, daß das Neue ständig nachwächst. Das ist in der Kunst ein Gesetz, aus dem nicht gefolgert werden kann, daß das soeben Geschichte Gewordene eine Sackgasse oder ein falscher Weg gewesen sei.

Meine Damen und Herren! Das nachträgliche Verdammungsurteil — ich habe das bereits vergangene Woche gesagt — ist töricht! Noch spricht für eine angebliche Krise der Kunst, daß das durchschnittliche Auge in dem Wust halbgarer Experimente, unter den modischen Gesten dessen, was heute hier noch sozusagen mitläuft, nicht sofort die Keime der ferneren Entwicklung und fernerer Tendenzen zu entdecken vermag.

Diese Schwierigkeiten, meine Damen und Herren, sind es, die uns immer wieder Sorgen machen. Aber denken Sie doch daran: 1863 tobten die Kunstfreunde vor den Bildern Manets. Oder man denke an das trostlose Schicksal so manchen Klassikers der Musik-, der Literatur- und der Kunstgeschichte.

Meine Damen und Herren! Wo sehe ich die Krise? — Sie liegt in unserem Falle so: Wenn nicht der Konsens gelingt zwischen Künstler und Publikum, dann geht die Reise in tiefe Fremdheit. Kurz: Die Krise ist in meinen Augen eine Krise des Verhältnisses zwischen Kunst und Gesellschaft. Von dieser Krise wird aber kaum geredet.

Silbermann, der Kulturosoziologe, nannte unlängst den Künstler einen „Produzenten von Kunsterlebnis“. Er hat mit diesen Worten, glaube ich, die soziale Rolle des Künstlers fixiert, seinen Arbeitsplatz innerhalb einer hochspezialisierten, arbeitsteiligen Sozialordnung zur Debatte gestellt.

Meine Damen und Herren! Dieses Problem sollten wir in unserem konkreten Verfassungsstaat in Österreich zu lösen versuchen. Wir sollten uns wirklich Gedanken machen, wie wir dieses Problem angehen.

Herr Bundesminister! Man könnte auch diese Frage in Ihrem Ministerium von fachkundigen Beamten und von Fachleuten außerhalb des Hauses in einem Gespräch, in einem konkreten Arbeitskreis, so wie wir es mit Minister Doktor Broda bei den Medien machen, behandeln. Ich glaube, daß hier bei diesem Gespräch in einem solchen Arbeitskreis positive Ergebnisse erzielt werden können.

Man sollte sich in der Frage der Kunstförderung, meine Damen und Herren, an Max Reinhardt halten, der gesagt hat: „Wer dem Publi-

kum ständig nachläuft, sieht immer nur seinen Hintern.“

Der Herr Bundesminister, meine Damen und Herren, hat in seinen Bestrebungen „Förderung der Kunst“ die drei Punkte, die ich gesagt habe, gesetzt. Der „Steirische Herbst“, der schon ein etabliertes Forum darstellt, gehört sicher auch mit dazu; wiewohl mir — ich habe das heute dem Kollegen Dr. Kaufmann auf der Fahrt vom Bahnhof ins Hotel gesagt — die Palette, die der „Steirische Herbst“ hier anbietet, vielleicht doch etwas zu groß ist. Man sollte sich hier Gedanken machen, wie man diese Dinge lösen könnte.

Meine Damen und Herren! Wir sollten der nachrückenden Generation Möglichkeit bieten, neue Ausdrucksformen der Kunst zu erleben. Denn diese Generation ist das Publikum von morgen.

Meine Damen und Herren! Wir können das Wachsen, das Älterwerden der nachrückenden Generation ja nicht aufhalten. Das sind eherne Gesetze. Aber wir sollten der nachrückenden Generation die Möglichkeit geben, frühzeitig Kunst zu üben und Kunst zu erfahren.

Es sind konkrete Ansätze im Budget bei der Literaturförderung. Bei all den anderen Einzelpositionen sind Ansätze vorhanden.

Ich möchte noch etwas sagen. Gerade bei der Tagung der Filmwissenschaftlichen Gesellschaft ist mir das bewußt geworden, als dort berichtet wurde, wie Gratz und auch Sinowatz gerade diese Gruppe, die Filmwissenschaftliche Gesellschaft, in hohem Maße gefördert haben. Man sollte diese Dinge, die oftmals vielleicht als unscheinbar angesehen oder nicht in ihrer ganzen Bedeutung erkannt werden, hier wirklich der Öffentlichkeit vortragen.

Filmförderungsgesetz. Frau Kollegin Doktor Bayer und Kollege Dr. Kaufmann! Sie wissen genau, daß dieses Gesetz zwei Ministerien befaßt: das Handelsministerium und das Unterrichtsministerium. Wir werden uns also auch hier Gedanken machen. Die Entwürfe liegen zum Großteil vor. Es ist also nur die Frage der Abgrenzung der Zuständigkeiten gegeben.

Abschließend möchte ich folgendes sagen. Was ist also konkret zu tun?

1. Kulturosoziologische Untersuchungen systematisch fördern.
2. Marketing entwickeln.
3. Das Kunstförderungsprogramm neu durchdenken, neue Formen entwickeln, neue Aktivitäten unterstützen beziehungsweise anregen.
4. Im größeren Rahmen Künstler anregen zu Vorschlägen, wie man unserer Epoche einen

**Luptowits**

künstlerischen Ausdruck, einen deutlicheren als bisher geben kann.

Zum Schluß — wenn man so fragen darf —: Was darf Kultur und Kunst kosten?

Meine Damen und Herren! Auch diese Relationen sollten wir uns alle zusammen überdenken. Denn nur so, glaube ich, können wir zu einer Gesellschaft werden, die werterfüllter ist, die besser ist, die lebensvoller ist und in der für den Menschen wirklich das Leben einen Sinn hat. Nur mit der Kunst, meine Damen und Herren, ist das Leben sinn- erfüllt! *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident Probst:** Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Ofenböck. Er hat das Wort.

**Abgeordneter Ofenböck (ÖVP):** Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Der Herr Bundesminister hat im August dieses Jahres angekündigt, daß er beim Finanzminister — das war damals die Zeit der Verhandlungen über das Budget — mehr Geld für den Sport und die Trainer haben möchte. Er selbst formulierte in einigen Zeitungen der damaligen Zeit, daß er in seinem Budget, im Unterrichtsbudget, den Schwerpunkt für das Jahr 1973 auf Sport legen werde.

Herr Minister! Das mußte ich jetzt vorher sagen, damit man mir nicht auch — wie vielen meiner Kollegen — dann vorwirft, ich hätte lizitiert. Wenn hier von Lizitation gesprochen werden könnte — leider kann man es nicht —, dann hätten Sie lizitiert. Ich komme dann noch darauf zurück, daß aus dieser Ankündigung eine große Zahl von Hoffnungen innerhalb der Sportbegeisterten, der Sportler festzustellen war: Jetzt gibt es endlich einmal eine Ankündigung, im Unterrichtsbudget mehr für die Sportförderung freizumachen!

Ich möchte mich nun mit diesem Problem beschäftigen. Dazu ist es notwendig, einen Blick in das Budget, das zur Debatte steht, zu werfen.

Im Jahre 1972 war die Sportförderung mit 32,6 Millionen Schilling präliminiert, im Jahre 1973 — das wir jetzt verhandeln — sind das rund 37 Millionen. Man kann daher — zumindest bisher — sagen, das ist eine Steigerung um 13,4 Prozent.

Diese Steigerung für den Sportförderungsrahmen hält aber nicht Schritt mit der Ausweitung des Unterrichtsbudgets, das eine Steigerung um rund 22 Prozent erfährt. Hier, muß ich sagen, haben Sportförderungs- ausgaben nicht, wie Sie es vorher angekündigt haben, jenen Schwerpunkt erhalten, denn die Sportförderungsausgaben gegenüber dem Vorjahr sind nur um 13,4 Prozent gestiegen.

Nun kommt aber noch dazu, Herr Bundesminister, daß wir das 2. Budget- überschreitungsgesetz beschlossen haben, das einen zusätzlichen Ausgabenrahmen des Jahres 1972 mit rund 16 Millionen Schilling fixiert hat, sodaß also für das Jahr 1973 — wenn man nun zusammenzählt, was im Jahre 1972 ausgegeben worden ist — im Sportbudget eine Verringerung von 11,5 Millionen Schilling gegenüber 1972 festzustellen ist.

Meine Damen und Herren und hier die Öffentlichkeit! Was halten Sie von einem Schwerpunkt, den diesmal der Minister selbst gesetzt hat, wenn das letzten Endes zu einer Verringerung der Budgetausgaben von 11,5 Millionen Schilling im laufenden Budget- jahr führt?

Jetzt erlauben Sie, daß ich dazu auf das Sportprogramm für Österreich verweise, von dem ich ja doch zwangsläufig annehmen muß, daß Sie sich darnach zu halten verpflichtet fühlen, Herr Bundesminister.

Hier heißt es im Vorwort des Herrn Bundeskanzlers Dr. Kreisky: „Die Sozialistische Partei Österreichs wird für den Fall, daß ihr ein hohes Maß an Verantwortung übertragen werden sollte“ — das war natürlich noch, als die Verantwortung nicht übertragen war —, „Fragen des Sports besondere Aufmerksamkeit schenken und eine konstruktive Sportpolitik vertreten.“

Ich darf unter Berücksichtigung der von mir vorhin geschilderten Situation nur fragen, was von dem Programm, das sehr groß angekündigt worden ist, überhaupt noch realistisch wirken kann.

Nun darf ich mich aber — das ist die Zwangsfolge — mit dem 2. Budgetüber- schreitungsgesetz, das die Ausgaben des Jahres 1972 ja immerhin um 16 Millionen Schilling gesteigert hat, beschäftigen. Hier heißt es bei der Ansatzpost 1/12226, Sportförderung, daß für die Städte Linz und Salzburg — dort gibt es je ein Fußballstadion, die vergrößert, die ausgebaut werden sollen — 10 Millionen Schilling beziehungsweise 5 Millionen Schilling nachträglich zur Verfügung gestellt wurden. Ich habe mich davon überzeugt, daß beide Sportstätten dieses zusätzlichen Aus- baues bedürfen, das ist völlig richtig.

Aber, Herr Bundesminister, jetzt zu dem Verfahren, das zu den zweimal fünf Millionen für 1971 und 1972, die im Nachtragsbudget 1972 für Linz ausgewiesen worden sind, gehört. Der Magistrat Linz hat im August 1970 ein Ansuchen eingebracht und um Förderung des Projekts der Stadthalle Linz in der Höhe

**Ofenböck**

von insgesamt 10 Millionen Schilling gebeten. Das Gesamtprojekt kostete nach damaligen Schätzungen 45 Millionen Schilling. Das österreichische Institut für Schul- und Sportstättenbau hat in seinem Gutachten festgestellt, daß die Stadthalle, die also errichtet werden soll, mit den erwarteten Gesamtkosten von wahrscheinlich 55 Millionen viel zu kostspielig, daß die Anlagen in der Sporthalle nicht sportgerecht seien, daß die vorgesehene Doppelverwendung von Garderobe, Wasch- und Nebenräumen für Stadion und Halle sehr fragwürdig ist, daß die Klosettanlagen für die Sportler nur auf einem Weg von 200 bis 300 Metern erreicht werden könnten, weil sie im Tribünengebäude des jetzigen Stadions untergebracht sind, daß es sonstige funktionelle Fehllösungen in diesem Plan gab. Man forderte überhaupt, ein zweites Angebot einzuholen. Zu all diesen Problemen gehört noch dazu, daß die Anlage schlecht situiert ist. Es gibt künftig weniger Parkplätze als derzeit, weil die bestehenden Parkplatzmöglichkeiten verbaut werden sollen, es gibt eine schlechte Zufahrt und der Vorplatz des jetzigen Stadions soll verbaut werden.

Das Land Oberösterreich hat vorgeschlagen, eine Rundhalle zu bauen. Herr Minister! Die gesamte Rundhalle, schlüsselfertig zum damals geschätzten Betrag von 16 bis 18 Millionen Schilling! Die Errichtung dieser Halle wurde nicht in Erwägung gezogen. Durch die niedrigen Gesamtkosten wären auch Bundesförderungsmittel in weit geringerem Maße zugesprochen worden. Es kam nicht zu diesem Bau, weil der Magistrat Linz damals — das ist sicherlich nicht Ihre Zuständigkeit — Grundstücke hiefür nicht zur Verfügung gestellt hat.

Für den normalen Österreicher, für den am Sport Interessierten erhebt sich die Frage, ob diese Vorgangsweise noch vertreten werden kann, zu einem Zeitpunkt nämlich, zu dem der Herr Minister bei der letzten Spitzensport-enquete im Schloß Laudon erklärt hat, lediglich zwei Millionen zusätzlich für die Bezahlung von Spitzentrainern ausgeben zu können.

Herr Bundesminister! Hier versteht die Sportöffentlichkeit tatsächlich nicht, daß Geld so unsinnig aufgewendet werden muß, während man gleichzeitig erklärt, der Bund habe kein Geld. Er habe kein Geld, denn es sei nichts da. Hier wurde seitens des Unterrichtsressorts bewiesen, daß es nicht nur da war, sondern daß es auch unnötigerweise ausgegeben worden ist, wie ja in vielen Fällen dieses Budgets, wie wir heute sehr deutlich auch in der Schulbuchaffäre zur Kenntnis nehmen haben müssen.

Meine Damen und Herren! Diese Angelegenheit wird in der Öffentlichkeit fragwürdig bleiben, denn das Land Oberösterreich hätte seine eigene Halle natürlich auch entsprechend fördern können. Jetzt nicht, weil die Halle jetzt in Linz ohne das Land Oberösterreich errichtet wird. Hier gibt es eine Zwiespältigkeit, die einer Aufklärung bedarf.

Und nun etwas, worüber ich mich sehr gefreut habe, das ist die spontane Reaktion der Bundesregierung zu der bevorstehenden Bewerbung Innsbrucks als Olympiastadt für 1976. Hier bekommt Österreich wieder die Chance, Olympische Spiele zu veranstalten. Es kommt — hier bestätige ich Ihre Aussage — zu weniger Kosten, weil die meisten Anlagen, wie sie jetzt bestehen, benützt werden können. Man schätzt, daß die voraussichtlichen Kosten, die durch den Bau des Olympischen Dorfes entstehen werden, das ja nicht nur ein Olympisches Dorf bleiben muß, sondern das späterhin als Wohnungsstätte für viele Hunderte Menschen herangezogen werden kann, und die Sachleistungen einen Betrag von etwa 120 Millionen Schilling ausmachen werden. Hiezu kommt noch der Einsatz des Bundesheeres, der Polizei und sonstigen Personals. Hier ist im Budget, Herr Bundesminister, keine Vorsorge zu finden. Das ist an sich verständlich, denn zu dem Zeitpunkt, da Sie das Budget machten, konnte natürlich von der Bewerbung Innsbrucks noch nicht die Rede sein. Aber werden Sie sich dafür einsetzen, ohne Kürzung der Sportförderungsbeiträge die Mittel vom Finanzminister hiefür zu bekommen? In diesem Zusammenhang, Herr Bundesminister, habe ich gesagt, daß die Leistungen des Bundes trotz großartiger Ankündigungen weit hinter dem zurückgeblieben sind, was man erwarten durfte.

Aus der Zeitung „Sport und Toto“ vom 24. Oktober entnehme ich: „15 Millionen für den Spitzensport — Unterrichtsminister Sinowatz greift ein“. Und auf der Innenseite wird das dann etwas zurückgeschraubt, dann ist nicht mehr von den 15 Millionen die Rede — denn das gibt ja das Unterrichtsressort nicht, sondern hier erwartet man ja, daß viele, viele andere etwas geben, nicht der Unterrichtsminister —, hier wird nur mehr von den zwei Millionen gesprochen, die Sie für die Trainerbeistellung flüssig machen wollen.

Oder eine weitere „Sport und Toto“-Ausgabe, vom 12. Dezember. Sinowatz: „So viel Geld für den Spitzensport wie noch nie.“ Merken Sie, wie das in einem Widerspruch steht zu dem, was ich gerade vorhin gesagt habe? Dieses „Geld wie noch nie“ kommt

**Ofenböck**

nämlich nicht vom Staat. Das bringt die Wirtschaft auf! Ich werde dann im Detail darauf noch zurückkommen, um das auch nachzuweisen. Darüber hinaus geben natürlich zuständigkeitshalber Länder und Gemeinden für Sportanlagen das meiste aus, es ist ja auch ihre Kompetenz.

Aber, Herr Minister, zu einem Problem möchte ich mich sehr gerne melden. Ich finde hier in der „Kronen-Zeitung“ vom 22. November dieses Jahres eine Überschrift: „Neue Schulmöbel geplant: Sie sollen Zahl der Haltungsschäden verringern.“

„Um den Haltungsschäden der österreichischen Schuljugend entgegenzuwirken, führten die Gesundheitsbehörden kürzlich eine der größten Meßaktionen in Europa durch. Ziel der Untersuchung war es, die bestmögliche Form von Schulstühlen und -pulten zu finden.“

Herr Bundesminister! Da wird das Pferd verkehrt aufgezäumt. Wir versuchen jetzt alles, setzen Kommissionen ein, damit die Kinder besser sitzen, bessere Möbel haben, damit Haltungsschäden geringer werden. Aber was tut der Staat dafür, daß die Jugend gezwungen wird, körperlich mehr zu unternehmen? Da stimme ich überein mit dem Kollegen Zeillinger: Was geschieht da wirklich, um die Haltungsschäden zu verringern? Ich kann ja hier nur ausgleichen, vorhandene Haltungsschäden verringern, vorhandene Haltungsschäden leichter ertragen helfen, indem die Kinder in besseren Stühlen sitzen. Aber verhindern, Herr Bundesminister, können wir Haltungsschäden mit besseren Schulmöbeln nicht. Hier bleibt die Frage offen, was vom Staat her, vom Bund her tatsächlich unternommen wird, um diese Fragen einer besseren Lösung zuzuführen, als es hier etwa eine Kommission zur Verbesserung der Schulmöbel tun kann.

Ich wende mich dem wichtigsten Sektor in dieser Beziehung, dem Pflichtschulsektor zu. Herr Bundesminister! Entscheidende Änderungen in der Erziehung unserer Kinder müssen einsetzen! Ich habe vorhin gesagt, Zeillinger hat recht, die Kinder finden die Zeit gar nicht mehr, um sich außerschulisch überhaupt noch einmal dem Turnen, dem Sport, dem Spiel widmen zu können. Hier muß man anfangen umzudenken. Wir reden immer von Chancengleichheit. Wir haben in den kleineren Gemeinden immer noch nicht jene Sportplätze, die notwendig sind. Ich mache jetzt nicht allein Ihnen den Vorwurf, daß das nicht schon geschehen ist. Ich glaube, daß Sie mir das auch nicht vorwerfen, daß ich mich nicht schon,

seitdem ich zu diesem Problem rede, auch darum bemüht habe. Die Zahl der Sportanlagen ist größer geworden, aber wir haben heute noch Gemeinden, wo es weder einen Sportplatz noch einen Turnsaal gibt.

Aber, Herr Bundesminister, nicht bessere Schulmöbel sind das Um und Auf, um Haltungsschäden zu verbessern, sondern viel wichtiger ist eine verbesserte körperliche Ausbildung der Kinder, um sie rechtzeitig vor Haltungsschäden zu bewahren.

Ein zweiter Punkt, der hier mit hereinschlägt: Es gibt kaum mehr Lehrkräfte, die am Schulort wohnen. Das hindert die Lehrkräfte, die unter Umständen gut ausgebildete Leibeserzieher sind, an ihrem Wohnort tätig zu werden. Den Vereinen als Trainer zur Verfügung zu stehen, dazu hätte man den besser ausgebildeten und auch pädagogisch hierfür weit geeigneteren Menschen, der das tun könnte, aber er wird das so lange nicht können, solange er nicht die Möglichkeit hat, am Wohnort auch zu unterrichten, nämlich in jenen kleineren Gemeinden, die hierunter besonders zu Schaden kommen.

Vor allen Dingen, Herr Bundesminister, man muß doch endlich erkannt haben, daß in den Pflichtschulen immer noch ein unnötiger Kampf gegen die Bewegung der Kinder geführt wird. Man geht gegen die Unruhe vor, man findet aber auch bei den Schulen viel zu wenig Bewegungsräume, und selbst wenn sie da sind, läßt man die Kinder in den Pausen nicht hinaus, um sich auszulaufen. Das ist das, was ich nicht begreifen kann.

Man verbessert lieber Schulmöbel, ohne sich darum zu kümmern, daß die Kinder im Unterbewußtsein ihren Körper schon richtig auf das einstellen, was sie später einmal im Leben erwartet. Einseitige Bildung möchte ich das bezeichnen; einseitige Bildung, denn zu einem ganzen Menschen gehört neben dem Geist auch ein Körper. Auf den vergessen wir in der Zeit, in der alles mechanisiert wird, viel zu sehr. Wir kümmern uns viel zuwenig darum, daß die Kinder schon mit Mängeln behaftet sind, die völlig unnötig sind.

Wir haben, Herr Bundesminister, in der Schule zu viel reglementiert. Das Kind kann frei überhaupt nichts mehr unternehmen. Da glaube ich, sollten wir einhaken. Solange die Turnstunden als Fach an letzter Stelle des Zeugnisses stehen, solange werden wir die körperliche Bildung der Kinder nicht viel verbessern, denn es wird ihnen in ihren Zeugnissen klargemacht, daß das Turnen das wenigst Wichtige ist, weil es als letzter Gegenstand angeführt ist.

**Ofenböck**

Es ist ebenso unangenehm festzustellen, daß wir bei der musischen Bildung — ich halte das für unser Volk, das in seiner Vergangenheit hervorragende Menschen hatte, die in Kunst, Kultur oder Musik besonders begabt waren — nicht mehr gut dastehen können, weil diese Gegenstände im Unterricht völlig unterbewertet werden. Ich glaube, es ist in Österreich eine Blamage, so vorzugehen. Wir sollten das ändern.

Ich glaube auch, Herr Bundesminister, hier fällt etwas mit herein, und ich versuche, das sehr vorsichtig auszudrücken: Die Schülerfreifahrten helfen nicht, den Kindern zu mehr Bewegung zu verhelfen. Jetzt fahren alle, weil es umsonst ist, obwohl sie es manchmal nicht bräuchten und es für sie gesünder wäre, Bewegung zu machen. Nichts gegen jene, die weite Strecken zu fahren haben. Aber es wäre sehr günstig, wenn die Kinder, die in der Schule sowieso keine Bewegungszeiten mehr haben, diese Bewegung wenigstens auf dem Schulweg machen könnten, anstatt schon bei einer Entfernung von drei Kilometern zu fahren. Das wäre ein Vorteil für alle unsere Kinder. Lassen Sie sich das sagen, weil ich selbst so ein Kind habe, das, obwohl es vier Kilometer von der Schule weg wohnt, im Sommer mit dem Fahrrad zur Schule fährt.

Dabei ergibt sich ein neues Problem, Herr Bundesminister. Kinder können heute überwiegend gar nicht mehr mit den Fahrrädern zur Schule fahren, weil unsere Straßen keine Fahrradstreifen mehr aufweisen. So wie die Städter allgemein ihre Fahrräder nicht mehr benutzen können, weil sich jeder des dichten Autoverkehrs wegen scheut, mit dem Rad noch durch die Stadt hinaus in die Erholungsgebiete zu fahren, so wenig können Kinder heute ihre Fahrräder benutzen, um in die Schule zu fahren. Das ist eine Tragik; wir sollten uns auch hier in der Haltung ändern und in der Verkehrspolitik darauf Rücksicht nehmen.

Herr Bundesminister! In den allgemeinbildenden höheren Schulen sollen derzeit von der ersten bis zur dritten Klasse vier Wochenstunden Unterricht in Turnen gehalten werden. Von der vierten bis siebenten Klasse sollen das drei Stunden Turnen wöchentlich sein. Herr Bundesminister! Von 349 Klassen der allgemeinbildenden höheren Schulen in Kärnten erfuhren 258 jetzt erst Turnstundenkürzungen. In Gesamtösterreich sind von 1016 Klassen 23 Prozent bei Leibesübungen gekürzt worden.

Herr Bundesminister! Im ASKO-Sportprogramm für Österreich heißt es: „Beteuerungen, den Schulsport fördern zu wollen, verlieren jede Glaubwürdigkeit, wenn man sich

gleichzeitig entschließt, den Turnunterricht zu kürzen.“ Herr Bundesminister! Nicht ich habe diese Forderungen erhoben, sondern Fachleute aus Ihren eigenen Reihen. Diese Forderungen wurden offenbar anerkannt, denn sie wurden mit dem Siegel des Bundeskanzlers versehen. Aber Sie halten sich nicht daran! Herr Bundesminister! Das sind Widersprüchlichkeiten, die einer Aufklärung bedürfen.

Wenn sie Klassen bei bestehenden Schulen zubauen, weil höhere Schulen Raumnot aufweisen, bauen sie nur Klassenräume dazu, was zur Folge hat, daß die bestehenden Turnhallen, die den Bedürfnissen vorher kaum gerecht werden konnten, nicht mehr ausreichen. Die Kinder kommen dann noch weniger zum Turnen, weil mehr Klassen den Turnsaal weniger benutzen können. Bei diesen Voraussetzungen nützen Programme, nützen Ankündigungen, daß der Sport heute mehr Geld hat, nichts.

Ich stehe auch auf dem Standpunkt, daß, wenn wir weiter in den Schulen so wenig auf die körperliche Ausbildung Wert legen, es uns schwerer fallen wird denn je, im Spitzensport noch große Talente zu entdecken, die wir dringend brauchen. Es läßt sich der Spitzensport nicht vom Schulsport, von der entwicklungsfähigen Bewegungsfreude des Kindes trennen, denn das eine erfordert das andere.

Kürzlich haben in einer Fernsehsendung, an der ich das Glück hatte dabei zu sein, ein deutscher und ein Schweizer Journalist von „Spitzensportzüchten“ geredet. Es ist lächerlich anzunehmen, daß das sinnvoll sein kann. Ich kann zwar von fünf den Besten herausuchen, aber ob er der Beste eines Landes ist, ist damit noch nicht geklärt. Ich kann von hundert Österreichern den Besten einer Sparte herausuchen, aber ob er der beste Österreicher ist, ist noch nicht geklärt. Das heißt also, es wäre lächerlich anzunehmen, daß ich, wenn ich einen kleinen Kreis von anscheinend Geeigneten einer Sportsparte vor mir habe und aus diesem kleinen Kreis den Besten weiterzüchte, dann schon den Besten hätte, den Österreich zu entsenden hat. Wir sollten aufhören, in solchen Dimensionen, die völlig falsch sind, zu denken.

Im Pflichtschulbereich müssen die Lehrer eine bessere Ausbildung erhalten, und auch die Lehrerfortbildung auf diesem Gebiet muß forciert werden, weil der Unterricht auf diesem Gebiet ständigem Wandel unterliegt.

Herr Bundesminister! Hier noch zu einer Frage, die Sie nur am Rande berührt haben, die aber nicht unbedeutend ist, weil sie mit dem Spitzensport eng zusammenhängt. In der Zeitschrift des Österreichischen Ski-Verbandes

**Ofenböck**

„austria ski“, wurde im Heft 5/1972 vom Vizepräsidenten Ing. Pirchner, einem bekannten Skiexperten, ein Schulproblem im Zusammenhang mit dem Skilauf angeschnitten. Er führte aus, daß man jetzt eine Reihe von Skihauptschulen hat, also Pflichtschulen, in denen die Kinder, die talentiert sind, neben dem Unterricht in der Hauptschule im Skilauf weitergebildet werden können, daß aber nach der Hauptschule jene Kinder, die nicht mittelschulreif werden, keine Möglichkeiten haben, die Skisportausbildung weiter zu erhalten, damit das Talent tatsächlich zum Blühen kommen kann.

Hier hat ein sehr markanter und sehr aussagekräftiger Mann auf ein Problem aufmerksam gemacht, hinter das ich mich ganz stelle, nicht nur deshalb, weil ich auch einer der Präsidenten eines Schiverbandes bin.

Vielleicht darf ich aber hier, Herr Bundesminister, auf eine Lösung aufmerksam machen, die es in Niederösterreich gibt. Wir haben neben einer Skihauptschule in Lilienfeld eine Handelsschule in Waidhofen an der Ybbs, in der die Skihauptschüler aus Lilienfeld, die nicht nach Stams weitergereicht werden können, eine weitere Ausbildung für den Beruf, aber auch für ihre Karriere als Skirennläufer vorfinden. Die Betreuung der Skihandelsschüler hat ein Verein übernommen, der im engsten Einvernehmen mit der Schule, dem Landesschulrat und dem Niederösterreichischen Ski-Verband seine Arbeit leistet. Die Investitionen, die das Land Niederösterreich der Skihauptschule Lilienfeld angedeihen hat lassen, wirken ökonomisch auch noch in der Handelsschule weiter und finden keinen unnötigen Abbruch. Hier sollte man weiterfördern, es handelt sich um die große Masse von Skitalenten, und es ist sinnvoll, ihnen weiterzuhelfen.

Das Interessante für mich ist jedenfalls, daß in diese Skihandelsschule in Waidhofen an der Ybbs westliche Bundesländer Kinder entsenden. Aus Salzburg, aus Tirol kommen sie dorthin, weil es die einzige Möglichkeit für nicht maturareife Skitalente ist.

Ich bitte, Herr Bundesminister, diesen Umstand im Empfehlungswege an die Landes- schulräte weiterzugeben, auf diesem Schul- sektor ähnlich vorzugehen. Es wäre halt notwendig, daß Sie diesen Schulversuch — denn sowohl die Skihauptschule als auch die Waidhofener Handelsschule sind ja noch ein Schulversuch — institutionalisieren und daß Sie dadurch, daß Sie das Schulunterrichtsgesetz novellieren, hier dieses Schulversuchsstadium beenden.

Schwierigkeiten bereitet ja ferner auch die Aufbringung der finanziellen Mittel, wie Trainerhonorare, Internatskosten, Fahrtkosten und Organisationskosten. Hier wäre neben dem Land sicherlich eine stärkere Unterstützung durch das Bundesministerium für Unterricht und Kunst sehr wünschenswert.

Herr Bundesminister! Ich komme zum Ende. (Abg. Zingler: Zweite Halbzeit! — Abg. Dr. Schranz: Schlußpfiff!) Nein, nicht zweite Halbzeit. Das ist eine nette Einladung, noch fortzusetzen. Ich tue es nicht. Sie werden dann von Ihren Kollegen bestraft.

Herr Bundesminister! Diese Schulen sollen ja nicht Olympiasieger produzieren, sondern diese Skihauptschulen, Skihandelsschulen, aber auch die Schulversuche, die wir in Wiener Neustadt an zwei höheren Schulen, in Eisenstadt an einer höheren Schule haben, sollen dazu helfen, jene Lücke an Leibeserziehern zu schließen, die derzeit noch besteht. Denn was wir dringend brauchen, sind mehr und bessere Leibeserzieher, Trainer, Übungsleiter, die dem Breiten- und Leistungssport, letzten Endes aber auch dem Spitzensport zukommen sollen.

Vom ersten Maturajahrgang des Sportrealgymnasiums in Wiener Neustadt haben wir einen deutlichen Beweis dafür, daß das Ziel erreicht wurde, denn zwei Drittel dieser Absolventen haben den Lehrberuf gewählt. Von 28 Maturanten wurden zwölf Leibeserzieher und sechs gingen an die Pädagogische Akademie. Hier müßten sich der Bund und auch die Länder mehr engagieren, und hier sollte auch der Bund diese Lehrkräfte außerschulisch den Vereinen zur Verfügung stellen.

Denn das ist zuwenig, Herr Bundesminister, daß Sie sich jetzt bemühen, Spitzentrainer für die sportliche Elite Österreichs zur Verfügung zu stellen. Viel wesentlicher erscheint mir, daß alle kleinen Vereine durch die nebenberufliche Tätigkeit eines Lehrers sich mit den sportbegeisterten jungen Menschen beschäftigen.

Eines, glaube ich, kann man mit ruhigem Gewissen sagen: Jeder junge Mensch, der einmal in seiner Jugend sportlich tätig war, ist gut aufgehoben. Sonst erleben wir noch das, was ich kürzlich in einem Fernsehfilm über die schwedische Jugend gesehen habe. Wollte Gott uns helfen, daß uns das in Österreich erspart bleibt. (Beifall bei der ÖVP.)

Da sind mir schon die sportlich aktiven Kinder lieber, und es ist besser, daß man sich heute dafür verwendet, daß sie eine andere als schwedische Erziehung genießen. Es hat da ein junger Schwede dem Reporter etwa

**Ofenböck**

gesagt: Ja, ich weiß noch nicht, ob ich einen Beruf nehmen werde, ob ich arbeiten werde, ich weiß es nicht! Es war ihm vermutlich auch egal, denn wahrscheinlich wird er so auch leben, die Öffentlichkeit hat ja aufzukommen, ob er was tut, ob er was leistet oder ob er nichts leistet.

Ich will nur hoffen, daß dieser falsch verstandene Humanismus bei uns nicht zum Tragen kommt. Nun sind die Weichen in diese Richtung hin leider eher gegeben als zu einer sportlichen Erziehung, die ich der österreichischen Jugend von Herzen gerne ver gönne. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Probst:** Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Kraft. Er hat das Wort.

**Abgeordneter Kraft (ÖVP):** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Debatte zum Kapitel Unterricht könnte man vielleicht mit dem Titel eines Theaterstückes von Ferdinand Raimund überschreiben: „Der Verschwender“. In der Hauptrolle: Fred Sinowatz. Regie: Bruno Kreisky. Ich möchte nicht direkt zum Kapitel Unterricht reden, sondern möchte meinen Debattenbeitrag der Kunstpolitik und der Kulturpolitik widmen.

In der Regierungserklärung steht unter der Überschrift „Förderung der Kunst“ zu lesen: „Unsere Aufgabe wird es sein, immer mehr Menschen für die Teilnahme am kulturellen Leben unserer Zeit zu gewinnen.“ — Wie in vielen anderen Bereichen auch hier leere Floskeln und nichtssagende Sätze.

Weiter heißt es: „Kulturpolitik ist ein bedeutsamer Teil der Gesamtpolitik, sie darf nicht nur als ein Ornament des gesellschaftlichen Lebens aufgefaßt werden, sondern muß in der Realität wurzeln, damit konkrete Aufgaben bewältigt werden können.“ — Nun die Frage: Wo sind die Wurzeln, und wo sind denn die konkreten Aufgaben, die hier gemeint sind?

Dem schon heute zitierten Bericht des Österreichischen Bundestheaterverbandes entnehme ich eine sehr erschreckende Feststellung und Aussage:

„Burgtheater, Staatsoper, Volksoper und Akademietheater sind im Hinblick auf die bühnentechnischen Einrichtungen, auf Zuschauerräume, Garderoben, Pausenräume, Probenräume in einem unverantwortlichen Zustand.“

Der allgemeine bauliche Zustand der Bundestheatergebäude ist so schlecht, daß bei Nichtdurchführung von Generalsanierungen die Beispielbarkeit der Volksoper ab 1974 und jene der Staatsoper und des Burgtheaters ab

1976 ernsthaft in Frage gestellt ist.“ (Abg. Zingler: In zwei Jahren ist das so verfallen?)

Ich habe ja nicht gesagt, von wo, ich stelle nur fest, daß das im Bericht des Österreichischen Bundestheaterverbandes festzustellen ist. Eine sehr besorgniserregende Mitteilung, insbesondere weil hier doch sehr große Sanierungen und Investitionen dringend notwendig werden, besorgniserregend auch deshalb ... (Abg. Dr. Tull: Die Versäumnisse, die von Ihnen unterlassen worden sind!) Herr Kollege Tull! Mein Kollege Kaufmann hat schon darauf hingewiesen, weil ja der Abgang bereits ein sehr beachtlicher ist. Da können Sie sich nicht auf eine ÖVP-Regierung ausreden, das ist natürlich auch eine Entwicklung der Politik, der Preispolitik, der Inflationspolitik in der letzten Zeit: das Defizit hat nämlich seit 1969 bis 1973 um nicht weniger als 206 Millionen zugenommen. Allein von 1972 auf 1973 sind es über 67 Millionen Schilling. Diese gefährliche Politik der Inflation, des Preisgalopps ist auch hier sehr deutlich festzustellen.

Der Kollege Kaufmann hat auch darauf hingewiesen, wieviel das Defizit der Bundestheater pro Tag beträgt. Jeder Staatsbürger, vom Säugling bis zum 100jährigen Greis, muß pro Jahr rund 80 S für die Bundestheater aufbringen. Pro Vorstellung fehlen immerhin, wenn der Vorhang fällt, 465.000 S. Ich stelle das nur als eine Tatsache beziehungsweise als eine Gegebenheit fest.

Ich möchte damit keinesfalls eine Kritik an den Bundestheatern selber anbringen, sondern hier ist auch die Politik vielleicht doch ein bißchen schuld. Wir glauben — und das geht auch aus dem Bericht der Bundestheaterverwaltung hervor —, daß eben Bühnen von Weltrang wie die Bundestheater nicht marktgerecht operieren können, im Sinne von marktgerecht nicht erfolgreich sein können und sie andere Aufgaben als nur auf geschäftlichen Erfolg ausgerichtete Theater haben, die sich nach ihrem vorgeschriebenen Bildungsauftrag richten müssen. Sie haben aber die vom Staat bereitgestellten Mittel verantwortungsvoll und widmungsgemäß zum höchsten künstlerischen Nutzen einzusetzen.

Das ist alles ganz recht und schön. Wir sind auch dafür, daß natürlicherweise diese unsere Bundestheater das höchste oder das bestmögliche internationale Ansehen und den besten Ruf in der Welt genießen und den klingenden Namen Österreich hinaustragen. Wir glauben aber auch — und persönlich bin ich der Meinung —, daß es neben diesen Bühnen auch Länderbühnen, sonstige große Kultur-

**Kraft**

einrichtungen, große Ausstellungen und so weiter, also auch andere Kulturträger in den Städten, Märkten und Dörfern gibt, die nur vom Idealismus der Ausübenden leben und überhaupt bestehen können. Sie finden oft auch nicht die Aufmerksamkeit, die ihnen vielleicht auf Grund ihrer Bedeutung für das ganze gemeinschaftliche Leben zukommen sollte.

Es gibt beispielsweise in ganz Österreich über 6000 Kulturvereine, Musik-, Theater- und Gesangsvereine. In Oberösterreich, Herr Kollege Tull, sind es 835. Es gibt darüber hinaus — um hier wieder ein oberösterreichisches Beispiel anzuführen — eine Arbeitsgemeinschaft für Dorfkultur, die auch eine sehr bedeutende Kulturpflege betreibt, die Brauchtum pflegt im Ablauf eines Jahres, im Ablauf des Lebens eines Menschen.

Es gibt eine Reihe von Künstlergilden, die auch ein Sammelbecken im regionalen Bereich der Kulturpflege sind. Es gibt auch draußen in den Gemeinden und Dörfern Laienspielgruppen, Trachtengruppen, kleinere Ausstellungen, Galerien und Volkskundehäuser, Heimathäuser, Heimatmuseen und eine Reihe von Leuten, die sich um die Mundartpflege besonders verdient gemacht haben.

Alle diese Einrichtungen und Organisationen schaffen doch unschätzbare Werte, pflegen und erhalten sie auch der Nachwelt und geben sie weiter. Ich glaube, daß diese Sparte kulturellen Lebens einfach aus unserer Gesellschaft nicht wegzudenken ist und daß daher auch die öffentliche Hand diese Einrichtungen nicht ganz vergessen soll.

Die Erhaltung und die Förderung dieser Einrichtungen ist zurzeit in erster Linie nur Aufgabe der Länder und Gemeinden. Der Bund hat hier keinerlei Mittel — zumindest bisher — dafür übrig gehabt.

Ich meine, daß auch bei den Menschen im ländlichen Siedlungs- und Wohnbereich ein echtes Kulturbedürfnis vorhanden ist und auch der Kulturkonsum ein bißchen angeregt werden soll, vor allem aber auch bei der Jugend. Im besonderen in der Schule sollte dieser Kulturkonsum mehr als bisher geweckt werden, um die Jugend vielleicht auch manches Mal ein bißchen von den immer wieder besprochenen großen Gefahren abzulenken. Die Förderung der Theateraktionen, der Konzertaktionen ist sicherlich ein sehr brauchbarer Ansatz dazu. Es sind sehr oft draußen die Lehrer, die in den Gemeinden mit viel Idealismus in ihrer Freizeit als echte Kulturapostel tätig sind.

Nicht unerwähnt sollen bleiben die kulturellen Einrichtungen auf Betriebsebene, zum

Beispiel Betriebsgesangsvereine, Betriebsmusikskapellen, die ebenso wie die anderen Einrichtungen mit Konzerten, Heimabenden, Heimatabenden und sonstigen Veranstaltungen das Leben in der Gemeinschaft verschönern.

Abschließend darf festgehalten werden, daß die eminente Bedeutung des kulturellen Lebens auch in der Gesamtschau der Politik gesehen werden soll: Kultur für die Gestaltung der zunehmenden Freizeit, als Bindemittel der menschlichen Gesellschaft überhaupt, als Entspannung im hektischen Getriebe der Arbeitswelt, aber auch als wirtschaftlicher Faktor in einem Fremdenverkehrs- und Gastland wie Österreich.

Vieles, glaube ich auch, könnte gerade im kulturellen Bereich nicht zustande kommen, wenn es nicht Tausende Menschen in unserem Lande gäbe, die niemals danach fragen, was sie für ihre Leistung bekommen.

Privatinitiativen sollen gerade auf diesem Gebiet nicht erschwert, sondern gefördert werden. Ich weiß schon, Idealismus kann und läßt sich niemals bezahlen, aber er soll ermöglicht und erleichtert werden. Wir sind der Meinung, daß mit den Ansätzen in diesem Budgetkapitel dies nicht der Fall sein kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Präsident Probst:** Als nächstem Redner erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten.

**Abgeordneter Ortner (SPO):** Herr Präsident! Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren! Ich repliziere oder zitiere nicht sehr gerne — und der Kollege Ofenböck ist auch nicht hier —, aber wenn er gesagt hat, im Kapitel Unterricht in Sportförderung sind keine Schwerpunkte und nicht entsprechende Mittel ausgewiesen, dann muß ich ihm sagen, er scheint vor lauter Bäumen den Wald nicht zu sehen. *(Beifall bei der SPO.)*

Es sind sehr wohl Schwerpunkte in diesem Budget. Er hat angezogen, daß im 2. Budgetüberschreitungs-gesetz rund 16 Millionen ausgewiesen sind. Das ist richtig, und wir freuen uns darüber. Darf ich festhalten, daß es gerade die Österreichische Volkspartei gewesen ist, die diesem Budgetüberschreitungs-gesetz ihre Zustimmung nicht gegeben hat, sie verweigert hat. Und sie wird auch voraussichtlich heute dem Kapitel Unterricht wiederum nicht zustimmen und ebenfalls den Ansätzen für die Sportförderung und für die Jugend Österreichs — und das muß man doch mit aller Deutlichkeit sagen — nicht zustimmen.

Ortner

Außerdem können wir das erstmal seit zwei Jahren doch feststellen, daß Schwerpunkte gebildet werden. Wenn wir Vergleiche ziehen in der Bereitstellung der Mittel: Im Jahre 1971 waren 28 Millionen für direkte Sportförderung, 1972 32,5 Millionen, für 1973 sind es 37 Millionen. Das ist eine Steigerung von 13,4 Prozent. Herr Kollege Ofenböck hat bemängelt, daß das nicht im selben Ausmaße geschehen sei, wie das im übrigen Unterrichtsressort der Fall sein sollte. Darf ich folgendes feststellen: Wenn den Kollegen Ofenböck oder die Österreichische Volkspartei die Tätigkeit in der Opposition vor allem zu neuen Forderungen und Vorstellungen so anregt, dann wäre es eigentlich sehr zweckmäßig, wenn Ihnen der Souverän des österreichischen Staates, der Wähler, Gelegenheit geben würde, sehr viel Nachdenkzeit zu bekommen, denn dann, glaube ich, müßten Sie doch auch erkennen, daß es doch nicht so ist, wie man immer sagt: Jetzt müssen es mehr sein, jetzt ist alles zuwenig! Und Sie selber haben aber, solange Sie dazu Gelegenheit gehabt haben, es nicht für zweckmäßig erachtet und nicht getan.

Nun, Schwerpunkte in der Sportförderung für 1973 — schauen Sie sich den Sportstättenleitplan an — erfließen bei den Sporthallen, Sportschwimmbädern, bei den Kunsteisbahnen und bei den sonstigen Sportstätten. Hier ist doch echt auch eine Schwerpunktbildung erfolgt: im Jahre 1972 von 8,5 Millionen der Förderung, 1973 hier schon 16 Millionen der Förderung, also ein neuerlicher Schwerpunkt.

Darf ich hier etwas sehr bewußt sagen: Noch niemals wurden in Österreich so viele Schwimmbäder, Hallenbäder und Sportbäder fertiggestellt oder ihr Bau in Angriff genommen wie in der Zeit, in der in Österreich die sozialistische Regierung am Werk ist, wirklich echt regiert und auch etwas tut. (Beifall bei der SPÖ.)

Ist es nicht auch ein Schwerpunkt, wenn man nun für die Sportlehrer und auch für den Sportstättenausbau zusätzlich noch einmal 3 Millionen zweckgebunden zur Verfügung stellt? Darf ich darauf hinweisen, daß bei einem anderen Ansatz im Unterrichtsressort 22 Millionen Schilling zusätzlich zu dieser Förderung für den Bau der Hallenbäder in Österreich zur Verfügung gestellt werden? Auch erstmals ein ausgesprochener Schwerpunkt! Und da sagt der Herr Kollege Ofenböck so ganz einfach von hier aus: hier werden keine Schwerpunkte gebildet. Diese Behauptung kann man doch bei bestem Willen nicht mehr aufrecht erhalten.

Und nun die Länder. Darf ich dazu gleich etwas sagen. Herr Bundesminister! Ich würde anregen, daß man einen Katalog, eine Liste oder eine Aufstellung — ganz gleich, wie man das nennen mag — beim Bundesministerium anlegt, damit man einmal echt sieht, was in Österreich auf dem Gebiete der Sportförderung und der Förderung der körperlichen Ertüchtigung getan wird. Ich könnte mir vorstellen, daß das sehr interessante Schlüsse geben müßte.

Uns ist die Förderungshöhe seitens des Bundes bekannt, vereinzelt auch noch seitens der Länder, interessant wäre aber auch — denn hier ist bestimmt ein entsprechend großer Anteil drinnen —, was die Gemeinden an Sportförderung zur Verfügung stellen und — soweit es offensichtlich gemacht werden kann — was aus dem Bereiche der privaten Wirtschaft und der Sponsoren dem Sport echt zufließt. Denn damit würde sich, glaube ich, auch eine Argumentation ad absurdum führen lassen, nämlich die, daß aus verschiedenen Kreisen ganz einfach geschrien wird, es wird in Österreich für den Sport und für die körperliche Ertüchtigung nichts getan.

Herr Bundesminister! Es wäre auch sehr, sehr interessant zu wissen — ich glaube, das geht in die Hunderte von Millionen Schilling —, was in Österreich für den Sport flüssiggemacht wird.

Herr Bundesminister! Bei der Spitzensport-enquete im Schloß Laudon in Wien wurde Ende Oktober in Punkt 7 eine Anregung festgehalten, die, würde sie sich realisieren lassen, mir sehr bedeutungsvoll erscheint. Es ist die Frage der Installierung einer parlamentarischen Sportkommission. Das ist eine alte Forderung des ASKO schon seit Jahren, aber auch eine Forderung, die jetzt ganz allgemein in den Raum gestellt wird. Eine solche parlamentarische Kommission könnte sehr, sehr gute und aktive Arbeit, unterstützende Arbeit leisten. Nicht vorstellen kann ich mir das in der Form, wie es Kollege Ofenböck in seinem Interview im Sportfunk gemacht hat. Er stellt sich die Etablierung eines parlamentarischen Unterausschusses vor. Das ist doch nach der Geschäftsordnung einfach nicht möglich, glaube ich, was ich mit Vorbehalt sage, da ich nicht ein sehr guter Kenner der Geschäftsordnung bin. Aber ich könnte mir nicht vorstellen, daß man für alle Dinge einen parlamentarischen Unterausschuß einsetzt, sondern nur für die speziellen Fragen. Aber das wären — das darf ich auch mit aller Offenheit sagen — etliche der Gedankengänge, mit denen man sich positiv auseinandersetzen könnte.

**Ortner**

Es geht aber nicht an, daß Kollege Ofenböck ganz einfach schreibt: Die Gemeinde Wien, das Land Wien hat kein Sportförderungsgesetz, das ist eines der Länder, die auf diesem Gebiete noch nichts haben. — Oder er führt dann noch Kärnten und so weiter an. Herr Kollege Ofenböck, darf ich etwas sagen: Es kommt doch in diesem Bereiche gar nicht darauf an, ob man immer gesetzliche Normen hat, damit man die körperliche Ertüchtigung und den Sport fördern kann, sondern es kommt darauf an, daß echter Wille vorhanden ist und daß auch Mittel bereitgestellt werden. Diese Aussage ist vollkommen falsch, geht daneben und muß auch von hier aus zurückgewiesen werden. Denn uns ist bekannt, daß das Land Wien sehr, sehr viel Mittel der Sportförderung zur Verfügung stellt.

Nun zu einer Frage, die ebenfalls seitens des Kollegen Ofenböck angeschnitten wurde: Olympiade in Innsbruck! Selbstverständlich, der Tiroler Landtag hat das beschlossen. Jetzt wird diese Frage — fast möchte ich sagen: auch gut so — vielleicht zu einer nationalen Prestigefrage. Innsbruck bewirbt sich, obwohl man noch nicht sagen kann, was das IOC entscheiden wird, denn wir haben ja echte Konkurrenten bekommen. Sie wissen, Lahti und Tampere in Finnland bewerben sich ebenfalls. Es ist also noch gar nicht entschieden, ob wir die Winterspiele bekommen werden.

Selbstverständlich unterstützt die Bundesregierung diese Bewerbung des Landes Tirol und der Stadt Innsbruck. Wir würden uns freuen, wenn wir die Olympischen Winterspiele bekämen. Wir müssen mit Kosten in der Höhe von zirka 550 Millionen Schilling rechnen. Bezüglich der Aufbringung der Mittel werden Gespräche stattzufinden haben. Die Aufbringung wird eine Frage der Diskussion werden.

Kollege Ofenböck! Wie war denn das nun eigentlich — ist hier nicht auch ein Unterschied zu sehen, wie sich diese Bundesregierung verhält? Ich weiß: 1968 hat sich anlässlich der Olympischen Sommerspiele die Stadt Wien auch beworben. Aber die damalige Bundesregierung hat sofort abgewunken und nein gesagt; die Kosten seien zu hoch. Wir unterstützen natürlich die Bewerbung Innsbrucks. Aber nur zur Erinnerung: Es ist nicht immer so gewesen, daß man seitens der Volkspartei gleich Alleluja gerufen hat. Die Bundesregierung hat sich 1968 sehr, sehr reserviert gegenüber der Bewerbung Wiens für die Olympischen Sommerspiele verhalten. Das darf man doch hier auch sagen. *(Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP und Gegenrufe bei der SPÖ.)*

Nun zur Frage des Spitzensports und der Gesamtsituation seitens der Vereine und der Sponsoren. Hiezu darf ich doch noch folgendes sagen: Der Spitzensport scheint mir in Österreich jetzt eine Gratwanderung durchzumachen. Neben der Förderung der Gesundheit steht im Spitzensport und im reinen Leistungssport schon der gesundheitsschädigende Aspekt, neben der Leistungsfreude das Leistungsmaß und neben dem Völkerverbindenden der Leistungsdruck. Wir wissen, daß neben dem nationalen Prestige teilweise schon ausgesprochener Chauvinismus und neben den wirtschaftsfördernden Momenten die totale Kommerzialisierung im Raum steht. Daher sagen wir Sozialisten: In allererster Linie gilt unsere Hauptsorge nicht dem Spitzensport, sondern unsere Hauptsorge muß dem breiten Volks- und Gesundheitssport gelten. *(Beifall bei der SPÖ.)* Auf dieser Basis wird sich dann à la longue nur der Spitzen- und Leistungssport entwickeln können.

Ich muß auf eine sehr gefährliche Entwicklung hinweisen — das gilt für alle Vereine, ganz gleich, welcher Couleur —, es ist dies die Frage der Sponsortätigkeit privater Personen in Vereinen. Das ist alles schön und gut, ist alles sehr positiv zu bewerten. Ich kann auch die Anregung vom 16. November im Finanz- und Budgetausschuß verstehen, hier auch steuerlich etwas zu tun. Aber was geschieht denn, wenn sich die Vereine mit ihrem Ausgabenrahmen in ein Budget etabliert haben und ihnen der Sponsor eines Tages seine Gunst entzieht und nicht mehr Mittel in dem bisherigen Rahmen bereitstellt? Was tritt dann ein? Da haben und müssen wir feststellen, daß viele Vereine ganz einfach in Konkurs gehen müssen, und das wollen wir vermeiden. Darum müssen wir darauf aufmerksam machen: Ein solches Engagement muß sich jeder Verein auch für die Zukunft überlegen.

Ein gutes Beispiel hat sicherlich der ins Leben gerufene Schipool geliefert. Hier ist doch auch unsere Bundesregierung sehr stark engagiert.

Durch die Installierung der Sporthilfe im vorigen Jahr ist auch im Bereich des Leistungs- und des Spitzensports in Österreich sehr, sehr viel geschehen.

Nun zur Sportförderung. Man sagt da immer: Selbstverständlich soll, kann und darf die Sportförderung nicht auf Grund parteipolitischer Gesichtspunkte erfolgen. — Da wird dann sehr laut gerufen.

Ich muß jetzt doch jenes Beispiel wiederholen, das ich Ihnen voriges Jahr genau von diesem Rednerpult aus vorgetragen habe,

**Ortner**

damit Sie, meine Herren von der Österreichischen Volkspartei, sich endlich von dem Irrglauben befreien, daß alles, was Sie machen, überparteilich und unpolitisch ist beziehungsweise nach objektivsten Gesichtspunkten geschieht und daß das, was andere tun, nur vom parteipolitischen Standpunkt aus erfolgt. Ich bringe jetzt ein Beispiel, das sehr interessant ist, das auch die Öffentlichkeit kennen soll, damit die Dinge ins rechte Lot gerückt werden.

Ich komme jetzt auf die Sportförderung in Oberösterreich zu sprechen. Daraus kann man schon sehr, sehr viel ersehen. Ich beziehe mich auf die Zeit von Jänner bis September 1972. In Oberösterreich wurden im Jahre 1972 etwas mehr als 30 Millionen für die Sportförderung ausgegeben. Ich darf Ihnen sagen, was die Union-Vereine bekommen haben. Dagegen können Sie gar nichts sagen, denn das sind Zahlen. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Zahlen, die nicht falsch untereinander geschrieben, nicht falsch dividiert oder subtrahiert werden, lügen eben nicht! Zahlen geben nur dann ein falsches Bild, wenn wir sie verdrehen. *(Abg. Graf: Aha!)*

Union 3,828.000 S, ASKO 1,190.000 S, ASVO 3,508.750 S. Ich weiß nicht: Sollte das schon ein „Anregungsbetrag“ für 1973 sein? Bitte, ich weiß es nicht, ich stelle es nur zur Diskussion. — Sonstige Vereine 1,081.945 S. Dies alles, obwohl wir wissen, Herr Kollege Graf — das wissen Sie wahrscheinlich genauso gut wie ich ... *(Ruf bei der ÖVP: Lesen Sie die Protokolle von der letzten Landtagsdebatte! Da wird all das widerlegt!)* Das glauben Sie. Gar nichts ist widerlegt! Solche Zahlen kann man nämlich nicht widerlegen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Landesrat Possart hat etwas herumgeredet. Widerlegt hat er überhaupt nichts. Das ist ganz genau ersichtlich.

Sie müssen genau wissen, daß in Oberösterreich der ASKO mindestens so viele Vereine mit mindestens so vielen Mitgliedern hat wie die Union. Doch hier klafft ein Fehlbetrag von mehr als zwei Dritteln. Das ist die unpolitische, überparteiliche Sportförderung, wie Sie sie sich vorstellen, mein Lieber! *(Abg. Ofenböck: Bleiben Sie beim Bundesbudget!)*

Herr Kollege Ofenböck! Sie wissen ganz genau, daß nach Artikel 15 unseres Bundesverfassungsgesetzes — Negativkompetenz, weil keine taxative Anführung erfolgte — die Länder für den Sport zuständig sind. Das ist so. Wenn wir diese Kompetenzen so belassen, dann wird man den Bund nur für die übernationale beziehungsweise die nationale

Sportförderung zuständig machen. Es wird nicht gehen, daß die Länder verteilen, der Bund zahlt, aber nichts mitzureden hat. Das geht halt einfach nicht, das ist nicht möglich. *(Abg. Ofenböck: Ist der Bund für den Spitzensport zuständig oder nicht?)* Für den Spitzensport? Ja, aber für den geschieht ...

Präsident Probst: Bitte, meine Herren, ein bißer! abgrenzen! Die Bundesverfassung kennt nicht die Begriffe Spitzensport und Massensport. Ich mache Sie darauf aufmerksam.

Abgeordneter Ortner *(fortsetzend)*: Ich darf fortfahren. Die ÖVP-Gemeinden haben in Oberösterreich 6,010.000 S bekommen, die von der SPÖ verwalteten 2,940.000 S. Und in diesen Gemeinden wohnen 52 Prozent der Bevölkerung Oberösterreichs.

Das ist jene überparteiliche und unpolitische Sportförderung, die Sie immer so in den Raum stellen. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Peter: Zum Mikrophon gehen, sonst hören wir Sie nicht!)* Kommt schon, Herr Kollege! Das ist ja auch hinsichtlich der Ihnen nahestehenden Vereine sehr interessant.

Präsident Probst: Ich glaube, meine Herren, wir sind im oberösterreichischen Landtag. Da diskutieren ja nur mehr die Oberöreicher untereinander. *(Heiterkeit. — Abg. Peter: Eine Familiei!)*

Abgeordneter Ortner *(fortsetzend)*: Folgendes sollte man, glaube ich, auch einmal zur Diskussion stellen: Heute ist es so, daß bei der Sportberichterstattung größtenteils nur mehr die extremen Spitzenleistungen beziehungsweise der Spitzensport zum Zug kommen. Verständlich! Aber ich glaube, wir sollten uns doch etwas mehr bemühen, in der Publikation auch den Breiten- und den Gesundheitssport stärker herauszustellen.

Folgendes darf ich in diesem Zusammenhang noch sagen: Noch nie — das werden auch die zuständigen Funktionäre der Dachverbände und die Bundessportfunktionäre bestätigen — gab es in Österreich eine so gute Kooperation zwischen dem Bundesministerium und den Sportbehörden wie seit zwei Jahren, seitdem diese Bundesregierung hier angetreten ist. Das darf man ebenfalls mit aller Deutlichkeit sagen. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Ofenböck: Bei den 15 Millionen ist die Bundessportorganisation überhaupt nicht gefragt worden!)* Geschlafen? *(Abg. Graf: Nicht hat er geschlafen!)*

Herr Kollege Ofenböck! *(Abg. Ofenböck: Unwiderlegbar!)* Eine Praesumptio juris et de jure gibt es beim Menschen nicht, Herr Kollege Ofenböck! *(Abg. Ofenböck:*

**Ortner**

Die Bundessportorganisation wurde bei den 15 Millionen nicht gefragt!) Was schreien Sie denn so? Deswegen werden Ihre Ausführungen nicht glaubwürdiger oder besser! (Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.) Warum schreien Sie bei der ganzen Geschichte so?

Noch eine Frage, die ebenfalls im Finanz- und Budgetausschuß angezogen wurde: Was könnte man steuerlich noch zur Förderung des Sports tun? Ich glaube, auch die Bundesabgabenordnung, Herr Bundesminister, müßte man da überdenken, nämlich ob man die Gemeinnützigkeit doch nicht auf Einnahmen ausdehnen könnte, die Sportvereine nicht nur dann erzielen, wenn sie auf dem Sportfeld selbst tätig sind. Ich weiß, das ist natürlich eine sehr diffizile Frage. Aber, Herr Bundesminister, hier könnte Sie eine parlamentarische Sportkommission sicherlich unterstützen.

Zum Abschluß zur Bedeutung des Sportes. Sie wurde hier schon kurz dargestellt. Ich darf betonen: Sport ist nicht ein Hobby irgendwelcher Funktionäre in Österreich. Sport ist heute eine gesellschaftliche Frage geworden. Der Sport zeigt pädagogische und wirtschaftliche Aspekte.

Sport geht letztlich uns alle an, und zwar deswegen, weil wir in einer Zeit der Bewegungsarmut leben, die immer ärger wird. Wir leben in einer Zeit des Dauerstreß. Das gilt auch für das Parlament. All das kann nur mehr durch körperliche Ertüchtigung ausgeglichen werden.

Natürlich sollten wir — denken wir an die letzte Woche! — einmal dran denken, Kollege Ofenböck, ob wir nicht einen geeigneten leerstehenden Raum dieses Hauses zu einem Fitraum für uns alle machen könnten. Ich denke zum Beispiel an ein Schwimmbad, auch das wäre eine Möglichkeit. Ich glaube, das wäre eine sinnvolle Verwendung leerstehender Räume. (Beifall bei der SPÖ. — Heiterkeit.) Man könnte auch auf diesem Gebiete etwas tun.

Zum Abschluß: Kollege Ofenböck! Natürlich hat die Opposition das Recht, Kritik zu üben. Aber, Kollege Ofenböck, sich selbst mit utopischen Forderungen zu berauschen, die man selbst zu erfüllen nie gewillt war — das wird nicht gehen! (Abg. Ofenböck: Wer hat was aufgestellt?) Alles war Ihnen zu wenig!

All das wird eines Tages vor den Souverän kommen, und das ist das österreichische Volk. Das wird im Zeitpunkt X mit der Goldwaage gemessen werden, und da, glaube ich, werden

Sie mit Ihren Forderungen zu leicht befunden werden. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Probst:** Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Ing. Rudolf Heinz Fischer. Er hat das Wort.

Abgeordneter Ing. Rudolf Heinz Fischer (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte doch noch kurz auf meinen Vorredner eingehen und feststellen, daß Sportförderung wohl von allen Institutionen in Österreich betrieben wird. Sicherlich vom Bund, von den Ländern, Gemeinden und auch von der Wirtschaft. Daß es zuwenig ist, das wissen wir alle, die in Vereinen selbst tätig sind; daß hier natürlich Forderungen aufgestellt werden, die nicht immer erfüllt werden können, das wissen wir auch.

Aber eines möchte ich erwähnen. Das ist die Besteuerung der Vereine, die hier angeklungen hat. Gerade diese Sportvereine, die für die breite Masse etwas tun, sollten vom Finanzminister — und das wäre eine Initiative für Sie, Herr Unterrichtsminister — aufgenommen werden und nicht besteuert werden.

Noch eines ist auch zu sagen: Eine derartige Vereinfachung, wie sie der Kollege Ortner hier gemacht hat, indem er festgestellt hat, die Opposition sei nicht für die Sportförderung, weil sie das Unterrichtsbudget ablehnt, ist doch nicht möglich, so einfach geht das wohl nicht. Dann müßten wir nicht für die Schulen sein und für gar nichts. Wir lehnen das Budget aus ganz bestimmten Gründen ab und haben das auch schon zum großen Teil bekanntgegeben.

Ich möchte mich aber in meinem Debattenbeitrag darauf beschränken, mich mit dem sozialistischen Schulbauprogramm auseinanderzusetzen, und das aus dem Blickwinkel und der praktischen Erfahrung eines Baufachmannes, aber zugleich auch eines Schulerhalters von Pflichtschulen. In diesem Zusammenhang ist es sicherlich notwendig, einige Feststellungen zu treffen und auch Fragen an den Herrn Minister zu richten.

Es ist nur bedauerlich, daß die Anordnung dieses Rednerpultes hier so gestaltet ist, daß es nicht möglich ist, in direkter Konfrontation mit dem Herrn Minister diese Fragen zu stellen. Diese Tatsache haben schon mehrere Abgeordnete festgestellt. Es ist das ein großer Nachteil für die Opposition, da die Regierung auf höherer Ebene rückwärts ist und die direkte Konfrontation nicht gegeben ist. Man hört möglicherweise höchstens Einflüsterungen, die aber nicht uns, sondern vielleicht Ihnen zugute kommen, denn Sie stehen ja vor und auch unter der Regierung. Ich glaube,

**Ing. Rudolf Heinz Fischer**

die Verantwortungsträger des Hauses müßten sich schon einmal damit befassen, diese antiquierte räumliche Anordnung zeitgemäß umzustellen und zu erneuern.

Ich habe im Finanz- und Budgetausschuß eine Reihe von Fragen hinsichtlich des Schulbauprogramms an Sie, Herr Minister, gestellt. Durch die kurz bemessene Zeit im Ausschuß war es nicht möglich, diese Fragen zu beantworten, und Sie sicherten eine schriftliche Beantwortung zu.

Sie werden mir aber als Oppositionsabgeordnetem zugestehen, daß ich Ihre Antworten und all das Wesentliche, was Sie und Ihre Ministerkollegen zum Schulbau in Presseausendungen gesagt haben, einer kritischen Analyse unterziehe und auch Gegenüberstellungen in kurzer Form vornehmen werde.

Ich bin auf Grund der derzeitigen Gepflogenheit gezwungen, dies hier im Plenum zu tun, obwohl ich der Meinung bin, daß dem Finanz- und Budgetausschuß ein größerer Zeitraum eingeräumt werden könnte, da dort 21 Abgeordnete rationeller und ökonomischer arbeiten könnten, noch dazu wenn es möglich wäre, die Türen zu öffnen und nicht hinter verschlossenen Türen zu beraten, sondern Presse und Rundfunk dazu einzuladen. Dann könnte man diese Marathondebatte hier gewaltig abkürzen. *(Ruf bei der SPÖ: Verlegen!)* Nein, abkürzen. Ich glaube kaum, daß man hier alle Detailfragen noch einmal wiederholen müßte, wenn im Ausschuß dazu viel Zeit wäre. Das wäre nicht notwendig, und wenn das Öffentlichkeitsrecht gegeben wäre, wäre das sicherlich ein ökonomischer Stil, Herr Abgeordneter Tull. Das ist sicherlich überlegenswert. *(Abg. Dr. Tull: Kollege Fischer! Sie wissen ganz genau, wie viele der heute hier aufgeworfenen Fragen der Herr Minister Sinowatz im Ausschuß ausführlichst beantwortet hat!)*

Meine Fragen zum Beispiel nicht, Herr Abgeordneter Tull. Ich habe die Fragen am 8. November gestellt, und ich habe die Beantwortung meiner Fragen schriftlich erst am 15. Dezember, also am zweiten Tag, nachdem die Unterrichtsdebatte bereits begonnen hat, bekommen. Ich kann sie ja nur hier bringen, ich hatte keine Möglichkeit, die Beantwortung dieser Fragen im Ausschuß zu bekommen; ich habe die Beantwortung erst am 15. Dezember erhalten und muß sie hier vorbringen. Das sind sehr wesentliche Fragen, wie ich glaube.

Meine erste Frage lautet: Wann sind Sie endlich, Herr Minister, in der Lage, die seit vielen Monaten angekündeten Programme und vor allem das Schulentwicklungsprogramm 1971/80 Ihres Vorgängers überarbeitet dem Parlament zuzuleiten? Wir benötigen diese

Programme zur Orientierung. Wie soll eine Kontrolle vorgenommen werden, die ja eigentlich in den Ausschuß gehört, wenn die Unterlagen einfach fehlen? Im Dezember 1971 kündigten Sie bereits die Vorlage an das Parlament an. Heute haben wir Dezember 1972, und es ist noch nichts eingelangt.

Ich möchte aber zum Schulbauprogramm in aller gebotenen Kürze ganz chronologisch vorgehen. Im November 1971 erklärte in der Zeitschrift „profil“ auf die Frage eines Journalisten: Bis zum 1. 1. 1973 verdient Ihr Finanzminister immerhin nach diesem ungerechten Steuertarif!, Herr Bundeskanzler Kreisky: Nicht sinnlos. Wir werden sehr große Aufgaben für Infrastruktur planen, wir werden rascher und mehr Schulen bauen.

Nun, eine schriftliche parlamentarische Anfrage meiner Fraktionskollegen Dr. Leitner, Dr. Gruber vom 30. Mai beantworten Sie, Herr Bundesminister, am 13. Juli, wie Sie selbst wissen und wie ich Sie im Ausschuß aufmerksam gemacht habe, unvollständig, insbesondere Punkt 4 und 5. Dort wurde nach dem Bauprojektprogramm 1971/72 gefragt, welche Projekte in Angriff genommen wurden und welche Projekte abgeschlossen wurden, und es wurde eine namentliche Aufstellung gefordert. Die Beantwortung ist leider nicht erfolgt.

Auf eine weitere mündliche Anfrage des Abgeordneten Dr. Gruber teilten Sie am 5. Juli mit, daß hinsichtlich dieses Projektsprogramms die Anzahl der Projekte erst im Programm 1972/73 aufscheinen wird. Für eine Reihe dieser Projekte sei die konkrete Bauplanung bereits im vollen Gange und unmittelbar vor der Einleitung. Und jetzt kommt aber ein wesentlicher Satz: Welche Projekte — sagten Sie, Herr Minister — im Jahre 1973 bezugsfertig gestellt werden können, kann mit einiger Sicherheit erst im kommenden Jahr angegeben werden.

Herr Minister! Wenn Sie im Juli sagen, Sie könnten erst im Jahre 1973 die Schulen nennen, die im Jahre 1973 bezogen werden, dann fehlt es hier wohl an der Koordinierung, vor allem mit dem Bautenministerium und dem Finanzministerium. Ich kann mir nicht vorstellen, daß eine so kurzfristige Planung in so wesentlichen Punkten nicht so weit fertiggestellt werden könnte, daß man nicht ein halbes Jahr vor Beginn des Kalenderjahres mitteilen kann, wann diese Schulen praktisch fertiggestellt werden. *(Ruf bei der SPÖ: Wenn die Bauwirtschaft die Termine einhalten kann!)* Die kann sie leicht einhalten, ich werde Ihnen das noch beweisen, Herr Kollege.

**Ing. Rudolf Heinz Fischer**

„Was im nächsten Jahr und in den nächsten Jahren von diesem Programm realisiert werden kann, wird davon abhängen, welche Mittel im Budget zur Verfügung stehen werden.“

Das sagten Sie im Oktober 1972. Da wußten Sie also genau, was im Budget enthalten ist, konnten aber nichts sagen. Sie haben nur in einer Anfragebeantwortung mitgeteilt, daß aus dem Bauprojektprogramm 1971/72 nur 13 Schulen noch nicht in Angriff genommen wurden.

Ich habe im Finanzausschuß am 8. November sehr konkrete Fragen an Sie gestellt, die Sie am 15. Dezember beantwortet haben.

Aus dieser Antwort, die ich natürlich jetzt nur Samstag/Sonntag durchsehen konnte, geht hervor, daß von den 113 Schulen, die Minister Gratz bereits im Bauprojektprogramm 1971/1972 vorgesehen hat, nur 28 fertiggestellt sind. Also 28 sind realisiert, 33 noch im Gange, für die übrigen sind Planungsaufträge vergeben, und für 19 Projekte ist nach außen hin überhaupt noch nichts geschehen. Hier wurden nur Raumforderungsprogramme im Ministerium und Planungsvorbereitungen erstellt. Aber das ist keine Realisierung, wenn innerhalb von Ministerien gearbeitet wird.

Als steirischer Abgeordneter muß ich feststellen, daß unter diesen 19 Objekten sich das Musisch-pädagogische Gymnasium Deutschlandsberg befindet. Ihnen ist vielleicht die Resolution der Elternvereinigung vom 24. 11. zugegangen, aus der hervorgeht, welche Stimmung dort herrschte. Zuerst wurde von Ihnen der Baubeginn mit Herbst 1972 zugesagt, dann mit Herbst 1973, und nun ist es so weit, daß mit dem Bau dieser Schulen erst im Frühjahr 1974 begonnen werden kann.

Dasselbe gilt für die Handelsakademie Liezen. Die Raumsituation ist so, daß ein normaler Unterrichtsbetrieb sehr schwierig ist. (Abg. Haberl: Das haben Ihre Leute in der Steiermark verzögert! Die Schule hat vor eininhalb Jahren das Raum- und Funktionsprogramm abgegeben, und der Landesschulrat hat es vor einigen Monaten erst geliefert!)

Herr Kollege! Entgegen der Mitteilung ist vom Land überhaupt keine Verzögerung. Es ist alles fertig. Der Ball liegt jetzt nur beim Minister. (Beifall bei der ÖVP.) Er könnte sofort anfangen. Das ist alles fertig.

Ich räume Ihnen, Herr Minister, persönlich sicher ein, daß Sie Ihr Ressort mit besten Absichten verwalten, daß Sie aber die ungelöste Kompetenzverflechtung zwischen Unterrichtsministerium, Bautenministerium und Finanzministerium derart einengen, daß Sie nichts durchsetzen können. Das Bauprojektpro-

gramm 1971/1972 konnte nicht realisiert werden, das Bauprojektprogramm 1972/1973 liegt noch immer nicht dem Parlament vor, und das zehnjährige Schulentwicklungsprogramm 1971 bis 1980 ist auch noch nicht überarbeitet.

Sagen Sie doch die Wahrheit, Herr Minister, die praktisch nur so lauten kann: Wir haben uns bei den Ankündigungen im Wahlkampf und in der Regierungserklärung, in Presseaus-sendungen zuviel vorgenommen. Wir sind nicht in der Lage, die Zusagen und die Versprechungen zu erfüllen. Wir müssen mit Erschütterung feststellen, daß wir Konsequenzen zu ziehen haben.

Diese letzte Feststellung, meine Damen und Herren von der linken Seite, ist beileibe nicht von mir, sondern von einem weitaus Kompetenteren. Ich zitiere aus der „Wiener Zeitung“ 4. 7. 1971: „Schulraumnot noch drückend“, Minister Gratz:

„Für das kommende Schuljahr mußten im Bereich dieser Schulen — der berufsbildenden höheren Schulen — „etwa 3000 Anmeldungen zurückgewiesen werden, was Gratz als ‚wirklich erschütternd‘ bezeichnete. Es seien daher im Rahmen des 10-Jahres-Schul-ausbauprogrammes gerade für die berufsbildenden Schulen umgehend Konsequenzen zu ziehen.“ So Minister Gratz 1971 in der „Wiener Zeitung“. (Abg. Ing. Scheibengraf: Das war Ihr Erbe!)

Wo bleiben diese Konsequenzen, Herr Minister? Wo sind reale Lösungsvorschläge außer Ankündigungen und Versprechungen?

Hören wir, was der Herr Finanzminister, mit dem Sie ja sehr eng zusammenarbeiten müssen, über die Schulbauten sagt. „Kurier“ 30. August 1972: „Bremse bei Wohnbau und Schulen — Androsch und Kreisky konform / Sinowatz einverstanden“.

Auf die Frage, wann das nachgeholt werden soll, was vorerst der Baubremse zum Opfer fallen würde, antwortete Minister Androsch: „Von einem Nachholen braucht gar nicht die Rede sein. Wir sind ohnedies nicht im Verzug. Im Gegenteil, man kann uns vorwerfen, daß wir zuviel begonnen haben.“

Weiter schreibt der „Kurier“:

„Auf dem Schulbausektor scheint man Unterrichtsminister Sinowatz bereits ‚weichgeklopft‘ zu haben.“ Dazu „meinte der Ressortchef am Dienstag: Ich bin natürlich auch daran interessiert, daß die Baupreise stabilisiert und dadurch auf lange Sicht mehr Schulen gebaut werden können. Das zehnjährige Schulbau-programm muß ohnedies in bestimmten Abständen revidiert werden.“ — Ankündigungen, aber leider nicht gehalten.

**Ing. Rudolf Heinz Fischer**

In der „Wiener Zeitung“ vom 31. Oktober 1972 heißt es unter der Überschrift „5000 wurden abgewiesen“ — und hier sehen wir, wohin das führt —: „Zu Beginn des heurigen Schuljahres mußten in ganz Österreich allein an den berufsbildenden Schulen 5000 Schüler abgewiesen werden. Die intensive Bildungswerbung hatte eine echte ‚Schülerflut‘ angeregt. Für das Schuljahr 1973/74 erwarten die Schulpexperten noch größere Schwierigkeiten.“

Wie Minister Sinowatz betonte, erscheine es wichtig, daß alle Schüler in jenen Schulen aufgenommen werden können, in die sie gehen wollen.“ — Sicherlich! Unwidersprochen! Aber man müßte etwas dafür tun.

Sie sagen weiter: „Die im Bau befindlichen Schulgebäude sollen termingerecht fertiggestellt, die im Bauplan 1973 vorgesehenen Projekte nach Maßgabe der Mittel ausgeführt werden.“

Ich frage Sie, Herr Minister: Wo ist der Bauplan 1973? Uns ist er nicht bekannt, und er ist uns noch nicht zugeleitet.

Als Abschluß versichern Sie noch am 29. November 1972 in Ihrer Zeitung „Linzer Tagblatt“: „Keinen Baustopp und keine Baubremse für den Schulbau werde es im kommenden Jahr geben, versicherte Unterrichtsminister Sinowatz in seiner Festansprache...“

Was heißt das? Kürzungen der Mittel von Schulbauvorhaben, die bereits in Bau sind. Sie wissen genau, Herr Minister, daß von 31 Schulen, die ursprünglich im Budget vorgesehen waren, 31 gekürzt wurden; davon auch solche, die bereits in Bau sind. Ich erwähne nur zwei steirische Schulen: das BG und BRG Murau gekürzt von 12 auf 5 Millionen Schilling und Graz-Gösting von 10 auf 5 Millionen Schilling.

Wenn Sie solche Schulen, die bereits in Bau sind, kürzen, dann geben Sie doch deutlich sichtbare Zeichen, daß entweder die Koordinierung nicht klappt oder daß keine Schwerpunkte gesetzt werden.

Zusammenfassend ist festzustellen: In den nahezu drei Jahren der sozialistischen Unterrichtsverwaltung sind die wesentlichen Voraussetzungen einer zielführenden mittelfristigen Bildungspolitik nicht erreicht worden.

Der Schwerpunkt der Schulpolitik, die Schaffung von Schulraum, wurde durch überstürzte Aktionen der Gratisschulbücher vernachlässigt und führt durch die Rückreihung im steigenden Ausmaße zur Abweisung von Schülern für die berufsbildenden höheren Schulen.

Es wurde durch die unzulängliche sozialistische Schulbaupolitik Tausenden jungen Österreichern die Chance genommen, zwecks einer höheren und besseren Ausbildung Schulen zu besuchen und den damit verbundenen sozialen Aufstieg zu erreichen. Bei verstärktem und vorausschauendem Einsatz im Leasingprogramm, das sehr positiv ist, dessen Ansätze aber, wie Sie wissen, zurückgehen, wäre es möglich, ohne Ausweitung des Budgetrahmens mehr Schulen zu bauen.

Auch durch sinnvolleren Einsatz bei Ihrer Schulbuchpolitik. Wenn Sie den Vorschlag der Volkspartei angenommen hätten und den Eltern das Geld gegeben hätten, dann wären für Jahre hinaus Mittel erspart worden. Ich habe im Jahre 1971 eine achtklassige Schnellbauschule um 3 Millionen Schilling in zehn Wochen fix und fertiggestellt. Wenn Sie jetzt rechnen, so eine Schule kostet fünf Millionen, so könnten Sie, wenn Sie für die Wegwerf-Schulbücher nur 500 Millionen im Sinne des Vorschlages der Volkspartei eingesetzt hätten, mit diesen Mitteln insgesamt 800 Klassen bauen. Im Leasingverfahren wäre es möglich, wenn man vorausschauend Maßnahmen trifft und wenn man diese Mittel richtig einsetzt. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Abschließend eine kurze aber wesentliche Bemerkung, Herr Minister, zum Sachaufwand.

Wir wissen alle, daß Sie hier schwer in Verzug sind. In der Steiermark sind es 4,6 Millionen Schilling, die Sie im Sachaufwand schulden. Sie schulden den Professoren Reisekosten. Wenn sie zu Schilagern oder zu Schullandwochen fahren, müssen sie das selbst vorfinanzieren und bekommen es erst Monate später. Sie schulden die Reparaturrechnungen für die kleinen Handwerker, die in den Ferien die Schulen herrichten, und Sie schulden den Gemeinden eine ganze Menge Geld.

Ich möchte hier ein Beispiel aus meiner eigenen Gemeinde anführen, um real zu sein. Sie haben den Wasserzins des Bundesrealgymnasiums für das Jahr 1971 noch nicht bezahlt; im Jahre 1972 keinen Groschen! Wenn das ein Staatsbürger macht, wird ihm der Wasserhahn zugedreht. Sie haben die Müllabfuhr für 1972 noch nicht bezahlt. Sie haben keine Kanalgebühr bezahlt. Sie haben den Strom für das E-Werk seit März nicht bezahlt. Wenn das einen Staatsbürger betrifft, wird zugedreht und abgeschaltet.

Zu diesem Schritt werden wir uns nicht entschließen. Ich darf Ihnen aber hier ankünden, daß der Gemeinderat von Gleisdorf nach all den Vorberatungen beschließen wird, den Bund gemäß Artikel 137 des Bundes-Verfassungsgesetzes hinsichtlich einer Leistungs-

**Ing. Rudolf Heinz Fischer**

klage zur Verantwortung zu ziehen und vor dem Verfassungsgerichtshof zu klagen, um einmal darzustellen, daß diese Säumigkeit abgestellt werden muß. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Minister! Verlangen Sie von Ihrem Finanzminister, daß er Ihren Sachaufwand deckt. Sie haben Millionen zur Verfügung für fragwürdige Filme eines Schönherr oder für Bilder eines Hausner, das haben Sie, aber Sie können den Sachaufwand nicht bezahlen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wo bleibt die Gleichheit vor dem Gesetz? Herr Minister! Sorgen Sie dafür, daß diese vielen Gemeinden — wir sind nur eine von hunderten — endlich zu ihrem Recht kommen, daß Sie Ihre Verpflichtungen erfüllen und daß wir nicht gezwungen sind, das Licht in den Schulen auszumachen und das Wasser abzdrehen, sondern der Bund hat genauso seine Pflichten zu erfüllen wie der letzte Staatsbürger. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Präsident Probst:** Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Eduard Moser.

**Abgeordneter Dr. Eduard Moser (ÖVP):** Herr Präsident! Hohes Haus! In gebotener Kürze: Die Frau Bundesminister Firnberg muß ja schon länger warten, und ich bitte sehr um Verständnis, wenn ich hier noch einen Änderungsantrag aus dem Finanzausschuß und die Appelle der Öffentlichkeit wiederhole, beim Kapitel Unterricht eine Art Schandfleck zu entfernen.

Erstmals seit vielen Jahren hat es eine österreichische Bundesregierung für richtig gehalten, bei der Jugendförderung zu kürzen. Dabei ist doch noch in lebendiger Erinnerung, wie Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky die Jugendverbände zu fünf Hearings eingeladen hat, wie er über die Notwendigkeit einer größeren Förderung der Jugendverbände gesprochen hat. Und er hat stolz in der Regierungserklärung alle fünf Hearings angeführt; freilich, sie fanden alle vor der Wahl 1971 statt.

Er hat bei diesen Hearings nicht unterlassen, gezielte Bemerkungen über die Versäumnisse der Regierung Klaus bei der Förderung der Jugendverbände einfließen zu lassen. Jetzt schweigt er. Es findet auch kein Hearing mehr statt.

Herr Bundesminister Sinowatz ist in durchaus aner kennenswerter Weise in die Bresche gesprungen mit sogenannten Jours fixes, die Beachtung bei allen Jugendverbänden gefunden haben. Aber, Herr Minister, wie sollen denn bei gekürzten finanziellen Mitteln die Jugendorganisationen und die vom Bund geförderten Jugendeinrichtungen die großen staatspolitischen Aufgaben bewältigen, wie

etwa den Ausbau der internationalen Jugendkontakte oder die politische Bildung oder die vielen sportlichen Initiativen oder die Bemühungen um eine moderne Freizeitpädagogik, die Schulung qualifizierter Führungskräfte und so fort? Denn zur Kürzung tritt ja noch die 15prozentige Bindung der Förderungsmit tel.

Oft wird jetzt hier im Haus das Wort „Europareife“ bemüht. Aber Europareife bedeutet auch angemessene Förderung der gemeinsamen europäischen Jugendanliegen. Bundesparteioobmann Dr. Schleinzner hat sehr richtig und treffend vorgeschlagen: Was wir brauchen, wäre ein Europatraining unserer Jugend! Und er hat auch ein komplettes Programm dafür vorgelegt.

Für solche Ziele ist im Kapitel Jugendförderung leider kein Platz. Ebenso fehlt dort eine Vorsorge für die Vorbereitung eines europäischen Jugendwerkes, das ein Kanzler Doktor Klaus mit großem Engagement angestrebt hat und das mit einem Sitz in Wien doch ein bedeutender Beitrag Österreichs zu Europa werden könnte. Aber Kürzungen bei der Jugendförderung?

Man kann fast klagen: Modernes Österreich, wo wirst du hingesteuert? Ja wie soll denn mit gekürzten Mitteln bei steigenden Baupreisen das so dringend notwendige Jugendherbergsnetz in Österreich saniert und die Ausbesserung und Instandsetzung der Herbergen durchgeführt werden?

Herr Bundesminister a. D. Gratz war selbst anwesend, als die große Jugendherberge in Graz eröffnet wurde. Er hat dabei das verbindliche Versprechen in der Öffentlichkeit abgegeben, daß der Bund die übernommenen Verpflichtungen einhalten wird. Für 1973 hat das, schriftlich zugesagt, so gelaute: 1,4 Millionen Schilling bei der Jugendförderung. Und was steht nun drinnen, meine Damen und Herren? — Ein Vierzehntel: 100.000 S. Ich glaube, auch als Oppositionspolitiker muß man Wert darauf legen, daß ein österreichischer Minister sein Wort hält.

Das Unbehagen über den traurigen Zustand des Budgetkapitels Jugendförderung ist allgemein. Auch bei der Regierungspartei.

Wie hört sich das zum Beispiel bei Abgeordnetem Blecha an. Ich zitiere aus der „Parlamentskorrespondenz“ vom 8. November im Finanzausschuß. Blecha sagt:

„Ein Schönheitsfehler in diesem Budget ist es, daß die Mittel für den Bundesjugendring eine Kürzung erfahren haben. Was wird geschehen, damit die Jugendorganisationen, die ja auch im Rahmen der Fortbildung und der

**Dr. Eduard Moser**

politischen Bildung eine große Rolle spielen, nicht zu kurz kommen?"

Ja, was wird geschehen? Minister Dr. Sinowatz, in die Enge getrieben, hat sich damit gettet, daß er für 1974 eine Art Budgetschwerpunkt bei der Jugendförderung angekündigt hat. Nun, das ist immerhin etwas, aber wir sind ja beim Budget 1973. Und damit wird es noch unverständlicher, wozu man heuer diese beschämende Kürzung von 27,3 Millionen auf 25,6 Millionen — also nicht ganz zwei Millionen, meine Damen und Herren, bei einer Budgetausweitung des Kapitels um zwei Milliarden — notwendig hat. Es ist verständlich, daß die Jugendverbände das als Diskriminierung ihrer Tätigkeit betrachten.

Wenn die außerschulische Jugendarbeit, die freie Jugendarbeit, in jeder Demokratie ihren festen Standort und geachteten Platz im bildungspolitischen Gesamtkonzept hat oder haben soll, dann müssen dazu vor allem höhere finanzielle Mittel bereitgestellt werden. *(Beifall bei der ÖVP.)* Da kann man nicht ein Jahr finanzielle Pause einlegen.

Ich wiederhole daher den im Finanzausschuß mit einem Bedeckungsvorschlag gestellten Antrag, die Jugendförderung, Kapitel 12236, um 5 Millionen Schilling aufzustocken, also auf 30.623.000 S.

Machen wir, meine Damen und Herren Abgeordneten, wenigstens in diesem einen Fall von der Budgethoheit des Parlaments Gebrauch! Beseitigen wir mit diesem Beschluß die Diskriminierung der österreichischen Jugendverbände und ihrer ungezählten ehrenamtlichen Mitarbeiter, die wahrlich für ihre schwierige staatspolitische Aufgabe unsere Achtung und Unterstützung verdienen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Präsident Probst:** Herr Abgeordneter Doktor Moser! Ich muß Sie doch aufmerksam machen, daß Sie Ihren Antrag nicht direkt verlesen haben, sondern nur rhetorisch mitgeteilt haben. Aber nachdem es sich nur um einen Satz handelt, darf ich das selbst tun, ohne die Begründung anzugeben. Ich glaube, die ist nicht notwendig.

„Der Nationalrat wolle beschließen:

Beim Kapitel 12: Unterricht, hat der Ansat 1/12236/11 Förderungsausgaben zu lauten: „30.623.“

Immerhin haben die anderen Herren und Damen auch das Anrecht zu hören, wie der Antrag lautet. Die Begründung brauche ich nicht zu geben, die haben Sie ja in Ihrer Rede gegeben.

Der Antrag ist genügend unterstützt und steht daher zur Verhandlung.

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesminister Dr. Sinowatz. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Unterricht und Kunst Dr. Sinowatz: Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist eine solche Fülle von Fragen an den zuständigen Ressortleiter gestellt worden, daß ich sehr lange Zeit benötigen würde, wirklich auf jede dieser sicherlich sehr interessanten Fragen einzugehen. Es sind in diesem Ressort Fragen, die eben nicht nur Fachleute berühren, die nicht nur Experten interessieren, sondern es sind zumeist Fragen, die heute einen sehr großen Teil der Bevölkerung mit Interesse erfüllen. Sie ersehen daraus vielleicht auch den Umfang der Arbeit, der heute in diesem Ressort zu bewältigen ist.

Er wird immer größer. Er wird deswegen größer, weil die gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderung ungeheuer rasch vor sich geht, und größer werden auch die Ansprüche, die an uns gestellt werden. Daher, muß ich sagen, können nicht alle Ansprüche sofort und im gewünschten Maße erfüllt werden. Ich möchte daher sehr nüchtern und sehr einfach zu den wichtigsten Fragen Stellung nehmen.

Zuerst zum Schulbau. Ich möchte noch einmal sagen, daß es sich im Bereich des Schulbaues nicht um Kürzungen handelt, daß kein Schulbaustopp zu verzeichnen ist und auch keine Schulbaubremse. Tatsache ist, daß wir bei den Schulbaumitteln, die beim Bautenressort zu finden sind, eine Steigerung von 410 Millionen auf 470 Millionen verzeichnen. Tatsache ist, daß die Mittel für den Leasing-Schulbau von 70 Millionen auf 120 Millionen angestiegen sind. Und Tatsache ist, daß gerade diese Leasingmittel faktisch dem Zehnfachen hinsichtlich des Bauvolumens entsprechen.

Das heißt also, daß im Jahre 1973 etwa 1600 Millionen Schilling auf dem Schulbau-sektor verbaut werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nur so ist es auch in den letzten beiden Jahren möglich gewesen, daß 28 Schulen fertiggestellt werden konnten, daß sich 34 Schulen im Bau befinden und daß 51 Schulen in Planung stehen, also 113 Schulen. Der Herr Abgeordnete Dr. Schnell hat sehr deutlich diese Zahl in Verbindung zu der Anzahl der Bundesschulen in Verbindung gebracht, die in Österreich überhaupt bestehen.

Wir können für die Jahre 1971 bis 1973 insgesamt ein Bauvolumen auf dem Schulbau-sektor von etwa 3600 Millionen Schilling verzeichnen; in der Zeit von 1966 bis 1968 waren

**Bundesminister Dr. Sinowatz**

etwa 700 Millionen Schilling auf dem Schulbausektor verbaut worden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte noch einmal in aller Klarheit feststellen, daß es keinen Schulbaustopp und auch keine Schulbaubremse geben wird.

Natürlich haben wir Sorgen, natürlich würden wir noch mehr Mittel benötigen, um den ungeheuren Bedarf in möglichst kurzer Zeit decken zu können. Wenn der Herr Abgeordnete Peter zu Recht auf das berufsbildende Schulwesen verwiesen hat und wenn gesagt wurde, daß vor zwei Jahren 3000 Bewerber nicht aufgenommen werden konnten und daß im Vorjahr 5000 Bewerber nicht aufgenommen werden konnten, dann muß ich sagen, daß die Gründe dafür sicherlich nicht in der Gegenwart liegen, sondern daß diese Gründe in der Vergangenheit zu suchen sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte es mir aber nicht leichtmachen, meine Damen und Herren! Ich möchte es mir nicht leichtmachen und jetzt sagen: Die Regierung vorher war schuld! Schuld war die allgemeine Vernachlässigung des berufsbildenden Schulwesens in Österreich überhaupt. Schuld war, daß sich ein falsches Prestigedenken in Österreich letztlich allein auf die allgemeinbildende höhere Schule hin verlagert hat. *(Zustimmung bei der SPÖ.)* Schuld war letzten Endes, meine Damen und Herren, daß feststeht, daß diese berufsbildenden Schulen weitaus mehr kosten, sowohl was die Errichtung betrifft wie auch was die Erhaltung angeht.

Ich bin sehr froh darüber, daß sich jetzt überall — ich darf das wirklich mit Befriedigung feststellen — der Gedanke durchgesetzt hat, daß nunmehr dem berufsbildenden Schulwesen Vorrang gegeben werden muß. Es ist auch in den letzten beiden Jahren so gewesen, daß wir vornehmlich berufsbildende Schulen gegründet haben, daß wir dazu übergegangen sind, sie provisorisch unterzubringen, und daß das Leasingprogramm ja in erster Linie für das Aufholen der Versäumnisse auf dem Gebiet des berufsbildenden Schulwesens geschaffen worden ist.

Wir haben im Schuljahr 1972/73 erstmals zu verzeichnen, daß die Zuwachsrate der Schüler in den berufsbildenden Schulen größer gewesen ist als jene in den allgemeinbildenden höheren Schulen, und das ist eine gute Entwicklung, die uns auch letzten Endes die Weichen für die Zukunft zeigt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Ich gebe gern zu, daß wir in Österreich einen Lehrermangel

haben und daß wir in Österreich einen Raum-mangel haben und daß wir in gewissen Bereichen auch die Klassenschülerhöchstzahl überschreiten. Aber auch das ist nicht etwas, was seit gestern oder seit vorgestern besteht. Wir befinden uns in einem Prozeß, den wir erst bewältigen müssen, dann, wenn wir wissen, daß sich die Zahl der Schüler an den allgemeinbildenden höheren Schulen im letzten Jahrzehnt verdoppelt hat und daß noch nie in Österreich ein so großer Teil der jungen Menschen an weiterführenden Schulen zu finden gewesen ist! Wir müssen uns alle bemühen und wir müssen wirklich alles dazu beitragen, diese Situation in einer möglichst kurzen Zeit zu bewältigen, aber es hieße von dieser Stelle aus etwas Unmögliches zu versprechen, wenn ich sagen würde, daß das morgen oder übermorgen schon der Fall sein kann. *(Abg. Hahn: Vor zwei Jahren habt ihr es versprochen! — Gegenrufe bei der SPÖ.)*

Herr Abgeordneter Hahn! Eines möchte ich sagen: Wir haben in diesen zwei Jahren — ich möchte das für die Bundesregierung sagen — auch etwas getan! Wir haben die Situation verbessert, und ich möchte nicht sagen, wie sie vorher gewesen ist, weil ich mich nur ganz nüchtern und sachlich an Zahlen halten möchte. Wir sollen auch hier nichts dramatisieren, wir sollen nicht so tun, als ob es sich bei diesen Mangelercheinungen um allgemeine Zustände in Österreich handeln würde. Das stimmt nicht.

Wir haben im Jahre 1962 an den Volks- und Hauptschulen 726.000 Schüler zu verzeichnen gehabt und 33.000 Lehrer. Wir haben heute 913.000 Schüler und 43.000 Lehrer. Das heißt: Die Schülerzahl ist um 21 Prozent gestiegen, und die Lehrerzahl ist um 30 Prozent gestiegen. Das heißt, daß wir ununterbrochen eine Verbesserung der Situation vorfinden.

Etwa 1200 Lehrer — Volks- und Hauptschullehrer — scheiden jährlich aus. Wir rechnen mit einem Zugang von etwa 2700 Lehrern jährlich. Nur eines: Wunder wirken kann man auf diesem Gebiet nicht, und Lehrer, die nicht vorhanden sind, kann man bekanntlich auch nicht einstellen.

Meine Damen und Herren! Der Lehrermangel ist deswegen so schwierig, weil er regional so unterschiedlich ist. Es gibt Gebiete in Österreich, die gut, die hervorragend versorgt sind, und es gibt innerhalb von Bundesländern wieder Regionen, die Lehrermangel aufweisen und in denen es auch im besonderen Maße zu Improvisationen kommen muß. Aber auch hier ist es nicht so, daß dies gewissermaßen ein Allgemeinzustand wäre.

**Bundesminister Dr. Sinowatz**

Es ist zwar so, daß durch den Entfall des Unterrichts in einem Pflichtfach eine Beeinträchtigung vorhanden ist, daß aber bei den allgemeinbildenden höheren Schulen diese Gegebenheit nur in 390 Klassen von 5200 Klassen der Fall ist und bei den Hauptschulen in zirka 200 Klassen von 11.000 vorhandenen Klassen!

Oder anders ausgedrückt: Das ist nicht die gesamte Situation des Schulwesens in Österreich. Die Behinderung ist die Ausnahme im österreichischen Schulsystem. Und gemessen an den Sorgen der anderen westlichen Industrieländer kann sich das österreichische Schulsystem sowohl dem Inhalt nach wie auch bezüglich der Ausstattung durchaus sehen lassen. *(Beifall bei der SPÖ. — Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.)*

Auch was die Überschreitung der Klassenschülerhöchstzahl betrifft, kann ich sagen, daß wir in den letzten Jahren immer einen Fortschritt verzeichnen können. Es ist so, daß 1968 bei den allgemeinbildenden höheren Schulen 21 Prozent der Klassen mehr als 36 Schüler hatten, 1971 waren es 17 Prozent und 1972 13 Prozent. Das heißt, daß die Situation immer günstiger wird. Der Durchschnitt, die Durchschnittsschülerzahl in den österreichischen Klassen beträgt 30.

Es ist nur so, daß hier auch die regionale Unterschiedlichkeit zum Tragen kommt und daß außerdem im besonderen die Klassen der Unterstufen der allgemeinbildenden höheren Schulen überbelegt sind. Ich glaube aber, daß wir das nicht dramatisieren sollen, sondern daß wir uns bemühen sollen, Schritt für Schritt eine Verbesserung herbeizuführen.

Ich weiß nicht, Herr Abgeordneter Peter, ob unsere Maturanten in der Gegenwart so schlecht sind und ob sie wirklich so wenig für den Beruf vorbereitet sind. Nur eines: Auch die Wirtschaft hat sich in ihren Strukturen geändert zu der Zeit, als etwa vor 20, 30 oder 50 Jahren die Maturanten die Schulen verlassen haben. Ich glaube, daß sich die Absolventen unserer allgemeinbildenden höheren Schulen in der Verwaltung, aber auch in den verschiedensten Berufen durchaus bewähren. Es ist nur notwendig — und da stimme ich zu —, daß in höherem Maße als bisher die berufsbildenden Schulen Vorzug genießen sollen.

Frau Abgeordnete Bayer! Wenn irgendwo etwas geschehen ist in den letzten Jahren, dann, glaube ich, bei der Verbesserung der regionalen Chancengleichheit. Wenn ich denke, daß die Schüler- und Heimbeihilfen in erster Linie jenen Schülern zugutegekommen,

die in ländlichen Gebieten wohnen, daß die Schulfahrten in erster Linie jenen zugutekommen, die im ländlichen Bereich aufwachsen, wenn wir ein Internatsprogramm haben — Sie haben es übersehen, Frau Abgeordnete; ich darf Ihnen mitteilen, daß es 1972 17 Millionen Schilling beinhaltete und nun 20 Millionen Schilling im Budget vorsieht —, wonach sich der Bund mit einem Drittel der Kosten beteiligt, dann ist auch das eine Verbesserung der regionalen Behinderung von Schülern in Österreich.

Auch der Schulbau war in letzter Zeit ausgerichtet nach dem Erfordernis, die Unterschiede von Stadt und Land, dem ländlichen Gebiet, zu vermeiden. Ich nenne einige Orte, in denen Projekte fertiggestellt wurden: es sind unter anderem Neusiedl, Krems, Gänserndorf, Amstetten, Mödling, Wels, Bad Ischl, Perg, St. Johann im Pongau, Tamsweg, Bruck an der Mur, Kapfenberg, Knittelfeld, Zell am See, Imst — und im Bau sind unter anderem Güssing, Spittal an der Drau, Völkermarkt, St. Pölten, Wiener Neustadt, Baden, Traun, Steyr, Gmunden, Bad Ischl, Kirchdorf, Saalfelden, Steinach, Murau, Köflach, Wörgl, Dornbirn, Feldkirch. Daran kann man wohl sehen, daß sich in der österreichischen Schullandschaft vieles verändert! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Einiges zu der Frage der Schulbuchaktion. Es hat sich dabei — ich möchte das sehr offen hier darlegen — um eine sehr komplizierte Organisation gehandelt. Wenn man bedenkt, daß wir in Österreich 6769 Schulen und 1.400.000 Schüler haben, wenn man sich noch dazu vor Augen hält, daß daran die Verlage, die Buchbinder, die Buchhändler, die Lehrer, die Schüler und die Eltern beteiligt sind, und wenn man sich die regionale Verschiedenheit in Österreich vorstellt, dann kann man sich vielleicht doch auch dazu durchringen zu sagen, daß im ersten Jahr dieser Aktion manche Schwierigkeiten aufgetreten sind, die man gar nicht vorher voraussehen konnte.

Die Vielfalt der Titel — ich werde darauf noch eingehen und Ihnen zeigen, was wir hier in Österreich zu vermerken haben — hat die Aktion schwieriger gemacht. Letzten Endes fehlten uns Vergleichsziffern zur Vergangenheit deswegen, weil ja eine Unterversorgung in den Schulen zu verzeichnen gewesen ist.

Ich muß auch sagen, daß alle optimistischen Hinweise auf die Schülerladen nicht gestimmt hatten. Nur etwa 15 Prozent der Bestände der Schülerladen konnten übernommen werden. Es hat sich herausgestellt, daß auch in Wien die Bestände überaltet waren, daß nur 35 Prozent dieser Aktion in Wien übernom-

**Bundesminister Dr. Sinowatz**

men werden konnten. Das ist ja der Nachteil des Systems: Diese Bestände sind veraltet und dürften nicht mehr in Gebrauch genommen werden. Das abzustellen ist letzten Endes ja auch von uns als Zielsetzung gedacht worden. Ich gebe zu: Wir haben hier eine Aktion gestartet, ohne auf Erfahrungen zurückgreifen zu können, nicht zuletzt deswegen, weil vorher eine solche Aktion in Österreich noch nie bestanden hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Trotz Schwierigkeiten, meine Damen und Herren, waren vier bis fünf Wochen nach Schulbeginn, im gesamtösterreichischen Durchschnitt gerechnet, wiederum regionale Unterschiede unberücksichtigt, 75 bis 80 Prozent aller Schulbücher in den Händen der Schüler. Natürlich waren einige Titel vergriffen. Aber das hat es ja bisher in Österreich immer gegeben. Wir müssen aber eines feststellen: In dieser Zeit waren vier bis fünf Wochen nach Schulbeginn zwei- bis dreimal soviel Schulbücher in den österreichischen Schulen, als das früher, in den Jahren zuvor, das ganze Jahr hindurch der Fall gewesen ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn wir das vermerken, dann muß es früher zuwenig Schulbücher gegeben haben, dann muß es früher Gegenstände gegeben haben, wo Schulbücher nicht verlangt wurden, weil man auf die soziale Lage der Schüler Rücksicht genommen hat. Es gibt auch heute noch einige Titel — von etwa 1500 Titeln! —, die vergriffen sind, die noch nicht fertig sind und die nicht zur Verfügung stehen. Aber eine solche Aktion — wir haben jetzt zwischen neun und zehn Millionen Schulbücher ausgeliefert — wird nie so funktionieren, daß sofort am Beginn alle Schulbücher überall vorhanden sind.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit eines auch sagen: Seit Monaten wissen viele in Österreich — ich weiß nicht, woher —, daß diese Aktion 800, 1000, 1500 Millionen Schilling kosten wird. Ich möchte jedenfalls eine Ziffer nennen, die stimmt. Bisher sind etwas über neun Millionen Schulbücher verrechnet worden, und dafür wurde ein Betrag von 420 Millionen Schilling ausgegeben, sodaß unsere angenommene Zahl bei dieser Aktion aller Voraussicht nach stimmen und nicht überschritten werden wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Bitte lassen Sie mich ganz kurz noch eines sagen: Wir haben eine Kommission eingesetzt, die in den letzten Wochen sehr intensiv gearbeitet hat, aufbauend auf den Erfahrungen, die die Landesschulräte, die Verleger, die Buchhändler und die Buchbinder sammeln konnten. Der Bericht dieser Kommission liegt vor. Wir haben eine Reihe von Maßnahmen

setzen können, die uns die Aussicht geben, daß im nächsten Jahr die Schulbücher rechtzeitig in den Händen der Schüler sein werden.

Wir haben erstmals ein Bücherprofil erstellt, Herr Abgeordneter Zeillinger. Das möchte ich auch dem Herrn Abgeordneten Leitner, der von der Lehrmittelfreiheit gesprochen hat, sagen: Wenn es in Österreich die Wahrung der Lehrmittelfreiheit hinsichtlich der Schulbücher überhaupt einmal geben wird, dann nur durch diese Schulbuchaktion, meine Damen und Herren. Hier sehen Sie das neue „Schulbuchprofil“ — fast 2000 Titel sind hier verzeichnet, 2000 Schulbücher! *(Bundesminister Dr. Sinowatz zeigt es vor.)* Noch nie hat ein Lehrer in Österreich alle approbierten Lehrbücher auf einer Liste vor sich liegen gehabt. Noch nie konnte die Lehrmittelfreiheit in Österreich überhaupt ausgenützt werden, weil man gar nicht wußte, welche Lehrbücher es überhaupt gibt.

Herr Abgeordneter Zeillinger! Ich darf Ihnen sagen, daß kein einziges approbiertes Lehrbuch, das es bisher gegeben hat, nicht in das Schulbuchprofil aufgenommen wurde. Sollten wir eines von 2000 Büchern übersehen haben, dann bitte mir das zu sagen. Wir werden es im nachhinein in dieses Konvolut aufnehmen. *(Anhaltender Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Wir wollen mit dieser Aktion keine parteipolitische Zielsetzung anpeilen. Wir wollen eine pädagogische Möglichkeit schaffen, die auf viele Jahre hin Bestand haben soll. Sicherlich, es ist manches ungewohnt! Manches, was unsere Großväter noch für selbstverständlich gehalten haben, wird in Zukunft nicht mehr gelten. Die Lehrmittelfreiheit wird aber gesichert sein.

Wir werden nun endlich dazu übergehen können, Arbeitsbücher zu schaffen. Wenn Sie nun fragen: Warum ist das noch nicht geschehen?, dann muß ich Ihnen sagen: Kein Verlag in Österreich konnte bisher überhaupt Arbeitsbücher herstellen, die in einem Jahr verbraucht werden, in denen man Notizen macht und in denen man die Rechenübungen durchführt. Dies kann jetzt erst geschehen, weil bisher alle Schulbücher auf mehrere Jahre hergestellt werden mußten und niemand ein solches Buch erworben hätte.

Erst jetzt, im Laufe der nächsten Jahre, wird man diese Umstellung vornehmen können. Vielleicht haben Sie bei der Post, die Sie heute bekommen haben, schon einen Prospekt eines Verlages dabei, der fünf oder sechs dieser Arbeitsbücher herstellt.

**Bundesminister Dr. Sinowatz**

Wir werden im Jänner bei einer Pressekonferenz an einer Schulklasse sehr deutlich demonstrieren, was es heißt, mit Arbeitsbüchern zu unterrichten, und welcher Vorteil sich für die Lehrer und Schüler in Österreich ergeben wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Ich freue mich, daß sich doch alle Redner im wesentlichen zu den Schulversuchen bekannt haben. Es ist ein gewaltiges Reformunternehmen, das hier gestartet wurde. Ich möchte es nicht für diese Regierung oder für mich in Anspruch nehmen, sondern das ist die Leistung aller jener, die in den letzten zehn Jahren in der Schulreformkommission und in den Unterkommissionen beraten und gewirkt haben. Es ist das Verdienst jener, die letzten Endes auch das Schulgesetzwerk 1962 zustande gebracht haben. Es ist das Verdienst der besten Schulpolitiker Österreichs, daß wir jetzt dieses gewaltige Unternehmen der Bildungspolitik in Österreich starten konnten. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Es ist deswegen ein demokratisches Unternehmen, weil hier nichts oktroyiert, sondern alles erprobt wird. Es ist deswegen politisch bedeutsam, weil manche Widerstände im Laufe der Jahre abgebaut werden konnten und weil manches vor aller Öffentlichkeit erprobt werden kann.

Wir freuen uns, daß die Zeitungen darüber schreiben. Wenn mancher Schulversuch nicht gelingt, so muß ich sagen: Es sind ja Versuche, es sind Erprobungen! Deswegen machen wir diese Untersuchungen und diese Versuche.

Es ist aber auch ökonomisch richtig, weil wir im Laufe der Jahre durch diese Schulversuche überhaupt die wirtschaftlichen Voraussetzungen erst schaffen können, um das Ergebnis der Schulversuche später organisatorisch zu effektuieren. Und es ist bildungswissenschaftlich ein großes Unternehmen, weil hier nicht nur so viele unserer besten Lehrerinnen und Lehrer in geistiger Hinsicht mobilisiert werden, weil nicht nur so viele bei diesen Schulversuchen sich engagieren, sondern weil es hier auch zu einer echten Zusammenarbeit von Bildungswissenschaft und Bildungspraxis in Österreich kommt.

Ich kann Ihnen versichern, daß wir auf die wissenschaftliche Betreuung und auf die wissenschaftliche Kontrolle unser größtes Augenmerk legen werden. 73 Professoren für Pädagogik und Didaktik sind in der wissenschaftlichen Betreuung tätig; 27 der erfahrensten Schulaufsichtsbeamten Österreichs, die auf Publikationen, auf wissenschaftliche Arbeiten hinweisen können, und 6 Pflichtschullehrer, die sich durch ihre Tätigkeit von ihrer

Kollegenschaft herausheben, sind daran beteiligt.

Was die wissenschaftliche Kontrolle betrifft, so sind hier ausschließlich Vertreter des schulpsychologischen Dienstes tätig.

Herr Abgeordneter Harwalik! Ich möchte das sagen, um Ihre Bedenken zu zerstreuen: Es gibt keine Überschneidung von Betreuung und Kontrolle.

Ich sage noch einmal: Die Schulversuche sind das größte bildungspolitische Ereignis in der Geschichte unseres österreichischen Schulwesens. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ihnen, Herr Abgeordneter Harwalik und Herr Abgeordneter Peter, möchte ich versichern, daß wir alle Fragen, die unser Schulwesen betreffen, vom Schulunterrichtsgesetz beginnend bis zur Frage des Polytechnischen Lehrganges sowie der Vorschulerziehung, gemeinsam beraten wollen. Ich glaube, daß wir das auch in der Schulreformkommission und in den Unterkommissionen bewiesen haben. Wir wollen, daß möglichst alle in diesem Hause die wichtigsten Gesetze, die die Weichen unseres Schulwesens für die Zukunft stellen sollen, mitbeschließen. Ich werde mich immer bemühen, einen möglichst breiten Konsens auf diesem Gebiet herzustellen, so wie das mein Vorgänger, Herr Minister Gratz, vor seinem Ausscheiden in der Öffentlichkeit bekanntgegeben hat.

Ich bin sehr froh darüber, daß zum Beispiel in der Frage der Ernennung von Direktoren in der öffentlichen Diskussion nunmehr die Entwicklung so weit gekommen ist, daß sich eine Unterkommission der Schulreformkommission damit befaßt. Ich bin froh, daß darüber gesprochen wird. Nur eines, glaube ich, muß uns immer wieder als Ziel vor Augen stehen: daß wir vernünftig beraten sollen, daß wir nicht um einer modischen Strömung willen etwas verändern und daß das, was wir schaffen, besser sein muß als das System, das wir bisher gehabt haben.

Der Frau Abgeordneten Dobesberger möchte ich in aller Kürze sagen, daß die Rechtsschreibreformkommission, die seit langem nicht mehr getagt hat, für Mitte Jänner einberufen wurde.

Was die Ganztagschule betrifft, sind wir nunmehr so weit, daß die vorhandenen Modelle durch Arbeitsgruppen überprüft werden und daß wir im Schuljahr 1974/75 anstreben, die ersten Versuche auf diesem Gebiet zu starten.

Ich möchte nicht verschweigen, daß wir, was die Raumfrage und die Lehrerfrage betrifft,

**Bundesminister Dr. Sinowatz**

heute nicht imstande sind, das Problem zu bewältigen. Es ist aber auch hier — so wie bei den anderen Schulversuchen — notwendig, zuerst die Voraussetzungen zu schaffen, zuerst zu erproben und dann die entsprechenden Vorkehrungen zu treffen.

Zum Verwaltungsaufwand möchte ich nur ein Wort sagen. Wir sind jetzt bei 99 Millionen Schilling angelangt, im Vorjahr waren es 75 Millionen Schilling, zusätzlich der Ausgaben, die wir durch das 1. und 2. Budgetüberschreitungsgesetz vornehmen konnten.

Ich möchte diese Ziffern nicht mit jenen vergleichen, die in den späten sechziger Jahren in Österreich für den Verwaltungs- und Sachaufwand zur Verfügung gestellt wurden. Es ist nur sehr interessant, daß es in Wien möglich ist, mit den Mitteln, die wir zur Verfügung gestellt haben, diese Schulden zu begleichen, und daß es Landesschulräte gibt, bei denen es nicht der Fall ist. Vielleicht gibt es in diesen Bundesländern manche organisatorische Schwäche, die Schuld daran ist, daß es nicht so geht, wie es gehen sollte.

Es wurden sehr viele Fragen gestellt, was die Kulturpolitik betrifft. Ein Wort zu den Bundestheatern. Wenn gesagt wurde — der Herr Abgeordnete Kraft ist nicht hier —, daß aus dem Bundestheaterbericht zu lesen ist, wie schlecht der bauliche Zustand der Bundestheater ist, dann kann ich nur erwidern: Das ist ja der Grund, weswegen wir eine Reform der Bundestheater anstreben. Ich muß es offen und ehrlich sagen, daß in der Vergangenheit auf diesem Gebiet sehr wenig geschehen ist.

Nun sind wir seit zwei Jahren dabei, die Bundestheaterreform voranzutreiben. Wir haben dabei — ich möchte es nicht aufzählen — eine Reihe von bedeutsamen Erfolgen zu verzeichnen. Wir haben in dem Bundestheaterbericht, den wir vorgelegt haben, erstmals — erstmals! — vor der gesamten österreichischen Öffentlichkeit alle Vorgänge in den Bundestheatern aufgezeigt. Es gilt nunmehr, darüber zu reden und zu diskutieren und die Weichen für die Zukunft zu stellen.

Es ist ganz gut, wenn bei den Bundestheatern auch über die finanzielle Seite geredet wird. Aber hier bitte ich um eine sachliche Diskussion. Es ist sehr leicht, immer zu sagen, daß die Bundestheater pro Tag soundso viele Millionen Schilling brauchen. Aber jeder Österreicher ist stolz auf seine Bundestheater, auf die Staatsoper, auf das Burgtheater, auf das Akademietheater und auf die Volksoper. Immerhin haben wir bei der Staatsoper in den letzten vier Monaten 1,5 Millionen Schilling Mehreinnahmen, also weitaus mehr Be-

sucher, als wir sie jemals in der Staatsoper zu verzeichnen gehabt haben.

Ich bitte Sie — hier stimme ich mit dem Herrn Abgeordneten Peter überein —, keine künstliche Gegnerschaft zwischen Bundestheatern und Länderbühnen herbeizuführen. Hier ist eine Kooperationsmöglichkeit gegeben, die erst am Beginn steht und die noch ausgebaut werden kann.

Wenn es nun um die Hilfe für die Länderbühnen, die wirklich mit großen Schwierigkeiten zu ringen haben, geht, dann darf doch nicht vergessen werden, Herr Abgeordneter Kaufmann, Herr Abgeordneter Kraft, daß im neuen Finanzausgleich der Zuschuß für die Länderbühnen von 30 Millionen Schilling auf 50 Millionen Schilling und für die Theatergemeinden von 3 Millionen Schilling auf 13 Millionen Schilling erhöht worden ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich habe hier auf dieser Liste so viele Auslandsgastspiele unserer Bundestheater bis 1975, daß ich das nicht verlesen möchte. Ich bin gerne bereit, nachher das allen interessierten Abgeordneten zur Kenntnis zu bringen. Ich darf auch mitteilen, daß mit dem ORF bereits Vereinbarungen bestehen, daß etwa vier Inszenierungen im Laufe des nächsten Jahres vom ORF übernommen werden; das betrifft das Akademietheater und die Volksoper.

Zur Künstlerselbstverwaltung werden wir noch Gelegenheit haben, ausführlich in dem Kreis zu sprechen, in dem wir ja auch in Innsbruck zusammengewesen sind. Hier gibt es verfassungsrechtliche Schwierigkeiten, hier gibt es die Ministerverantwortlichkeit, hier gibt es aber vor allem die kulturpolitische Schwierigkeit, daß ja letzten Endes auch diese Regierung kulturpolitische Leitlinien besitzt und den Auftrag hat, sie zu realisieren.

Das zweite. Ich bin der Meinung, daß, wenn sich die Künstler in das Getto der Selbstverwaltung begeben und nicht das tun, was der Abgeordnete Luptowits mit Kunst und Gesellschaft gemeint hat, nämlich sich in die Gesellschaft zu integrieren, dies ein Bärendienst wäre, den wir den Künstlern leisten könnten. Es ist aber der Vorschlag der Schaffung einer Kunstdokumentation zu begrüßen, die es in Österreich überhaupt nicht gibt. Hier sind wir dabei, Vorarbeiten zu leisten.

Ich bin auch der Meinung, daß man den Künstlern, den Kritikern und den Fachleuten auch ein weites Mitspracherecht geben soll bei der Vergabe der Förderungsmittel und bei der Festlegung der kulturpolitischen Leitlinien, die wir anstreben.

**Bundesminister Dr. Sinowatz**

Hinweise auf England und auf die Schweiz sind deswegen nicht richtig, meine Damen und Herren, weil dort von Staats wegen fast keine Mittel für die Kulturförderung ausgegeben werden und weil die Künstler dort sehr, sehr unzufrieden sind mit dem, was die Künstlerselbstverwaltung gebracht hat, nämlich Cliquenkämpfe noch und noch.

Meine Damen und Herren! Wir sind dabei, diese Grundlagenforschung in Auftrag zu geben. Wir haben sie ausgeschrieben. Es hat sich leider bisher nur ein Institut gemeldet.

Wir haben als Forschungsziel vor: die Erarbeitung eines Katalogs der kulturellen Verhaltensweisen in Österreich, die Untersuchung der Motivation zu kulturellen Aktivitäten in der Bevölkerung, eine Bevölkerungsbefragung zum Kulturverhalten, eine gezielte Motivstudie als Grundlage für Entscheidungshilfen im Bundesministerium für Unterricht und Kunst, um eine effiziente Kulturarbeit zu erreichen, und die Ausarbeitung eines Maßnahmenkatalogs.

Ich möchte eines dazu sagen: Erwarten Sie nicht von uns Initiativen gewissermaßen hinsichtlich des kulturellen Betriebes. Wir sind ja nur hier, um zu helfen, um zu fördern. Wir wollen ja nicht reglementieren, wir wollen ja letzten Endes nicht eine Kunst in Österreich schaffen, die vom Staat her in die Wege geleitet wird, sondern wir fühlen uns als Diener, als Helfer der Künstler in diesem Staat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Daher fragen wir uns auch: Was und wie steht es mit der sozialen Seite bei den Künstlern? Wir haben ja schon bei den bildenden Künstlern früher eine Lösung gefunden, wir sind jetzt dabei, mit den Schriftstellern darüber zu reden im Zusammenhang mit dem Bibliotheksgroschen oder mit einer anderen Lösung. Wir haben erste Gespräche auf diesem Gebiet auch schon geführt hinsichtlich der Schauspieler.

Was das Filmförderungsgesetz angeht, möchte ich sagen, daß wir schon einen Entwurf haben, ihn bei der Enquete auch schon zur Diskussion gestellt haben, daß wir seither zwei neue Entwürfe ausgearbeitet haben und daß ich — ich sage es ganz ehrlich — eher dafür bin, daß wir eine Trennung der beiden Teile des Filmförderungsgesetzes vornehmen.

Bei der Jugendförderung, meine Damen und Herren, ist es so, daß, insgesamt gesehen, die Jugendförderung ebenfalls eine Steigerung zu verzeichnen hat, aber innerhalb der Jugendförderung sind die Gewichte anders gesetzt worden. Ich habe aber noch heuer aus den Mitteln der Erwachsenenbildung für

politische Bildung den Jugendorganisationen 1 Million Schilling zur Verfügung gestellt, weil ich der Meinung bin und auch die Jugendorganisationen die Meinung vertreten, daß politische Bildung und die Einordnung in das gesamte Bildungssystem das Wesentliche an der Aufgabe der Zukunft ist, die aber — und das sagen auch die Jugendorganisationen — noch immer nicht so artikuliert ist, daß daraus ein echter Plan für die Arbeit der nächsten Jahre erwachsen ist.

Wir haben bei der Erwachsenenbildung diesmal einen großen Schritt nach vorne gemacht. Ich glaube, daß dies ein großer Erfolg ist. Es wird morgen im Ministerrat auch das Erwachsenenbildungs-Förderungsgesetz bereits auf der Tagesordnung sein.

Der Herr Abgeordnete Zeillinger hat anscheinend die Einladung zur Sportenquete übersehen. Er war zu der Sportenquete eingeladen, ist aber nicht dort gewesen. Auch beim Sportbudget haben wir heuer eine sehr wesentliche Steigerung zu verzeichnen — wenn wir alle Posten zusammenrechnen, die der Sportförderung dienen —, nämlich von 153 Millionen Schilling auf 180 Millionen Schilling. Wir haben für den Spitzensport heuer wirklich mehr getan, als das früher der Fall gewesen ist. Vor allem haben wir endlich artikuliert und klar dargestellt: Was ist Spitzensport und was ist Leistungs- und Breitensport; damit nicht immer wieder die Dinge ununterbrochen verwechselt werden und ein schlechtes Gefühl bei allen Beteiligten hervorbringen.

Wir haben mit der Gründung der Sporthilfe und mit der Traineraktion sicherlich für die nächste Zeit die Weichen gestellt.

Die Sportstätten-Kreditaktion ab 1. Jänner 1973 wird vor allem den Sportstätten in kleineren Städten dienen.

Beim Schulsport haben wir in zwei Jahren immerhin 50 Turnsäle errichtet, fertiggestellt; 55 sind im Bau. 18 Hallenbäder sind fertiggestellt worden, und 37 Hallenbäder sind im Bau. Also, ich glaube, wir haben auch auf dem Gebiet des Schulsports in der letzten Zeit doch einiges erreicht und auch einiges gemacht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zuletzt — weil viel von der Bilanz geredet wurde, meine Damen und Herren — eine Zusammenfassung: Wir haben die Schulversuche eingeleitet und damit nunmehr eine große und umfassende Reformphase im österreichischen Schulwesen ermöglicht.

Wir haben ein Rekordbudget für die Bildung zu verzeichnen. Fast 12 Milliarden Schilling

**Bundesminister Dr. Sinowatz**

werden für das Kapitel Unterricht ausgegeben, eine Steigerung um 22 Prozent.

Wir haben ein Schulentwicklungsprogramm ausgearbeitet und haben heute erstmals objektive Kriterien, um dieses Problem anzugehen.

Wir haben die Schüler- und Heimbeihilfen, freie Schulfahrten eingeführt und die Schulbücher zur Verfügung gestellt.

Wir haben schrittweise die Lehrerversorgung und die Situation bei der Klassenschülerhöchstzahl verbessert.

Wir haben das lang diskutierte Schulunterrichtsgesetz und als sehr wichtiges Gesetz die 5. Schulorganisationsgesetz-Novelle vorgelegt.

Wir haben die Mittel für die Erwachsenenbildung fast verdoppelt.

Wir haben mit der Traineraktion und mit dem Sportstättenplan eine aktive Sportpolitik betrieben, wobei es sich um ein riesiges Unternehmen des Sports in Österreich handelt.

Wir haben neue Akzente in der Kulturpolitik, zumindest mit dem Kunstbericht, mit dem Bundestheaterbericht und den nunmehrigen wissenschaftlichen Untersuchungen gesetzt.

Ich darf zum Abschluß sagen: Dieses Österreich gibt für Unterricht, Wissenschaft, Forschung und Kunst im nächsten Jahr 18 Milliarden Schilling aus. Das sind 13 Prozent des gesamten Budgets Österreichs. Darauf können wir, glaube ich, stolz sein! *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Mock.

**Abgeordneter Dr. Mock (ÖVP):** Meine Damen und Herren! Es entspricht sicherlich dem allgemeinen Bedürfnis, wenn der Herr Bundesminister für Unterricht vorhin gemeint hat, er wolle nicht auf jede Frage eingehen, das würde sonst zu weit führen. Ich möchte aber jetzt schon an den Herrn Bundesminister für Unterricht, mit großem Verständnis für seine Feststellung, doch sehr nachdrücklich die Bitte richten, daß die von den Abgeordneten hier gestellten Anfragen, die heute wegen der Knappheit der Zeit, die uns noch zur Verfügung steht, nicht von ihm beantwortet werden können, schriftlich beantwortet werden. Ich darf Ihr Kopfnicken, Herr Bundesminister, als Zustimmung zu dieser Bitte zur Kenntnis nehmen.

Nur eines, Herr Bundesminister, kann man natürlich nicht machen: daß man auf etwas

anderes antwortet, als hier gefragt wurde, daß man Feststellungen trifft, die den Eindruck machen, hier werde eine Antwort erteilt, obwohl das nicht der Fall ist. Ich gehe nicht auf alle Details ein. Aber Sie haben keine Antwort auf die Feststellung gegeben, daß im vorjährigen Budget 1200 Millionen Schilling für den Schulbau projektiert waren und daß dieser Betrag im Budget für das Jahr 1973 auf 788 Millionen Schilling herabgesetzt worden ist. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)* Sie haben keine Antwort gegeben, Herr Bundesminister, auf die Feststellung und auf die Aufzählung der Schulbauprojekte von Murau in der Steiermark über Wiener Schulbauprojekte bis Salzburg, die hier mit Adresse unter genauer Nennung genannt wurden mit den Beträgen, um die gekürzt wurde. Sie haben dazu nicht Stellung genommen. Sie haben andere Zahlen zitiert, Globalziffern. Sie haben gesagt, man soll doch nicht vergessen, daß ein Ansatz von 410 Millionen Schilling für Schulbauten außerhalb des Leasing auf 470 Millionen Schilling angehoben worden ist. Ja, meine Damen und Herren, da muß man doch auch bedenken: Wir leben in einer Zeit höchster inflationärer Entwicklung. Wenn ich den Baukostenindex mit einer Steigerung der Baukosten von mindestens 20 Prozent im Hochbau in Anschlag bringe, kann ich jetzt mit 470 Millionen Schilling doch nur weniger bauen als vorher mit 410 Millionen Schilling. Das sind doch Halbwahrheiten, die man hier der Öffentlichkeit vorhält. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dann möchte ich hier gerne eine Feststellung treffen. Ich komme dabei noch auf die Bemerkungen des Herrn Abgeordneten Präsidenten Schnell zurück. Es heißt hier immer wieder, die Gründe für diesen oder jenen Mangel lägen in der Vergangenheit. Herr Bundesminister! Die Unterrichtsminister der Österreichischen Volkspartei wurden bezüglich Anerkennung und Kritik daran gemessen, wie sie mit den Bedürfnissen ihrer Zeit fertig geworden sind; und Sie werden daran gemessen, wie Sie mit den Bedürfnissen der heutigen Zeit fertig geworden sind. *(Beifall bei der ÖVP.)* Mir kommt das immer so vor, daß man zwar am Jahrmarkt der Öffentlichkeit von der Zukunft spricht, was ja sehr en vogue ist bei der SPÖ, daß man mit der Gegenwart oft nicht fertig wird und sich dabei immer wieder auf die Vergangenheit ausredet. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie haben darauf verwiesen, daß man eben zuwenig Akzent auf das berufsbildende Schulwesen gelegt hat. Herr Bundesminister! Im Budget 1970 fand sich zum ersten Mal ein Budgetansatz von 200 Millionen Schilling, der

**Dr. Mock**

ausschließlich, trotz mancher Kritik seitens der allgemeinbildenden höheren Schulen, den berufsbildenden Schulen vorbehalten war. Dieser Budgetansatz als solcher wurde nicht weitergeführt. Das muß hier aufgezählt werden. Niemand hat in Abrede gestellt und stellt in Abrede, weder hier im Parlament noch draußen in der Öffentlichkeit, daß wir dem berufsbildenden Schulwesen Vorrang zuerkennen müssen. Aber bitte, einen Vorrang festlegen, Schwerpunkte verbal verlangen, das ist ja sehr leicht; sie im finanziellen durchzusetzen, das ist die Schwierigkeit. Das muß vor allem dort, wo es am schwierigsten ist — das gebe ich zu — im Finanziellen, seinen Niederschlag finden.

Wir sollen diese Mängelercheinungen nicht dramatisieren! — Sicherlich, Herr Bundesminister, wir sollen nicht dramatisieren. Aber denken Sie doch daran, was es für das Leben eines einzelnen Menschen bedeuten kann, wenn er den berufsbildenden Schul- und Bildungsweg nicht beschreiten kann, weil mit jedem Jahr mehr abgewiesen werden; wenn ihm zwar die Schülerfreifahrt und das kostenlose Schulbuch zur Verfügung stehen, er aber vom Bildungsweg, den er gewählt hat und für den er sich qualifiziert hat, ausgeschlossen bleibt. Wie kommt ihm der Fortschritt — und ich betrachte das als Fortschritt — auf anderen Ebenen zugute, wenn er überhaupt nicht die Möglichkeit hat, an dieser Schule zu lernen? Das ist sehr wohl dramatisch für die Schüler und für die Eltern, die von einer solchen Entwicklung betroffen sind!

Zu diesen Fragen muß ich hier festhalten, Herr Bundesminister: Sie haben nicht dazu Stellung genommen, daß noch nie in den letzten Jahren einer so großen Anzahl von qualifizierten Schülern der Zugang zu berufsbildenden Schulen abgelehnt wurde, daß sie nicht den Weg gefunden haben, den sie auf Grund ihres Interesses und auf Grund ihrer Qualifikation gewählt haben. Sie haben nicht dazu Stellung genommen, daß noch nie der Ausfall an Unterricht bezüglich der Pflichtgegenstände im Bereich des allgemeinbildenden Schulwesens so hoch war wie in diesem Jahr. Sie haben nicht dazu Stellung genommen, daß der Zugang und der Einsatz von nicht vollgeprüften Lehrern im allgemeinbildenden Schulwesen noch nie so kraß war wie in diesem Jahr. Das sind Mängel, wo wir Sie bitten, wie ich vorhin gesagt habe, daß Sie uns hier sagen, wie Sie wenigstens in den nächsten Jahren damit fertig werden wollen. Darum geht es, und es ist für jeden einzelnen Menschen, für jeden Schüler dramatisch, wenn er nicht den Bildungsweg beschreiten kann, den er sich gewählt hat.

Nun, Herr Bundesminister, noch zu einigen anderen Fragen.

Vielleicht hat vorher der Herr Abgeordnete Schnell, der ja auch direkt auf mich Bezug genommen hat, ein Anrecht auf eine Antwort. Sie haben erwähnt, daß 1973 der höchste Anteil am Gesamtbudget in der Höhe von 9,15 Prozent bestünde. Der Herr Bundesminister hat Ziffern gebracht, die offensichtlich um Leasing oder Bauten erweitert waren. Bezüglich Ihrer Ziffer belief sich die Parallelberechnung für das Jahr 1969 auf 9,49 Prozent (Abg. Dr. Schnell: 9,15 Prozent!) und bezüglich 1970 auf 9,40 Prozent. (Abg. Doktor Schnell: 8,15 Prozent!) Herr Abgeordneter Schnell! Ich muß Ihnen leider diese Ziffern geben, wir können uns noch privat darüber unterhalten. Aber es wäre immer gut, wenn man sämtliche Ziffern hier tatsächlich zitieren würde.

Herr Präsident Schnell! Es gehört ja schon zum Standardprogramm des Unterrichtsbudgets und seiner Behandlung hier im Parlament, daß man immer in der Vergangenheit etwas herumwühlt, warum eine Schule nicht gebaut wurde oder wem das Verdienst für eine bestimmte Maßnahme im Rahmen des Schulgesetzwerkes 1962 zukommt oder nicht zukommt. Ich glaube, daß dieses Suchen nach Eigenlob die Öffentlichkeit eigentlich sehr wenig interessiert.

Ich habe kein Verständnis dafür, daß man die Dinge so darstellt: Alles, was gut ist in der Vergangenheit, wurde trotz der Mehrheit unter ÖVP-Ministern gemacht, und für alle Mängel, die aufgetreten sind, tragen nur die ÖVP-Unterrichtsminister die Verantwortung.

Jawohl, das ist das Echo auf Ihre Feststellung, Herr Präsident Schnell. Ich stehe gar nicht an, hier festzustellen, daß für die bildungspolitische Entwicklung in Österreich auch die Arbeiten solcher Persönlichkeiten wie Glöckel und Neugebauer, wenn auch von einem anderen Standpunkt her, von einer anderen Ideologie getragen, von Gewicht waren. Es ist keine Schande, auch den Beitrag des politischen Gegners anzuerkennen. Wir sollten uns da vor Einseitigkeiten zurückhalten. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Volkspartei braucht sich des Wiederaufbaues eines Hurdles und eines Kolb und der Leistungen des Schulgesetzwerkes 1962 eines Drimmel und auch der Leistungen eines Piffel im Allgemeinen Hochschulstudiengesetz mit all den Vorbereitungen für die Unterstützung in Form von Stipendien in keiner Weise zu schämen. (Beifall bei der ÖVP.) Wir anerkennen auch die Beiträge, die von

**Dr. Mock**

anderer Seite in der Diskussion gekommen sind.

Beschäftigen wir uns etwas mehr mit der Gegenwart und mit der Zukunft. Es gibt hier einige Fragen, die sehr wohl dramatisch sind.

Herr Bundesminister! Ein Problem herausgenommen: Sie haben vorhin — und auch einige andere Sprecher — zur Frage der Schulversuche Stellung genommen. Die Österreichische Volkspartei hat die Schulreform 1969 mit einem Geist der Offenheit und der Liberalität angetreten. Sie hat dafür bei den damaligen oppositionellen Abgeordneten, die Vertreter in der Schulreformkommission waren, bei den Abgeordneten Radinger, Zankl, Stella Klein-Löw, Verständnis und Kooperation gefunden.

Wir sind an die Frage der Schulversuche aufgeschlossen herangegangen. Wir haben die Auffassung vertreten, daß wir Schulversuche durchführen sollen über die ganze Bandbreite vorgeschlagener Modelle, Schulversuche in der Langform, Modelle der gesamten Schule und ihrer verschiedenen Ausformungen. Heute müssen wir feststellen, daß Vorschläge der Österreichischen Volkspartei, wie der Schulversuch im Rahmen der Langform, systematisch hintertrieben werden.

Herr Bundesminister! Ich habe diese Worte hier bewußt gewählt: Systematisch hintertrieben werden! Sie haben hier in der 4. Schulorganisationsgesetz-Novelle vom Juli 1971 den Gesetzesauftrag im § 6 Abs. 1:

In den allgemeinbildenden höheren Schulen sind Schulversuche zur Neugestaltung der Oberstufe und der achtstufigen Form der allgemeinbildenden höheren Schulen durchzuführen.

Bis heute gibt es kein Modell, wo dieser Gesetzesauftrag realisiert ist. Wir wissen aus den Verhandlungen, zum Beispiel im Kollegium von Wien, daß — und ich wiederhole mich, Herr Präsident Schnell — das systematisch hintertrieben wird. Systematisch! Es liegt eine 5. Schulorganisationsgesetz-Novelle vor, Herr Bundesminister. Ich sehe keine unbedingte Notwendigkeit, hier Beschlüsse zu fassen, wenn nicht einmal die 4. Schulorganisationsgesetz-Novelle realisiert worden ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Herr Bundesminister! Gehen wir nicht diesen Weg im Bereich der Schulpolitik — ich möchte Ihnen das nicht persönlich unterstellen, aber da müßten Sie sich gegen Ihre Berater und Mitarbeiter eben entsprechend zur Wehr setzen —, gehen wir hier nicht den Weg, wie er leider in vielen anderen Bereichen gegangen wird, wo es kaum mehr eine Zusammen-

arbeit zwischen den Oppositionsparteien und der Regierungspartei gibt. Ich erinnere an die Fragen der Landesverteidigung, an grundsätzliche Fragen der Sozialpolitik, an grundsätzliche Fragen der Währungs- und der Wirtschaftspolitik.

Wir sind bereit, an diesem gemeinsamen Unternehmen der Schulreform mitzutun. Aber Sie müssen als Bundesminister für Unterricht, so wie Ihr Vorgänger Gratz und so wie wir uns bemüht haben, die Voraussetzungen schaffen, daß man glauben kann an das gemeinsame Bemühen. Sie müssen glaubhaft sein, Herr Bundesminister. Wenn einzelne Modelle systematisch hintertrieben werden, dann bremsen Sie hiemit die Schulreform ab und stellen diese gemeinsame Arbeit in Frage.

Es ist das ein sehr ernstes Anliegen. Es ist das keine Fußnote in meinen Feststellungen. Es ist Ihr legitimes Recht und auch unser Interesse, auch mit der 5. Novelle zum Schulorganisationsgesetz die bildungspolitische Entwicklung voranzutreiben. Aber, Herr Bundesminister, nur unter der Bedingung, daß das, was einmal beschlossen wurde, auch fair und glaubhaft ausgeführt wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Im übrigen, Herr Bundesminister, sind heute eine Reihe von ganz konkreten Anliegen der Schulorganisation hier genannt worden, worunter die Schüler, die Eltern und auch die Lehrer sehr leiden.

Eine Schulreform, die langfristige Ziele hat, wird nur dann glaubhaft bleiben, wird nur dann die Mitarbeit der Eltern, vor allem auch der Lehrer finden, wenn sie begleitet ist von und wenn sie nur eine Ergänzung ist zu einer realistischen Schulpolitik der Gegenwart, wo die Eltern spüren, daß sich die Verhältnisse in diesen Jahren an der Schule konkret verbessern. Wenn die Eltern einmal nur mehr den Eindruck haben, daß von der Schule für das Jahr 2000, von den Schulreformergebnissen des Jahres 1980 gesprochen wird, daß sie aber hier keine Möglichkeit haben, eine wertvolle pädagogische Betreuung für die Kinder zu finden, daß ihre Kinder nicht die Möglichkeit haben, den Bildungsweg zu gehen, den sie sich wünschen, daß sie in baufälligen Schulen ihren Unterricht genießen müssen, ohne daß sich schrittweise — man verlangt keine Wunder, auch nicht von Ihnen — etwas bessert, dann wird auch die Schulreform ihre Glaubhaftigkeit in der Öffentlichkeit verlieren. Eine Schulreform, die bei Eltern und Lehrern nicht glaubhaft ist, ist von vornherein eine Totgeburt. (Beifall bei der ÖVP.)

**Dr. Mock**

Wenn ich hier, Herr Bundesminister, für eine undogmatische, für eine pragmatische Schulpolitik der Gegenwart plädiere, dann vor allem im Zusammenhang auch mit der Frage der Gesamtschule. Ich habe das vorhin genannt.

Es ist doch wirklich zu billig — bei aller Bedeutung, die dieser Frage zukommt —, wenn man das als Fetisch betrachtet, zur Lösung unserer bildungspolitischen Probleme, wenn man das als einziges Lösungsmittel betrachtet für eine verbesserte Chancengleichheit.

Die Verbesserung der Chancengleichheit, Herr Präsident Schnell, beginnt doch vor allem im vorschulischen Alter. Deswegen findet sich im ersten Bericht an das Parlament noch in der Zeit der OVP-Regierung über den Stand der Schulreform eine ausführliche Behandlung über die Entwicklung des Kindergartenwesens; obwohl ich weiß, daß das Landessache ist. Deswegen haben wir den Ausbau von Bildungsanstalten für Kindergärtnerinnen als Schwerpunkt erklärt. Dort müssen wir beginnen und den Eltern helfen, den Kindern stärkere Phantasie zu vermitteln, bessere sprachliche Ausdrucksfähigkeit vermitteln, wo das Kind durch soziale Unterschiede gehemmt ist, sei es, daß man aus dem Arbeitermilieu, sei es, daß man aus dem ländlichen Bereich kommt. Das sind konkrete Hilfen.

Hier steigert sich die Bildungschance für den einzelnen viel mehr als durch eine schulorganisatorische Umstrukturierung zwischen 10 und 14 oder zwischen 10 und 18 Jahren. Dort soll auch eine realistische Schulpolitik ansetzen.

Herr Bundesminister! Eine Senkung der Schülerhöchstzahl wäre doch von größtem pädagogischem Wert. Glauben Sie nicht, daß sich ein Lehrer viel leichter täte, der Erfolg seiner Arbeit viel größer wäre, wenn er statt einer Klasse mit 46 Schülern nur eine Klasse von 36 oder statt einer Klasse von 36 nur 28 Schüler zu betreuen hätte?

Ich weiß, daß das finanziell sehr viel bedeutet. Aber beschäftigen wir uns doch neben den langfristigen Problemen mit Maßnahmen, die kurzfristig den Eltern und den Schülern den Eindruck und die Überzeugung vermitteln, daß wir die Dinge wirklich verbessern wollen, und verträsten wir sie nicht nur auf einige Jahrzehnte.

In die normale Pflichtschule, fortführende Schule geht jeder einmal, und die Schüler haben in diesen siebziger Jahren nichts davon, wenn sie nur auf Verbesserungen der achtziger Jahre verträstet werden. Das, glaube ich,

Herr Bundesminister, ist ein sehr wichtiger Aspekt, den ich Ihnen sehr ans Herz legen möchte.

Abschließend nur eine kurze Bemerkung zur Frage der Auslandskulturpolitik. Der Herr Abgeordnete Peter hat ja heute begrüßt beziehungsweise den Wunsch zum Ausdruck gebracht, wenn ich richtig zitiere, daß man doch auch hier eine Bestandsaufnahme vornimmt, um diesen Bereich der kulturellen Auslandsbeziehungen dynamischer zu entwickeln, zu revitalisieren.

Herr Bundesminister! Ich darf Ihnen in Erinnerung rufen, daß es sehr ausführliche Unterlagen gibt, zum Beispiel der damaligen Sektion für kulturelle Auslandsbeziehungen: die Ergebnisse einer Kulturenquete über Ziele und Formen der Auslandskulturpolitik Österreichs, wo man unmittelbar mit konkreten Aktivitäten aufbauen kann.

Aber hier wäre es falsch, Ihnen allein die Verantwortung zu geben, da die Entwicklung eine so komplizierte ist und sich die Dinge so schwer in den Griff bekommen lassen. Denn hier hat einmal mehr eine rasche Entscheidung der Regierung Kreisky ... Ich bin sehr froh, daß gerade zu dieser Bemerkung der Herr Bundeskanzler uns wieder die Ehre gibt.

Hier im Bereich der Auslandspolitik, Herr Bundeskanzler, hat einer Ihrer raschen Entschlüsse sehr deutlich und sehr klar in eine Sackgasse geführt.

1966, Herr Bundeskanzler, war es zum erstenmal in den letzten 25 Jahren, daß man die Kompetenz für kulturelle Auslandsbeziehungen in einer administrativen Einheit zusammengefaßt hat, daß die Verwaltung dieser Agenden von einer Sektion, von einem Ministerium aus erfolgt ist. 1970 haben Sie die Verantwortung übernommen. Wir haben Ihnen damals gesagt: Wenn Sie unbedingt die Auffassung vertreten, das sollte zum Außenministerium kommen — für das Sie verständlicherweise ein besonderes Faible haben (*Abg. Dr. Kreisky: Sie auch!*) —, so könnten wir uns vorstellen, Herr Bundeskanzler, daß, wenn das schon nicht die beste Lösung ist, es immerhin die zweitbeste Lösung ist.

Nein, haben Sie gesagt. Man hat die schlechteste Lösung gewählt, man hat nämlich diese Sektion zerschlagen. Ein bißchen etwas ließ man dem Herrn Unterrichtsminister, ein bißchen etwas gab man der Frau Wissenschaftsminister — sie ist offensichtlich heute noch darüber erfreut, daß sie auch hier etwas mitarbeiten kann —, und mit dem Rest hat man den Herrn Außenminister bedacht.

**Dr. Mock**

Und jetzt sieht man — und das soll anerkannt werden, Herr Unterrichtsminister, was Ihre persönliche Äußerung in diesem Frühjahr betrifft —, daß es so nicht weitergehen kann und daß man nach zweieinhalb Jahren, wahrscheinlich im neuen Kompetenzgesetz, diese Dinge wieder zusammenfassen muß.

Eines besseren Beweises hätte es wohl nicht bedurft. Natürlich gab es zweieinhalb Jahre nur halbe Aktivitäten, gab es zusätzlichen Verwaltungsaufwand und ist heute die Forderung mit Recht in den Raum gestellt worden, das wieder zusammenzuführen, ist die Forderung nach neuen Aktivitäten im Bereich der kulturellen Auslandsbeziehungen aufgeworfen worden.

Ich kann Ihnen nur wünschen, Herr Bundesminister, daß Sie sich in dieser Frage durchsetzen und, was die allgemeine Bildungspolitik anbelangt, daß Sie bei der Linie bleiben, die uns in den letzten 20 und 25 Jahren kein mangelndes Bildungswesen geschaffen, aber einen steten Fortschritt gesichert hat; eine Bildungspolitik, die unmittelbar an den Nöten, an den praktischen Nöten der Schüler, der Lehrer und der Eltern orientiert ist, die gleichzeitig als Ergänzung eine langfristige Planung und eine langfristige Reform anstrebt.

Das eine ist kein Ersatz für das andere. Wir wollen eine realistische Bildungspolitik für heute und eine geplante, langfristig und gemeinsam konzipierte Bildungspolitik für morgen! (Beifall bei der OVP.)

**Präsident:** Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Wünscht die Frau Berichterstatter ein Schlußwort? — Nicht der Fall.

Damit ist die Aussprache über die Beratungsgruppe VI beendet.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über diese Gruppe.

Es liegt ein Abänderungsantrag der Abgeordneten Dr. Eduard Moser und Genossen zum finanzgesetzlichen Ansatz 1/12236 vor.

Ich lasse daher zunächst über diesen Absatz abstimmen und bitte jene Damen und Herren, die dem Ansatz 1/12236 samt dem dazugehörigen Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlags in der Fassung des Abänderungsantrages der Abgeordneten Dr. Eduard Moser und Genossen ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Ansatz 1/12236 in der Fassung der Regierungsvorlage abstimmen und bitte jene Damen und Herren, die diesem

Ansatz samt dem dazugehörenden Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlags in dieser Fassung zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Ich lasse nunmehr über die Beratungsgruppe VI mit Ausnahme des Ansatzes 1/12236, über den bereits entschieden wurde, abstimmen und bitte jene Damen und Herren, die den Kapiteln 12 und 13 mit dem dazugehörenden Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlags in der Fassung der Regierungsvorlage — ausgenommen den genannten Ansatz — ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Über die zu dieser Beratungsgruppe eingebrachten Entschließungsanträge wird gemäß § 51 der Geschäftsordnung nach der dritten Lesung abgestimmt werden.

#### **Beratungsgruppe XIV**

##### **Kapitel 14: Wissenschaft und Forschung**

**Präsident:** Wir gelangen nunmehr zur Spezialdebatte über die Beratungsgruppe XIV.

Spezialberichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ing. Scheibengraf. Ich bitte um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter Ing. **Scheibengraf:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich erstatte namens des Finanz- und Budgetausschusses den Spezialbericht zu Beratungsgruppe XIV, Kapitel 14: Wissenschaft und Forschung.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat das Kapitel 14: Wissenschaft und Forschung.

schließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag) des Bundesvoranschlags für das Jahr 1973 in seiner Sitzung am 8. November 1972 in Verhandlung genommen.

In dem von der Bundesregierung vorgelegten Bundesvoranschlag 1973 ist für das Wissenschafts- und Forschungsbudget (Kapitel 14) ein Gesamtausgabenrahmen von 4.000.604.000 S vorgesehen. Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1972 von 3.332.587.000 S ergibt sich dadurch eine 20,04prozentige Steigerung.

Hievon entfallen auf den Personalaufwand 1.722.781.000 S (1972: 1.408.713.000 S) und auf den Sachaufwand 2.277.823.000 S (1972: 1.923.874.000 S). Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1972 ist im Personalaufwand eine 22,29prozentige Steigerung, im Sachaufwand eine Erhöhung von 18,40 Prozent zu verzeichnen.

**Ing. Scheibengraf**

Der Anteil des Wissenschafts- und Forschungsbudgets am Gesamtbudget des Bundes beträgt 2,88 Prozent, wogegen der Anteil am Gesamtbudget 1972 2,71 Prozent betrug.

Personalaufwand: Die um 314,068.000 S erhöhten Ansätze auf dem Personalsektor halten sich in einem notwendigen Rahmen und sind zu einem Teil durch die allgemeine Gehaltsregelung bedingt, dienen aber zu einem wesentlichen Teil einer echten Personalvermehrung im Dienste der Wissenschaft, um den dringenden Bedarf, insbesondere der Hochschulen, befriedigen zu können.

Der Gesamtpersonalstand im Rahmen des Kapitels 14 wurde von 12.336 um 508 auf 12.844 erhöht.

So konnten im einzelnen zum Beispiel auf dem Hochschulektor einschließlich der Kunsthochschulen 59 neue Lehrkanzeln dienstpostenmäßig veranschlagt werden. Durch Umwandlung von Assistentenposten sind 150 neue außerordentliche Professorendienstposten gemäß § 10 a Hochschulorganisationsgesetz geschaffen worden.

Sachaufwand: Eine weitere Vermehrung erfuhren die beiden Forschungsfonds, und zwar der Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung mit 120,625.000 S (1972: 99,000.000 S), das ist eine Steigerung von 21,84 Prozent, und der Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft mit 154,400.000 S (1972: 128,700.000 S), das ergibt eine 19,97prozentige Steigerung.

Die weiteren Forschungsansätze erfuhren durchwegs beträchtliche Erhöhungen. Der Ansatz 1416 — „Forschungseinrichtungen“ erreicht nun einen Gesamtausgabenrahmen von 51,627.000 S, das entspricht einer 13,99prozentigen Steigerung gegenüber den Budgetansätzen des Jahres 1972. Der Ansatz 1417 — „Österreichische Akademie der Wissenschaften und ihre Forschungsinstitute“ erfuhr eine 26,36prozentige Steigerung auf 62,757.000 S. Für den Ansatz 1418 — „Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation“ sind nun 72,740.000 S vorgesehen, was einer 5,41prozentigen Steigerung entspricht. Ein neuer Ansatz 1419 — „Forschungsunternehmen“ ist mit 2,895.000 S dotiert worden.

Für die Bedürfnisse der wissenschaftlichen Hochschulen (Budgetansätze 1410, 1420, 1421) sind im Sachaufwand 1.544,404.000 S gegenüber 1.283,893.000 S im Jahre 1972 vorgesehen. Diese beträchtliche Steigerung ergibt einen Prozentsatz von 20,29 Prozent.

Die Steigerung der Aufwandskredite des Hochschulansatzes beträgt 20,08 Prozent und dient vor allem den Unterrichts- und For-

schungserfordernissen. Eine weitere Erhöhung der Kredite für Großrechenanlagen und Rechenzentren hat ebenfalls Auswirkungen auf den Ausbau der Forschungstätigkeit der wissenschaftlichen Hochschulen.

Für den weiteren Neubau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien wurde eine 46,91-prozentige Steigerung der Kredite auf 173,800.000 S erzielt.

Um mit dem wissenschaftlichen Fortschritt mitzuhalten, muß auf den Ausbau der wissenschaftlichen Bibliotheken besonderer Wert gelegt werden. Die Anlagenkredite konnten bei diesem Ansatz um 58,77 Prozent auf 8,521.000 S angehoben werden.

Ein neuer Ansatz wurde für die „Bundesstaatliche Hauptstelle für wissenschaftliche Kinematographie“ ins Leben gerufen.

Um für die steigenden Hörerzahlen der Kunsthochschulen auch räumliche Voraussetzung zu schaffen, wurde der Ansatz für Anlagenkredite auf 10,238.000 S erhöht, das entspricht einer 21,09prozentigen Steigerung.

Die Ansätze für die Museen und das Bundesdenkmalamt erfuhren ebenfalls eine Steigerung der Sachaufwandskredite von 10,63 Prozent beziehungsweise 13,96 Prozent auf 32,314.000 S und 36,972.000 S.

Die Mittel für den Hochschulbau sind für das Jahr 1973 mit 418,260.000 S fixiert worden gegenüber 409,400.000 S im Jahre 1972.

Im Konjunkturausgleich-Voranschlag sind für das Jahr 1973 333,604.000 S vorgesehen.

An der Debatte, die sich an die Ausführungen des Spezialberichterstatters anschloß, beteiligten sich die Abgeordneten Dr. Blenk, Dr. Scrinzi, Radinger, Dr. Gruber, Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer, Blecha, Dr. Ermacora, Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Dr. Eduard Moser, Dr. Heinz Fischer und Dr. Kaufmann.

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg beantwortete eingehend die an sie gerichteten Fragen.

Bei der Abstimmung am 16. November 1972 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze des Kapitels 14 unverändert angenommen.

Der von den Abgeordneten Blecha, Sandmeier und Dr. Broesigke vorgelegte Entschlie-  
bungsantrag wurde einstimmig angenommen.

Somit stellt der Finanz- und Budgetausschuß den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

1. Dem Kapitel 14: Wissenschaft und Forschung (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag) des Bundesvoranschlages für das

**Ing. Scheibengraf**

Jahr 1973 (460 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

2. Die dem Ausschlußbericht beigedruckte Entschliebung wird angenommen.

Ich beantrage weiters, in die Spezialdebatte einzugehen.

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Broesigke.

**Abgeordneter Dr. Broesigke (FPÖ):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir Freiheitlichen haben immer eine besonders nahe Beziehung zu den Problemen von Wissenschaft und Forschung gehabt, weil wir der festen Überzeugung sind, daß dies ein Gebiet ist, auf dem Österreich eine Bedeutung gewinnen kann, die weit über seine räumliche und zahlenmäßige Größe hinausgeht. Wir haben aus diesem Grunde auch unsere Zustimmung gegeben, als für Wissenschaft und Forschung ein eigenes Ministerium errichtet wurde, und wir haben in den vergangenen Jahren diesem Budgetkapitel stets zugestimmt. Wir haben auch, wie ich hinzufügen möchte, bei der Abstimmung im Ausschuß diesem Budgetkapitel zugestimmt.

Seit dieser Zeit sind aber Ereignisse eingetreten, die uns veranlassen, uns die Frage vorzulegen, ob nicht auf unseren Hohen Schulen Dinge im Gange sind, für deren Bekämpfung von der Ressortleitung nicht die notwendige Energie aufgewendet wird, obwohl uns ja die Erscheinungen an Hohen Schulen des Auslandes stets warnend vor Augen stehen müssen. Ich spreche im einzelnen von den skandalösen Vorfällen des 14. Dezember 1972. Es ist vielleicht erforderlich, hier etwas in die Vorgeschichte einzugehen.

Es hat die „Örtliche Burschenschaft Wien“ für den 22. 11. 1972 einen Vortrag angekündigt, bei dem unser Fraktionskollege Doktor Scrinzi sprechen sollte. Weil über diese Dinge vielfach falsche Darstellungen kursieren, ist es notwendig, den Text der Einladung hier zur Kenntnis zu bringen. Sie lautet:

„Die Problematik des Kärntner Ortstafelstreites ist aus Zeitungsmeldungen grobflächig bekannt. Doch es scheint uns wesentlich, über die von Emotion und Polemik beherrschten Presseberichte hinausgehend, die Hintergründe dieser Auseinandersetzung auszuleuchten: Wie weit sind die aus dem Staatsvertrag resultierenden Verpflichtungen gegenüber der slowenischen Minderheit erfüllt? Gibt es einen Terror gegen die Slowenen? Wie verhält es sich mit der jugoslawischen Intervention? Wie stark ist die slowenische Minderheit? Darüber spricht Nationalrat Dr. Scrinzi zum Thema: Kärntner Ortstafelstreit.“

Ich habe es für notwendig gehalten, diese Einladung vorzulesen, um zu zeigen, daß in der Textierung wohl niemand irgendeine Provokation, irgendeinen aggressiven Ton oder dergleichen finden konnte. Ich muß deshalb besonders auf diesen Umstand hinweisen, weil es leider in der Berichterstattung über die Ereignisse an der Universität Wien so dargestellt wurde, als hätte es dort Auseinandersetzungen zwischen Linksextremisten und Rechtsextremisten gegeben, wobei die Veranstalter dieses Vortrages als Rechtsextremisten eingestuft wurden. Eine derartige Wertung ist aber keineswegs am Platz.

Auch hier muß man einiges eindeutig feststellen: Die Burschenschaft ist die älteste Freiheitsbewegung auf akademischem Boden. Sie konnte erst entstehen, als nach der Schlacht bei Solferino der Absolutismus in diesem Land zu Ende ging. Sie wurde in der Zeit des Nationalsozialismus aufgelöst beziehungsweise zur freiwilligen Auflösung gezwungen und konnte erst nach der Errichtung der Zweiten Republik wieder erstehen. Wer diese Tatsachen nicht zur Kenntnis nimmt, der handelt entweder in grober Unwissenheit oder er handelt böswillig. Man kann sich aussuchen, welche Deutung man für zweckmäßig hält.

Es ist also keine Rede davon, daß dort auf der einen Seite das Lager der Rechtsextremisten und auf der anderen jenes der Linksextremisten bestand, sondern es handelte sich um eine Veranstaltung, die von einem demokratischen Verein veranstaltet wurde, mit einem frei gewählten Abgeordneten dieses Hauses als Redner.

Das Echo auf diese Einladung klang etwas anders. Schon die Überschrift lautet: „Die Pläne der Reaktion durchkreuzen.“ Das heißt, eine Aufforderung zu entsprechendem Handeln, um den Vortrag zu verhindern. Aus dem Text:

„Heute abend haben Burschenschaften mit dem Thema ‚zum Kärntner Ortstafelgesetz‘ eine Hörsaalveranstaltung angekündigt. Redner ist niemand anderer als der berühmte Erbguttheoretiker, der FPÖ-Abgeordnete Scrinzi. Dessen Blut- und Bodentheorie läßt keinen Zweifel aufkommen, was der hauptsächlichste Zweck dieser Veranstaltung sein soll: Auch in Wien mit der organisierten Hetze gegen die slowenische Minderheit in Kärnten zu beginnen, um der dortigen chauvinistischen Bewegung Rückhalt zu verleihen. Es gibt hier in Wien keine Slowenen, die diese Brüder terrorisieren könnten, aber es gibt einiges zu tun, um der geplanten ‚Minderheitenfeststellung‘ in Kärnten im ganzen Bundesgebiet propagandistische Hilfe zu leisten.“

**Dr. Broesigke**

Und weiter heißt es: „Wenn wir gegen diese schwärzeste und braune Reaktion auftreten, darf das nie verschleiern, daß die Hauptgefahr für die Arbeits- und Lebensbedingungen sowie für die politischen Rechte der Massen heute von der SP-Regierung als der staatlichen Agentur der Bourgeoisie ausgeht, daß diese (und nicht die NDP) die Angriffe der Bourgeoisie vorträgt. Die SP ist die Hauptreaktion, von ihr geht die Hauptgefahr aus. Wer das vertuscht, macht sich selbst zum Handlanger der Bourgeoisie und arbeitet der Reaktion in die Hände.“

Das Ergebnis dieses Aufrufes war, daß bei jener Veranstaltung der Abgeordnete Scrinzi nicht zum Worte kam, weil er durch dauerndes Gebrüll und Sprechchöre von Leuten, von denen erst zu untersuchen wäre, ob sie überhaupt Studenten sind, daran gehindert wurde.

Dessen hat man sich auch nach der Veranstaltung offen gerühmt. Es heißt in einem neuerlichen Flugblatt:

„Mittwoch abends versuchten Burschenschaften auf der Universität eine Veranstaltung mit dem Thema ‚zum Kärntner Ortstafelgesetz‘ durchzuführen. Als Hauptreferent sollte der berüchtigte Erbguttheoretiker und FPÖ-Abgeordnete Scrinzi auftreten. Die Linke beschloß darauf, diesem reaktionären Treiben nicht tatenlos zuzusehen. In einer Einheitsfrontaktion, die von MLS und GRM organisiert wurde, trat man der Reaktion entgegen. Durch Mobilisierung von einigen hundert Studenten konnte Scrinzi nicht auch nur ein einziges Wort von seiner Blut- und Bodenphilosophie von sich geben. Es gab eine richtiggehende Umfunktionierung.“

Und weiter: „Unser scharfes Auftreten gegen die rechtsradikalen Gruppierungen heißt nicht, daß wir der parlamentarischen Vorgangsweise der SPÖ mehr Sympathie entgegenbringen. Deren Manöver aufzuzeigen wird in Zukunft vielmehr die Hauptaufgabe sein.“

Es ist wohl verständlich, daß nach dieser mißlungenen Veranstaltung der Versuch unternommen wurde, den Vortrag doch durchzuführen. Als das bekannt wurde, kam es wieder zu einigen Flugblättern, von denen ich nur die Stellen, wo dazu aufgerufen wird, eine Diskussion zu verhindern und Gewalt zu üben, hervorheben möchte. Denn das scheint mir das Entscheidende an diesen Vorgängen zu sein.

Dementsprechend heißt es auch als Überschrift: „Heute abend ... wiederum die Pläne der Reaktion durchkreuzen!“ Es wird wieder darauf hingewiesen, daß an diesem Abend

Dr. Scrinzi spricht, wobei wieder die üblichen Beschimpfungen nicht ausbleiben können, und es heißt in diesem Flugblatt weiter:

„Der reaktionäre Vorstoß, der in Kärnten hauptsächlich vom Kärntner Heimatdienst getragen und von der FPÖ und ÖVP politisch unterstützt wird, dient der weiteren Verhetzung der Arbeiterklasse und des Volkes, erneut wird von ihnen das Geschrei über die Gefahr, die für die Südgrenzen der ‚Kärntner Heimat‘ droht, erhoben, um gerade den jetzigen verstärkten Angriff der Bourgeoisie auf die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse und des Volkes zu verschleiern.“

Aber die Hauptangriffe seitens der Bourgeoisie werden heute auf staatlicher Ebene von der Sozialdemokratie in Regierungs- und ÖGB-Spitze vorgetragen, sodaß von ihnen heute die Hauptgefahr für die Arbeits- und Lebensbedingungen und die politischen Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes ausgeht. Der Angriff auf die Rechte der slowenischen Minderheit soll nun unter dem Deckmantel der ‚Information‘ auch in der Wiener Öffentlichkeit vorangetrieben werden. Es kann für uns deshalb nicht darum gehen, mit den chauvinistischen Hetzern ‚sachlich‘ zu diskutieren, sondern diese Hetze von vornherein zu verhindern.“

In dieser Lage konnte auch der VSSÖ nicht untätig bleiben, und brachte auch ein Flugblatt heraus, und zwar mit der Überschrift: „Verhindern wir gemeinsam die neuerliche faschistische Provokation“. Dort heißt es:

„Für jene Kräfte, die den Rechten und Freiheiten der Mehrheit der Bevölkerung den Kampf angesagt haben und in Kärnten bereits daran gehen, sie nicht mehr zu beachten, kann es keine Toleranz geben. Dafür zeugen die zahlreichen historischen Erfahrungen mit ähnlichen Bewegungen!“

Bereits einmal hat es der RFS gewagt, gemeinsam mit der NDP — nebenbei bemerkt, frei erfunden — „und seiner Vorfeldorganisation, den Burschenschaften“ — ich gebe jetzt alle grammatikalischen Fehler, die dieser künftigen Elite unterlaufen sind, wieder — „an unserer Hochschule eine Veranstaltung zur Propagierung der faschistischen Umtriebe in Kärnten durchzuführen. Dabei hätte einer der antislowenischen Haupteinpeitscher, der rassistische FP-Abgeordnete Scrinzi, reden sollen. Damals hat ihnen das geschlossene Auftreten antifaschistischer Studenten einen Strich durch die Rechnung gemacht ...“

„Diesen antidemokratischen Kräften, welche einer verbrecherischen Politik huldigen, mit der Österreich bereits einmal in eine Kata-

**Dr. Broesigke**

*strophe geraten ist, gilt es mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten, um ihr weiteres Aufkeimen zu unterbinden. Wir rufen deshalb alle demokratisch gesinnten Kollegen auf, der braunen Brut eine deutliche Abfuhr zu erteilen!"*

Soweit die Blütenlese aus diesen verschiedenen Schriftstücken. Das hat eine entsprechende Ernte hervorgebracht.

Was am 14. Dezember im Hörsaal 2 geschehen ist, hat wohl am besten die Zeitung „Die Presse“ in wenigen Worten zusammengefaßt. Sie schrieb in der Samstag-Sonntag-Nummer vom 16./17. Dezember 1972:

„Zu den Zusammenstößen war es gekommen, weil mehrere hundert Anhänger des Verbandes sozialistischer Studenten sowie linker Splittergruppen eine von der ‚örtlichen Burschenschaft Wien‘ veranstaltete Diskussion mit dem FP-Abgeordneten Scrinzi über den Kärntner Ortstafelstreit verhindern wollte. Bereits vor einigen Wochen war eine von den gleichen Veranstaltern ebenfalls mit Abgeordneten Scrinzi geplant gewesene Diskussion unter dem Druck der Linksgruppen abgesagt worden. Diesmal hatten sich den rund hundert Studenten, die an der Diskussion im neuen Institutsgebäude teilnehmen wollten, mehrere hundert Linksstudenten gegenübergestellt, die mit Schlagstöcken, Schlagringen, zum Teil mit Helmen ausgerüstet waren. Obwohl Polizei anwesend war und auch Rektor Prof. Winkler am Schauplatz erschien, kam es zu schweren Schlägereien, in deren Verlauf mehrere der Veranstalter erheblich verletzt wurden. Die Diskussion wurde neuerlich abgesagt, am Inventar des Foyers und des Couloirs im neuen Institutsgebäude entstand beträchtlicher Sachschaden.“

Dem wäre hinzuzufügen, daß die Betroffenen — nennen wir sie Demonstranten — versuchten, sich gewaltsam Eingang in den Hörsaal II zu verschaffen. Als sie feststellten, daß die mitgebrachten Gerätschaften nicht ausreichten, demolierten sie zuerst die Plakatständer, die vor dem Hörsaal standen, gingen dann in den Gang nach hinten und zertrümmerten das Mobiliar, um auf diese Weise Sesselfüße zu bekommen, womit sie auf die Teilnehmer der Veranstaltung einschlugen. Die Polizei sah sowohl der Zertrümmerung des Mobiliars als auch den tätlichen Auseinandersetzungen tatenlos zu und begnügte sich damit, den Eingang abzuriegeln und in der Folge dann den Besuchern, die in den Hörsaal 2 gekommen waren, das Verlassen des Institutsgebäudes zu ermöglichen.

Über diese Haltung wird im Zusammenhang mit der Debatte über den Sicherheitsbericht

noch Verschiedenes zu sagen sein. Ich beschränke mich hier nur auf das, was zum Thema Wissenschaft und Forschung zu sagen ist.

Was sagte nun dazu — ich zitiere wieder die Zeitung „Die Presse“ — die Frau Bundesminister? — Es heißt dort:

„Frau Firnberg meinte, man hätte eben nicht ein zweites Mal versuchen sollen, die umstrittene Veranstaltung auf Hochschulboden durchzuführen, da sich ja schon beim ersten Mal gezeigt habe, daß man auf Widerstand stoßen werde. ‚Man kann ja solche Veranstaltungen auch in einem Wirtshaus abhalten!‘ Es sei immer schlecht, mit dem Kopf durch die Wand rennen zu wollen.“

Das ist genau der Punkt, wo sich die Geister scheiden. Es gibt in Österreich ein verfassungsmäßig gewährleistetes Recht der Freiheit der Meinungsäußerung. Es gibt ein Versammlungsrecht. Beide sind durch diese Ereignisse gröblich verletzt worden. An sich müßte dieses Haus ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit empört aufstehen, wenn es einem Abgeordneten auf diese Weise unmöglich gemacht wird, einen Vortrag zu halten! (*Zustimmung bei FPÖ und ÖVP.*)

Hohes Haus! Wir sind unbedingt für Toleranz. Wir sind auch für eine sehr weite Auslegung des Begriffes Toleranz, weil man ja dem politischen Gegner niemals absprechen kann, daß er es vielleicht gut meint und man immer zur Kenntnis nehmen muß, daß andere eben eine andere Meinung haben.

Aber in einem Punkt, Frau Bundesminister, gibt es keine Toleranz, das ist gegenüber der Gewalt! (*Zustimmung bei FPÖ und ÖVP.*) Und hier ist nun die Leitung des Ressorts dafür verantwortlich, daß an unseren Hohen Schulen nicht das stattfindet, was wir vielfach im Ausland vorfinden, daß die demokratische Diskussion durch die offene Gewalt ersetzt wird! (*Neuerliche Zustimmung bei FPÖ und ÖVP.*) Denn diese Leute ... (*Zwischenruf des Abg. L a n c.*) Wie es in Dänemark war, das ist wohl eine andere Frage. (*Abg. B l e c h a:* Auch am vergangenen 14. Dezember!) Ja ich weiß nicht, warum Sie sich so aufregen, wenn wir besprechen, was in Österreich stattfindet. Ich habe absichtlich die Entwicklung so ausführlich geschildert. Ich habe Ihnen die Flugblätter vorgelesen, in denen zur Gewalt aufgerufen wurde; und dafür gibt es keine Entschuldigung, wer immer es macht! (*Zustimmung bei FPÖ und ÖVP.*) Und Sie sind auch ... (*Zwischenrufe.*) Bitte? (*Abg. B l e c h a:* Sie haben etliche Flugblätter vergessen!)

**Dr. Broesigke**

Ich kann Ihnen noch eine ganze Reihe vorlesen, mit allem Drum und Dran. Ich habe hier eine Sammlung von Flugblättern. Ich habe nur die Stellen herausgenommen, aus denen sich folgender Wille klar ergibt: Nicht diskutieren, sondern die Diskussion verhindern. Und das, glaube ich, ist etwas, Herr Blecha, wofür es keine Verteidigung gibt, denn Demokratie heißt Diskussion. (*Neuerliche Zustimmung bei FPÖ und ÖVP.*) Und wenn einmal die Diskussion aufhört, dann werden eben die Möbel demoliert und dann wird eingeschlagen. Es ist ja kein Zufall, daß die, die die Diskussion verhindern wollten, keine Verletzten gehabt haben. Die Verletzten gab es merkwürdigerweise auf der Seite der „aggressiven Leute“ des RFS. Die haben vier Verletzte gehabt, und die Bilder in der Zeitung haben ja eine deutliche Sprache gesprochen.

Das ist also eine Entwicklung, die bedrohlich ist, eine Entwicklung, die ich in jedem Fall, wer immer zur Verhinderung einer Diskussion aufgefordert hat, wer immer zu Gewalttätigkeiten aufgefordert hat, als bedrohlich bezeichnen würde, eine Entwicklung, die an Österreichs Hohen Schulen nicht einreißen darf. Denn sonst, meine Damen und Herren, kann man in Wissenschaft und Forschung noch so viele Millionen hineinstecken, es ist alles vergeblich!

Wir sind für die Demokratie an der Hochschule, wir sind aber für die Demokratie an der Hochschule im Zusammenhang mit dem Hauptzweck der Hochschule, und dieser ist nicht die Politik, sondern Wissenschaft und Forschung. Nicht durch die Hochschulpolitik, sondern nur durch Wissenschaft und Forschung kann Österreich in der Welt Bedeutung gewinnen. Sie ist das Erstrangige, und sie gilt es in den Vordergrund zu stellen. Daneben müssen die demokratischen Rechte geschützt werden, aber die demokratischen Rechte aller, Frau Bundesminister!

Da kann man nicht sagen — ich weiß nicht, ob das die Zeitung so richtig wiedergegeben hat; aber Sie haben es ja nicht berichtet —: Da hätten wir die Veranstaltung halt woanders abhalten sollen! — Denn das kommt ja auf die Argumentation heraus, daß der Ermordete schuld ist, daß dann, wenn sich irgend jemand über eine Veranstaltung aufregt, sie sofort abgesagt und woanders oder gar nicht abgehalten werden kann. Das sind, wie ich glaube, Zustände, die hier nicht einreißen dürfen.

Daher frage ich Sie, Frau Bundesminister, namens der freiheitlichen Fraktion: Welche Maßnahmen sollen erfolgen wegen der Dinge, die hier geschehen sind? Wollen Sie sich am Ende schützend vor die Leute stellen, die

versucht haben, den Hörsaal II zu stürmen, oder sind Sie nicht doch der Meinung, daß hier die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden müssen? Denn die Hochschule ist nicht dazu da, die Veranstaltung Andersgesinnter mit Gewalt, mit Prügeln, mit Verletzungen zu stören, sondern die Hochschule ist dazu da, der Wissenschaft und der Forschung zu dienen, wie ich noch einmal betonen möchte.

Daher unsere Frage: Was beabsichtigen Sie bezüglich des Vergangenen zu tun?

Daran anknüpfend unsere Frage: Was soll geschehen, damit in Zukunft ähnliche Dinge wie im Hörsaal II verhindert werden? Was beabsichtigen Sie diesbezüglich zu unternehmen?

Von der Beantwortung dieser Fragen wird es abhängen, ob wir diesem Budgetkapitel unsere Zustimmung erteilen. (*Beifall bei der FPÖ und Abgeordneten der ÖVP.*)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Bundesminister. Ich erteile es ihr.

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung **Dr. Hertha Firnberg:** Hohes Haus! Herr Präsident! Um Mißverständnisse und nicht ganz objektive Berichterstattungen auszuklammern und gleichzeitig dem Vorwurf entgegenzutreten, daß die Ressortleitung derartigen Vorkommnissen nicht energisch genug entgegentritt, möchte ich meine Stellungnahme dem Hohen Haus nicht verschweigen.

Ich möchte zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Broesigke zuerst einige grundsätzliche Feststellungen treffen.

Erstens: Nach wie vor und selbstverständlich verurteile ich jede Gewalt und jede Gewalttätigkeit, von wem immer und wo immer sie geübt wird. Das ist meines Erachtens kein Mittel, eine Diskussion zu ersetzen; dies ist eine Selbstverständlichkeit.

Ich habe diesen Standpunkt auch im Zusammenhang mit den Linken öffentlich und recht energisch bekannt. Ich bin gegen jeden Terror. Ich habe mich auch gegen die Linken gewendet und habe mich sehr wohl von ihnen distanziert. Wenn es noch eines anderen Nachweises bedürfte als meinen seinerzeitigen Ausspruch im Fernsehen, der nicht von allen sehr wohl aufgenommen wurde, so sind es die Flugblätter der Linken, die Sie, Herr Abgeordneter, selber zitiert haben. Ich glaube, Freund der Sozialisten und Freund des sozialistischen Ministers für Wissenschaft und Forschung sind die Leute, die das geschrieben haben, sicherlich nicht. Sie wissen, wo ich stehe.

Zum zweiten: Selbstverständlich — wie könnte es anders sein — bekenne ich mich

**Bundesminister Dr. Hertha Firnberg**

zur Meinungs- und zur Redefreiheit, und zwar ohne jede Einschränkung, dies nicht nur auf dem sogenannten akademischen Boden, sondern überall (*Beifall bei der SPÖ*), denn ich stehe so wie wir alle auf dem Boden der Bundesverfassung.

Zum dritten: Ich war dafür und ich bin dafür, daß in der Universität auch andere Veranstaltungen durchgeführt werden, daß die Universität geöffnet wird. Ich darf hinzufügen, daß mir deswegen schon ganz kräftige Vorwürfe gemacht worden sind.

Und zum vierten möchte ich, um ja keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, noch hinzufügen, daß diese Unruhe und diese Schlägerei am 14. Dezember gar nichts mit Hochschulreform und nichts mit Hochschulpolitik und schon gar nichts mit dem Universitätsorganisationsgesetz zu tun hat. Das liegt auf einer völlig anderen Ebene. (*Beifall bei der SPÖ*.)

Ich darf auch, Hohes Haus, einige Fakten anfügen, und zwar aus dem Bericht der Polizei, den ich erhalten habe und der folgendermaßen lautet:

„Am 14. 12. 1972, um 19 Uhr 30, sollte im Neuen Institutsgebäude der Universität Wien die am 20. 11. 1972 von politischen Gegnern gestörte Diskussion zum Thema ‚Ortstafelstreit in Kärnten‘ wiederholt werden. Der Abgeordnete zum Nationalrat Dr. Scrinzi sollte bei der Veranstaltung, die mit einem Flugblatt angekündigt wurde, sprechen. Seitens des VSSÖ wurde gleichfalls ein Flugblatt mit der Überschrift — Sie haben das zitiert — „Verhindern wir gemeinsam die neuerliche faschistische Provokation“ verbreitet.

Gegen 19 Uhr befanden sich im Vorraum des Hörsaales 2 zirka 50 Personen der örtlichen Burschenschaft beziehungsweise Angehörige des nationalen Lagers und etwa die gleiche Anzahl von politischen Gegnern, welche sodann versuchten, die Versammlungsteilnehmer am Zutritt zum Hörsaal 2 zu hindern. Der Saalschutz von einer Gruppe der Kameradschaft Babenberg versuchte dies zu verhindern, worauf es zu einer Schlägerei kam, in deren Verlauf der Aktivist der Kameradschaft Babenberg Karl Dworak ... mit einem Gummiknüppel auf die Gegner einschlug. Daraufhin zerlegten die Demonstranten die im Vorraum stehenden Plakatständer und schlugen mit Holzstücken bewaffnet zu.“

Nun wird geschildert, wie versucht wurde, den Hörsaal zu besetzen und so weiter und so fort — durchwegs Dinge, über die Sie berichtet haben.

Weiter heißt es hier:

„Im Einvernehmen mit dem Direktor der Rektoratskanzlei ... Dr. Kitzler ... wurde der Einsatz der Polizei angeordnet. Die Polizei kam dann und versuchte die Gegner zu trennen. Es gab“ — das ist richtig — „Verletzte, Platzwunden am Kopf, aber auch die gegnerische Gruppe“ — Herr Abgeordneter Doktor Broesigke — „soll gleichfalls einige Verletzte gehabt haben, die jedoch von ihren Gessinnungsfreunden versorgt worden sind.“

Es wird dann unter Polizeieinsatz der Abzug der einen Gruppe durchgeführt, und auch die anderen verlassen den Raum.

Völlig richtig: Nur ein Teil der Demonstrierenden und Veranstalter waren Studenten. Ein anderer Teil waren, wie die Polizei mitteilt, professionelle Demonstrierer.

Die Veranstaltung war nicht polizeilich gemeldet, aber sie war abgesprochen mit dem Rektor, wie es in solchen Fällen zu sein pflegt. Es war kein Polizeischutz, kein Polizeieinsatz vorgesehen, wohl aber ein Bereitschaftsdienst der Polizei für den Fall tätlicher Auseinandersetzungen. Der Rektoratsdirektor war es auch, der in Vertretung des Rektors die Polizei dann gerufen hat.

Herr Abgeordneter Dr. Broesigke! In der Universität ist der Rektor Hausherr, und der Rektor holt die Polizei, wenn er es für nötig hält. Es haben nach den Berichten alle Behörden völlig korrekt gehandelt; der Polizei wurde sogar für ihren Einsatz gedankt. So weit die Fakten.

Und dazu meine persönliche Stellungnahme, die, und das möchte ich betonen, keine Kritik am Rektor oder sonst irgend jemandem sein kann oder beinhaltet.

Herr Abgeordneter Dr. Broesigke! Eben weil ich gegen jede Gewalt bin und weil ich Schlägereien verabscheue und als keinen Ersatz für eine Diskussion halte, vor allem aber, weil ich die gemeinsame Bemühung, die weitere Ruhe an unseren Hochschulen zu erhalten, vorrangig stelle, halte ich das Risiko, das diese zweite Versammlung bedeutet hat, für zu groß. Das hat nichts mit Demokratie zu tun, das hat nichts mit der Redefreiheit zu tun, sondern ich habe das Risiko zu groß gefunden. Und ich bitte folgendes zu bedenken.

Die Hochschulen sind heute sehr empfindlich, sie spüren die Unruhe, es ist eine latente Unruhe zu spüren. Sie sind immer im Spannungsfeld, auch in Österreich. Und wenn es bisher keine Exzesse gegeben hat — und wir sind darauf sehr stolz, wir sind gelegentlich sogar etwas überheblich deswegen —, wenn es bisher keine wirklichen Exzesse gegeben hat, dann doch auch deswegen, weil alle Be-

**Bundesminister Dr. Hertha Firnberg**

teiligten — ich betone „alle Beteiligten“ — bemüht waren, die Ruhe an unseren Universitäten zu erhalten. Und das heißt, alles zu vermeiden, was bedeuten könnte, einen Funken ins Pulverfaß zu werfen. Diese Ruhe ist keine Selbstverständlichkeit, sondern sie ist das Ergebnis von sehr viel Takt, sehr viel Rücksicht, sehr viel Einsicht in die Situation. Ich bitte Sie, doch zu bedenken, wie oft Professoren manches erdulden bei Vorlesungen und Übungen, was man ihnen kaum zumuten kann. Und sie ertragen es, um die Ruhe zu erhalten.

Das Erhalten dieser Ruhe bedeutet Selbstverzicht, Verzicht auf formale, durchaus legitime Rechte, unbestrittene Rechte. Und meine Frage war: Ist das Bestehen auf einer zweiten Veranstaltung in der Universität dieses Risiko wert? Dieses Risiko einer Auseinandersetzung, das Risiko von Verletzten, ja vielleicht von Toten — wir haben es ja erlebt —, das Risiko einer möglichen Fortsetzung dieser Unruhen? Es muß ja nur einmal aufflammen, und wir wissen nicht, ob wir wieder die Ruhe herstellen können.

Ich bin kein Freund des Wortes von „Fiat justitia ...“ und so weiter. Michael Kohlhaas war niemals mein Leitbild, das gebe ich zu. Ich stelle nicht das formale Recht über alles, ich stelle Menschlichkeit über alles. Und so gut ich die Verärgerung begreifen kann und so sehr ich Ihren Standpunkt verstehe — es ist der Standpunkt vieler Ihrer Gesinnungsfreunde, der Standpunkt: Recht muß geschehen, geschehe was wolle —, mein Standpunkt ist es nicht. Für mich persönlich war die Antwort: Nein, nicht um jeden Preis diese Veranstaltung noch einmal in die Universität! Nicht beharren auf dem Recht, dort zu sprechen! Niemand bestreitet das Recht. Aber nicht beharren, sondern dem Frieden zuliebe, dem Frieden auf unserer Universität zuliebe schien es mir geboten, diese Risiken abzuwägen und im Interesse der Hochschulen auf dieses Risiko zu verzichten. Das ist meine Auffassung, und dazu bekenne ich mich.

Und ich bin mit dieser Auffassung nicht so ganz allein, denn ich lese zum Beispiel in einem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes: „Wenn auch die Sicherheitsbehörden grundsätzlich die Abhaltung ordnungsgemäß angezeigter Versammlungen zu gewährleisten hätten, so dürfe dabei das Interesse an der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und die Wahrung des öffentlichen Wohles doch nicht außer acht gelassen werden. Bei der entstehenden Pflichtenkollision muß die Behörde nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit prüfen, ob nicht die Abwendung

von Gefahren gegenüber dem Schutz einer Versammlung prävaliere.“

Was mich betrifft, Herr Abgeordneter Doktor Broesigke, Sie können mein Kredo hören: die Redefreiheit, die Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut. Aber für mich ist der Friede an den Hochschulen, die Menschlichkeit ein noch höheres. *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident:** Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Ermacora.

Abgeordneter Dr. **Ermacora** (OVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Frau Bundesminister! Sie haben in einer sehr wohl abgewogenen Weise zu den Fragen, die im Moment durch die Darstellung des Herrn Dr. Broesigke das Haus bewegen und die die interessierte Öffentlichkeit bewegen müssen, Stellung genommen. Ich habe Ihnen vor einer Viertelstunde das Gedächtnisprotokoll des Rektors der Universität Wien, Herrn Professor Winklers, übergeben. Ich möchte doch dieses Gedächtnisprotokoll, damit es hier in diesem Hause aktenkundig ist, kurz zur Kenntnis bringen und möchte anschließend ganz wenige, ebenso sachliche Bemerkungen machen, wie Sie sie im Moment abgegeben haben.

Ich darf das Gedächtnisprotokoll mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten zitieren. Es ist das Gedächtnisprotokoll, das Herr Professor Winkler über diese Vorgänge geschrieben hat:

„Am 14. Dezember 1972, 20 Uhr, planten die örtlichen Verbindungen freiheitlicher Studenten eine Veranstaltung gemeinsam mit dem Abgeordneten zum Nationalrat Doktor Scrinzi. Thema sollte das Kärntner Ortstafelproblem sein. Da diese Veranstaltung schon einmal abgebrochen werden mußte, weil linke Studentengruppen durch stundenlange Sprechchöre sowohl Vortrag als Diskussion verhinderten, war anzunehmen, daß auch dieses Mal Störungen zu gewärtigen sein werden. Interne Bemühungen, die örtliche Burschenschaft Wien von der Veranstaltung abzubringen, waren erfolglos geblieben. Wie üblich erfolgte daher ein Kontaktgespräch zwischen mir und Hofrat Hejkrlik vom Polizeipräsidium. Es wurde grundsätzlich vereinbart, die Polizei in Bereitschaft zu halten. Um 7 Uhr ließ mich Hofrat Dr. Kitzler benachrichtigen, daß mit ernstlichen Auseinandersetzungen zu rechnen sei. Ich verließ daher sofort meine Wohnung, begab mich zum Neuen Institutsgebäude. Dort befanden sich bereits mehrere Gruppen von meistens jungen Menschen. Der Hörsaal war von den Veranstaltern offensichtlich schon besetzt. An den Hörsaal Türen kam es auch zu den ersten Auseinandersetzungen, die in Tätlichkeiten mündeten. Als ich das Neue Institutsgebäude betrat, standen einander zwei

**Dr. Ermacora**

große Gruppen gegenüber, unter denen jeweils einige mit kurzen Holzstöcken bewaffnet waren. Linke Studenten trugen Holzstäbe, an denen ein rotes Fähnchen befestigt war. Ein freiheitlicher Student hatte eine lange Holzlatte in der Hand, und man sah auch andere Formen von Stöcken. Nach einer kurzen Lagebesprechung mit den Polizisten kam man überein, den Zugang zum Institutsgebäude abzuriegeln und niemanden mehr hineinzulassen, um nicht die in Kampfstellung bereiten Gruppen zu verstärken. Dann und wann kam es zum Gebrauch von Schlagstöcken, mehrere Studenten trugen ernstliche Verletzungen davon. Als die Studentengruppen wieder gegeneinander vorgingen und aufeinander einschlugen, stellte ich mich zwischen sie und es gelang mir, sie auseinander zu bringen.

In dieser Wartestellung kampfbereiter und sich selbst und einander in die Kampfsituation hineinsteigernden Gruppen begannen die ersten Vermittlungsgespräche. Gleichzeitig wurden Bemühungen unternommen, den Abgeordneten Scrinzi zu bitten, seinen Vortrag nicht zu halten. Als Scrinzi bekanntgab, daß er nicht kommen werde, ermächtigten mich die freiheitlichen Studenten zur öffentlichen Mitteilung, daß die Veranstaltung abgesagt sei. Diese Mitteilung genügte jedoch nicht zur Befriedigung. Die linken Studenten forderten den Abzug der freiheitlichen Studenten. Darüber wurde nach längerer Zeit schließlich erfolgreich verhandelt.

Diese Vorgänge spielten sich vor dem Eingang zum Hörsaal II ab. Dekan Professor Troger von der Philosophischen Fakultät war gleich mir bemüht, die Kämpfenden auseinanderzuhalten und zu überreden, nach Hause zu gehen. Unterdessen zerschlug jedoch eine andere Gruppe der linken Studenten die Einrichtung eines Vorraumes zum Bufett und bewaffnete sich vornehmlich mit Stuhlbeinen. Gleichzeitig begannen sie, die Bänke abzumontieren und auf einen Haufen zu werfen. Auch hier versuchte ich, vermittelnd einzuwirken und trat in ein Gespräch mit Herrn Dworak ein, der offensichtlich der Organisator der linken Gruppe war. Seine Forderung lautete: Abzug der freiheitlichen Studenten zuerst. Nach vielen Vermittlungsgesprächen zwischen mir und den Studenten und den Vertretern der Polizei, an deren Spitze Vizepräsident Dr. Reidinger, Generalinspektor Dr. Bögl und Hofrat Dr. Hejkrlik standen, gelang es uns, die freiheitlichen Studenten zum Abzug zu bewegen.

Während es im Gebäude zu Körperverletzungen und Sachbeschädigungen kam und auch die Scheibe einer Eingangstüre zerbrochen wurde, hatte sich vor dem Institutsgebäude

eine größere Studentenmenge angesammelt, die Einlaß in das Gebäude begehrte. Die Polizei erhielt daher Verstärkung und riegelte den Eingang zum Institutsgebäude ab. Dadurch wurden nicht nur größere Auseinandersetzungen verhindert, sondern auch der Abzug der freiheitlichen Studenten ermöglicht. Im Gebäude selbst hielten sich unbewaffnete Polizisten teils in Uniform, teils in Zivil auf. Polizeiliche Übergriffe sind nicht erfolgt, der Waffengebrauch unterblieb. Auch Schlagstöcke wurden nicht verwendet. Die Polizei beschränkte sich darauf, die Gruppen auseinanderzuhalten. Auch die vor dem Gebäude versammelten zum Einsatz bereiten Polizisten unterließen alle Aktivitäten, die zu Tötlichkeiten hätten führen können. Verhaftungen sind nicht erfolgt.

Obwohl schließlich die rivalisierenden Gruppen getrennt werden konnten und einigermaßen friedlich nach Hause gingen, wurde doch der Universitätsfrieden erheblich gestört. An Stelle der Diskussion wurde die Macht der Mehrheit demonstriert. Unter Parolen 'Rot Front', 'Volles Recht für die Slowenen' und dem Absingen der Internationale sowie durch Reden aus Anlaß der Demonstration hatten sich die linken Studenten in einen starken Erregungszustand versetzt, eine blutige Schlägerei war jederzeit zu erwarten. Obwohl sie schließlich unterblieb, bleibt doch die betrübliche Tatsache eine Realität, daß die freie geistige Auseinandersetzung auf Universitätsboden einen echten Tiefschlag erlitten hat. Eine Studentengruppe verhinderte eine andere mit Gewalt, über ein politisches Thema zu diskutieren. Dieser Vorfall ist sicher einmalig in der jüngeren Universitätsgeschichte. Bedauerlich ist des weiteren, daß sich beiden Studentengruppen Personen zugesellt hatten, die nicht Studenten waren und zur Eskalation der Situation beizutragen versuchten.

Ich verließ das Institutsgebäude als einer der letzten, dankte der Polizei für ihr vorbildliches Verhalten. Der Gang des Institutsgebäudes war ein Trümmerfeld von Einrichtungsgegenständen und zeigte die Spuren des Kampfes. Von der Polizei wird die Schadenssumme zwischen 40.000 und 50.000 S beziffert.

Rektor Professor Dr. Günther Winkler

Wien, am 15. Dezember 1972."

Soweit der Bericht des Rektors der Universität Wien. Ich will Sie nicht mehr länger belästigen, ich habe auch den Bericht des Rektoratskanzleidirektors über die Vorkommnisse, ich möchte das aber hier nicht verlesen.

**Dr. Ermacora**

Ich möchte nun zu zwei Bemerkungen Stellung nehmen, Frau Bundesminister, die Sie gemacht haben. Sie haben in der Fernsehdiskussion, wenn ich das richtig verstanden habe, bei den möglichen Ausschreitungen von 2 Prozent gesprochen. Frau Bundesminister! Ich verurteile ebenso wie Sie oder Sie verurteilen ebenso wie ich die Anwendung von Gewalt. Aber mit diesen 2 Prozent, Frau Bundesminister, steht Ihr Satz von Menschlichkeit über alles und nicht das Recht — an sich ein ungemein bedenklicher Satz, das möchte ich hier anmelden —, steht an sich der erste Gedanke, nämlich Menschlichkeit über alles, in Widerspruch, denn diese 2 Prozent sind Menschen, die in Unruhe und in Angst sind, und diesen Menschen muß geholfen werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte zweitens hervorheben: Ich halte im konkreten Falle Ihre Aussage, die Diskussion in das Gasthaus zu verlegen, möglicherweise nun wirklich für eine Lösung der Klugheit oder des Pragmatismus. Das begreife ich durchaus. Aber ich hoffe nur, Frau Bundesminister, wenn an der Hohen Schule im akademischen Lehrbetrieb eine solche Situation eintritt, daß Sie hier nicht mit diesem Risiko rechnen mögen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Frau Bundesminister! Ich möchte jetzt zu meinem eigentlichen Beitrag zu dem Budgetkapitel kommen. Ich möchte eine persönliche Bemerkung voraussetzen, weil ich ja doch aktiv im Personalstand Ihres Hauses und daher von Ihnen letztlich nicht ganz unabhängig bin. Ich würde aber mein Amt hier falsch verstehen, wollte ich bei aller Hochschätzung Ihrer Persönlichkeit mit meiner Kritik an der Gestaltung dieses Budgets zurückhalten.

Herr Minister Broda hat vor einer Woche auf eine Kritik von mir geantwortet, er wolle, daß eine Kritik vollständig sei. Frau Bundesminister! Ich möchte versuchen, diese vollständige Kritik, soweit aus meinen Unterlagen mir diese zu ermitteln möglich ist, zu geben. Ich möchte, bevor ich aber zu dieser Frage der vollständigen Kritik komme, Sie auf drei Fragen aufmerksam machen, die ich gemeinsam mit anderen Abgeordneten, Herrn Dr. Blenk, Herrn Dr. Mock, in Entschließungsform kleiden möchte. Ich möchte Sie also auf drei Fragen aufmerksam machen, die deshalb so bedeutsam sind, weil sie mit der von der Regierungspartei in diesen zwei Wochen immer wieder hervorgehobenen Erfüllung des Regierungsprogramms und weil sie mit der Modernität dieser Hochschulpolitik eng zusammenhängen. Ich darf diese drei Fragen ganz kurz herausstellen; sie sind für die Öffentlichkeit nicht ohne Interesse.

Das eine Problem betrifft das Problem der Ausschreibung. Es war das Verdienst dieser Parlamentsfraktion in dem Wissenschaftsausschuß, über das Hochschul-Organisationsgesetz beziehungsweise seine Novelle die öffentliche Ausschreibung in diese Hochschul-Organisations-Novelle einzubauen. Wie sieht aber nun die Praxis mit dieser öffentlichen Ausschreibung der verschiedenen Dienstposten aus?

Wir haben da einmal die Bezahlung der Ausschreibung, und wir haben auf der anderen Seite die Technik der Ausschreibung. Was die Bezahlung angeht, so wurde in einem Erlaß aus dem Jahre 1970 ursprünglich erklärt, daß in der „Österreichischen Hochschulzeitung“, im „ibf“ und natürlich in der „Wiener Zeitung“ veröffentlichte Ausschreibungen vom Ministerium bezahlt werden sollen. Heute wird lediglich die Ausschreibung in der „Wiener Zeitung“ und in dem Verordnungsblatt der zuständigen Ministerien bezahlt. Obwohl, Frau Bundesminister, Ihnen und den Herren Ihres Hauses bekannt sein muß, daß die öffentliche Ausschreibung in der „Österreichischen Hochschulzeitung“ und im „ibf“ sicherlich für den ausländischen Interessenten weitaus größere Transparenz ermöglicht, selbstverständlich auch größere Transparenz für den inländischen Interessenten ermöglicht, insbesondere da das Verordnungsblatt, von dem immer wieder die Rede ist, zum Beispiel für den Monat Dezember bis zur vorigen Woche noch nicht ausgeliefert war. Ich möchte aber dann zeigen, welche Schwierigkeiten die Ausschreibungspraxis aufwirft. Die bisherige Praxis hat bewiesen, daß es nach normalem Verwaltungsablauf der Ausschreibung bei einer Assistentenstelle — ich weise jetzt zum Beispiel auf die knapp vor dieser Budgetdebatte vorgenommenen Ausschreibungen am 13. Dezember im Amtsblatt zur „Wiener Zeitung“ hin — etwa sechs Monate dauert, bis ein Assistentenposten besetzt ist, bis diese Ausschreibung alle bürokratischen Hindernisse überwunden hat, um an das Ziel zu gelangen.

Frau Bundesminister! Ich muß herausstellen, daß die Besetzung des Dienstpostens ohne Gefährdung von Interessen von Parteien oder Beteiligten so nicht vor sich gehen kann.

Daher, Frau Bundesminister, bringen wir den Entschließungsantrag ein:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung wird aufgefordert,

1. den Ausschreibungsvorgang mit einer im Bundesgesetzblatt zu verlautbarenden Durchführungsverordnung zu regeln — und

**Dr. Ermacora**

nicht so am Rande, wie es im Erlaß  
Zl. 173.181-5/1972 geschieht —

2. ein Ausschreibungssystem einzuführen, das die rasche Besetzung frei gewordener Dienstposten ermöglicht,

3. die Ausschreibung von Dienstposten für außerordentliche Professoren (neuen Typs) in jedem Fall vorzunehmen,

4. die Ausschreibung in dem wenig transparenten Verordnungsblatt für die Dienstbereiche der Bundesministerien für Unterricht und Kunst sowie für Wissenschaft und Forschung nicht mehr vorzunehmen,

5. die damit eingesparten Gelder für die Bezahlung der Ausschreibung aus den für den Verwaltungsaufwand zugewiesenen Mitteln zu Lasten der Post 1/14201 Nr. 7280 „Entgelte an Unternehmungen (Werkleistungen)“ für die Ausschreibung im IBF und in der Österreichischen Hochschulzeitung zu verwenden,

6. die Ergebnisse der Ausschreibung halbjährlich dem Nationalrat zu berichten.

Eine zweite Entschliebung, Frau Bundesminister, betrifft auch Ihr Reformprogramm. Es handelt sich um die leidige Durchführung der Studiengesetze. Wie Sie wissen, können die Studiengesetze nicht ohne Studienordnung durchgeführt werden, damit tritt auch das allgemeine Hochschulstudiengesetz nicht in volle Geltung. Das bedeutet vor allem für das Studium an den Philosophischen Fakultäten, daß heute nahezu keine der 40 beziehungsweise 45 Studienordnungen seit dem Erlassen dieses Gesetzes vor gut einem Jahr erlassen ist und daher die Studierenden gezwungen sind, nach dem alten Studiengesetz zu studieren.

Der Entschliebungsantrag lautet:

Der Nationalrat wolle beschließen:

1. Der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung wird aufgefordert, alles daran zu setzen, daß alle fehlenden Studienordnungen zu den in letzter Zeit beschlossenen Studiengesetzen ehe baldigst erlassen werden und daß

2. das Studiengesetz für das Studium der Rechtswissenschaften ehestens dem Nationalrat vorgelegt wird.

Das dritte Problem, Frau Bundesminister, betrifft den Professor neuen Typs. Der Professor neuen Typs wurde hier beschlossen, um den wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern. Sie gehen in der derzeitigen Praxis anscheinend so vor, daß Sie Assistentenposten umwandeln wollen. Aber niemand, auch die Fakultäten wissen nicht, wie viele Dienstposten ihnen im Jahre 1972 zur Verfügung gestanden sind. Wir wissen es heute durch das Budget, daß Ihnen im nächsten Jahre 150 Dienstposten zur Verfügung stehen. Man kann aber nur mit einem gewissen algebraischen Verständnis ermitteln, wie viele von den 150 Dienstposten durch Umwandlung der Assistenten besetzt werden sollen. (Präsident Dr. Maletta übernimmt den Vorsitz.)

Diese Unsicherheit und vor allem die mangelnde Ausschreibung von außerordentlichen Professoren neuen Typs führt zu einer Beunruhigung der Interessierten. Ich möchte nur auf die salomonische Erklärung aufmerksam machen, die man in dem Ausschreibungserlaß findet. Auch wenn Sie das heute zum erstenmal hören, werden Sie sofort erkennen, welche Beunruhigung und welche Unsicherheit damit hervorgerufen wird:

Dienstposten für außerordentliche Professoren neuen Typs ... werden nur dann ausgeschrieben sein, wenn sie tatsächlich frei sind — das ist sicherlich richtig —, das heißt, wenn es sich nicht um die Umwandlung eines bereits besetzten Dienstpostens zwecks Ernennung eines Hochschulassistenten mit der Lehrbefugnis als Hochschulassistent zum außerordentlichen Professor neuen Typs handelt.

Aber das weiß ja kein Mensch, wann umgewandelt wird oder ob umgewandelt wird. Ich glaube daher, daß man mit dieser Regelung und mit der tatsächlichen Praxis — Sie können, Frau Bundesminister, Fakultät für Fakultät durchgehen — eine erhebliche Beunruhigung vor allem bei jenen erzeugt, die sich für einen solchen Dienstposten eines außerordentlichen Professors neuen Typs interessieren.

Wir stellen daher folgenden Entschliebungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung wird aufgefordert, die Unsicherheit in der Verwaltungspraxis hinsichtlich der Professoren neuen Typs dadurch zu klären, daß

1. jede Fakultät vor der Stellung von Anträgen über die Bestellung von Professoren neuen Typs darüber in Kenntnis ge-

**Dr. Ermacora**

setzt wird, wie viele Dienstposten für Professoren neuen Typs zur Verfügung stehen,

2. jeder Dienstposten für einen Universitätsprofessor neuen Typs öffentlich in der Wiener Zeitung, in der Österreichischen Hochschulzeitung und im IBF ausgeschrieben wird,

3. zur Verfügungstellung von Dienstposten für Professoren neuen Typs nicht Assistentenposten umgewandelt und damit die Verfügbarkeit über Assistentenposten verkürzt, sondern neue Dienstposten zur Verfügung gestellt werden.

Frau Bundesminister! Das sind meine drei konkreten Anträge in diesem Zusammenhang, und nun darf ich mich Ihrem Kapitel etwas eingehender zuwenden.

Es gibt, Frau Bundesminister, mehrere Wege, Ihre Forschungspolitik, oder besser die Forschungspolitik der Bundesregierung, auf die Sie sich in Ihren öffentlichen Äußerungen berufen, zu durchleuchten, eine Politik zu durchleuchten, die erhebliche Steuergelder in Bewegung setzt.

Ihre Rede zum Beispiel, die Sie in der Festsetzung des Österreichischen Forschungsrates am 24. Oktober 1972 gehalten haben, Ihre Antwort auf die Anfrage des Herrn Abgeordneten Radinger und Genossen, II-1507, vom 24. August 1972, 13 Seiten umfassend, das wären solche Beispiele, an denen man die gesamte Kritik an der Forschungspolitik Ihres Hauses beziehungsweise der Forschungspolitik der Bundesregierung sozusagen aufhängen könnte, wenn ich mich hier mit einem journalistischen Jargon schmücken darf.

Ich möchte aber diesen Weg nicht wählen. Ich könnte Punkt für Punkt und Satz für Satz kritisch unter die Lupe nehmen, würde bei manchen Punkten sagen, daß hier durchaus nicht mit Schlagworten gesprochen wird, aber ich könnte an manchen Stellen auch Schlagworte aufzeigen.

Ich möchte ganz kurz das herausstellen, was Sie hinsichtlich der Regierungspolitik in Ihrer Rede vor dem Österreichischen Forschungsrat gesagt haben. Sie sagten: „In der Regierungserklärung vom 27. April 1970 wurde Wissenschaft und Forschung, die Wissenschaftspolitik, zu einem zentralen Anliegen der Bundesregierung erklärt.“

Die Regierungserklärung 1971 bekräftigte diese Priorität: Die Bundesregierung betrachtet auch weiterhin die Wissenschafts- und Forschungspolitik als ein zentrales Anliegen und ist daher fest entschlossen, auf dem Ge-

biete der Forschungsförderung auch in Zukunft energische, planvolle und großzügige Maßnahmen zu setzen.“

In allen Dokumenten, die dem Hohen Haus auf der einen Seite und der Öffentlichkeit auf der anderen Seite vorliegen, wird das Bild einer planvollen, koordinierten, transparenten, konzentrierten, energischen Forschungspolitik entworfen.

Unbestritten ist die Erhöhung von Budgetmitteln im kommenden Jahr. Unbestritten ist die Erhöhung für den Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, den Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft, die Ludwig Boltzmann-Gesellschaft, die Akademie der Wissenschaften, einige Kürzungen bezüglich der Expertengutachten beziehungsweise der Auftragsforschung.

Auf den Seiten 15 bis 16 des entsprechenden Budgetbehalts, Frau Bundesminister, ich brauche das ja Ihnen nicht zu sagen, finden Sie die Mittel ausgewiesen.

Aber ich möchte jetzt hervorheben: Es kommt nicht allein auf diese Zahlen an, sondern es kommt auf die Politik an, die man mit diesen Zahlen betreibt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Man müßte nun die Entwicklungsgeschichte der Wissenschaftsförderung, Frau Bundesminister, die Sie in öffentlichen Reden, in Dokumenten entwerfen, kritisch unter die Lupe nehmen. Wenn ich mir die Zeit nehmen würde, hätte ich die Dokumentation dazu, um von Monat zu Monat, von Jahr zu Jahr diese Geschichte zu entwickeln. Ich möchte es aber nur in ganz groben Zügen zeigen.

Die Wissenschaftsförderung hat durch das Wissenschaftsförderungsgesetz 1967 begonnen. Ein Gesetz, Frau Bundesminister, das, ich würde das so nennen, eine passive Forschungspolitik ermöglicht, die gerechte Verteilung der Mittel voraussetzt.

Der seinerzeitige Unterrichtsminister Mock hat die Idee der Wissenschaftsplanung, die Idee der Wissenschaftskoordination, der Schwerpunktbildung ganz deutlich herausgearbeitet. Frau Bundesminister, ich darf Sie auf eine Studie aufmerksam machen, auf die Schriftenreihe des Kummer-Institutes „Forschungspolitische Programme für Österreich“, wo Sie schon aus dem Inhaltsverzeichnis ersehen können, daß diese Gedanken, die Ihre Regierung und Ihre Politik übernommen hat, hier sehr wohl schon längst vorgebildet gewesen sind. Es ist also keine Erfindung Ihrer Regierung und Ihres Hauses.

**Dr. Ermacora**

Dann haben Sie sich vorgenommen, eine sogenannte aktive Forschungspolitik zu betreiben — das gestehe ich Ihnen zu, Frau Bundesminister —, eine aktive Forschungspolitik allerdings mit allen ihren Risiken. Die Risiken sind die gerechte Verteilung der Mittel, die Stimulation bei der Auswahl von Projekten und die Scheidung von wichtiger und unwichtiger Forschung. Das sind die Risiken, die auf die aktive Forschungspolitik einwirken und denen Sie, Frau Bundesminister, naturgemäß ausgesetzt sind.

Ich betone noch einmal, daß es Ihnen gelungen ist, die Förderungsbeiträge für Forschungseinrichtungen zu erhöhen. Aber ich habe den festen Eindruck — und wenn ich hier auch nicht imstande bin, diesen Eindruck in aller Einzelheit auszuführen, sondern nur in der großen Linie, so werde ich nicht anstehen, diesen Eindruck durch eine ganz gründliche Untersuchung schriftlich vorzutragen —, ich habe nämlich den Eindruck, daß es Ihnen nicht gelungen ist, die gesamte Konzeption, zu der Sie an sich kraft Ihres Kompetenzgesetzes verpflichtet wären, in der Hand zu behalten. Ich möchte vielmehr die These aufstellen, daß Ihnen die gesamte Wissenschaftskonzeption aus der Hand gegliitten ist.

Sie laufen — und jetzt darf ich Schwerpunkte herausheben — Gefahr, eine Forschungspolitik ohne gehörige Transparenz, eine Forschungspolitik ohne gehörige Koordination, eine Forschungspolitik ohne Kooperation zu betreiben, und — Sie werden mit gestatten, daß ich das sage —, ich habe den Eindruck, eine Forschungspolitik mit rein oder mit überwiegend parteipolitischen Zielen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Diese Forschungspolitik, Frau Bundesminister, diese Forschungspolitik mit parteipolitischen Zielen verkleiden Sie nach meiner festen Überzeugung, nach meiner Kenntnis der Materie seit zwei Jahren in wohlgeformte Schlagworte, in Schlagworte, die immer wieder auftauchen, und in Schlagworte, Frau Bundesminister, die von anderen Persönlichkeiten, die Sie auf der anderen Seite positiv zitieren, mit größter Kritik bedacht werden.

Ich darf an den Bericht des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung vom 21. März 1972 an das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung erinnern, in dem eine ganz, ganz harte Kritik Ihrer Forschungspolitik gegenübersteht; Seite 13:

„Obwohl in der Regierungserklärung und im Jahresbericht 1971 die Schaffung von Schwerpunkten gefordert wurde und obwohl in der Forschungskonzeption des Ministeriums

unter dem Titel ‚Zielsetzungen‘ ausführlich von einer langfristigen Schwerpunkt-Forschung die Rede ist, wurde für die Schwerpunkt-Anträge der Rektorenkonferenz im Hochschulbudget für das Jahr 1972 kein gesonderter Betrag bewilligt. Hier liegt ein klarer Widerspruch zwischen Reden und Handeln vor, der die Befürchtung aufkommen lassen könnte, daß auch die anderen großen und höchst erfreulichen Pläne der Forschungskonzeption leere Worte bleiben.“

Ich möchte das nur zitieren. Das ist nicht aus dem Zusammenhang gerissen, weil ich den ganzen Bericht gelesen habe. Man kann nur jemandem vorwerfen, er reiße aus dem Zusammenhang, wenn er etwa eine vorpräparierte Rede bekommt und etwas herunterliest, was er nicht versteht. Frau Bundesminister! Ich bin zu viel interessiert an dem Gegenstand, als daß ich nicht den ganzen Bericht und alle Dokumente gelesen hätte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte nur noch einmal wiederholen, Frau Bundesminister: Es kommt nicht auf die Gelder an, sondern auf die Politik, die Sie mit diesen Zahlen betreiben!

Ich möchte jetzt einen ganz kurz gerafften Beweis anzutreten versuchen. Die Forschungspolitik, gleichgültig ob sie von Ihrer Regierung oder von einer anderen Regierung geführt werden würde, hat heute zu betreuen: die Hochschulen, die außeruniversitären Einrichtungen, die Forschung betreiben, die Institute, verschiedene Institute, hochqualifizierte Institute, gewisse Infrastrukturen, wozu ich auch die Auftrags- und Expertenforschung rechne, und heute die Forschung der Zentralstellen vor allem Ihres Bundesministeriums.

Wie sieht es nun auf diesen vier Bereichen Ihrer Betreuung oder der Betreuung der Wissenschaftspolitik der Bundesregierung aus? Sie identifizieren ja Ihre Politik, Frau Bundesminister, mit der der Bundesregierung. Wie sieht es nun in diesen Bereichen aus? Wie sieht es mit Ihrer Betreuung der Wissenschaftspolitik an den Hochschulen aus?

Ich möchte hervorheben: keine Stimulierung der Forschungspolitik an den Hochschulen.

Vor einer Woche haben wir in der Presse den hochinteressanten Artikel über das Friedensinstitut gelesen, das von Professoren der theologischen und der philosophischen Fakultät der Universität Wien initiiert wurde. Es wurde dort ganz deutlich gemacht, und ich habe durch kritisches Hinterfragen auch die Realität bestätigt erhalten, daß Sie diesem Antrag überhaupt nie nähergetreten sind.

**Dr. Ermacora**

Frau Bundesminister! Ich weiß sehr wohl, daß auch eine junge Gesellschaft, die allen Elan hat, eine Gesellschaft von bedeutender wissenschaftlicher Leistung zu werden, in Salzburg dasselbe Problem behandelt hat.

Frau Bundesminister! Ich könnte mir vorstellen, daß Sie diesen Initiativen der theologischen Fakultät — es hat mich eigens Professor Weiler noch dazu angeschrieben — mit dem Auf-die-lange-Bank-Schieben begegnen, um möglicherweise dann diese Initiative, die eine hochinteressante auch für Österreich ist — die Friedenspolitik ist eine Tatsache, der sich schließlich kein Staat und keine Gesellschaft verschließen kann —, um also möglicherweise diese Arbeit oder diese Unternehmung vielleicht einem anderen Institut zu geben, so ähnlich, wie der Herr Minister Broda die Kriminalsoziologie nicht den Fakultäten zur Besorgung gibt, sondern einem anderen Institut, nämlich der Boltzmann-Gesellschaft.

Ich möchte weiter hinzufügen, daß ich den Eindruck habe, als würde die Konstruktion, mit der Sie das Universitätsorganisationsgesetz in bezug auf die Institute abfassen, bei aller Anerkennung der Notwendigkeit der Kritik und der Mißbrauchskontrolle an Instituten, dort langsam dazu führen können, die Forschung lahmzulegen, sofern nicht Individuen da sind, die so forschungsbegeistert sind, daß sie ungeachtet der Schwierigkeiten die Forschung betreiben.

Ich mache Sie nur auf die Ausstattung der Institute aufmerksam. Frau Bundesminister! Ich habe Sie vor einem Jahr, und zwar nicht einmal in polemischer Weise, gebeten, Sie mögen sich doch einmal die Situation an der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät in Wien ansehen und doch einmal auch die Situation an der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Innsbruck in bezug auf die Ausstattung ansehen. Frau Bundesminister! Ich hätte Ihnen gern eine Führung durch alle diese Räumlichkeiten veranstaltet, und ich glaube, Sie wären recht betreten aus diesen Einrichtungen weggegangen.

Was ich hervorheben möchte, hängt zwar nicht mit der Ausstattung zusammen oder vielleicht mit der personellen Ausstattung. Man hat mich einmal angegriffen, daß ich die Studenten als Benützer der Anstalt, der Universität bezeichnet hätte. Professoren sind sicherlich ein sachliches Mittel, aber auch ein persönliches Mittel, aber sehen Sie sich dieses persönliche Mittel an: die Verhaftung in Administration.

Ich darf Ihnen etwas zitieren, Frau Bundesminister, was nun wirklich nicht den Verdacht erweckt, gerade für diese Rede zusammengeschneidert worden zu sein, nämlich aus der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 24. April 1969, eine Aussage, die heute auf diese Frage der Nichtstimulierung und der Lahmlegung der Hochschulen und ihrer Institute abzielt:

„Wohl die größte Gefahr des Leerlaufs“ — und ich habe Sorge, daß Sie einmal, Frau Bundesminister, weil Sie ja nirgends ausweisen, was die Hochschulen tatsächlich leisten, plötzlich auch mit der Leerlaufthese kommen, wie man das schon in einem anderen Bereich der Staatspolitik sehr erfolgreich angewendet hat — „in der Forschung ergibt sich durch die zunehmende Vermischung der wissenschaftlichen Tätigkeit mit der Administration. Es ist in den letzten Jahren immer mehr Sitte geworden, daß Leiter von Forschungsgruppen gleichzeitig vermehrte Führungsaufgaben und die gesamte damit verbundene Administration zu übernehmen haben. Dem Seniorforscher droht damit die Gefahr, daß er über kurz oder lang aus dem aktiven Forschungsprozeß ausscheidet. Dann steht er vor dem Dilemma, ob er verzichten oder ob er wenigstens noch konsultativ mitmachen und die Forschungsergebnisse nach außen mitteilen und vertreten soll. Frustration, Prioritätsstreitigkeiten mit den jüngeren Mitarbeitern sind unter anderem die Folgen. Eine starke Entlastung der Wissenschaftler durch administratives Personal der Universität ist der geeignete Ausweg.“

Frau Bundesminister! Es wird nach meiner festen Überzeugung nichts dazu getan. Wir haben den Leerlauf durch Hyperadministration.

Frau Bundesminister! Die Folge davon ist — und das ist ein Gedanke, der nach meiner Meinung sehr wohl geäußert werden muß —, daß diese Hochschule von einer Forschungsanstalt immer mehr in eine höhere Lehranstalt umfunktioniert werden könnte, und es scheint fast so zu sein, als würde die eigentliche Wissenschaft, wenn sie nicht von einigen initiativen Leuten getragen wäre, auf die außeruniversitären Einrichtungen und Institute übertragen.

Welche haben wir? — Die Akademie der Wissenschaften. Vielleicht wäre es interessant, einmal in Ruhe den Bericht des seinerzeitigen Präsidenten Meister über die Entwicklung der Akademie der Wissenschaften zu lesen.

Dann haben Sie die Boltzmann-Gesellschaft, 1960 gegründet. Ich brauche der Öffentlichkeit eine politische Äußerung gar nicht vorzulegen, überhaupt nicht, sondern ich brauche der Öffentlichkeit nur einen Auszug aus der

**Dr. Ermacora**

„Wiener Zeitung“ zur Kenntnis zu bringen, und sie wird orientiert sein, wie diese Boltzmann-Gesellschaft administriert wird. Und zur Garnierung werden wie beim kriminalsoziologischen Unternehmen Personen hinzugenommen, die mehr oder minder abseits stehen.

Bei den Neuwahlen wurden also bestellt: Professor Strasser aus Linz.

Frau Bundesminister Firnberg als Vizepräsidentin. Sie wurden bestätigt.

Es wurde der Herr Ing. Häuser, Bundesminister a. D. und Vizekanzler, weiters bestellt.

Es wurde der Herr Klubobmann Gratz ... *(Rufe bei der SPÖ: Wieso „Bundesminister a. D.“?)* Verzeihung bitte! — Bundesminister a. D. Gratz ist die richtige Formulierung. *(Abg. Graf: Wird schon werden!)* Bundesminister a. D. Gratz, Abgeordneter zum Nationalrat.

Obmann der Wiener Gebietskrankenkasse Sekanina. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)* Wurden zu Mitgliedern des Vorstandes bestellt.

Frau Bundesminister! Ich brauche überhaupt keine politische Erklärung abzugeben: Es ist eine politische Gesellschaft, die hier das Boltzmann-Institut führt, Frau Bundesminister. Dem können Sie nichts entgegen, oder Sie erklären sich hier als unpolitisch. Das nehme ich aber nicht an. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Frau Bundesminister! Aber es sind hier noch andere Tendenzen erkennbar mit dieser Gesellschaft, wobei ich grundsätzlich hervorheben möchte, daß der Bericht der Boltzmann-Gesellschaft über ihre Arbeit ein interessanter Bericht ist und daß ich durchaus die Leistungen der Boltzmann-Gesellschaft anerkenne; aber auf der anderen Seite muß man zwischen der politischen Führung, der Leistung und der zukünftigen Leistung wohl unterscheiden können. Haben Sie — natürlich haben Sie es, sicher, ich bin dumm, so etwas zu fragen — die Funktionskumulation von Herrn Kabinettsrat Dr. Josef Bandion zur Kenntnis genommen? Das Arsenal gehört dem Bund — dort hat er eine Koordinationsfunktion, Seibersdorf, Atomgesellschaft —, eine Koordinationsfunktion, und er ist Geschäftsführer der Boltzmann-Gesellschaft.

Frau Bundesminister! Hier deutet sich in der Forschungspolitik eine Konzentration von parteipolitisch bedeutenden Persönlichkeiten bei der Führung gewichtiger außeruniversitärer Forschungseinrichtungen an. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich möchte dann, Frau Bundesminister, auf etwas weiteres hinweisen. Es kommt jetzt

Herr Blecha, ich möchte ihn nicht kritisieren, sondern ich möchte gerne etwas herausheben, was ihn betrifft, das ist das Institut für empirische Sozialforschung, das IFES. *(Abg. Graf: Wenn sich die Beamten unterhalten wollen, dann sollen sie hinausgehen, aber nicht auf der Beamtenbank grinsen! Wir werden uns das nicht gefallen lassen!)*

Meine Herren! Ich möchte hier etwas ausdrücklich ausrufen! Meine Herren, wenn Sie mich hier hinter meinem Rücken auslachen, dann haben Sie Ihre Funktion auf der Beamtenbank nicht verstanden. *(Stürmischer Beifall bei der ÖVP.)* Meine Herren!

Und weil Herr Sektionschef Grimburg hier gelacht hat, möchte ich etwas mitteilen! *(Abg. Dr. Kohlmaier: Frau Minister! Sorgen Sie für Ordnung! — Abg. Dr. Mussil: Er grinst ja schon wieder!)* Ich habe Herrn Sektionschef Grimburg auf Anregung der Frau Bundesminister ein eigenes Forschungsprojekt unterbreitet, und er hat mir seit zwei Jahren auf diesen Brief nicht geantwortet! *(Heftige Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Maleta *(das Glockenzeichen gebend)*: Meine Herren, wenn ich mich da einschalte, bitte ich jetzt einen Moment um Aufmerksamkeit. Ich habe ja hier kein Periskop, um um die Ecke zu sehen. *(Abg. Dr. Mussil: Wenn er seine Lachmuskeln nicht beherrschen kann, soll er hinausgehen!)* Ich würde für den Fall, daß dieser Vorwurf stimmt, ersuchen, daß die Betreffenden hinausgehen. Ich habe es selbst nicht feststellen können. Ansonsten würde ich jetzt bitten, daß die Verhandlungen wieder weitergehen.

Abgeordneter Dr. Ermacora *(fortsetzend)*: Herr Präsident! Frau Bundesminister! Hohes Haus! Es ist in dieser Auseinandersetzung ein Satz von mir untergegangen, den ich gerne wiederholen möchte. Ich hätte den Satz nicht gebraucht. Ich würde hier überhaupt niemandem persönlich etwas vorwerfen. Ich habe auf Anregung der Frau Bundesminister dem Herrn Sektionschef Grimburg vor etwa eineinhalb Jahren einen Brief mit einem Angebot einer Forschungsarbeit unterbreitet. Er hat mir nicht einmal geantwortet.

Ich möchte dann bitte zurückkommen auf IFES. Frau Bundesminister! Es wird Ihnen natürlich nicht entgangen sein, daß die Abgeordneten der großen Oppositionspartei ... *(Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Skritek: Wir werden doch lachen dürfen! — Abg. Graf: Sie können grinsen, aber nicht die Beamten!)*

Präsident Dr. Maleta: Bitte, ein neues Privilegium der Abgeordneten. *(Abg. Graf:*

**Präsident Dr. Maleta**

*Skritek! Das ist so ernst wie der Ladenschluß! — Abg. Skritek: Daß Sie uns erlauben, daß wir lachen, ist grotesk! — Abg. Dr. Withalm: Sie können machen, was Sie wollen!)*

Also kann man jetzt die Debatte darüber beenden, auf allen Seiten!

**Abgeordneter Dr. Ermacora (fortsetzend):** Es haben die Abgeordneten der Oppositionspartei mit einer gezielten Anfrage die Vergabe von Forschungsaufträgen, Expertengutachten und Meinungserhebungen erfragt. Frau Bundesminister! Ich stehe nicht an festzustellen, daß ich als Theoretiker seinerzeit wirklich dankbar war, daß Sie die Subventionspraxis der Ministerien durch Ihre Anfragen erhellt haben. Aber nun danke ich den Abgeordneten der großen Oppositionspartei, daß sie hier den Schleier über manchen Dingen gelüftet haben. Wenn Sie die einzelnen Anfragebeantwortungen durchgehen — ich habe das genau studiert —, so fällt auf das Institut für empirische Sozialforschung der Betrag von 4.584.500 S, die hier an Forschungsvorhaben ausgewiesen wurden.

Wenn ich mir nun die Zeit nehmen müßte und könnte — ich möchte aber doch die Debatte nicht so hinausziehen —, könnte man die verschiedenen Aufträge durchgehen und man könnte erkennen, daß eine ganze Reihe von Aufträgen viel billiger von Instituten der Universitäten durchgeführt werden könnten. Ich bin fest davon überzeugt, daß es nicht notwendig ist, hier diese Forschungsaufträge gerade an dieses eine Institut zu übertragen.

Besonders beachtenswert scheint mir die Anfragebeantwortung 608 A.B., das heißt II-1429, des Sozialministers zu sein, der hier aufzeigt, daß eine ganze Fülle von Forschungsaufträgen gerade an dieses Institut gegeben wird. Vielleicht ist es für die Öffentlichkeit interessant zu wissen, daß das Institut vom Österreichischen Gewerkschaftsbund und von der BAWAG mitorganisiert und getragen wird, falls der Ausdruck IFES nicht bekannt sein sollte.

Ich möchte dann hinzufügen, daß sich aus diesen Anfragebeantwortungen, die hier vor mir liegen, deutlich ergibt, daß immer wieder die Frage der öffentlichen Ausschreibung eine Frage ist, daß die Frage der Koordination ein Problem ist.

Frau Bundesminister! Ich weiß genau, was Sie mir antworten werden, bitte, vielleicht werden Sie es mir jetzt nicht beantworten, aber Sie werden sich beziehen — Sie können

ja nicht anders — auf die Onorm A 2050. Diese Onorm A 2050 enthält eine Bestimmung, die der Herr Bundesminister für soziale Verwaltung als einziger bei all diesen Anfragebeantwortungen auf Seite 5 herangezogen hat. Damit versuchte er zu begründen, warum er diese verschiedenen Aufträge, die an das IFES gegangen sind, nicht ausgeschrieben hat. Gerade er hat versucht, das zu begründen. Aber die Onorm A 2050 ist, Frau Bundesminister, wie Sie das ja selbst und alle Herren des Hauses wissen, so weitwendig, daß man darunter natürlich eine ganze Menge von Argumentationen stellen kann. Ich würde also sagen, daß die Frage der öffentlichen Ausschreibung, die Frage der Auftragsvergabe dieser doch für die Forschung so bedeutsamen Mittel hier offenbleibt.

Ich möchte dann, Frau Bundesminister, aufmerksam machen auf das Problem der Infrastruktur, das Problem der Bibliotheken. Ich weiß, man bemüht sich, aber es wäre halt schön, wenn man die Dinge etwas vorantreiben könnte. Das Personal an Bibliotheken, die Frage des Raumes, auch hier weiß ich, daß dort und da Planungen und Unternehmungen eingesetzt werden; die Frage nach den Mikrofilmanlagen, die Frage nach der Datenverarbeitung und der Datenspeicherung an den Hochschulen. Dann möchte ich das gesamte Problem der Expertengutachten und der Auftragsforschung hervorheben.

Frau Bundesminister! Wir haben im Budgetausschuß für Ihr Ressort die Fragen schon näher beleuchtet. Auch hier ist es die Frage der Transparenz. Es ist die schriftliche Anfrage des Herrn Dr. Blenk, der Sie in bezug auf dieses Problem befragt hat, und Sie haben ihm eine interessante Antwort gegeben. In der Anlage zur Antwort finden Sie die verschiedensten Forschungsvorhaben ausgewiesen.

Wie steht es nun hier mit der Ausschreibung, meine sehr geehrten Damen und Herren? Hier steht es mit der Ausschreibung wiederum etwas anders, weil man sich auf die Richtlinien für Expertengutachten und Auftragsforschung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung bezieht, die Sie aber dem Ministerium gegeben haben, Frau Bundesminister. Es ist ja nicht so, daß wir Gesetzgeber ihr, der Frau Bundesminister, und ihrem Ministerium, diese Richtlinien gegeben hätten, sondern Sie, Frau Bundesminister, haben Sie sich selbst gegeben und haben sich zum Beispiel die Richtlinie gegeben, daß, wenn das Entgelt im Einzelfall 100.000 S übersteigt, auszuschreiben ist.

**Dr. Ermacora**

Sie selbst haben sich das gegeben und sagen nun in all Ihren Anfragebeantwortungen: Gemäß den Richtlinien hat man nicht auszusprechen, wenn der Betrag unter 100.000 S liegt.

Frau Bundesminister! Wenn man so argumentiert, dann müssen Sie zugeben, daß diese Richtlinien doch Ihrer Organisationsgewalt — wenn ich mich juristisch ausdrücken darf — entfließen und Ihrer Macht in diesem Ministerium. Nach meiner festen Überzeugung enthalten diese Richtlinien, wenn man in diese Richtlinien einmal einsteigen würde, so viele verfassungsrechtliche Bedenklichkeiten, daß man mit ihnen möglicherweise, zumindest mit jenen, die etwas ungleich behandeln, sehr leicht den entsprechenden Angriff führen könnte.

Wenn ich nun all diese Anfragen, die die verschiedenen Abgeordneten der Oppositionspartei gestellt haben, und die Antworten übersehe, so möchte ich sagen, daß Sie eine Politik auf diesem Gebiet nach dem politischen sogenannten Gießkannenprinzip betreiben. Hier gibt es keine Linie. Ich würde sagen: Hier gibt es bei dieser Frage der Expertengutachten und der Auftragsforschungen keine Linie.

Frau Bundesminister! Ein weiterer Punkt ist die Frage der ministeriellen Forschung. Die Frage der ministeriellen Forschung ist nach meiner Meinung gekennzeichnet von der Vernachlässigung der Koordinierung. Ich bin sehr froh gewesen, Frau Bundesminister, als Sie in der mündlichen Anfragebeantwortung an Herrn Dr. Blenk hervorgehoben haben, daß nach Ihrem Kompetenzgesetz, dem kleinen Kompetenzgesetz, das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung für die Koordination der Forschungsvorhaben des Bundes zur Wahrung der allen Verwaltungszweigen gemeinsamen Interessen sowie für die Koordination der Planung des Einsatzes von Bundesmitteln für Zwecke der Forschung zuständig ist. Es wird dann ausdrücklich festgestellt — so machen Sie das, Frau Bundesminister, das ist Ihr Wort —, daß dieses Ressort, also Ihr Ressort, auch für Forschungsfragen anderer Ressorts zuständig ist.

Wenn man nun die Ergebnisse der Anfragebeantwortungen Punkt für Punkt durchgeht, so muß man sich wirklich die Frage stellen: Wo liegt denn hier die Koordination? Oder ist es nicht vielmehr so, daß jedes Ministerium nach seinem Wohlgefallen die verschiedensten Forschungsmaßnahmen trifft? — Das ist meine Frage.

Was nun die ministerielle Forschung betrifft, ist dann das Wissenschaftsforum von

besonderem Interesse. Nach welchem Kriterium haben Sie denn diese Persönlichkeiten dort bestellt? Ich entnehme der Presse, daß es nur zwei Tagungen gegeben hat. Es gab auch den Plan zur Gründung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Wie steht es mit diesem Plan? Wurde der Plan verfolgt?

Ich komme nun mit wenigen Worten auf die Eigenforschung zu sprechen. Frau Bundesminister! Sie selbst haben sich das Rezept dieser Eigenforschung gegeben und sagen: Sie können Forschung betreiben, wenn es Ihr ministerielles Ressortinteresse erfordert.

Frau Bundesminister! Ich könnte mir doch vorstellen, daß Ihr besonderes Ressortinteresse die Wissenschaft und Forschung auch auf den Hochschulen ist. Wo steht denn die Untersuchung betreffend den Hörschwund bei steigender Inskription? Wo steht denn die Untersuchung in bezug auf die Leistungen der Forschung an den Hochschulen selbst? Warum sind Sie nicht dem OECD-Bericht entgegengetreten, der von einer geringen Forschungsfreudigkeit gesprochen hat? Warum findet man in dem Hochschulbericht, den Sie uns vorgelegt haben, nicht den Nachweis über die Forschungsaufgaben der Universitäten und Hochschulen? Warum untersuchen Sie nicht die Verwaltungsstrukturen an den Hochschulen? Warum untersuchen Sie diese Frage nicht, die Ihnen doch durch eine Anfrage nahegebracht wurde, nämlich die Frage nach der sogenannten Durchfallsquote?

Frau Bundesminister! Ich habe den Eindruck, daß sich die Bundesministerien durch diese Forschungskompetenz, die sich zum Teil Sie und zum Teil die anderen Bundesminister nun zurechnen, ein Übergewicht gegenüber dem Parlament herausbauen und herausbilden, das gleichartig jenem Übergewicht ist, das auf dem Gebiete der Datenverarbeitung durch die EDV der Verwaltung zukommt.

Frau Bundesminister! Ich möchte sagen, daß man daher einheitliche Vergaberichtlinien im Gesetz verlangen muß, daß die Vorlage von Forschungsprojekten und Diskussion derselben in den Ausschüssen verlangt werden muß, daß die Erarbeitung von Hochschulforschungsschwerpunkten zunächst in Fakultätentagen vorgenommen werden sollte, daß man eine Koordination unternehmen sollte und daß man insbesondere den Abbau der Frontstellungen, die es heute bei den außeruniversitären Instituten gibt, vornehmen sollte. Ich könnte mir vorstellen, daß man, so wie es in Deutschland eine Max-Planck-Gesellschaft gibt, in Österreich eine ähnliche Forschungsgesellschaft haben sollte, die alles koordinieren und auf-

**Dr. Ermacora**

bauen sollte. Die Budgetmittel erlauben es nicht, daß man derart nach dem Gießkannenprinzip vorgeht.

Frau Bundesminister! Ich möchte damit schließen, daß man erkennen müßte: Um modern zu sein, kommt es nicht nur auf die Höhe der verschiedenen Gelder an, sondern es kommt auf die Politik an, mit der Sie diese Gelder verwalten. Ich würde, gelinde ausgedrückt, sagen: Sie haben hinter der Fassade der Schlagworte die Macht der Koordination verloren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Maleta: Herr Abgeordneter Dr. Ermacora! Sie haben drei Entschließungsanträge vorgelegt, aber ich glaube, Sie haben nur zwei verlesen. *(Abg. Dr. Ermacora: Nein, ich habe drei verlesen!)* Dann war das vor meiner Vorsitzübernahme, und ich stelle fest, daß die Entschließungsanträge hinreichend unterstützt sind und daher mit in Verhandlung stehen.

Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Radinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Radinger (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine beiden Herren Vorredner haben sich am Anfang ihres Debattenbeitrages mit den Ausschreitungen an der Universität Wien am vergangenen Freitag beschäftigt. Ich möchte dazu nur einen Satz sagen: Ich lehne die Gewalt als Mittel zur Austragung von Meinungsverschiedenheiten in einer demokratischen Gesellschaft ab! Ich lehne sie aber nicht nur ab an Hochschulen, sondern auch überall sonst! *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Der Herr Professor Dr. Ermacora hat sich sehr eingehend und umfassend mit Fragen der Forschungspolitik beschäftigt. Soweit die Frau Bundesminister nicht selbst zu diesen Fragen Stellung nehmen wird, wird sich in ebensolcher Gründlichkeit ein Fraktionskollege der Aufgabe unterziehen, in entsprechender Form diese Probleme der Forschungspolitik zu behandeln.

Ich möchte nun zu Fragen des Budgets und zu den Problemen Stellung nehmen, die uns in diesem Ressort vorwiegend beschäftigen. Im Finanzausschuß hat der erste Sprecher der Österreichischen Volkspartei in seinem Debattenbeitrag zu diesem Kapitel seine Wortmeldung damit eingeleitet, daß er sagte, er habe bei der Beurteilung dieses Kapitels ein lachendes und ein weinendes Auge.

Herr Dr. Blenk! Das lachende Auge, so nehme ich an, galt der gewaltigen Steigerung der Ansätze für Wissenschaft und Forschung, das weinende Auge offensichtlich der Möglichkeit, daß eben auf Grund der Steigerungen

in diesem Kapitel von diesem Kapitel inflationäre Impulse ausgehen könnten. — Ich glaube, ich habe das so richtig aufgefaßt.

Es ist — und das möchte ich sagen — auch in diesem Kapitel für uns sehr schwer, mit der Österreichischen Volkspartei zu argumentieren. Denn wenn die Erfüllung von Wünschen, die auch wir als berechtigt anerkennen, aus budgetären Gründen, aus Gründen einer längerfristigen Planung oder eventuell zum Zwecke der Stabilisierung auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden muß, dann wird man uns vorwerfen — das werden wir auch hier wahrscheinlich im Verlaufe der Debatte wieder zu hören bekommen —, daß wir zu wenig Mittel für die Wissenschaft und Forschung sowie für die Hochschulen bereitstellen. Wenn wir andererseits jedoch berechtigt auf die ständig und in beachtlichem Maße verbesserte Dotierung dieses Kapitels hinweisen — und auch im heurigen Budget können wir eine ausgezeichnete Zuwachsrate im Budget anführen —, so laufen wir Gefahr, daß wir der Anheizung der Inflation bezichtigt werden.

Wie dem auch sei, wird man sich — so wie es im Ausschuß war — von seiten der großen Opposition bemühen, Schönheitsfehler und Mängel aufzuzeigen. Man wird dabei — so wie das in der Vergangenheit war — verschweigen, daß die ÖVP — ich muß auch auf die Vergangenheit zu reden kommen, denn auch mein Vorredner hat es getan — 25 Jahre lang für dieses Ressort zuständig war und daß selbst nach zweieinhalb Jahren SPÖ-Regierung diese Schönheitsfehler, die auf einen sehr langen Vitaminmangel und auf eine Blutarmut zurückgehen, einer sehr sorgfältigen Kur bedürfen, die nicht von heute auf morgen vollzogen werden kann. *(Beifall bei der SPÖ.)*

In der Regierungserklärung weist — wie schon gesagt — der Bundeskanzler darauf hin, daß sich die Schaffung und die Existenz eines eigenen Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung belebend und stimulierend auswirkt und daß von diesem Ministerium erstmals richtungweisende Impulse gegeben und Aktionen gesetzt wurden.

Es ist in der Zwischenzeit deutlich erkennbar geworden, daß von diesem Ministerium tatsächlich in konsequenter Konzeptivität, aber auch in mühevoller Kleinarbeit eine Reihe von in der Regierungserklärung aufgestellten Postulaten und Ankündigungen erfüllt worden ist, Leistungen, die einfach mit Worten nicht wegzudiskutieren sind. Ich glaube, daß man das ruhig sagen kann.

Ich möchte einzelne Beispiele dafür anführen. Es hieß in der Regierungserklärung:

**Radinger**

„Der zur Diskussion vorgelegte Entwurf für ein neues Universitäts-Organisationsgesetz soll nach ehebaldigen Abschluß der Beratungen dem Nationalrat übermittelt werden.“

Die parlamentarische Hochschulkommission, in der ein solcher Diskussionsentwurf für ein Universitäts-Organisationsgesetz beraten wurde, hat sich, wie Sie wissen, im Jänner dieses Jahres aufgelöst, und zwar aus Gründen, die zweifellos nicht am Ministerium lagen. Daraufhin wurde vom Ministerium die Erarbeitung eines Entwurfes für ein Universitäts-Organisationsgesetz in Angriff genommen, die Stellungnahme der Vertreter der Professoren, Assistenten und Studenten nochmals eingeholt und der Gesetzentwurf dem Begutachtungsverfahren zugeleitet. Wie Sie wissen, haben einzelne Stellen, die zur Begutachtung eingeladen waren, eine Erstreckung der Begutachtungsfrist erbeten. Diese ist auch um zwei weitere Monate gegeben worden. Das ist zweifellos mit ein Grund, warum die Vorlage an das Hohe Haus sich verzögert hat und sich verzögern wird.

Weiters steht in der Regierungserklärung: „Die schon weit vorangetriebene Reform des Studienrechts ... wird durch die Reform des Medizinstudiums, des Studiums der Rechtswissenschaften und der Veterinärmedizin vorläufig abgeschlossen werden können.“

Was ist im Bereich der Studienrechtsreform bisher geschehen? Nach der Beschlußfassung durch den Nationalrat über geistes- und naturwissenschaftliche Studienrichtungen werden nunmehr die 44 Studienordnungen zur Erlassung vorbereitet. Ich glaube, daß nicht nur auf Grund dieser großen Zahl dieses Werk als sehr umfangreiche Arbeit zu bezeichnen ist, sondern auch deswegen, weil hier erstmalig detaillierte Studienordnungen zu erarbeiten sind.

Die Entwürfe für sieben Studienordnungen sind bereits dem Begutachtungsverfahren zugeleitet worden, und die ersten Studienverordnungen werden auf Grund dieses besonderen Studiengesetzes in Kürze erlassen werden können.

Die Regierungsvorlage für ein Studiengesetz der Medizin wird gegenwärtig in einem Unterausschuß vorbehandelt und voraussichtlich in den kommenden Monaten, und zwar im Frühjahr 1973, dem Hause zur Behandlung und Beschlußfassung vorliegen.

Ein Gesetzentwurf für die Neuordnung des Studiums der Rechtswissenschaften steht vor der Begutachtung.

Was die Reform des Studiums der Veterinärmedizin betrifft, so befindet sich ein Vor-

schlag der tierärztlichen Hochschule ebenfalls im Begutachtungsverfahren.

Ich möchte darauf hinweisen, daß neben der Vorbereitung der neuen Studiengesetze als Zwischenlösungen und kurzfristige Maßnahmen in einzelnen Studienrichtungen Novellen zu den bisher geltenden Vorschriften vom Haus verabschiedet wurden, um diese Studien durch Maßnahmen, die dem Allgemeinen Hochschul-Studiengesetz entsprechen, an das moderne Studienrecht anzupassen. Diese Novellen betreffen — wenn ich es kurz erwähnen darf — die medizinische Rigorosenordnung, eine Neuregelung bezüglich der Ablegung von Staatsprüfungen und der Erlangung des Doktorates in den rechts- und staatswissenschaftlichen Studien sowie die sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Studienordnung.

Hinsichtlich der in der Regierungserklärung versprochenen Reform der Kunsthochschulen wäre zu sagen, daß die Umstellung der Kunsthochschulen vom Akademiestatus auf Hochschulebene auf Grund des Kunsthochschul-Organisationsgesetzes durchgeführt wurde. Die etappenweise Sanierung der Personalstruktur dieser Hochschulen ist im Gange. An der Kodifizierung und Reformierung des Studienrechtes der künstlerischen Hochschulen wird gearbeitet. Man kann zu diesem Punkt sagen, daß auf diesem Gebiet jahrzehntelang nichts geschehen war.

Die Begutachtung eines Gesetzentwurfes für die Errichtung einer Hochschule für Gestaltung in Linz ist praktisch abgeschlossen.

Die Regierungserklärung kündigt des weiteren die heute schon erwähnte Schaffung eines außerordentlichen Professors neuen Typs sowie eine zeitgemäße Reform des Habilitations- und Berufungsverfahrens an. Weiters werde das besondere Interesse der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in Österreich gelten.

Dazu ist zu berichten, daß eine Reform des Habilitations- und Berufungsverfahrens in dem Entwurf für ein Universitäts-Organisationsgesetz bereits vorgesehen ist und daß durch eine Novelle zum HOG das Versprechen nach Schaffung von außerordentlichen Professoren neuen Typs erfüllt wurde und zugleich auch dem wissenschaftlichen Nachwuchs Aufstiegsmöglichkeiten eröffnet wurden.

In der Regierungserklärung wurde die Abschaffung der Hochschultaxen als neuer Beitrag zur Schaffung gleicher Zugangsmöglichkeiten aller Bildungswilligen zur Hochschule in Aussicht gestellt. Das Hochschul-Steuer-gesetz wurde im Februar im Nationalrat beschlossen. Damit wurde dieses Versprechen

5532

Nationalrat XIII. GP — 59. Sitzung — 18. Dezember 1972

**Radlinger**

eingelöst und die Ungleichheit der Bildungschancen weiter abgebaut. *(Beifall bei der SPO.)*

Eine weitere Verbesserung der sozialen Lage der Studenten brachte eine Novelle zum Studienförderungsgesetz, die bereits im vergangenen Studienjahr zum Tragen kam und die eine Erhöhung der Beihilfen sowie eine Erweiterung des Kreises der Beihilfenbezieher bewirkte. Die Beträge für die Studienbeihilfen sind von 132 Millionen Schilling im Budget 1971 über 153 Millionen Schilling im Budget 1972 auf 197 Millionen Schilling im derzeitigen Budget angestiegen.

Der Herr Finanzminister konnte in seiner Budgetrede mitteilen, daß in den abgelaufenen Jahren an den wissenschaftlichen Hochschulen 10.229 Studierende Studienbeihilfen in durchschnittlicher Höhe von 1622 S erhielten, daß 2638 Studierende Begabtenstipendien zu je 5000 S bekamen und 578 Studierende an den Kunsthochschulen in den Genuß von Studienbeihilfen kamen.

In der Regierungserklärung wird in Aussicht gestellt, daß im Zeitalter der vielfältigen Zusammenarbeit der einzelnen Staaten auf zahlreichen bilateralen und multilateralen Ebenen die Bundesregierung sich die Pflege internationaler wissenschaftlicher Beziehungen und der Kooperation angelegen lassen werden.

Es kann auf diesem Gebiet darauf verwiesen werden, daß eine Intensivierung dieser Zusammenarbeit tatsächlich erfolgte. Gemeinsame Forschungsprojekte mit Frankreich und der Schweiz werden durchgeführt. Vorarbeiten für bilaterale Projekte mit Großbritannien, Bulgarien, Jugoslawien und Italien sind eingeleitet. Dazu kommt auf diesem Gebiet die Unterzeichnung von drei Verträgen in Brüssel für Forschungsprojekte und die Beteiligung Österreichs an dem internationalen geodynamischen Projekt der OECD sowie an dem UNESCO-Vorhaben „man and biosphere“, um nur einige Fälle aus der Fülle der internationalen Kooperationsfälle anzuführen.

Ferner wurde in der Regierungserklärung versprochen, daß die Bundesregierung um eine Regelung der Tierversuche bemüht sein werde, die sowohl den Erfordernissen des Gesundheitsschutzes, der Wissenschaft und Forschung als auch den Zielen des Tierschutzes entspricht. Dazu ist zu berichten, daß das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung ein Projektteam „Alternativmethoden zum Tierversuch“ eingesetzt hat, dessen Ergebnisse in einer Studie zusammengefaßt wurden, und das Bundesministerium wird auf der Grundlage dieser Ergebnisse in absehbarer

Zeit einen Gesetzentwurf dem Begutachtungsverfahren zuleiten. *(Beifall bei der SPO.)*

Im Bereich der Museen wurde ein Ausbau der Sammlungen und musealen Einrichtungen sowie eine Aktivierung und Belebung des Museumsbetriebes erreicht. Davon zeugen die angestiegenen Besucherzahlen, und dazu führten unter anderem gezielte Aktionen, wie kostenloser Museumsbesuch für Pensionisten oder der „Tag der offenen Tür“ am Staatsfeiertag, Sonderausstellungen und Sonderveranstaltungen. Es ist, glaube ich, erfreulich, daß unsere Museen von immer weiteren Kreisen unserer Bevölkerung als wertvolle Bildungsquelle erkannt und als solche auch benützt werden.

Was das Bibliothekswesen betrifft, möchte ich sagen, daß schon im Vorjahr eine Erhöhung der Mittel für Literaturanschaffung um 30 Prozent erzielt werden konnte und daß der Sachaufwand auch voriges Jahr schon um mehr als 20 Prozent gesteigert werden konnte.

Das vorliegende Budget weist eine Erhöhung der Anlagenkredite für den Ausbau der wissenschaftlichen Bibliotheken um 58 Prozent vor. Für die Reform des wissenschaftlichen Bibliothekswesens und der Bibliotheksorganisation an den wissenschaftlichen Hochschulen unter Einsatz von EDV sind umfangreiche Vorarbeiten geleistet worden, deren Ergebnisse bereits die ersten Früchte auch in der Praxis bringen.

Der Entwurf des UOG enthält überdies auch Vorschläge zur Schaffung rechtlicher Grundlagen für ein koordiniertes Bibliothekssystem an den wissenschaftlichen Hochschulen.

Ein neues Denkmalschutzgesetz ist gegenwärtig im Begutachtungsverfahren. Durch dieses, ich glaube gerade für unsere Zeit so notwendige Gesetz soll die Erhaltung wertvollen Kunst- und Kulturgutes als Anliegen des gesamten Volkes auf einer neuen Grundlage geregelt werden.

Mit Fragen der Forschung und Forschungsförderung und der Forschungspolitik — darauf habe ich schon hingewiesen — wird sich ein Fraktionskollege noch eingehend beschäftigen. Ich darf nur in Schlagworten noch einmal darauf verweisen, daß die Arbeiten an der österreichischen Forschungskonzeption abgeschlossen wurden, daß inzwischen auch ein Katalog aller österreichischen Forschungsstätten erstellt worden ist und daneben auch eine zweite Publikation, nämlich Forschungsfinanzierungsaktionen, veröffentlicht wurde. Diese Publikationen bieten erstmals eine Gesamtinformation auf diesem Gebiet.

**Radinger**

Der Zustrom zu den Hochschulen hält unvermindert an. Er betrug in den vergangenen beiden Jahren 8 Prozent beziehungsweise 6 Prozent. Die Besucherzahlen der Höheren Schulen lassen eine weitere Erhöhung dieser Steigerungsraten erwarten.

Dieser Umstand sowie die Tatsache, daß der Akademikerbedarf von verschiedenen Seiten verschieden prognostiziert wird, und des weiteren aber auch, daß die vorgesehenen Studienzeiten teilweise bedenklich überzogen werden, haben das Ministerium auch auf diesem Gebiet aktiv werden lassen. Eine Arbeitsgruppe der Hochschulplanungskommission hat sich die Aufgabe gestellt, eine Reihe von Studien zur Frage des Akademikerbedarfes und zur Akademikerprognose vorzubereiten, um ein Instrument zu bekommen, das mit-helfen soll, die Studenten in diejenigen Zweige des Studiums zu lenken, bei denen Bedarf voraussehbar ist.

Eine andere Untersuchung im OECD-Rahmen soll Aufschluß geben über die Umstände, die zu Fehlleistungen und Studienverzögerungen führen. Zweifellos wird man, glaube ich, auch versuchen müssen, jenen Studierenden, deren Begabung für ein Hochschulstudium nicht ausreicht, in ihrem eigenen Interesse in einem Frühstadium adäquate andere Ausbildungswege anzubieten.

Ich möchte aber nun, meine Damen und Herren, doch die budgetäre Seite des Kapitels noch einmal beleuchten, wenn auch gesagt wurde, daß Zahlen nichts oder wenig bedeuten.

Wir können also feststellen, daß die Gesamtsumme des Wissenschaftsbudgets von 3,3 Milliarden Schilling im vergangenen Jahr um mehr als 20 Prozent auf über 4 Milliarden Schilling angestiegen ist, daß der Anteil des Kapitels am Gesamtbudget seit 1971 ständig erhöht wurde und nun 2,88 Prozent ausmacht. Wir können feststellen, meine Damen und Herren, daß die prozentuelle Steigerung dieses Kapitels — verzeihen Sie mir, wenn ich das sagen muß — in den drei Budgets der SPÖ-Regierung 58 Prozent ausmacht gegenüber 33 Prozent in den vergleichbaren letzten drei Jahren der ÖVP-Alleinregierung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir können feststellen, daß in den gleichen Jahren der ÖVP-Zeit der Sachaufwand eine Erhöhung um 26 Prozent erfuhr, in der sozialistischen Zeit jedoch um 64 Prozent. Wenn Sie wiederum dieselben Jahre als Vergleichsbasis nehmen, so zeigt sich bei den wissenschaftlichen Hochschulen eine, ich möchte sagen, VP-Steigerungsrate von 23 Prozent, in den Kreisky-Firnberg-Jahren eine solche

um 53 Prozent. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Bei den Hochschulbauten verhalten sich die Zahlen wie 20 zu 28 und beim Sachaufwand der Hochschulen wie 11 zu 57 zugunsten der SPÖ.

Darf ich Sie aber auch noch an die Budgetrede des Finanzministers erinnern, die Sie allerdings aus einer mir nicht ganz verständlichen Trotzreaktion heraus nicht angehört haben. Ich zitiere daher für Sie Dr. Androsch, der sagte ... *(Abg. Dr. Blenk: Wir haben sie angehört! Sehr brav!)* Bitte um Entschuldigung! *(Abg. Mitterer: Ich glaube, Sie waren nicht hier!)* Ich konnte leider nicht da sein. — Ich darf also zitieren, was der Herr Finanzminister gesagt hat. Er sagte: „Ohne kontinuierliche wissenschaftliche Forschung ist es undenkbar, unsere Wirtschaftsentwicklung weiter zu dynamisieren, um mit der ausländischen Konkurrenz Schritt zu halten. Die finanzielle Unterstützung des österreichischen Forschungsgeistes ist daher ein ökonomisches Erfordernis unserer Zeit.“

Dazu möchte ich sagen, daß sich die Forschungsausgaben im Bereich des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung seit 1970 verdoppelt haben, daß die Mittel — das ist ja erst auch von meinem Vorredner hervorgehoben worden — für den Fonds der wissenschaftlichen Forschung in diesen drei Jahren um 168 Prozent gesteigert wurden, die für den Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft um 215 Prozent und für die Akademie der Wissenschaften um 187 Prozent.

Meine Damen und Herren von der großen Opposition! Ich glaube, das sind schon Zahlen, die für den objektiven Beurteiler deutlicher sprechen als alle auf Verdunkelung und Verwirrung ausgelegten vokabelreichen Reden. Sie sind auch ein Beweis dafür, glaube ich, daß bei uns Worte und Taten übereinstimmen. *(Beifall bei der SPÖ.)* Ein Beweis dafür, daß es uns ernst ist mit der Verwirklichung der Regierungserklärung, in der der Bundeskanzler die Wissenschafts- und Forschungspolitik als ein zentrales Anliegen bezeichnete und Entschlossenheit bekundete, auf dem Gebiete der Forschungsförderung energische, planvolle und großzügige Maßnahmen zu setzen.

Meine Damen und Herren! Diese — ich weiß, aus zeitlichen Gründen — sehr kurssrische und keineswegs vollständige Aufzählung der legislativen, organisatorischen und budgetären Maßnahmen beweist, daß der überwiegende Teil der Postulate und Ankündigungen der Regierungserklärung zumindest von Seite des Ministeriums erfüllt ist und daß

**Radinger**

darüber hinaus eine Fülle wertvoller Arbeiten auf anderen Gebieten geleistet wurde. Ich glaube, daß es am Platze ist, hier auch den Beamten des Ministeriums unseren Dank auszusprechen, die durch ihr fachliches Wissen und Können, durch ihren Fleiß wesentlich zu diesen Erfolgen beigetragen haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte, meine Damen und Herren, aber auch nicht versäumen hervorzuheben, daß es im Ausschuß für Wissenschaft und Forschung trotz vielfach differenter Auffassungen gelang, soweit ich mich erinnern kann, und ich glaube nicht fehlzugehen, in gemeinsamer Arbeit zu einstimmigen Beschlüssen zu kommen.

Meine Damen und Herren! Wir Sozialisten sind uns der Tragweite und der Schwierigkeiten, der Komplexität der Aufgabenstellung gerade in diesem Ressort voll und ganz bewußt. Wir wissen, daß die Lösungen dieser Aufgaben einer sorgfältigen Überlegung und langfristiger Planung bedürfen und daß es dabei gilt, ständig neuen Entwicklungen Rechnung zu tragen. Die Frau Bundesminister hat sich bei zahllosen Anlässen als mutige Vorkämpferin notwendiger Reformen und fortschrittlicher Maßnahmen erwiesen. Wir stellen mit Freude fest, daß sie bei ihren Initiativen und Anstrengungen, den Anliegen von Wissenschaft, Forschung und Hochschule im Sinne der Regierungserklärung zum Durchbruch zu verhelfen und für sie mehr Mittel zu bekommen, große Erfolge verzeichnen kann. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die sozialistische Regierung ist sich — das beweist das vorliegende Budget — bewußt, daß mit der Entwicklung unserer Hohen Schulen, mit der Entwicklung von Wissenschaft und Forschung die Zukunft unserer demokratischen Gesellschaft, die Zukunft unseres Landes in wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Hinsicht aufs engste verknüpft ist. Wir Sozialisten werden daher diesem Budget aus vollem Herzen unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Kaufmann. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Kaufmann (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben jetzt vom Herrn Kollegen Radinger nur die schöne Seite dargestellt bekommen. Sie werden verstehen, daß ich als Redner der Oppositionspartei mich nun auch mit einigen Dingen beschäftigen, die weniger schön sind.

In einem stimmen wir sicher überein: daß die Förderung von Forschung und Wissen-

schaft zu jenen Dingen zählt, die heute Vorrang verdienen. Dazu gehört aber auch die Ausbildung eines entsprechenden Nachwuchses. Sie ist unbedingt notwendig, wenn wir uns in einem Zeitalter des stürmischen Fortschritts behaupten wollen und uns vor allem gegenüber einer immer stärker werdenden ausländischen Konkurrenz behaupten wollen.

Es ist daher zutreffend, wenn die Frau Bundesminister bei einer Tagung des Komitees für Hochschulbildung und Forschung des Europarates in Salzburg im Mai dieses Jahres erklärt hat: Unsere Hochschulen müssen so ausgebaut werden, daß auch in Zukunft jeder befähigte Bildungswillige ein Hochschulstudium nach eigener Wahl ergreifen kann.

Leider, meine Damen und Herren, sprechen die Fakten eine andere Sprache. Die Raumnot an unseren Hochschulen, eine bekannte Tatsache, wird immer größer. Die Bedingungen, unter denen unsere Studenten studieren müssen, werden immer drückender. Wenn sich die Dinge so weiter entwickeln, wie es jetzt den Anschein hat, besteht tatsächlich die Gefahr, daß schon in allernächster Zeit da und dort Zustände eintreten werden, die einem Numerus clausus sehr ähnlich sind.

Numerus-clausus-ähnliche Zustände hat es ja, wie Sie wissen, in der Vergangenheit schon mehrmals gegeben, denn es sind Numerus-clausus-ähnliche Zustände, wenn etwa ein Student keinen Arbeitsplatz, keinen Arbeitsplatz bekommt und auf diesen ein oder zwei Semester warten muß. Ich betone ausdrücklich: inländische Studenten, nicht ausländische Studenten. Von einem relativen Numerus clausus bis zu einem absoluten Nichtstudieren können es dann mitunter nur ein sehr kurzer Weg sein.

Die Frau Bundesminister hat im Budgetausschuß selbst eingeräumt, daß die Bewältigung des zu erwartenden Hörerzuwachses sehr schwierig sein wird. Es soll — ich folge hier ihren Worten — versucht werden, mit dem Bauprogramm nachzukommen, die Hörer rascher durchzuschleusen und außerdem jene Studierenden, deren Begabung für ein Studium nicht ausreicht, nicht allzu lange auf den Hochschulen verweilen zu lassen. Professoren und Studenten sind sich jedenfalls einig, daß es hier um ein Problem geht, das unsere gesamte Lehr- und Forschungstätigkeit beeinträchtigt.

Und hier nun einige konkrete Beispiele, die uns warnen sollten, nicht allzu selbstsicher zu sein.

Der neue Rektor der Wiener Universität Professor Dr. Winkler hat noch im September

**Dr. Kaufmann**

dieses Jahres erklärt: Das wichtigste Problem der österreichischen Hochschule ist ihre bauliche Erweiterung. Die laufende Zuführung immer größer werdender Studentenscharen kann nur durch eine intensive Bauplanung bewältigt werden.

Die Tierärztliche Hochschule in Wien müßte ihr Areal um mindestens das Doppelte des heutigen Standes vermehren.

Die Salzburger Universität wird, falls der derzeitige Hörerzuwachs anhält — außerdem haben sich die Lehrkanzeln erfreulicherweise vermehrt —, schon in absehbarer Zeit aus den Nähten platzen. Die Zahl der Hörer, die 1965/66 noch 470 betrug, hielt im Wintersemester 1971/72 bereits bei 2909 und wird schon sehr bald die 4000er Grenze überschreiten.

Der Rektor der Linzer Hochschule Professor Dr. Kurt Rothschild hat darauf hingewiesen, daß der jährliche Zuwachs der Studierenden bei 30 Prozent liegt. Man hielt im Frühjahr bei 2780 Hörern, 1975 werden es bereits 4000 sein.

Ähnliches gilt für andere Hochschulen, nicht zuletzt auch für die Kunsthochschulen. So verlangen — ich möchte hier dieses Beispiel herausgreifen, weil es mir besonders bemerkenswert erscheint — die Musikhochschulen Eignungsprüfungen, wobei die Begabungsrichtlinien immer enger und immer strenger gezogen werden. Man könnte nun sagen, daß eine solche Auslese an und für sich etwas Positives ist. Wenn man allerdings um die Problematik solcher Eignungsprüfungen weiß, wird es schon etwas weniger positiv. Und es wird besonders bedrückend, wenn die Professoren ganz offen erklären, daß wir heute bereits bei einem Stand halten, daß nicht mehr alle Begabten bei den Musikhochschulen ihr Unterkommen finden können.

In der Musikhochschule in Graz etwa ist es so, daß Professorenmangel herrscht. Aber selbst wenn fünf Professoren mehr bewilligt würden, so könnte diese Hochschule die Professoren einfach nicht mehr unterbringen.

Das ist besonders schwerwiegend bei den Schulmusikabteilungen, wo die Gymnasiallehrer für Musik ausgebildet werden, denn hier herrscht ein ausgesprochener Mangel. Hier müssen Jahr für Jahr auf Grund der herrschenden Zustände Abstriche gemacht werden, weil einfach nicht genügend Lehrer und nicht genügend Unterrichtsräume zur Verfügung stehen.

Auch der Rektor der Wiener Hochschule für Musik und darstellende Kunst hat bereits im

Oktober des Vorjahres erklärt, daß das Aufnahme-limit erreicht sei.

Ebenso hat sich die Österreichische Rektorenkonferenz im vergangenen Jahr ausgesprochen und ernste Besorgnisse geäußert.

Erst vor wenigen Tagen habe ich einen Artikel in den „Salzburger Nachrichten“ unter dem Titel gefunden: „Numerus clausus ab 1975 befürchtet“.

„Der Vorsitzende der österreichischen Hochschülerschaft an der Universität Wien ... gab Donnerstag der Befürchtung Ausdruck, daß an der Universität Wien 1975 der Numerus clausus eingeführt werden müsse. Dies ergebe sich aus der ständig steigenden Anzahl von Hörern und dem nicht zu lösenden Raumproblem. In drei Jahren werde man den kritischen Stand von 27.000 Studenten erreicht haben. In dem jetzt zu Ende gehenden Jahr sind es 22.000. Im Jahre 1985 schließlich rechnet man mit 36.000 Hörern.“ — Soweit der Vorsitzende der Österreichischen Hochschülerschaft.

Wie soll nun dieser Andrang bewältigt werden? Aus einem längerfristigen Entwicklungsprogramm für Hochschulbauten, das der Ministerrat im August des heurigen Jahres verabschiedet hat, geht hervor, daß der Bund bis 1980 15,9 Milliarden Schilling, auf dem Lohn- und Preisstandard von 1970 berechnet, wird aufbringen müssen, um die Erstkosten für den Ausbau der österreichischen Hochschulen decken zu können. Dazu kommen noch viele Millionen an Folgekosten.

Alle diese Pläne sind umso unvollständiger, als gerade von seiten des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung keine konkreten und seriösen Vorschläge zur Finanzierung des Nachholbedarfes gemacht wurden, was mich umso mehr enttäuscht, als es gerade die Frau Bundesminister war, die noch im Jahr 1970 dankenswerterweise erklärt hat, daß man sich auch um neue Finanzierungsmethoden und um neue Finanzierungsarten bemühen müsse. Aber vielleicht bin ich nicht vollständig informiert, und die Frau Bundesminister kann mich hier eines Besseren belehren.

Soweit es also dieses Hochschulbauprogramm betrifft, muß schon jetzt gesagt werden, daß seine Planungsgrundlagen ungenau und seine Finanzierung ungesichert sind. Das Programm basiert nämlich — wie ich schon gesagt habe — auf dem Baupreisindex von 1970. Eine Anpassung an das Jahr 1972 wäre unbedingt erforderlich. Aus diesen Planungsgrundlagen wird nämlich deutlich, daß die enthaltenen Finanzierungserfordernisse nur von relativer Richtigkeit sein können. Aber selbst

**Dr. Kaufmann**

diese Finanzierungserfordernisse werden 1973 nicht einmal auf der Basis des Jahres 1970 eingehalten werden können.

Nun gestatten Sie mir noch ein paar Worte zu dem Komplex der Kunsthochschulen. Unsere Kunsthochschulen leiden darunter, daß sie sich sehr oft als eine Art fünftes Rad am Wagen empfinden, daß sie glauben, ein Aschenbrödel sein zu führen, obwohl es gerade diese Kunsthochschulen sind — ich glaube, das muß man mit Nachdruck sagen —, die sehr attraktiv sind und zum internationalen Ansehen Österreichs in der Welt gerade auf diesem Gebiet beigetragen haben.

Mit der Erlassung des Kunsthochschul-Organisationsgesetzes ist 1970 endlich die Gleichstellung mit den wissenschaftlichen Hochschulen erreicht worden. Aber nun befürchtet man in Kreisen dieser Kunsthochschulen, daß mit dem kommenden UOG neuerlich eine Diskriminierung der Kunsthochschulen eintreten könnte. Es ist ja auch so, daß dieses UOG vorsieht, den anderen Hochschulen den Titel Universität zu geben, den Kunsthochschulen aber nicht. Wobei ich der Meinung bin, daß es sicherlich nicht auf den Namen ankommt, aber entscheidend wäre doch, daß hier eine Gleichstellung gesichert bleibt. Deshalb wäre zu fordern, daß gleichzeitig mit diesem UOG auch eine Novellierung des KHOG erfolgen müßte.

Die Erhöhungen, die das Budget der Kunsthochschulen im nächsten Jahr erfahren wird, gehen fast vollständig auf Pflichtausgaben, auf Personalausgaben auf. Das heißt, daß der Sachaufwand kaum noch Berücksichtigung findet. Und gerade das wäre für die Kunsthochschulen von besonderer Wichtigkeit. Ich denke nur daran, daß dazu noch eine Geldwertverdünnung kommt, die auch diesen Aufstokkungsbetrag reduziert und vermindert.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch anmerken, daß die Kunsthochschulen bei den beiden Budgetüberschreitungsgesetzen im heurigen Jahr keine Berücksichtigung gefunden haben. Die Frage nach dem Warum stellt sich hier von selbst.

Es ist auch bedauerlich — ich glaube, es ist nicht übertrieben, wenn man das so sagt —, daß bisher keiner einzigen Kunsthochschule wirklich die Möglichkeit gegeben wurde, sich großzügig zu entfalten. Das fängt bei den baulichen Dingen an. Der einzige Zubau der letzten Jahre betraf eigentlich nur das Mozarteum in Salzburg.

Aber auch die personelle Besetzung der Kunsthochschulen ist höchst unzureichend.

Hier vielleicht ein sehr illustratives Beispiel von der Grazer Kunsthochschule. Von den 85 Klassen und Lehrkanzeln sind nur sieben mit ordentlichen Professoren besetzt. Der Rest geht auf 24 außerordentliche Professoren, 17 Bundeslehrer der Verwendungsgruppe L 1, 22 Vertragslehrer, 15 Lehrbeauftragte, während Klassen künstlerischer Ausbildung und vor allem Lehrkanzeln eigentlich mit ordentlichen Hochschulprofessoren besetzt sein sollten.

Auch die bestehende Kunsthochschul-Dienstordnung 1972 ist, wie ich hier im Hause bereits einmal gesagt habe, unzureichend. Die Remunerationen für Vertragslehrer und Lehrbeauftragte müssen endlich denen der wissenschaftlichen Hochschulen angeglichen werden. Die Vertragslehrer müssen Verträge erhalten, die den Bestimmungen des Vertragsbedienstetengesetzes entsprechen, und nicht Sonderverträge ohne Biennialvorrückungen. Die Frau Bundesminister hat hier dankenswerterweise eine baldige Novellierung zugesagt, und wir warten darauf.

Zum Abschluß möchte ich mich noch ganz kurz mit einem Thema beschäftigen, das mir sehr aktuell erscheint, und zwar mit dem Denkmalschutz.

Es liegt uns der Entwurf zu einer Novelle des Denkmalschutzgesetzes vor, der neben begrüßenswerten Bestimmungen allerdings auch Passagen enthält, mit denen es sich die öffentliche Hand auf Kosten der Staatsbürger wieder einmal sehr leicht machen will. So soll zwar der Eigentümer eines denkmalgeschützten Objektes zur Erhaltung verpflichtet werden, während der Staat zahlen kann, aber nicht muß. Das heißt, dem Staat steht es frei, ob er solche Zuwendungen geben will oder nicht.

Wie dem aber auch sei: Es ist heute fünf Minuten vor zwölf! Das beweist allein schon die Statistik der Abbrüche des Vorjahres. Ich habe mir die Zahlen herausgeschrieben: Insgesamt sind im vergangenen Jahr 106 Anträge auf Abbruch von Gebäuden bewilligt worden, von denen ein großer Teil kunsthistorischen Wert besaß. Jetzt etwas sehr Bemerkenswertes: Allein 98 dieser bewilligten Abbruchanträge sind vom Magistrat der Stadt Wien gestellt worden.

Ich sage es ganz offen: Das Unverständnis, das sich auf diesem Gebiet breitmacht, die Barbarei, mit der man hier zu Werke geht, ist bestürzend! Die öffentliche Hand darf einfach nicht zusehen, daß das Demolieren und das Verschandeln weitergeht. (Zustimmung bei der ÖVP.)

**Dr. Kaufmann**

Walter Gropius hat einmal gesagt: „Solange wir nicht lernen, das Land zu lieben und zu respektieren wie ein uns anvertrautes Gut, so lange wird diese Zerstörung weitergehen.“ Ich glaube, das sollten wir uns alle ins Stammbuch schreiben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

In diesem Sinne hat der steirische Landesrat Professor Jungwirth vor wenigen Tagen einen offenen Brief an den Herrn Finanzminister geschrieben.

Einige Passagen möchte ich hier zum Abschluß zitieren: „Nur die Aufgabenteilung“ — so heißt es in diesem Brief — „zwischen öffentlicher Hand und privater Initiative bietet neue Chancen. In modern denkenden Staaten geschieht das dadurch, daß Beträge steuerlich absetzbar gemacht werden, die von privater Hand zur Erhaltung und Revitalisierung wertvoller Bausubstanz aufgewendet werden.“

Und nun die Frage: „Soll auch noch aus Schönbrunn eine Hochgarage oder aus dem Stephansdom eine Krankenkasse werden? Der Europarat“ — so schließt der Brief von Landesrat Jungwirth — „hat soeben beschlossen, 1975 zum ‚Jahr der historischen Architektur‘ zu machen. Wenn wir in Österreich so weitermachen wie jetzt, gibt es 1975 nichts mehr zu retten.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Stix. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Stix (FPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Frau Bundesminister! Erlauben Sie mir bitte, daß ich namens meiner Fraktion noch einmal auf Ihre frühere Wortmeldung eingehe. Der Grund hierfür ist darin zu sehen, daß wir es mit einem Faktum zu tun haben, das es uns Freiheitlichen nicht erlaubt, auch nur den Hauch eines Zweifels hinsichtlich unserer Haltung aufkommen zu lassen.

Das Faktum sei noch einmal kurz umrissen: Ein freigewählter Volksvertreter, ein Abgeordneter dieses Hauses, wurde zweimal daran gehindert, sein verfassungsmäßiges Grundrecht auf freie Meinungsäußerung wahrzunehmen. Er wurde durch Gewalt daran gehindert. Und das bedeutet, daß jener Rubikon in diesem Land überschritten wurde, der nicht überschritten werden darf, soll nicht die Res publica in Gefahr geraten.

Aus diesem Grund, sehr geehrte Frau Bundesminister, ist es notwendig, daß ich noch einmal auf Ihre Stellungnahme eingehe. Ihre Stellungnahme war zwiespältig. Wir haben mit großer Aufmerksamkeit und mit Zustimmung zur Kenntnis genommen, daß der eine

Teil Ihrer Stellungnahme durchaus positiv zu beurteilen ist. Aber es hat uns auf der anderen Seite mit Unbehagen erfüllt, daß der zweite Teil Ihrer Stellungnahme nicht nur gestellte Fragen offenließ, sondern zusätzlich neue Fragen aufwarf.

Lassen Sie mich zuerst zum positiven Teil Ihrer Stellungnahme kommen. Sie haben sich ausdrücklich und ganz persönlich in einem engagierten Tonfall, den wir Ihnen voll und ganz glauben, gegen die Anwendung von Gewalt — ganz gleich, von welcher Seite immer — gewandt. Es ist das auch unsere Haltung, und daher, Frau Bundesminister, finden Sie diesbezüglich unsere volle Zustimmung.

Nun zu jenem Teil Ihrer Stellungnahme, den wir bedauerlicherweise negativ beurteilen müssen. Sie haben gesagt, das Risiko sei zu groß gewesen, man hätte das Risiko vermeiden müssen. Sie sagten dann sinngemäß und führten alles auf diesen einen Wert hin: Ich bin für Menschlichkeit.

Sehr geehrte Frau Bundesminister! Diese Äußerung ehrt Sie nicht nur als Mensch, sondern ehrt Sie ganz besonders auch als Frau in der Politik. Ich möchte das ganz offen aussprechen. Aber es geht hier nicht darum, ein wichtiges Gut über das andere zu stellen, wenn es sich in Wahrheit um gleichrangige Güter handelt.

Die Rechtsstaatlichkeit, die freie Ausübung verfassungsmäßig verbriefter Grundrechte ist ein solches Gut, das nicht niedriger eingestuft werden kann als die Menschlichkeit, die auch wir hochschätzen. Da haben wir eben die Sprache des Staatsmannes, die Sprache des staatspolitisch verantwortlichen Ministers vermisst.

Sie haben in etwa die Anwendung der Gewalt zu verniedlichen versucht. Sie sprachen von Spannungen, die an unseren Hochschulen herrschen, und Sie sprachen davon, daß man keinen Funken in dieses Pulverfaß schleudern soll. Sie sagten wörtlich: Alles vermeiden und keinen Anlaß geben für Exzesse!

Aber, sehr geehrte Frau Bundesminister, das bedeutet letzten Endes eine indirekte Ermunterung für jene, die nicht so denken, sondern die von vornherein erklärterweise und ganz offenkundigerweise bereit sind, die Gewalt als Element ihres politischen Handelns einzusetzen.

Sie haben selber ein Beispiel angeführt, um Ihre Stellungnahme zu untermalen. Sie sagten: Man möge doch auch bedenken, wie oft sich heute schon Professoren so manches gefallen lassen müssen — Sie sagten: erdulden

**Dr. Stix**

müssen —, um überhaupt ihre Vorlesungen halten zu können.

Genau das ist doch der springende Punkt, Frau Bundesminister! Hier geht es doch darum, den Anfängen zu wehren. Das ist doch kein Beispiel dafür, daß man gegenüber jenen, die mit der Gewalt drohen, leisetreten soll, sondern es ist viel eher umgekehrt ein Beispiel dafür, daß es schon höchste Zeit ist, der widerrechtlichen Gewalt mit rechtsstaatlichen Mitteln entgegenzutreten.

Genauso verstehen wir die Ereignisse des 14. Dezember an der Wiener Universität. Sie sind ein Menetekel. Es ist ein nicht mehr zu übersehendes Beispiel gesetzt worden, daß es bereits radikale Gruppen auf dem Boden der Bundeshauptstadt gibt, die über eine Macht verfügen, die es ihnen erlaubt, sich über Gesetzmäßigkeit und Rechtsstaatlichkeit hinwegzusetzen.

Es geht nicht, Frau Bundesminister, um ein *Fiat iustitia pereat mundus*. In der Ablehnung dieser Michael Kohlhaasschen Auffassung finden Sie uns durchaus an Ihrer Seite. Aber es geht darum, daß es für die Zukunft der gesamten Rechtsstaatlichkeit in Österreich einfach nichts zu hoffen gibt, wenn es sich einbürgert, daß Gewalttätigkeit gegen verfassungsmäßige Grundrechte geübt werden kann, daß sie wirksam wird und daß sie straflos bleibt.

Da stehen wir eben auf dem Standpunkt: Wehret den Anfängen! Wir glauben, daß hier ein einfaches Berufen auf die Menschlichkeit — sosehr wir dem Respekt zollen — nicht ausreicht, um die staatspolitische Problematik aus der Welt zu schaffen.

Es ist diese allzu leisetreterische Haltung gegenüber ungesetzlicher Gewaltanwendung eine indirekte Ermutigung für jene radikalen Gruppen, auf dieser gewalttätigen Straße weiterzumarschieren.

Wenn Sie sagten, geehrte Frau Bundesminister, man müßte behutsam vorgehen, man müßte Besonnenheit beweisen, dann sage ich Ihnen, daß das — und zwar genau das — die Veranstalter getan haben; und das nicht nur bei der ersten Veranstaltung. Bei dieser ersten Veranstaltung wäre es auch schon zu Gewalttätigkeiten gekommen, wenn nicht die Veranstalter ihrerseits — mit dieser überraschend eingetretenen Situation konfrontiert — gesagt hätten: Wir wollen, daß auf Hochschulboden eben kein Eklat entsteht.

Nun scheiden sich die Geister, Frau Bundesminister. Sie meinen, es wäre klüger gewesen,

auf das verfassungsmäßige Grundrecht der Versammlungsfreiheit und der freien Meinungsäußerung zu verzichten und keinen zweiten Versuch zu starten.

Da sind wir anderer Meinung. Wir teilen die Auffassung der Veranstalter, die nicht wir waren, daß es nicht richtig gewesen wäre, auf die Wahrnehmung eines verbrieften Rechtes zu verzichten. Hinzu kommt noch der erschwerende Umstand: unter Beteiligung eines frei gewählten Abgeordneten!

Man kann auch nicht sagen, daß es sich um einen radikalen Abgeordneten handelt. Ich glaube, alle hier im Plenum werden es bestätigen, daß es im Rahmen der außenpolitischen Debatte in diesem Hause kaum einen Redner gegeben hat, der derart maßvoll, ruhig und wohlabgewogen zu dem Konflikt um die Kärntner Ortstafeln gesprochen hat, wie eben Otto Scrinzi. Gerade er ist weit entfernt von jeder Hetze. Daher glauben wir, daß es von den Veranstaltern, die sich besonnen erwiesen hatten, richtig war, die Veranstaltung ein zweites Mal abzuhalten.

Auch hier — ich brauche gar nicht auf alle Einzelheiten einzugehen — ist doch der wirkliche Eklat wiederum nur dadurch vermieden worden, daß erneut die Veranstalter Besonnenheit bewahrt haben. Es ist den gewalttätigen Demonstranten nur gelungen, in das Gebäude einzudringen. Sie waren trotz Gewaltanwendung nicht in der Lage, in den Hörsaal einzudringen. Den Hörsaal haben die in die Defensive gedrängten Veranstalter sehr wohl behauptet. Es hätte der Vortrag abgehalten werden können.

Aber wiederum waren es die Veranstalter, die gesagt haben: Wenn schon die anderen die Vernunft verlieren, dann wollen wir doch besonnen handeln, und haben die Durchführung der Veranstaltung abgesagt. Es waren die Veranstalter, die den bereits hier im Hause im Aufbruch befindlichen Abgeordneten Doktor Scrinzi telephonisch ersucht haben, nicht zu erscheinen, um nicht die Situation aufzuschaukeln. Da kann man doch wirklich nicht sagen, daß irgendwelche Rechtsradikalen am Werk gewesen wären, die hier mit Absicht versucht hätten, einen Wirbel aufzuzäumen. Ganz im Gegenteil.

Jetzt komme ich nochmals auf den Kernpunkt zu sprechen. Es geht nicht an, daß man auf die Wahrnehmung eines Grundrechtes verzichtet, nur weil gegen jemanden Gewalt angewendet wird. Die Veranstalter sind nach wie vor der Meinung, daß sie sich dieses Recht nicht nehmen lassen können. Es ist die Meinung meiner Fraktion, daß man es nicht

**Dr. Stix**

hinnehmen kann, dieses Grundrecht unge-  
sühnt verletzt zu sehen.

Jetzt möchte ich noch tiefer hineingehen und die Problematik der Studentenveranstaltung aus einem weiteren Blickwinkel beleuchten. Es handelt sich bei den Veranstaltern um eine demokratisch legitimierte Vereinigung. Es handelt sich teils um die Wiener Burschenschaft, teils um Mitglieder des RFS, in personaler Verflechtung letzten Endes eine Gesinnungsgemeinschaft, um jene studentische Fraktion, die nach wie vor auf den österreichischen Hochschulen als das Ergebnis demokratischer Wahlen an diesen Hochschulen die zweitstärkste Studentengruppe darstellt, also demokratisch legitimiert ist! Während jene radikalen Elemente von links, die demonstriert haben, ja keineswegs Sozialdemokraten waren, sondern, wie sie sich durch die Unterschrift auf den Flugblättern durchaus offen selber bekannt haben, Marxisten-Leninisten, Maoisten-Leninisten und die kommunistische Jugendbewegung.

Das ist insgesamt eine Gruppe, die demokratisch nicht legitimiert ist, die eine verschwundene Minderheit bei Hochschulwahlen erreicht. Und weil sie sich mit rechtsstaatlichen demokratischen Mitteln nicht durchsetzen kann, greift sie zur Gewalt, geht sie auf die Straße, dringt in Gebäude ein, zertrümmert Glastüren und das Mobiliar, das ja von der gesamten arbeitenden Bevölkerung Österreichs für Studenten, die studieren und nicht demonstrieren wollen, aus Steuermitteln bezahlt und aufgebracht wird.

Und vor dieser gewalttätigen, widerrechtlichen Vorgangsweise einer demokratisch nicht legitimierten Minderheit sollte die demokratisch legitimierte Gruppe zurückweichen? Sollte sie sagen: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht, nur keinen Eklat, wir lassen die Sache auf sich beruhen!? Ich sage Ihnen, ich stehe voll hinter diesen freiheitlichen Studenten, wenn diese sagen: Wir lassen das nicht auf sich beruhen!

Und ich möchte Ihnen ein weiteres Beispiel geben: Es wurde gesagt, daß es vielleicht am Thema gelegen sei, am Thema des emotionsgeladenen Streites um die Kärntner Ortstafeln, und deswegen hätte man vielleicht nicht damit auf den Boden der Hochschule gehen sollen. Darf ich Sie daran erinnern, daß dieses Thema schon auf dem Boden der Hochschule beredet und diskutiert wurde? Vor wenigen Wochen an der Universität Graz mit sozialistischen Studenten, mit Studenten der OSU unter Teilnahme von Slowenen, und es war eine sehr demokratische Diskussion ohne den geringsten Zwischenfall an einer Univer-

sität, wo die beherrschende Stellung unter den Studierenden der Ring Freiheitlicher Studenten tatsächlich innehat.

Ich glaube, wenn es noch irgendeinen Zweifel an der demokratischen Haltung des RFS geben hätte können, dann ist er einfach durch dessen Haltung in Graz völlig widerlegt worden. Man kann sehr wohl jedes Thema an der Universität diskutieren, wenn nur die demokratischen Spielregeln eingehalten werden. Wir werden es uns nicht bieten lassen, daß das auf dem Boden der Bundeshauptstadt in Zukunft nicht mehr möglich sein sollte.

Ich möchte noch zu einem anderen Thema eine kurze Anmerkung machen. Sehr geehrte Frau Bundesminister! Sie hatten erklärt, es bestehe zwischen diesem Vorfall und der Hochschulreform kein Zusammenhang. Leider muß ich Ihnen auch hier sagen, daß doch ein Zusammenhang besteht, und zwar ein mehrfacher Zusammenhang.

Fangen wir wieder beim Ring Freiheitlicher Studenten an. Es war diese in manchen Zeitungen als rechtsstehend oder in den Flugblättern als „braunfaschistisch“ bezeichnete Organisation, die vor wenigen Tagen ihrerseits einen sehr umfangreichen Entwurf für eine Universitäts-Organisationsreform ausgearbeitet und der Öffentlichkeit übergeben hat.

Wenn Sie, Frau Bundesminister, diesen Entwurf der freiheitlichen Studenten anschauen, dann werden Sie finden, daß diese sich an Ihren UOG-Entwurf angelehnt haben. Sie werden feststellen oder haben dies schon getan, daß die Gliederung des Entwurfes des RFS weitgehend identisch ist mit der Gliederung Ihres Entwurfes. Selbstverständlich gibt es sachliche Differenzen, sogar einige recht bedeutende, aber dieser Entwurf des Ringes Freiheitlicher Studenten zu einem neuen Universitäts-Organisationsgesetz ist ein echtes Diskussions-Pendant zu dem, was Ihr Ministerium vorgelegt hat. Das ist demokratische Auseinandersetzung, und zwar in einer sehr reifen Form!

Dieser RFS wird verteufelt von den linksradikalen Elementen. Und wir wissen auch genau, warum. Deswegen steht auch das UOG-Gesetz, auch die Debatte über diese Reform, im Zusammenhang mit den Ereignissen des 14. Dezember. Die freiheitlichen Studenten werden nicht zuletzt deswegen derart scharf von der Ultralinken attackiert, weil sie die Universität echt reformieren wollen, weil es den freiheitlichen Studenten nur darum geht, den alten Auftrag der Universitäten, nämlich den, zu forschen und zu lehren, auf eine neuzeitliche, auf eine moderne und dem heutigen gesellschaftlichen Verständnis angepaßte Art

5540

Nationalrat XIII. GP — 59. Sitzung — 18. Dezember 1972

**Dr. Stix**

und Weise zu erfüllen. Aber sie wollen, daß die Universitäten funktionstüchtig bleiben, sie wollen, daß der hohe Stand, den unsere Wissenschaft und Forschung erreicht hat, gehalten wird.

Deswegen werden die freiheitlichen Studenten von der Ultralinken angegangen. Denn diese will nicht die Universitäten reformieren. Sie will die Universitäten in Werkzeuge verwandeln, um die Gesellschaft umzukrempeln. Die Beispiele im westlichen Ausland zeigen das sehr genau. Aus diesem Grund wird von der Ultralinken die Frage der Mitbestimmung so absolut hochgespielt. Denn wenn man die Dinge sachlich betrachtet, dann ist die Mitbestimmung ja ein Problem, aber nur ein Problem unter vielen anderen, mindestens gleich schwierigen Fragen, die uns die Universitätsreform zu lösen aufgibt.

Es ist nicht richtig, auch von der Sache her zu sagen, die Frage der Universitätsreform hat nichts zu tun mit dem, was sich auf der Straße vor der Universität ereignet. Und genau jene Elemente, die heute auf der Straße stehen, die lauern ja nur darauf, durch ihre aktivistischen Stoßtrupps in einem reformierten Mitbestimmungssystem jenen Eingang in die Institutionen zu finden, der es ihnen erlaubt, dann jenen langen Marsch durch diese anzutreten, als dessen Ziel eben nicht die Universitätsreform steht, sondern die Umwandlung der Universitäten in Instrumente des Klassenkampfes. Selbstverständlich sind da die freiheitlichen Studenten Gegner und daher erklärte Zielscheibe der ultralinken Gruppen. Und so meinen wir, sehr geehrte Frau Bundesminister, daß eben durch diese Zusammenhänge auch die Verbindung zwischen dem, was sich am 14. Dezember in Wien an der Universität ereignet hat, und dem, was wir hier in den nächsten Wochen und Monaten debattieren werden, besteht.

Ich will zum Schluß kommen. Sie hatten die zwei Hauptfragen, die mein Freund Broesigke an Sie, sehr geehrte Frau Bundesminister, gerichtet hatte, nicht so beantwortet, daß wir im Sinne meiner eben getanen Darlegungen davon voll befriedigt sein können.

Die erste Frage lautete: Welche Maßnahmen sollen nach Ihrer Meinung bezüglich dieser Vorfälle ergriffen werden? Und die zweite Frage lautete: Was glauben Sie persönlich, welche Konsequenzen man für die Zukunft daraus ziehen sollte?

Ich erkläre ganz offen, Frau Bundesminister: Wir erwarten von Ihnen eine Zusage, daß Sie das, was in Ihrer Macht als Wissenschaftsminister steht, tun werden, um derarti-

gen gewaltsamen Aktionen in Zukunft mit allen Mitteln des Rechtsstaates entschlossen entgegenzutreten! Darauf, sehr geehrte Frau Bundesminister, warten wir und erbitten wir noch Ihre Antwort.

Von dieser Antwort wird meine Fraktion ihre weitere Haltung in den Fragen des Ressorts Wissenschaft und Forschung abhängig machen. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Bundesminister Dr. Firnberg. Ich erteile es ihr.

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Hertha Firnberg: Hohes Haus! Die freiheitliche Fraktion wünscht keinen Hauch an Zweifel über meine Haltung. Sie meint, ich hätte eine zwiespältige Haltung gezeigt. Ich kann dem nicht zustimmen. Ich habe niemals die Gewalt heruntergespielt, sondern ich habe die Gewaltanwendung auch in diesem Fall kritisierend zurückgewiesen. Ich habe nichts über das Thema dieses Vortrages gesagt. Auch ich glaube, daß man ohne weiteres — warum sollte man das nicht? — über dieses Thema an der Hochschule sprechen kann, wie über jedes andere Thema.

Ich habe gar nichts, aber schon gar nichts gegen den RFS gesagt, mit dem ich ja sehr häufig in einem guten Gespräch bin — sie waren erst vor zwei Tagen hier —, und das erste Exemplar des Entwurfs zum UOG, das der RFS ausgearbeitet hatte, habe ich von ihnen persönlich überreicht bekommen.

Ich habe schon gar nichts gegen den Abgeordneten Primarius Scrinzi gesagt. Das könnte mir ja überhaupt nicht einfallen; warum sollte ich das? Ich habe Ihnen lediglich meine ganz persönliche Haltung und meine persönliche Meinung in dieser Frage gezeigt, und die ist eben, daß ich um des Friedens an der Universität willen darauf verzichtet hätte, an der Universität zu reden.

Ich habe ausdrücklich betont, daß das keine Kritik gegen irgend jemanden beinhaltet, nicht gegen den Rektor, auch nicht gegen die Veranstalter dieses Vortrages, ich habe sie niemals Rechtsradikale genannt — warum sollte ich sie so nennen? —; ich habe keine Partei für die Linken ergriffen, in diesem Fall, wenn sie mit Gewaltakten an der Universität auftreten, überhaupt nicht.

Und jetzt komme ich zur Antwort auf die erste Frage. Das Abstellen dieses Unfugs — und es ist ein Unfug an den Hochschulen — ist nicht meine Sache, sondern das ist eine Angelegenheit der Hochschulautonomie. Ich bin sehr dafür, daß man den Anfängen wehrt. (Beifall bei der SPÖ.)

**Bundesminister Dr. Hertha Firnberg**

Ich darf die Versicherung abgeben — und ich bin beschämt, daß ich das vor dem Hohen Haus noch tun muß —: Ich werde selbstverständlich alle Mittel anwenden, die in meinen Händen sind, um gegen die Gewalt an den Hochschulen aufzutreten. Das möchte ich nicht besonders betonen müssen. Gerade ich warne seit Jahren davor, daß es auch bei uns in Österreich zu ähnlichen Gewalttätigkeiten kommen könne, wie wir sie in sehr vielen anderen Ländern gesehen haben. Ich habe erst jetzt in der Fernsehdiskussion mit Rektor Winkler wieder darauf hingewiesen, daß wir nicht glauben sollen, in Österreich davor gefeit zu sein. Auch bei uns sind Wirbel möglich, und es war fast wie eine Prophezeiung, denn einen Tag später haben wir sie erlebt.

Ich möchte noch einmal betonen, daß die Reformen nicht in Zusammenhang mit diesen Unruhen stehen, wie überhaupt Hochschul-krawalle und ähnliches an den Hochschulen in keinem Zusammenhang mit der Hochschulreform stehen; das können Sie immer wieder feststellen.

Ich habe auch keineswegs für eine Straflosigkeit oder für ähnliches plädiert, das könnte mir gar nicht einfallen. Ich habe dafür plädiert, daß möglichst kein Anlaß gegeben wird, daß solche Wirbel an einer Hochschule auftreten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber ich bin auch — und das darf ich hinzufügen, meine Herren von der Freiheitlichen Partei — für ein energisches Eintreten im Ernstfall. Dafür bin ich immer gewesen, und auch in diesem Fall. Ich habe das auch bewiesen: Ich war in Wien und ich war in Linz, als es dort zu Unruhen kam, und ich habe nicht davor zurückgeschaut zu sagen, daß ich mich gegen solche Gewaltakte immer und überall verwahren werde.

Ich muß nicht erst versichern, daß ich es besonders bedaure, daß es Primarius Doktor Scrinzi war, der in diese Unannehmlichkeiten gekommen ist; das müßte eigentlich er und die freiheitliche Fraktion selbst wissen. Aber, meine Herren, ich möchte doch das Recht der freien Meinungsäußerung, über das wir heute so viel reden, auch für mich beanspruchen. Ich wollte nichts anderes als meine Auffassung hier deponieren, und meine Auffassung ist, lieber ein Verzicht als eine gewaltsame Auseinandersetzung; meinetwegen nennen Sie es ausweichen: Meine Auffassung war, lieber ausweichen statt zusammenstoßen. Ihre Auffassung ist, kein Verzicht, sondern lieber das Risiko der Auseinandersetzung.

Wir sind in der Sache einig, wir haben in der Strategie unterschiedliche Auffassungen.

Das ist eigentlich alles, was ich zu dieser Frage noch sagen möchte. *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident Dr. Maleta:** Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Suppan. Ich erteile es ihm.

**Abgeordneter Suppan (ÖVP):** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte mich ebenfalls einem Kärntner Problem zuwenden, und zwar der Hochschule für Bildungswissenschaften.

Frau Bundesminister! In drei Stunden endet der 18. Dezember 1972, und nach § 71 der Geschäftsordnung sind Sie verhalten, auf mündliche oder schriftliche Anfragen von Abgeordneten innerhalb von zwei Monaten Antwort zu geben. Ich habe an Sie am 18. Oktober 1972 im Verein mit meinen Kollegen Deutschmann und Dr. Gruber eine schriftliche Anfrage betreffend die bildungswissenschaftliche Hochschule Klagenfurt gerichtet, und Sie haben mir bis zur Stunde auf diese schriftliche Anfrage, obwohl die Frist in drei Stunden abläuft, keine Antwort erteilt.

Herr Präsident! Ich glaube, hier wird seitens der Frau Bundesminister das Kontrollrecht des Parlaments eingeschränkt. Ich darf bitten, Herr Präsident, daß dieser Umstand doch zum Gegenstand einer der nächsten Aussprachen im Präsidium gemacht wird.

Aber die Frau Bundesminister ist ja nicht einsam im Nichtbeantworten von Anfragen, denn ebenfalls am 18. Oktober haben meine Kollegen Dr. Gruber und Regensburger an den Bundesminister für Unterricht schriftliche Anfragen gerichtet, und ich habe sehr genau aufgepaßt, ob der Bundesminister für Unterricht diese Anfragen anlässlich der heutigen Budgetdebatte beantworten wird. Er hat sie nicht beantwortet. Es ist möglich, daß er jetzt noch in die Debatte eingreift und während der Debatte das Wort nimmt, was ihm nach der Geschäftsordnung zusteht, und diese Anfrage beantwortet. Hätten Sie, Frau Bundesminister, meine schriftliche Anfrage zeitgerecht beantwortet, so hätte ich mir ... *(Bundesminister Dr. Hertha Firnberg: Habe ich ja!)* Frau Minister, daß Sie sie haben ... *(Bundesminister Dr. Hertha Firnberg: Nein, nein, sie liegt im Parlament, Herr Abgeordneter!)* Wo? *(Bundesminister Dr. Hertha Firnberg: Sie ist im Parlament eingebracht!)* Liebe Frau Bundesminister! Ich habe vor einer Stunde nachgefragt, ob die Antwort eingelangt ist, es wurde mir mitgeteilt, nein. Wissen Sie, Frau Bundesminister, ich glaube, es ist schon richtig, wenn Sie dem anfragenden Abgeordneten zuerst die Antwort geben. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)* Sie haben dies nicht getan.

5542

Nationalrat XIII. GP — 56. Sitzung — 18. Dezember 1972

## Suppan

Frau Bundesminister! Nach § 2 des Gründungsgesetzes ... (*Abg. Skritek: Wir kriegen sie alle, die Antworten! Wir sind auch schon neugierig!*) Das ist ein Irrtum. Zuerst wird sie dem anfragenden Abgeordneten zugestellt. Wenn diese Antwort daheim in meiner Wohnung liegt, dann ist das halt ... (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Sie war gestern noch nicht daheim! Die Frau Minister hat ja gesagt, die Antwort ist erst heute ins Parlament gekommen.

Wenn diese Regierung sozusagen auf die letzte Minute hinausspielen will, wenn es darum geht, den Oppositionsabgeordneten Antwort zu geben, dann kann ich nur sagen: Das Reden ist dieser Regierung vergangen, anscheinend hat sie nun auch schon das Schreiben verlernt! (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Fischer: Minister Piffl hat nach einem Jahr eine Anfrage beantwortet!*)

Herr Dr. Fischer! Sie kennen sich in der Geschäftsordnung gut aus: Die §§ 71 und 72 schreiben eben vor (*Abg. Dr. Fischer: Zwei Monate!*), daß zwei Monate Zeit ist und daß der befragte Minister in dieser Zeit die Antwort verweigern kann. (*Abg. Dr. Fischer: Oder geben!*) Ich rede nicht vom Minister Piffl, sondern von Frau Minister Firnberg, und ich glaube nicht, daß sie sich noch heute zu Wort melden wird, denn ich könnte ja jetzt bis 10 Uhr reden. Sie kann ja auch mündlich den Grund bekanntgeben, warum sie nicht antwortet, Dr. Fischer!

Ich möchte mich nun doch der Hochschule für Bildungswissenschaften in Klagenfurt zuwenden.

Frau Bundesminister! Nach § 2 des Gründungsgesetzes ist ein Beirat zu bestellen. Dieser Beirat hat die Tätigkeit, die Arbeit der bildungswissenschaftlichen Hochschule kritisch zu würdigen.

Dieser Beirat ist erstmalig zeitgerecht zusammengetreten. Er hat in drei Sitzungen seine kritischen Würdigungen erarbeitet, und dann ist etwas Interessantes, Frau Bundesminister, eingetreten, nämlich daß gleich vier Mitglieder dieses Beirates plötzlich zurückgetreten sind.

Es würde zu weit führen, wenn ich die gesamte Stellungnahme dieses Beirates, diese kritische Würdigung des Beirates, hier verlesen wollte. Ich möchte nur einige Dinge, Frau Bundesminister, hier doch ebenfalls kritisch vermerken.

Dieser Beirat stellt mit Befremden fest, daß die ersten Lehrkanzeln der Hochschule für Bildungswissenschaften in Klagenfurt zum überwiegenden Teil aus den Mitgliedern des

Gründungsausschusses bestellt wurden. Zu dieser Kritik, Frau Bundesminister, schweigen Sie.

Der Beirat bezeichnet das von der Planungskommission der bildungswissenschaftlichen Hochschule Klagenfurt vorgelegte Aufbaukonzept als zu weitmaschig und zu wenig konkret. Frau Bundesminister! Sie schweigen dazu.

Der Beirat bedauert allgemein, daß der Kontakt zum Gründungsausschuß nicht gerade ausgezeichnet ist. Frau Bundesminister! Der Gesetzgeber hat Ihnen einen klaren Auftrag erteilt, aus dem hervorgeht, was dieser Beirat zu tun hat. Sie schweigen zu dieser Kritik, Sie sagen nichts. Ich möchte es mir ersparen, den Gesetzestext — ich glaube, es ist der § 2 — vorzulesen. Sie schweigen dazu.

Der Beirat empfiehlt einen Plan zur Kooperation mit den österreichischen Hochschulen und ausländischen Institutionen. Frau Bundesminister! Auch zu dieser Empfehlung schweigen Sie.

Ich habe am vergangenen Wochenende die Kärntner Zeitungen gelesen und muß feststellen, daß es bei einer Pressekonferenz so dargestellt wurde, als ob an dieser bildungswissenschaftlichen Hochschule in Klagenfurt alles in Ordnung sei.

Frau Bundesminister! Ich sehe hier wieder, daß der neue Vorsitzende des Beirates anscheinend über die gesetzlichen Aufgaben nicht informiert ist. Denn ansonsten könnte die „Kärntner Tageszeitung“ vom 15. 12. 1972 nicht folgendes feststellen — ich zitiere —: „... erklärte Vorsitzender Professor Dr. Heitger, der über die Ziele dieser Einrichtung Aufschluß gab. Der wissenschaftliche Beirat soll kontinuierlicher Dialogpartner für die Hochschule für Bildungswissenschaften und das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung sein ...“

Frau Bundesminister! Der Gesetzauftrag lautet doch ganz anders. Ich muß Sie fragen: Warum machen Sie die Herren, die Sie bestellen — und ich nehme an, daß Sie im Zusammenhang mit den vier Ausgeschiedenen die Neubestellung vornahmen, wie es das Gesetz eben vorschreibt —, nicht auf die gesetzliche Verpflichtung hinsichtlich der Aufgaben aufmerksam?

Ich glaube, Frau Bundesminister, der Gesetzauftrag lautet auch, daß die Aufbaustufe in drei Jahren abgeschlossen sein soll. Der Gründungsausschuß hat sich im September 1970 konstituiert. Die drei Jahre sind meiner Meinung nach bald abgelaufen.

**Suppan**

Wenn man das vernichtende Urteil des Beirates vom 19. Februar 1972 liest, kommt man doch zur Annahme, daß es nicht möglich sein wird, bis September 1973 die Aufbauarbeiten abzuschließen.

Frau Bundesminister! Man hat das Gefühl — Sie haben sich ja bei dieser Frage bisher in Schweigen gehüllt; Sie haben unsere schriftliche Anfrage nicht beantwortet —, daß die Hochschule für Bildungswissenschaften in Klagenfurt zum Leben zuwenig und zum Sterben zuviel hat.

Frau Bundesminister! Wir empfinden es als weiteren Akt der Unfreundlichkeit gegenüber der Kärntner Bevölkerung, daß diese Hochschule, die mit so vielen Opfern, mit so viel Idealismus geschaffen wurde, nun anscheinend doch auf einen Hungeretat gesetzt wurde.

Frau Bundesminister! Wenn Sie innerparteiliche Schwierigkeiten haben, dann tragen Sie diese innerparteilichen Schwierigkeiten bei Ihren Parteigenossen in Kärnten aus, aber ich bitte Sie: Tragen Sie diese Schwierigkeiten nicht auf dem Rücken der Kärntner Bevölkerung aus! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Maleta: Ich unterbreche nunmehr die Sitzung bis morgen, Dienstag, den 19. Dezember 1972, 9 Uhr.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen wird in der Erledigung der für die heutige Sitzung ausgegebenen Tagesordnung fortgefahren werden.

Die Sitzung ist unterbrochen.

Die Sitzung wird um 21 Uhr 10 Minuten unterbrochen und am Dienstag, dem 19. Dezember 1972, um 9 Uhr wiederaufgenommen.

## Fortsetzung der Sitzung am 19. Dezember 1972

Präsident: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Zur Verhandlung steht das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973: Spezialdebatte über die Beratungsgruppe XIV.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Blecha.

Abgeordneter Blecha (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Vorerst zwei Punkte zur gestrigen Debatte.

Erstens: Der Herr Abgeordnete Suppan hat um 21 Uhr eine Anfragebeantwortung von Frau Bundesminister Firnberg urgiert; sie wurde bereits um 17 Uhr 10 dem ÖVP-Klub zugestellt. *(Beifall bei der SPO. — Abg. Suppan: Herr Kollege! Das ist unfair, was Sie treiben!)*

Sie haben gestern von diesem Pult aus erklärt, Sie hätten sich einige Minuten vor Ihrer Wortmeldung erkundigt, ob die Anfragebeantwortung eingelangt wäre. *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Suppan.)*

Zweitens: Im Mittelpunkt der gestrigen Debatte sind auch Vorfälle an der Universität Wien im Zusammenhang mit einem angekündigten Scrinzi-Vortrag gestanden. Ich glaube, daß auch dazu noch einige Bemerkungen angebracht sind: Alle Fraktionen dieses Hauses sind sich darüber einig, daß Meinungs-, Rede- und Versammlungsfreiheit zu den höchsten Gütern unserer Demokratie gehören und nicht gestört werden dürfen. Ebenso lehnen sie die

Anwendung von Gewalt als Mittel im Meinungsstreit ab.

Aber es darf durch Wortmeldungen der FPÖ-Abgeordneten kein schlechtes Licht dadurch entstehen, daß auf der einen Seite der Auseinandersetzungen nur der anerkannte Ring Freiheitlicher Studenten gewesen wäre und auf der anderen Seite vielleicht Leute, die auf Hochschulboden überhaupt nichts zu suchen haben. Es stimmt jedenfalls sehr bedenklich, Hohes Haus, wenn am 14. Dezember einer der Wortführer des nationalen Lagers, wie es im Polizeibericht heißt, ein gewisser Herr Hannes Falk war, ein NPÖ-Mann, sicher kein Student, Bombenleger, verantwortlich für den Sprengstoffanschlag auf das Alitalia-Büro in Wien.

Ihnen, meine Herren von der Österreichischen Volkspartei, die Sie so genüßlich gehört haben, was die Linksextremisten in ihrem Flugblatt über die Sozialdemokratie gesagt haben, Ihnen, die Sie den „Nationalen“ die Mauer machen, darf ich auch das Flugblatt der „Örtlichen Burschenschaft Wien“, der Veranstalterin der Diskussion, zur Kenntnis bringen, in dem als verantwortlich für die Vorfälle folgendes dargestellt wird:

„Wohin Desinteresse des Großteils der Studentenschaft, eine auf Stimmenfang ausgerichtete Politik der ÖSU, und das Saufstudententum des CV führen“, das zeigen die Vorgänge am Mittwoch. — Das sagt das Flugblatt der Burschenschaft! *(Abg. Dr. Blenk: Da fühlen Sie sich aber nicht besonders betroffen, nehme ich an!)*

5544

Nationalrat XIII. GP — 59. Sitzung — 19. Dezember 1972

**Blecha**

Das wollte ich nur noch zur Kenntnis bringen und mich jetzt dem wichtigen Bereich der Forschungspolitik zuwenden.

Hohes Haus! Unsere Welt ist derzeit von einem sozialen Prozeß ergriffen, der von Europa seinen Ausgang genommen hat und heute bis zu den letzten Primitivkulturen vorgegriffen ist. Dieser Prozeß wird sehr häufig als Modernisierung bezeichnet, seine Grundlage ist die Wissensexplosion.

Die Entwicklung der wissenschaftlichen Denkweise in der europäischen Kultur hat zu einer gewaltigen Vermehrung des Wissens über diese Welt geführt. Mit dem Fortschreiten dieser Wissensexplosion erwies sich für immer breitere Wirtschaftsbereiche, vor allem für die Produktionsbereiche, nicht mehr das Kapital als entscheidender Erfolgsfaktor, sondern das technische und zunehmend auch das organisatorische Wissen.

Wissenschaft und Forschung sind heute die Fundamente, auf denen die modernisierten Gesellschaften ruhen. Nur jene modernen Industriestaaten werden sich in Zukunft behaupten können, deren gesellschaftliche Ordnung die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und ihre Weiterentwicklung fördert und die garantiert, daß das Daseinsversorgungssystem jenen Stand erreicht, der für die Ansprüche der Mitbürger zufriedenstellend ist.

Sowohl die Weiterentwicklung der Wirtschaftsleistung als auch die des sozialen Versorgungssystems wird als stark innovativ bezeichnet, das heißt abhängig von ständigen und rasch umsetzbaren Neuerungen. Das Innovationstempo wird in Zukunft weniger durch die Intuition der einzelnen Verantwortlichen bestimmt als vielmehr durch den Stand der Forschung. Da der Beitrag der Forschung zum Innovationstempo in einer Gesellschaft davon abhängt, wie diese Forschung geplant und gefördert wird, hängt letztlich die Zukunft einer Gesellschaft von der Wissenschaftspolitik ab.

In Österreich wurde nach Jahren der Stagnation in den Bereichen Wissenschaft und Forschung unter konservativen Ressortverantwortlichen in der ersten Regierungserklärung der ersten sozialistischen Bundesregierung der Zweiten Republik diese Wissenschaftspolitik zum zentralen Anliegen erklärt.

Die Schaffung eines eigenen Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung, gegen den Widerstand der Österreichischen Volkspartei, hat zu einer beachtlichen Verbesserung der Situation der Forschung in Österreich beigetragen. Zum erstenmal — und das ist mit Ausnahme von Herrn Ermacora

an sich unbestritten — wird in Österreich eine nach Konzepten geplante Wissenschafts- und Forschungspolitik betrieben, deren Früchte im In- und im Ausland mit Staunen vermerkt werden. Als Beweise dafür darf ich vielleicht die Züricher Zeitung „Die Tat“ anführen, die im Vorjahr, als der Entwurf der Forschungskonzeption vorgelegt worden ist, schrieb:

„Nach jahrzehntelangem Fortwursteln und lähmender Zersplitterung zeichnet sich dieser Tage ein Wendepunkt in der österreichischen Forschungspolitik ab. Unter der Federführung des erst vor knapp einem Jahr geschaffenen Ministeriums für Wissenschaft und Forschung haben führende Wissenschaftler und Wirtschaftsexperten kürzlich den Entwurf für eine „österreichische Forschungskonzeption“ fertiggestellt, der zum erstenmal die Rahmenziele, aber auch organisatorische und finanzielle Lösungsvorschläge zusammenfaßt.“

„Dank dem permanenten Dialog über die Forschung ist dieser für das kleine Österreich lebenswichtige Bereich nicht mehr ein Stiefkind der Politik ... Frau Firnberg ist es bereits gelungen, Forschung und Wissenschaft dem Bewußtsein der Öffentlichkeit ... einzuprägen.“

Vielleicht eine andere Stimme. Herr Universitätsprofessor Dr. Petrascheck aus Leoben, ein in Fragen des UOG, in der UOG-Diskussion sehr konservativer Mann, schreibt am 10. September 1972 in der „Presse“:

„Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung hat mit einer in der Republik Österreich bisher nie dagewesenen Energie und Wirkung die Forschung gefördert. Nicht nur, daß die Budgetposten für die beiden großen Forschungsfonds, für die Hochschulen, für die Akademie der Wissenschaften und für wissenschaftliche Gesellschaften auf eine Höhe gebracht wurden, die endlich eine wissenschaftliche Forschung in europäischem Maßstab beginnen läßt; das Ministerium hat vor allem ein echtes Engagement an seiner Aufgabe bekundet.“

Nur einem Mann, Hohes Haus, gibt das offensichtlich alles nichts, dem Herrn Ermacora, der hier gestern eine beschämende Vorstellung seiner Uninformiertheit geboten hat. Die österreichische Forschungskonzeption — vielleicht weiß er das nicht — wurde 1971 entwickelt, sie wurde am 28. Jänner 1972 endredigiert und wurde bereits im Mai dieses Jahres zusammen mit dem Forschungsbericht der Bundesregierung dem Hohen Haus zur Kenntnisnahme übermittelt. Es ist nicht unsere Schuld, daß diese wichtigen Dokumente der neuen Wissenschafts- und Forschungspolitik in Österreich bis heute nicht diskutiert werden

**Blecha**

konnten. (Zustimmung bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Schrotter.)

Ich kann nicht umhin, Herr Kollege, noch einmal mein Befremden darüber auszudrücken, daß es Ihre Fraktion war, die Berichte, die das Hohe Haus nur zur Kenntnis nehmen kann, einem Unterausschuß zur Behandlung zugewiesen hat, der mit seiner Arbeit überhaupt erst im nächsten Jahr beginnen kann. (Abg. Schrotter: Das geht ja nur dann, wenn es Ihnen recht ist! Sonst geht es ja nicht! Das müßten Sie ja auch wissen, Herr Kollege!) Wir haben noch nie in diesem Hohen Haus verlangt, einen Bericht in einem Unterausschuß zu behandeln, Herr Kollege.

Diese österreichische Forschungskonzeption, die wir hier noch nicht diskutieren konnten, weil Sie von der ÖVP das nicht wollten, wurde aber von der Rektorenkonferenz begrüßt. Der Herr Professor Paschke, Rektor der Technischen Hochschule, hat sie, wie die in der „Industrie“ veröffentlichte Inaugurationsrede zeigt, als vorbildlich bezeichnet, und die „Neue Zürcher Zeitung“ hat sie gar als ein für die Schweiz mögliches Modell dargestellt. — Aber für den Herrn Ermacora ist das alles „nicht transparent“, „nicht koordiniert“ und „parteipolitisch korrumpiert“.

Der Bundesrat Tschudi, der für Wissenschaft und Forschung in der schweizerischen Bundesregierung zuständige Ressortverantwortliche, hat österreichische Experten, die federführend an der Entwicklung der österreichischen Forschungskonzeption mitgewirkt haben, zur Beratung einer schweizerischen Forschungskonzeption nach Bern eingeladen. Wir sind heute im wissenschaftspolitischen Bereich nicht mehr Almosenempfänger, sondern in Europa blickt man respektvoll auf das kleine Österreich und holt sich sogar hier gute Ratschläge! (Beifall bei der SPÖ.) Nur einer hat diese Entwicklung offensichtlich verschlafen: Herr Ermacora. (Abg. Mitterer: Den Doktor können Sie ihm schon lassen!)

Noch nie ist die Bedeutung der Schaffung eines neuen Ministeriums, die Richtigkeit der Schaffung eines neuen Ministeriums, das die ÖVP verhindern wollte, so rasch bestätigt worden wie im Fall des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung. Unter seinen Auspizien kam es zur Änderung der Forschungspolitik in Österreich, die niemand anderer als der grand old man der österreichischen Forschung, Herr Professor Doktor Hubert Rohrer, so oft gefordert hat. — Das Schicksal hat es gewollt, daß Professor Rohrer Montag früh, also wenige Stunden, bevor die Diskussion über dieses Budgetkapitel im Hohen Haus begonnen hat, ver-

storben ist. Mit Professor Rohrer verliert die österreichische Wissenschaft, vor allem aber sein Fachbereich, die Psychologie, einen ihrer hervorragendsten, in der Welt der Wissenschaft bekannten und verehrten Vertreter. Für die österreichische Forschungspolitik, vor allem für den Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, ist sein Verlust nahezu unersetzlich.

Rohrer als Präsident des österreichischen Forschungsrates, als der Vorsitzende des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung hat ganz im Gegensatz zu Ermacora im Wissenschaftsforum, als diese Forschungskonzeption zur Diskussion stand, gesagt:

„Im Laufe meiner jetzt 12jährigen Tätigkeit als Forschungsfunktionär habe ich noch nie von einer öffentlichen Stelle, einer Behörde, ein Schriftstück in die Hand bekommen wie diesen Entwurf. Ich muß den Autoren nicht nur zum Inhalt, sondern auch zu den treffenden Formulierungen gratulieren.“

Herr Ermacora hat gestern über das Gießkannenprinzip gesprochen. (Zwischenruf bei der ÖVP.) Professor Rohrer meinte dazu:

„Es steht auch mit dem Gießkannenprinzip nicht so schlecht. Wir konnten“ — früher, etwa in der Zeit des Ministers Mock — „am Anfang nur Projekte fördern, die uns empfohlen wurden, und wir waren nicht in der Lage, alle empfohlenen Projekte zu fördern. Heute aber“ — so meinte er — „kann ich mit gutem Gewissen sagen, daß jedes geförderte Projekt genug bekommt.“

Was die Auftragsforschung betrifft, war es wieder Professor Rohrer, der darauf hingewiesen hat:

„Sehr begrüßt wurde einstimmig“ — vom Präsidium des Fonds — „die Einführung der Auftragsforschung, weil dadurch dem Parlament und der Bundesregierung die Möglichkeit gegeben wird, aktiv Forschungsaufträge zu vergeben und zu finanzieren.“

Ich möchte jetzt nicht näher auf die Forschungskonzeption eingehen. Herr Ermacora hätte sie vorher durchlesen können. Dann hätte er nicht Fragen gestellt, wo die Koordinationsgrundsätze stehen, wie die Koordinationsinstrumente und die Koordinationsmaßnahmen aussehen, denn sie bilden den Inhalt dieses Papiers, ebenso die zur Erreichung der Zielsetzungen der Forschungspolitik notwendigen Maßnahmen in Form eines Katalogs und die zur Verbesserung der Forschungsinfrastruktur erforderlichen Aktionen und ein eigenes Finanzierungs-konzept.

5546

Nationalrat XIII. GP — 59. Sitzung — 19. Dezember 1972

**Blecha**

Hohes Haus! Das Budget 1973 ist ein bedeutungsvoller Schritt zur Verwirklichung der in dieser Forschungskonzeption definierten Ziele. Die Schwächen der österreichischen Forschung und Entwicklung gilt es zu überwinden, vor allem auf dem Gebiet der Finanzen.

Wir haben vom Bund aus noch im Jahre 1969, im letzten Jahr der ÖVP-Alleinregierung, 1004 Millionen Schilling für Forschung und Entwicklung ausgegeben, wir werden 1973 vom Bund aus allein 2054,6 Millionen Schilling ausgeben.

Der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am Bruttonationalprodukt betrug im letzten Jahr der ÖVP-Regierung 0,65 Prozent, er beträgt heuer, 1972, bereits 0,79 Prozent, er wird im nächsten Jahr mit 0,81 Prozent noch immer mehr betragen, als die Forschungskonzeption mit 0,80 Prozent für dieses Jahr als unerläßliche Forderung vorgesehen hat.

Wir werden daher 1975 einen Anteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben vom Bruttonationalprodukt bei einem Anhalten dieser von der sozialistischen Bundesregierung eingeleiteten Entwicklung von 1 Prozent haben und 1980 von 1,5 bis 2 Prozent.

Der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben am Bundeshaushalt betrug 1970, als die Sozialisten die Regierung übernommen haben, 1 Prozent, er beträgt heute 1,48 Prozent, was ebenfalls eine gewaltige Steigerung bedeutet.

Wir befinden uns auf diesem Gebiet so wie beim Bruttonationalprodukt und bei den Volkseinkommen in Europa auf der Überholspur. Das österreichische Forschungs- und Entwicklungsvolumen war in der ersten Hälfte der sechziger Jahre noch so beschaffen, daß Österreich in den europäischen Tabellen in den Ranglisten am unteren Ende der OECD-Staaten lag. 1973 werden wir etwa auf gleicher Ebene wie Dänemark, Norwegen und Belgien und vor Italien liegen.

Die Forschungs- und Entwicklungsausgaben des Bundes stiegen allein im Bereich des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung von 1970 auf 1973 von 717,5 Millionen Schilling auf 1464,4 Millionen Schilling; das bedeutet: um mehr als 100 Prozent.

Die Mittel für den Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung stiegen von 1970 bis 1973 um 168 Prozent.

Die Mittel für den Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft sind im gleichen Zeitraum um 215 Prozent gestiegen.

Die Mittel für die Akademie der Wissenschaften nahmen von 1970 auf 1973 um 187,7 Prozent zu.

Durch die Wiederdotierung der Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung in Österreich konnte auch die Realisierung des Institutskonzepts der Gesellschaft, eine ausreichende Forschungsinfrastruktur zwischen universitärer und außeruniversitärer Forschung insbesondere im Bereich gesellschaftsrelevanter Problemkreise zu bieten, in Angriff genommen werden.

Es ist auch möglich geworden, daß Institute und Forschungsstellen, vor allem solche, die sich mit Altersforschung, Kriminalsoziologie und der Forschung im Bereich der Suchtgifte beschäftigen, errichtet werden konnten. — Aber der Herr Ermacora hat auch diese Entwicklung verschlafen. Ja noch mehr: Er forderte gestern gerade die Errichtung einer Gesellschaft — er meinte eines österreichischen Max-Planck-Instituts —, die genauso strukturiert sein sollte wie die bereits längst bestehende Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft.

Ich darf nur fragen: Was ist das für ein Wissenschaftler, der die Beurteilung einer Forschungsinstitution, ja auch die Beurteilung von Forschungsergebnissen davon abhängig macht, ob ein Abgeordneter dieses Hauses im Vorstand einer Forschungsinstitution sitzt?! (Ruf bei der ÖVP: Alle sind das!)

Er hat dann auch über die Auftragsforschung sehr ausführlich gesprochen. Er meinte, hier erweise sich ganz besonders, daß die Forschungspolitik der Frau Bundesminister nicht transparent, daß sie unkoordiniert und parteipolitisch einseitig sei.

Ich kann dazu sagen: Es gibt bei finanziellen Zuwendungen aus dem Budgetansatz „Auftragsforschung“ keine freie Vergabe, wie das früher im Bundesministerium für Unterricht, etwa zu Ihrer Zeit, Kollege Dr. Mock, möglich war. Die Vergabe erfolgt vielmehr auf Grund von Vergaberichtlinien, die auch Ihnen zugestellt worden sind, die im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen erstellt worden sind und dem Rechnungshof vorgelegt wurden. Jeder Auftrag, der 100.000 S übersteigt, wird außerdem öffentlich ausgeschrieben. Auch das hat der Herr Ermacora nicht gewußt.

Es gibt auch keine einseitige Vergabe. So wurden zum Beispiel die Akademie der Wissenschaften, das Institut für Raumplanung, verschiedene Hochschulprofessoren, wie zum Beispiel Rosenmayr und Loitlsberger, die Rektorenkonferenz, die Ärztekammer, der

**Blecha**

Verband für Elektrotechnik, das Institut für Österreichische Musikdokumentation, das Kuratorium für Verkehrssicherheit und dergleichen mehr mit Auftragsforschung bedacht.

Es ist mir daher auch ein Bedürfnis, auf folgendes hinzuweisen: Wenn der Herr Ermacora hier behauptet hat, daß keine — keine! — die Hochschulen interessierenden Fragen durch die Auftragsforschung behandelt werden, daß es gar nie dazu kommt, daß solche Problemkreise untersucht werden, und er das mit der von ihm kreierten Denuntiationsformel „Aufträge des Ministeriums sind nicht transparent, unkoordiniert und parteipolitisch korrupt“ noch garniert, so scheint es mir notwendig, Ihnen zur Kenntnis zu bringen, daß eine Analyse der Prüfungsleistungen in Auftrag gegeben worden ist, daß objektives Prüfen in der Medizin das Thema eines anderen Forschungsauftrages ist. Oder: Die Planung von Lehrveranstaltungen, eine Modellstudie für Berufsausbildung von Akademikern und Berufsanforderungen und ein Projekt über Studiendidaktik. — Aber das hat nach Ermacora alles mit Hochschule nichts zu tun. — Oder: Die Erarbeitung von Grundlagen für die Standortfragen der Wiener Hochschulinstitute — das hat mit Hochschulen laut Ermacora offensichtlich nichts zu tun. Eine Projektstudie zur Deckung des prognostizierten EDV-Bedarfes des wissenschaftlich-akademischen Bereichs im Raume Wien. Ab- und Rückwanderung von hochqualifiziertem wissenschaftlichen Personal ist das Thema einer anderen Studie. Ein anderer Auftrag: Problematik der ausländischen Studenten. Ein anderer Auftrag: Entwurf eines Kontenrahmens für die Gebarung der Hochschulinstitute.

Ich könnte diese Liste jetzt — die Aufträge zu Hochschulproblemen stehen auf vielen, vielen Seiten — noch fortsetzen. Alles Titel von Aufträgen, die laut Ermacora offensichtlich mit Hochschulfragen nichts zu tun haben. Man kann sich hier wirklich nur wundern, daß die Österreichische Volkspartei einen so wenig informierten Mann wie den Herrn Ermacora als Hauptredner zu Fragen der Forschungspolitik an dieses Pult schickte. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Die von der Bundesregierung betriebene Forschungspolitik ist für uns ein klarer Beweis dafür, daß die Regierung peinlichst genau das einhält, was sie versprochen hat.

Erstens: Sie hat ein Konzept, einen mittel- und langfristigen Rahmenplan versprochen und hat ihn vorgelegt.

Zweitens: Sie hat für Wissenschaft und Forschung finanzielle Priorität in den Bundes-

finanzgesetzen angekündigt, und hat diese Ankündigung wahrgemacht.

Drittens: Sie hat eine Intensivierung der indirekten Förderungen versprochen, und hat sie durchgesetzt. Es gibt eine verbesserte steuerliche Behandlung der Patente und Lizenzen im neuen Einkommensteuergesetz, es gibt eine erhöhte vorzeitige Abschreibung — 60 Prozent — für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen im Einkommensteuergesetz 1972.

Viertens: Sie hat Maßnahmen zur Verbesserung der Forschungsinfrastruktur angekündigt, und sie hat sie teilweise schon durchgesetzt. Etwa bedarfsgerechter Ausbau der EDV-Kapazitäten im wissenschaftlich-akademischen Bereich und verbesserte Information und Kommunikation. Ich darf darauf hinweisen: Erschienen ist ein Forschungsstättenkatalog und eine Übersicht sämtlicher öffentlicher und privater Finanzierungsaktionen für Forschung und Entwicklung. In Vorbereitung ist die Erfassung sämtlicher aus Bundesmitteln geförderter Vorhaben auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung. Es liegen Forschungskonzeptionen für Branchenforschungseinrichtungen vor, wie für die Österreichische Studiengesellschaft für Atomenergie oder die Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal.

Und fünftens: Sie hat auch angekündigt, das internationale Ansehen Österreichs als eine Heimstätte der Forschung herzustellen. Es ist erst vor kurzem gelungen, das wirklich bedeutende Internationale Institut für angewandte Systemanalyse nach Österreich zu bringen und diesem Ost-West-Institut eine Heimstatt in Österreich einzuräumen. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir haben in diesem Land eine Wissenschafts- und Forschungspolitik durchgesetzt, die sich die Förderung des Wirtschaftswachstums ebenso zum Ziele gesetzt hat wie die Lösung der negativen Nebeneffekte der technischen Entwicklung, insbesondere die der Umweltzerstörung und der psychischen Belastung des einzelnen, und die Lösung der Probleme der sozialen Strukturveränderung.

Aus diesem Grund, Hohes Haus, mußte alles getan werden, um das Ungleichgewicht zwischen der wirtschaftsbezogenen Forschung und der wissenschaftsbezogenen Forschung, die allein auf öffentliche Förderung angewiesen ist, die aber der Humusboden für die wirtschaftsbezogene Forschung ist, herzustellen.

Über die wirtschaftsbezogene Forschung wird ein Fraktionskollege von mir noch ausführlich berichten. Ich möchte nun zum Schluß kommend noch einiges zur Grundlagenforschung sagen:

**Blecha**

Die wissenschaftsbezogene Forschung hat eine ganz besonders starke Steigerung der öffentlichen Mittel erfahren. 1972 hat der Bund etwa 1,2 Milliarden Schilling zur Verfügung gestellt, 1973 werden es über 1,4 Milliarden Schilling sein, die zur Verfügung stehen. Das bedeutet, daß 70 Prozent der gesamten Ausgaben für Forschung und Forschungsförderung des Bundes der wissenschaftsbezogenen Forschung, die zum Großteil an den Hochschulen situiert ist, zufließen.

Durch die Forschungskonzeption, vor allem aber durch die Prioritätenkataloge des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung und durch das Schwerpunktprogramm der Akademie der Wissenschaften, die nach einer mehr als 160jährigen Geschichte erstmals ein Fünfjahresprogramm in diesem Jahr entwickelt hat, wird Sorge getragen werden, daß diese Gelder gut verwendet werden.

Aber außerhalb der hier enthaltenen Schwerpunktgebiete geht es uns doch auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, um förderungswürdige Forschungsbereiche, deren Aufgabe darin besteht, sich mit dem Forschungsstand derjenigen Länder, die im jeweiligen aktuellen Bereich führend sind, vertraut zu machen.

Es geht uns auch darum — und das hat der Herr Ermacora gestern überhaupt nicht verstanden —, daß man auf solchen Gebieten à jour bleiben muß, daß man à jour bleibt, ohne internationale Beiträge einer besonderen Größenordnung zu leisten. Hier geht es auch darum, die eigene brain power zu pflegen. Hier geht es darum, die Emigration durch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen des österreichischen Hochschulforschers so wenig attraktiv zu machen, daß er hier im Lande bleibt. Ja es geht uns nicht nur darum, diesen brain drain zu stoppen, sondern auch eine Rückführung österreichischer Wissenschaftler aus dem Ausland in die Heimat einzuleiten. (Beifall bei der SPÖ.) Aber für den Herrn Ermacora war das gestern unverständlich.

Was wir brauchen, ist daher auch eine gründliche Umstrukturierung des Universitätssystems, das neben dem Ausbildungs- und Grundlagenforschungssystem Platz bietet den kritischen, den engagierten Humanwissenschaften und der Anwendung ihrer Erkenntnisse in der universitären Praxis. Auch dafür sind Mittel notwendig und etwa aus dem Bereich der Auftragsforschung zur Verfügung gestellt worden.

Aber alles, was vielleicht zur kritischen Reflexion über das bestehende gegenwärtige

System beitragen kann, wird vom Herrn Ermacora offensichtlich verdrängt.

Die staatliche Förderung der angewandten Forschung, das ist oft genug behauptet worden, wird allein durch die Folgen ihrer Applikation gerechtfertigt. Die Förderung der Grundlagenforschung wird von den meisten Herren der Österreichischen Volkspartei nur mit der Hoffnung begründet, daß die Grundlagenforschung später doch noch Dividenden abwerfen wird in Form von technologisch oder soziologisch relevanten Resultaten. Für uns gilt zusätzlich noch, daß Grundlagenforschung zu dem gehört, was eine Kultur zur Hochkultur macht.

Die Wissenschaftspolitik in Österreich muß die Autonomie der Grundlagenforschung gewährleisten und gleichzeitig die Befriedigung des legitimen Interesses der Gesellschaft an ökonomisch wichtigen Forschungsprojekten sichern. Wissenschaftspolitik muß zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung ein Gleichgewicht etablieren, welches für die Entwicklung beider günstig ist.

Sie darf nicht zulassen, daß durch die Dominanz der wirtschaftsbezogenen Auftragsforschung eine schiefe Entwicklung entsteht und die Grundlagenforschung austrocknet. Bei einer solchen Entwicklung wird sehr bald auch die angewandte Forschung minimiert sein. Eine rein externe Steuerung der Forschung wäre also verhängnisvoll. Aber auch eine rein interne Steuerung, wie Ermacora gestern gemeint hat, hätte ebenfalls verheerende Folgen. Forschung, die nur nach den Interessen der Forscher selbst gesteuert wird, meine Damen und Herren, würde nicht die Unterstützung der Gesamtgesellschaft finden.

Wissenschaftspolitik muß daher erstens dazu beitragen, daß solches Wissen produziert wird, das für die Entwicklung der Gesellschaft relevant ist. Was unter Entwicklung der Gesellschaft zu verstehen ist, das entscheidet die Politik und das entscheiden heute wir, die Fortschrittlichen, im zunehmenden Maße mit. (Beifall bei der SPÖ.)

Zweitens ist es Aufgabe der Wissenschaftspolitik, deformierende Einflüsse des Forschungsmarktes zu kompensieren. Aus einer zu großen Marktorientierung und aus einer zu großen Gebundenheit an ganz bestimmte Methoden — zum Beispiel gerade in der Grundlagenforschung an ganz bestimmte prestigegeladene Methoden — ergibt sich ein ungleiches, daher ungesundes Wachstum.

Sie muß auch drittens die durch die Ausweitung des Forschungsbereiches besonders

**Blecha**

notwendig gewordene Strukturreform der Hochschulen herbeiführen.

Es besteht die Tendenz, daß sich die Ausbildungsfunktion der Universitäten immer mehr verselbständigt gegenüber dem eigentlichen Forschungsprozeß. Die neuen gesellschaftlichen Anforderungen ändern die Inhalte von Forschung und Lehre und ihre Arbeitsformen. Arbeitsteilung und Kooperation sind die Konsequenzen eines vom technischen Personal und von technischen Apparaturen abhängigen Wissenschaftsprozesses.

Kein Geringerer als Max Weber hat diese nun entstehenden Parallelen zwischen dem modernen Wissenschaftsbetrieb, der durch die Ausweitung der Forschung entsteht, und dem wirtschaftlichen Großunternehmen aufgezeigt. Ich darf hier aus seinem bekannten Buch „Wirtschaft und Gesellschaft“ zitieren:

„Auch auf dem Gebiet des wissenschaftlichen Forschungs- und Lehrbetriebes ist die Bürokratisierung in den stets vorhandenen Instituten der Universitäten ... Funktion des steigenden Bedarfes an sachlichen Betriebsmitteln, welche, durch ihre Konzentration in den Händen des staatlich privilegierten Leiters, die Masse der Forscher und Dozenten von ihren ‚Produktionsmitteln‘ ebenso trennt wie der kapitalistische Betrieb die Arbeiter von den ihrigen.“

Hohes Haus! Diese Trennung zu überwinden, ist eine gesellschaftspolitische Aufgabe unserer Zeit. In einer Zeit, in der die Kapitalverwerter in der Wirtschaft das Mitspracherecht ihrer Mitarbeiter anerkennen müssen, kann daher auch die Frage des Ob der Mitsprache, des Ob der differenzierten Mitbestimmung an unseren Hohen Schulen keine offene Frage mehr sein. Eine offene Frage, über die wir diskutieren müssen und sollen, ist vielmehr das Wie der Mitbestimmung, das Wie der Demokratisierung.

Gerade durch die Ausweitung des Forschungsbereiches, nicht zuletzt auch durch die Ansätze in diesem Budgetkapitel und durch die zielbewußte und überaus effiziente österreichische Forschungspolitik, die von niemandem, außer von Professor Ermacora, bestritten wird, wird somit ein Beitrag geleistet, jenes Ziel zu erreichen, das sich die Bundesregierung gesetzt hat, nämlich die Modernisierung Österreichs und die Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche zum Wohle seiner Bürger durchzusetzen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident:** Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Doktor Blenk.

**Abgeordneter Dr. Blenk (ÖVP):** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich muß eingangs auf zwei Punkte zu sprechen kommen, die im wesentlichen auch vom Kollegen Blecha angeschnitten wurden, von einem Abgeordneten Blecha, der heute weiß Gott eine Vorstellung geboten hat, die ich persönlich für betrüblich finde. Betrüblich deswegen, Herr Abgeordneter Blecha, weil ich es zunächst einfach mit dem Stil einer Wissenschaftsdebatte für nicht vereinbar halte, daß man in einem derartig negativen und — ich muß dazu sagen — unkompetenten Maße einen Sprecher meiner Fraktion abqualifiziert, wie Sie es getan haben. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Herr Abgeordneter Blecha! Ich möchte hier eines ganz offen sagen: Die Frage, wer kompetenter ist, über Wissenschaft und Forschung zu sprechen, der Herr Blecha oder der Herr Professor Dr. Ermacora, wird von der Öffentlichkeit beantwortet werden. *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Skritek: Das entscheidet nicht der Titel und auch Sie nicht! — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Wenn Sie, Herr Abgeordneter Blecha — ich möchte das hier nur als eine Stilfrage deponieren *(Widerspruch bei der SPÖ)* —, die Aussage eines Abgeordneten einer anderen Partei — über deren Sachinhalt man wie über jede Äußerung verschiedener Meinung sein kann, der ich aber zumindest konzediere, und nicht nur, weil ich Fraktionskollege bin, daß sie in der grundsätzlichen Aussage von hohem Ernst und hoher Verantwortung getragen war —, die Aussage eines Mannes von einem Renommee wie Professor Ermacora damit abqualifizieren, daß Sie sagen, es sei eine „beschämende Vorstellung von Uninformiertheit“, es sei derart uninformativ gesprochen worden, daß man nur annehmen könne, er habe das ganze Problem überhaupt nicht verstanden, dann, Herr Abgeordneter Blecha, finde ich das bedauerlich.

Und ein weiteres — und damit leite ich auf den zweiten Punkt über, den ich hier noch einleitend anbringen muß *(Zwischenrufe bei der SPÖ)* —: Ich verstehe es, daß Sie beispielsweise das, was gestern den halben Abend besprochen wurde, nämlich die Vorfälle vom 14. Dezember dieses Jahres auf der Wiener Universität, etwa mit dem Satz kommentieren: Die Rechte dieses Hauses hat genüßlich angehört, wie hier diese Pamphlete der Linken verlesen wurden.

Herr Abgeordneter Blecha! Ich habe gestern sehr genau hingehört und hingesehen. Sie waren einer der beiden Abgeordneten Ihrer Fraktion, die, als es darum ging, daß man die

**Dr. Blenk**

Vorfälle aufs Tapet brachte, gerufen haben: So hat es schon damals begonnen! Das heißt, mit anderen Worten ausgedrückt: Sie gehören offenbar nicht zu jenen, die sich wie die Frau Bundesminister verbal — ich nehme bei Frau Bundesminister an, auch echt — von den Vorfällen distanziert haben, sondern Sie haben sich mit Ihren Zwischenrufen zu jenen gerechnet, die auf der provozierenden Seite dieser ganzen Geschehnisse standen. *(Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Blecha: Das ist ungeheuerlich! — Weitere Zwischenrufe.)* Herr Abgeordneter Blecha, Sie können das mit Schreien nicht wegtun. *(Erneute Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Blecha: Unterstellung! Unverschämtheit! — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ. — Gegenrufe bei der ÖVP.)*

Ich möchte hier eines festhalten: Herr Abgeordneter Blecha! Waren Sie einer der beiden, die hier gerufen haben, als es darum ging, diese Vorfälle zu verurteilen: So hat es schon damals begonnen!? — Stimmt es oder stimmt es nicht? *(Abg. Blecha: Nein! Das stimmt eben nicht!)* Entschuldigen Sie! Ich habe das in einer Lautstärke gehört, die nicht zu überhören war. *(Zwischenrufe.)*

Ich möchte hier weiter fortfahren, weil dieses Problem nun tatsächlich, glaube ich, nicht so verniedlicht werden kann, wie es gestern geschehen ist. *(Abg. Schieder: Nehmen Sie das zurück! — Allgemeine Unruhe.)*

Frau Bundesminister! Sie haben gestern bei dieser ganzen Debatte eine — das wurde auch schon von einem Abgeordneten der Freiheitlichen Partei gesagt — menschlich und, wenn Sie wollen, fraulich durchaus akzeptable Haltung vertreten, wenn Sie etwa sagten: Es ist letztlich die Menschlichkeit über das Recht zu stellen!, wenn Sie sagten: Ich bin nicht der Auffassung, daß die Welt am Recht zugrunde gehen soll, und damit dieses „fiat justitia“, diese Michael Kohlhaas-Haltung abgelehnt haben.

Aber, Frau Bundesminister, das ist etwas, was Sie zwar als Frau sagen können, wozu ich Ihnen aber genauso sagen muß, daß es für den zuständigen Ressortminister für Hochschulagenden einfach nicht angängig ist, eine Situation wie die vom 14. Dezember, die wir weder auf der einen noch auf der anderen Seite zu vertreten haben, als — wie Sie es gestern sagten — Unfug abzutun. Sie haben sich in der zweiten Wortmeldung zur „Abstellung solchen Unfugs“ bekannt. Sie haben dann gemeint, es sei praktisch so, daß das Risiko eben zu groß gewesen sei, und so weiter.

Frau Bundesminister! Hier geht es meiner Meinung nach darum — und ich stelle fest, daß das Verhältnis, das Sie zu Ihrem Ressort

als verantwortliche Ressortleiterin haben, dadurch nicht besonders positiv erhellt wird —, daß Sie als Ressortleiterin für den ganzen Hochschulbereich die Freiheit der Wissenschaft und Lehre zu verteidigen haben. *(Beifall bei der ÖVP.)* Unter Verteidigung meine ich nicht, daß Sie bewehrt unter den Institutssaaltüren stehen oder die Polizei hinhetzen. Ich hätte aber zumindest erwartet, daß Sie hier nicht nur in einer allgemein unverbindlichen Form sagen: Selbstverständlich lehne ich Gewalt sowohl innerhalb als auch außerhalb der Universitäten ab! — eine Formel, die dann von den Nachrednern Ihrer Partei übernommen wurde —, sondern daß Sie hier die Verteidigung zumindest verbal so weit realisieren, daß Sie sagen würden: Ich gestehe, daß ich diese Art der Mißachtung der Grundrechte der Verfassung, der Mißachtung der Grundrechte von Freiheit, von Lehre und von Forschung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln ablehne und künftig alles tun werde, um es zu verhindern. Denn es war akademischer Boden, nicht „sogenannter“ akademischer Boden, wie Sie, Frau Bundesminister, es gestern zu sagen beliebten. Das, Frau Bundesminister, haben wir gestern vermißt. Das möchte ich ganz offen sagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, komme ich zum Budgetkapitel, um das es derzeit geht. Ich möchte hier doch in einer Dämpfung der so optimistischen Prognosen der Herren Vorsprecher der Sozialistischen Partei etwas sagen.

Ich habe bei meiner letztjährigen Wortmeldung zu diesem Budgetkapitel eine kleine Legende vielleicht angekratzt oder aufgehoben dadurch, daß ich gesagt habe, die Bildungsbudgets der Jahre 1966 bis 1970 seien in ihren Zuwachsraten höher gewesen als die Bildungsbudgets der Jahre 1970 und folgende.

Meine Damen und Herren! Wie schaut es im Budget 1973 aus? Ich will hier nur einige Daten setzen, um das ganze in die richtigen Maße zu bringen.

Das Gesamtbudget dieser Regierung hat im Jahre 1972 einen Zuwachs von 10,7 Prozent erfahren. Das Budget Wissenschaft und Forschung wuchs damals um 24,3 Prozent. Im kommenden Budget nehmen die Gesamtausgaben um 13,5 Prozent zu, das Wissenschafts- und Forschungsbudget nimmt um 20 Prozent zu. Das heißt in schlichten Zahlen, daß trotz einer Gesamtausgabensteigerungszuwachsrate von 2,8 Prozent der Zuwachs der Wissenschafts- und Forschungsausgaben um 4,3 Prozent gesunken ist.

**Dr. Blenk**

Meine Damen und Herren! Ich bin der letzte, der Dinge verabsolutiert haben möchte. Aber die Zahlen gehören doch gesagt, um die Euphorie, in der Sie offensichtlich schwelgen, etwas zu dämpfen.

Ich darf vielleicht noch einige kleine Details dazufügen. So hat der Verwaltungsaufwand des Wissenschaftsministeriums im allgemeinen um 25 Prozent zugenommen. Es hat der Personalaufwand im reinen Ressortbereich jedoch um 51 Prozent zugenommen. Wenn ich sage „hat“, meine ich den Entwurf. Der Personalaufwand der Hochschulen wird demgegenüber allerdings nur um 21 Prozent zunehmen.

Ich finde das deswegen bemerkenswert, weil ja seinerzeit gerade die Herren der freiheitlichen Fraktion die Zustimmung zu Ihrem Budget davon abhängig gemacht haben, daß keine Verwaltungsaufblähung und kein Verwaltungsmehraufwand erfolge. Nur am Rande möchte ich sagen, Frau Bundesminister: Daß diese Erwartungen enttäuscht wurden, das ist, glaube ich, inzwischen klar, soweit es den reinen Administrationsbereich angeht. Ich will jetzt gar nicht auf die persönlichen Repräsentativprobleme eingehen. Aber ich möchte noch einmal kurz sagen: Es war der Abgeordnete Scrinzi, der sich damals hier für diese ganze Sache in einem sehr engagierten Maße verwendet hat und der diese enttäuschten Erwartungen damals zu Wort gebracht hat. Derselbe Abgeordnete Scrinzi, Frau Bundesminister, stand letztlich ja auch im Mittelpunkt — und Sie haben das gestern schon etwas beklagt — der Geschichte, die wir so betrüblich gestern und heute früh noch diskutieren mußten. Das nur am Rande.

Frau Bundesminister! Der Herr Abgeordnete Radinger hat als Hauptsprecher Ihrer Fraktion den vom Abgeordneten Fischer am Beginn und als Grundlage der Debatte angeführten Vergleich mit der Regierungserklärung angestellt. Ich muß hier einmal mehr sagen: Es ist, glaube ich, Herr Abgeordneter Fischer, Ihrer Partei kein besonders guter Dienst erwiesen worden mit diesem rhetorisch recht gut klingenden, aber in Wirklichkeit doch sehr prekären Hinweis auf die angebliche Erfüllung der Regierungserklärung. Der Herr Abgeordnete Radinger hat sich denn auch so recht und schlecht durchgequält durch die einzelnen Regierungszusagen. Ich möchte mir doch erlauben, darauf im einzelnen etwas einzugehen, und beginne, nicht ganz in der Reihenfolge der Regierungserklärung, zunächst einmal mit dem wesentlichen Bereich der Hochschulen.

In der Regierungserklärung wurde gesagt: Die Mittel für die Hochschulen werden be-

trächtlich erhöht werden. Auf dem Gebiet der Hochschuldotierung ist in den letzten Jahren eine Stagnation oder ein Rückgang eingetreten. Erstmals wurden den Hochschulen zusätzliche Mittel zugeführt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Situation im Hochschulbereich ist, glaube ich, eine der mit Recht am meisten zu beklagenden. Das ist eine Tatsache. Wir wissen, daß sich die Raumnot allenthalben verstärkt, daß die Durchfalls- und Ausscheidungsquoten dauernd steigen, daß die Forschungsfunktion der Hochschule ausgehöhlt wird, daß die Relation zwischen Hochschulpersonal und Studierenden immer mehr verschlechtert wird.

Frau Bundesminister! Nun komme ich auf Ihre konzeptiven Arbeiten im Zusammenhang mit der Behebung dieser Mängel zu sprechen. Ich möchte mit dem Ende des Jahres 1970 beginnen. Kurz nach Errichtung Ihres Ministeriums haben Sie eine sogenannte umfassende Bedarfserhebung eingeleitet. Diese Bedarfserhebung hat zunächst den Nachteil gehabt, daß sie sektoral beschränkt war — das ist bekannt — auf die naturwissenschaftlichen Bereiche, daß die Antworten, die Sie von den Fakultäten erwarteten, sehr bescheiden waren und daß Sie erst Anfang 1971 eine umfassende Erhebung eingeleitet haben. Dazu möchte ich allerdings sagen: Es war nicht das, was man unter Erhebung versteht, Frau Bundesminister. Es war eine Befragung der einzelnen Lehrkanzeln und Institute — und zwar nur jener, die schon im Jahre 1970 dotiert wurden —, was sie nun für wesentliche Personal- und Sachaufwandserfordernisse hätten.

Frau Bundesminister! Was dabei herauskam, war dann eine Globalziffer von 500 Millionen Schilling, die seither durch alle Bedarfserhebungsdiskussionen durchgeistert. Denn geschehen ist praktisch nichts weiter. Sie haben zwar immer wieder in einer ganzen Reihe von mündlichen und schriftlichen Anfragen, die sich auf die Zukunft der Raumentwicklung, der Studentenentwicklung und so weiter bezogen haben, gesagt: Wir haben ja diese Prognosen, wir haben diese Bedarfserhebungen gemacht, und wir werden die Sanierung der Hochschulen auf Grund dieser durchgeführten Bedarfserhebungen in Etappen vornehmen.

Frau Bundesminister! Es ist nicht ganz uninteressant und nicht unpikant zu hören, daß Sie beispielsweise eine sehr spezifische und, ich würde sagen, fachlich nicht abwegige Einstellung zu diesen Bedarfserhebungen haben. Sie haben im Juni dieses Jahres bei einer Rede vor der Forschungskommission des Europarates Ihre grundsätzlichen Bedenken

**Dr. Blenk**

gegen sämtliche Prognosen dieser Art — schon aus Ihrer Herkunft verständlich — zum besten gegeben und haben gemeint, es sei praktisch unmöglich, Prognosen im Bildungsbereich anzustellen, und es hätten die Ergebnisse und Erfahrungen gezeigt, daß alles das, was man an Bedarfserhebungen praktisch bisher versucht habe durchzuführen, zu keinem Ergebnis geführt habe.

Das hat Sie aber nicht gehindert, Frau Bundesminister, kurze Zeit darauf, nämlich im September des Jahres 1972, ein sogenanntes langfristiges Entwicklungsprogramm für den Hochschulbau vorzulegen, das — ich möchte das vorweg zusammenfassend sagen — in seinem Wert für mich von einer unglaublichen Unkompetenz, von einer unglaublich mangelnden Aussagekraft ist, eine Arbeit, Frau Bundesminister, bei der Sie nämlich etwas getan haben, was Sie vorher abgelehnt haben: Sie haben diese Arbeit auf Grundlagen aufgebaut, die Sie kurz zuvor als völlig unzulänglich und inakzeptabel abgelehnt haben. Sie haben beispielsweise gemeint, daß man den Raumbedarf und damit eben das Bauprogramm für die Hochschulen darauf aufstellen müsse, was vorliegende Prognosen ergeben hätten. Sie haben sich auf Erhebungen gestützt, die zum Teil vom Bundesministerium für Unterricht ausgearbeitet wurden. Nur nebenbei sei gesagt, daß das Bundesministerium für Unterricht — das hat Bundesminister Sinowatz ja bereits im Zusammenhang mit den berufsbildenden höheren Schulen und dem Zulauf zu diesen zugegeben — mit diesen seinen Voraussagen völlig danebengegriffen hat. Das hat Sie nicht gehindert, diese als Grundlage zu nehmen.

Zusammenfassend möchte ich feststellen: Diese ganze, die Grundlage der ganzen künftigen Hochschulentwicklung bilden sollende Aussage basiert auf lauter statischen Elementen, die zum Teil zeitlich längst überholt sind, zum anderen Teil in ihrer Aussagekraft schon von Ihnen selbst praktisch minimiert wurden. Ich nenne einige der sogenannten Grundlagen dieses Hochschulbauprogramms, die deswegen völlig unzulänglich und nicht akzeptabel sind, weil sie eben völlig statisch gesehen sind: Die Zahl der Schüler im Vergleich zu den Maturanten haben Sie — wie ausdrücklich gesagt wurde — auf der gleichbleibenden Basis der — und notabene, das ist nun eine Vorausschau auf das Jahr 1980 — bereits vorliegenden Unterlagen als statisch angenommen. Die Übertrittsquote von den Mittelschulen an die Hochschulen haben Sie als statisch angenommen; die Retentionsrate der Hochschulen bis 1980 mit etwa 60 Prozent haben Sie als gegeben und damit als statisch angenommen; die durchschnittliche Studiendauer

haben Sie als statisch angenommen; den Ersatzbedarf an Akademikern mit ausgewiesenen 2,6 Prozent jährlich haben Sie als statisch und unverändert angenommen; den Erweiterungsbedarf an Akademikern jährlich von 2 bis 3 Prozent haben Sie ebenso als statisch und unverändert angenommen.

Frau Bundesminister! Ich möchte damit abschließend nur sagen: Soll dieses Hochschulbauprogramm, das längerfristige Entwicklungsprogramm für den Hochschulbau, das ich hier vor mir liegen habe, tatsächlich mehr sein als manche der Schriften, die von Ihrem Ministerium herausgekommen sind, wie zum Beispiel der heute mehrfach zitierte Forschungsstättenplan? Denn, Frau Bundesminister, das ist an sich eine Arbeit, die nicht einmal ein Diplomand macht. Ich will Ihre Arbeit nicht abwerten, aber das ist lediglich eine Zusammenfassung der Institute, die bisher irgendwie mit Forschung etwas zu tun hatten. Das ist eine brave Diplomandenarbeit, aber sie so groß als eine Leistung des Ministeriums hinzustellen, wie der Kollege Blecha das getan hat, das würden Sie sicher nicht tun.

Frau Bundesminister! Es heißt weiter in diesem Elaborat: „Raumbedarf“. Ich darf nur am Rande sagen, daß dieser Raumbedarf nach einer Bedarfserhebung von 1968 auf 1969 aufgestellt wurde und daß letztlich neben allen diesen erwähnten statischen Elementen Sie etwas gemacht haben, was diese Prognose oder dieses Bauprogramm für die praktische Schulpolitik der kommenden Jahre völlig sinnlos macht. Und zu all dem kommt noch eines: Was die Kosten betrifft, um die es ja primär geht, Frau Bundesminister — notabene, das „Werk“ wurde im September 1972 vorgelegt —, haben Sie sie auf der Basis des Preis- und Lohnstandards des Jahres 1970 errechnet.

Frau Bundesminister! Ich will nicht weiter ausholen, ich möchte damit nur die Relativierung dieser Arbeiten hinlänglich begründet haben.

Und, Frau Bundesminister, Sie haben schließlich auf verschiedene Anfragen im Zusammenhang mit diesen ganzen Hochschulbauten auch zum Teil sehr widersprüchliche und ausweichende Antworten gegeben. Die letzte Anfrage war von mir persönlich mündlich in diesem Hause am 11. Oktober gestellt worden. Ich habe Sie damals gefragt, wieweit nun dieses ganze Bauprogramm, das Sie hier vorgelegt haben, durch die Bausperre oder die Bauseinschränkung der Regierung eingeschränkt werde. Sie haben gemeint, Sie werden alles tun, daß das planmäßig ausgebaut wird.

**Dr. Blenk**

Auf meine Frage: Wie wird nun die Dotierung ausschauen?, haben Sie gesagt: Die Antwort dazu wird das Budget 1973 geben.

Frau Bundesminister! Damit bin ich nun bei diesem Budget für die Hochschulen. Ich möchte Ihnen zunächst sagen, es ist aus dem Dienstpostenplan zu entnehmen gewesen, daß wir zum Beispiel 150 außerordentliche Professoren neuen Typs, daß wir weiters insgesamt 59 neue Lehrkanzeln haben werden, daß wir aber — und das möchte ich doch relevieren, Frau Bundesminister — an den wissenschaftlichen Hochschulen einen Rückgang von 12 Assistentenstellen zu verzeichnen haben. Ich halte hier fest, Frau Bundesminister, und bitte Sie hier um Antwort: Wir haben bei der Behandlung der HOG-Novelle betreffend die Professoren neuen Typs diese Frage ausgesprochen nachdrücklich behandelt. Ich habe mir auch persönlich erlaubt zu fragen: Frau Bundesminister, werden diese außerordentlichen Professoren neuen Typs etwa nicht hindern, daß Sie trotzdem die notwendigen Assistentenstellen nicht nur beibehalten, sondern im notwendigen Ausmaß fortführen, lies aufstokken? Sie haben das letztere ausdrücklich bestätigt, Frau Bundesminister. Ich stelle mit Betrübnis fest, daß diese Zusage — siehe Dienstpostenplan: minus 12 Assistenten — nicht eingehalten, sondern ins Gegenteil verkehrt wurde.

Der Gesamtpersonalaufwand, Frau Bundesminister, nimmt um 314 Millionen Schilling zu. Ich frage nun konkret, Frau Bundesminister: Wird angesichts dieser Ausweitungen, die ansonsten der Dienstpostenplan vorsieht, wobei ich unterstelle, daß rund 30 Prozent der Sollstellen — wenn ich das richtig noch im Kopf habe — nicht besetzt sind, diese Erhöhung ausreichen, umsomehr, als ja die 15prozentige Bindung wahrscheinlich hier zum Tragen kommt? Die zweite Frage: Glauben Sie, daß das Konjunkturausgleichsbudget auch diesmal nicht zum Tragen kommen wird?

Eine ganz bedenkliche Entwicklung, Frau Bundesminister — und da komme ich wieder auf Ihre Grundaussage, daß früher angeblich die Mittel für Hochschulen stagnierten —, finden wir bei den Anlagen für die Hochschulen. Also nicht nur eine Stagnation, Frau Bundesminister, denn eine Entwicklung von 219,1 Millionen auf 219,3 Millionen Schilling ist zunächst nur nominell eine Stagnation, real aber ist es ein echter Rückgang. Ein Rückgang, der durch die Preissteigerungen, durch den Baukostenindex und so weiter besonders gravierend wird.

Wie sagten Sie? Noch nie ist in der Vergangenheit die Dotierung so stark angewach-

sen. — Hier geht sie wieder einmal echt zurück.

Frau Bundesminister! Daher die Frage: Warum macht man neue Dienstposten, wenn man a) das bisherige Personal kostenmäßig kaum zu decken vermag, wenn man aber b) vor allem die Anlagen, die ganzen Instituts- und sonstigen Einrichtungen nicht nur nicht erhöht, sondern faktisch reduziert?

Ähnlich schaut die Sache beim Verwaltungsaufwand für die Hochschulen aus. Sie haben im kommenden Jahr 193,3 Millionen Schilling ausgewiesen. Frau Bundesminister, was machten die Verwaltungsaufwände im Jahre 1972 aus? 178,3 plus 10 plus 24 mit den beiden Budgetüberschreitungssetzen, das heißt 212 Millionen Schilling! Das Budget 1973 weist nur ganze 193 Millionen Schilling aus.

Frau Bundesminister, ich frage Sie, und das ist nun eine ganz zwingende Frage: Was hat Sie bewogen, ein derartiges Scheinbudget zu erstellen? Ich glaube, es ist einfach nicht angängig und nicht zulässig, daß man, nur um woanders eine gewisse Optik erzeugen zu können, dort, wo man weiß, daß man auf jeden Fall im Rahmen von Nachtragsbudgets gewaltige Erhöhungen machen wird, die Erstansätze so niedrig hält. Ich wiederhole: ein echtes Scheinbudget mit bewußter Unterdotierung des Verwaltungsaufwandes! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Frau Bundesminister! Nicht sehr viel anders ist es mit den Aufwandskrediten der Hochschulen. Die steigen zwar um 20 Prozent, allerdings muß ich hier feststellen, daß ein kurzer Blick auf das Budget zeigt, daß drei Viertel dieser Steigerung von 33,8 Millionen, nämlich 25 Millionen, auf Unterrichtsefordernisse entfallen. Ich sage nur in Klammern dazu „Zerschlagungsquoten“ und so weiter im Zusammenhang mit dem Wegfall der Kautions für Laborbeschädigungen und dergleichen.

Nun so viel zu diesem, wie gesagt, vergleichsweise gering gestiegenen und angeblich die Stagnation überwunden habenden Hochschulbudget.

Frau Bundesminister! Ich komme noch auf einige andere Bereiche dieser Regierungserklärung zu sprechen.

Reform des Studienrechtes der wissenschaftlichen Hochschulen — ich halte mich hier an den Herrn Abgeordneten Radinger — weit vorangetrieben. Reform des Medizinstudiums, der Rechtswissenschaften wird vorläufig abgeschlossen werden. So sagte Herr Kollege Radinger.

Nun, wir wissen ja alle, wie die Fakten ausschauen. Der Kollege Radinger hat dann

**Dr. Blenk**

dazu nur etwas gewunden gemeint, gewisse Dinge sind in Vorbereitung, das Medizinstudium haben wir sogar schon im Unteraus- schuß, die Rechtswissenschaften werden auch bald kommen. Und wir hören sogar, daß 44 Studienordnungen kommen sollen. Ich wiederhole: kommen sollen. Ich möchte das ganz generell an die Spitze der kommenden Punkte stellen: was kommen soll, kann man nicht als erfüllte Regierungserklärung verkaufen. Das möchte ich grundsätzlich sagen. (Beifall bei der ÖVP.)

Auf dem Gebiet der Kunsthochschulen wurde in den letzten Jahrzehnten versäumt, ausreichende Studienvorschriften zu schaffen. So heißt es in der Regierungserklärung: Dies wird nachzuholen sein. — Was ist geschehen, Frau Bundesminister? Nichts ist geschehen, außer daß die Frau Bundesminister im Frühjahr des Jahres 1972 beim Jour fixe versprochen hat, die Studienordnung für die Kunsthochschulen noch vor den Sommerferien vorzulegen. Seither ist außer der Aussendung des Fragebogens praktisch nichts geschehen. Also auch das ist ein Punkt, der nur eine Ankündigung war und von dem man auch nicht mehr sagen kann.

Besonderes Interesse wird der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses gelten. — Hier hat der Herr Kollege Radinger auf die außerordentlichen Professoren und auf die Assistenten verwiesen. Ich habe schon darge- tan, wie diese Förderung aussieht: Die Assistentenstellen an den wissenschaftlichen Hoch- schulen im kommenden Jahr wurden sogar gekürzt!

Mit der Abschaffung der Hochschultaxen wird dem demokratischen Grundsatz nach glei- cher Zugangsmöglichkeit Rechnung getragen. — Frau Bundesminister! Dazu möchte ich meinen, daß wir die Frage der Hochschultaxen, bei der wir auch mitgestimmt haben, verständ- licherweise nicht aus dem Aspekt der sozialen Besserstellung sehen können. Ich würde sagen, höchstens aus dem Aspekt einer administrati- ven Verbesserung, denn sozial waren ja letzt- lich schon alle jene bessergestellt, die mangels eines entsprechenden Einkommens eine Befreiung erlangten.

Ich möchte in diesem Zusammenhang einen Entschließungsantrag einbringen, weil ich glaube, daß das hier aufgestellte Postulat nach einer Verbesserung der sozialen Chancen vor allem im Wege einer Verbesserung der Stu- dienbeihilfen möglich ist.

Ich lege daher den Entschlie- ßungs- an- trag vor, der da lautet:

„Der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung wird ersucht, zum Zweck der An- passung der Studienbeihilfen an die steigen- den Ausbildungs- und Lebenshaltungskosten mit dem Bundesminister für Finanzen Kon- takt aufzunehmen, um im ersten Halbjahr 1973 eine entsprechende Novellierung des Studienförderungsgesetzes vorzunehmen, die eine Anhebung sowohl der stützungs- würdigen Einkommenskategorien“ — darauf wurde schon bei anderer Gelegenheit verwiesen — „als auch der Studienbeihilfen- beträge vorsieht. Die im Budget vorgesehe- nen Beträge sollen zur Abgeltung der stei- genden Bildungskosten volle Verwendung finden.“

Frau Bundesminister! Ich hoffe, daß in die- sem Zusammenhang die heute noch beste- hende primäre Ungleichheit der Chancen, nämlich die Schlechterstellung der nicht am Studienort Wohnhaften, eine spürbare Ver- besserung erfahren wird.

Weiters: Zu der Ausweitung der Auftrags- forschung der öffentlichen Hand. Ich möchte jetzt keine Forschungsdebatte beginnen; ich möchte nur eines sagen: Es ist zweifellos im Auftragsforschungsbereich viel geschehen. Allerdings muß ich etwas widerlegen, was Abgeordneter Blecha gemeint hat.

Frau Bundesminister! Sie wissen, daß diese Position von mir persönlich seit längerem mit Anfragen aufzuhellen versucht wird. Ich stelle fest, daß es mir bisher noch nicht gelungen ist, eine befriedigende Auskunft darüber zu erhalten, wieweit diese Auftragsforschung tat- sächlich den immer wieder vorgegebenen Zie- len dient, nämlich gesellschaftsrelevant die Grundlagenforschung und so weiter vorzuneh- men.

Ich will mir jetzt die Aufzählung aller jener Bereiche ersparen, die ich Ihnen schon münd- lich gesagt habe, die also gar nichts damit zu tun haben. Ich möchte nur einen Satz dazu sagen: Wenn Sie selbst in Ihrer letzten Aus- sendung sagen, daß immerhin „schon“ 20 Pro- zent von rund 10 Millionen Schilling dem eigentlichen Bestimmungszweck, nämlich der gesellschaftsrelevanten Forschung, zugeführt worden seien, dann möchte ich meinen, daß das eine bedenkliche Ausweichsituation für die Berechtigung dieser Position unter dem angegebenen Prätext ist.

Weiters: Die Pflege internationaler wissen- schaftlicher Beziehungen und Kooperationen ist ein besonderes Anliegen. — Frau Bundes- minister! Ich verweise hier noch einmal auf das, was ich schon im Ausschuß gesagt habe, daß nämlich im Gegensatz zu dieser Feststel- lung die ganzen Positionen, die sich mit Aus-

**Dr. Blenk**

landsreisen, mit Vorträgen im Ausland, mit einer Hereinholung von Gastvortragenden und so weiter im wissenschaftlichen Austauschbereich befassen, zum Teil stagnieren, zum Teil zurückgegangen sind.

Nun zu einem Punkt, zu dem ich ebenfalls einen Entschließungsantrag einbringen möchte. Frau Bundesminister! Es ist das die Schaffung — ebenfalls in der Regierungserklärung enthalten — eines wissenschafts- und forschungspolitischen Informationssystems.

In der Ministerantwort an den Abgeordneten Radinger heißt es dazu: Die Arbeiten für eine Dokumentation der mit Bundesmitteln geförderten Forschungsvorhaben würden eingeleitet. — Frau Bundesminister! Ich habe nun zum drittenmal die leider Gottes wahrscheinlich wieder verpuffende Möglichkeit, einen Entschließungsantrag in der Richtung einzubringen, daß eine tatsächlich umfassende wissenschaftliche Dokumentationsstelle geschaffen wird. Sie schreiben: Es wird eingeleitet eine Dokumentation der von öffentlicher Hand geförderten Forschungsvorhaben.

Ich habe bereits vorvergangenes und vergangenes Jahr das getan, was ich jetzt wieder tue. Ich habe nämlich darauf verwiesen, daß es entscheidend ist, daß wir eine tatsächliche Informationsquelle über die wissenschaftlich-technischen Forschungsergebnisse haben. Ich wiederhole und bringe neuerdings ein den **Entschließungsantrag**, der da lautet:

„Die Bundesregierung wird“ — ich füge hinzu neuerdings — „aufgefordert, ehebaldest die Arbeiten für die Schaffung eines umfassenden Dokumentationszentrums zur allgemeinen Information über den Stand der internationalen wissenschaftlichen und technischen Forschung aufzunehmen. Dabei ist davon auszugehen, daß durch organisierte Zusammenarbeit und ständigen Informationsaustausch mit analogen Zentren in Drittländern ein optimales Organisations- und Verbreitungssystem gewährleistet wird.“

Ich würde hoffen, daß auch die Herren der Freiheitlichen Partei diesmal zumindest dem zustimmen, nachdem im vorvergangenen Jahr schon eine halbe Zusage da war; im vergangenen Jahr hat der Abgeordnete Stix gemeint, ich renne damit offene Türen ein; aber dann haben Sie doch wieder dagegen gestimmt. Ich glaube, daß das eine wesentliche Frage ist.

Die Regierungserklärung sagt weiters: Der Weg zu einer aktiven intellektuellen-Wanderungsbilanz wird konsequent weiter beschritten. — Auch dazu nur einen Satz, Frau Bundesminister. In Ihrer eigenen Forschungs-

konzeption schreiben Sie auf Seite 14 wörtlich: „Der Abwanderung begabter und hoffnungsvoller wissenschaftlicher Spitzenkräfte wurde noch nicht Einhalt geboten.“ Der Widerspruch ist so eklatant, daß er keines weiteren Kommentares bedarf.

Die Regierung ist weiter entschlossen, auf dem Gebiet der Forschungsförderung — das habe ich auch schon gesagt — eine planvolle und großzügige Maßnahme zu errichten.

Einen Satz möchte ich doch noch dazu sagen, solange der Abgeordnete Blecha da sitzt. Er hat als seiner Angriffe liebstes Kind den Professor Ermacora heute im Zusammenhang mit seinen Ausführungen zur Forschungsförderung mehrfach zitiert. Ich glaube, es ist nicht angemessen, Herr Abgeordneter Blecha, daß man Äußerungen in einem solchen Maße, wenn es auch dialektisch durchaus zulässig und üblich sein mag, umfunktioniert. Der Abgeordnete Ermacora hat nie gesagt, daß die Forschungskonzeption oder daß die Äußerungen der Frau Minister schlecht seien, sondern er hat nur gesagt — den Gegenbeweis, Herr Abgeordneter Blecha, den können Sie höchstens damit erbringen, daß Sie den Abgeordneten Ermacora neuerdings abqualifizieren —, daß das, was tatsächlich an Politik geschehe, was tatsächlich in der Durchführung geschehe, anders laute, weil Sie weitgehend von anderen politischen Zielvorstellungen ausgehen. Ich möchte Ihnen sagen, wenn Sie heute die positiven Kommentare zur Forschungskonzeption zitieren, denen ich mich mit allem Vorbehalt, der die Behandlung noch verlangt, wahrscheinlich in wesentlichen Punkten anschließen kann, dann hat das nichts damit zu tun, was die Forschungspolitik dieser Regierung de facto macht. Ich möchte sagen: Das ist einfach der große dialektische Mißverstand und Unverstand; ich würde sagen, die bewußte Umfunktionierung, wenn Sie immer wieder geschriebene Worte über das, was geschehen soll, identifizieren möchten mit dem, was angeblich schon geschehen sei.

Ich möchte noch einmal sagen: Sicherlich ist es unbestritten, daß die wissenschaftsbezogene außeruniversitäre Forschung einen echten Schwerpunkt bildet, Frau Bundesminister, aber genauso unbestritten ist, daß die universitäre Forschung im Sinne einer immer wieder beschworenen und befürchteten Aushöhlung der Forschung an den Hochschulen Not leidet, daß sie echt unterdotiert ist. Die Relation 65 Millionen zu 5 Millionen Schilling spricht eine *eigene Sprache*. (*Zwischenruf des Abg. Blecha*.) Ich habe jetzt nur die Fonds genommen, Herr Abgeordneter Blecha!

Die Boltzmann-Gesellschaft hat in den letzten zwei Jahren 100 Prozent zugenommen,

**Dr. Blenk**

während andere wesentliche Bereiche, wie zum Beispiel die ganzen sogenannten „sonstigen gemeinnützigen Einrichtungen“ mit dem Osteuropa-Institut und so weiter, wieder um 15 Prozent abgenommen haben; Institute, Herr Abgeordneter Blecha und Frau Bundesminister, die doch einer Förderung wert sind. Das ist damit gemeint, wenn man sagt: Konzeption hin oder her, darüber werden wir noch reden. Ich glaube, wenn sie wirklich so gravierenden Wert hat, was ich durchaus zugestehe, dann ist es in diesem Falle richtig, daß man sie ernsthaft auch in dem Unterausschuß behandelt — wir haben auch dafür gestimmt —, aber die politische Konzeption ist eben eine andere; das wollte ich nur dazu sagen.

Nun noch ein Wort zu den Bibliotheken, weil das auch einen besonderen Punkt darstellt: Die Bibliotheken werden weiter ausgebaut, um den Erfordernissen des modernen Wissenschaftsbetriebes gerecht zu werden.

In der Antwort, Frau Minister, an den Herrn Abgeordneten Radinger haben Sie nur darauf verwiesen, daß ein Arbeitskreis für Bibliotheksreform geschaffen worden sei. Frau Bundesminister! Dieser Arbeitskreis hat einige Fakten erarbeitet, die, glaube ich, nicht uninteressant in der Gegenüberstellung zu den Budgetziffern sind. Der Arbeitskreis, der im Auftrage Ihres Ministeriums gearbeitet hat, hat gemeint, daß bis zum Jahre 1980 1,3 Milliarden Schilling notwendig sein werden, und zwar für Bücherankäufe 7753 Millionen Schilling — was ist im Budget drinnen?: 28 Millionen Schilling —, für Anlagen, Einrichtungen und Bauvorhaben 504 Millionen Schilling — das Budget weist 8,5 Millionen Schilling aus. Frau Bundesminister! Ich möchte Ihnen dazu sagen, die Druckwerkposition, die tatsächlich den Inhalt der Bibliotheken darstellt, weist eine Steigerungsquote von sage und schreibe 4 Prozent auf. Das zum Bibliotheksproblem, Frau Bundesminister, wo Ihre eigenen Leute Sie Lügen strafen.

Dazu möchte ich meinen dritten und letzten Entschlußantrag vorbringen, der im wesentlichen mit dem identisch ist, den ich schon im Budgetausschuß vorgebracht habe:

„Der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung wird aufgefordert, bis Mitte 1973 die entsprechenden Untersuchungen und Vorarbeiten zur Erstellung eines umfassenden Bibliotheksausbauprogramms abzuschließen und dem Parlament einen Bericht zur Beratung zuzuleiten.“ — Ich darf annehmen, Frau Bundesminister, daß die Arbeit

dieses Arbeitskreises damit schon wesentlich mit verwertet werden kann und Sie dem Parlament einen Bericht zur Beratung zuleiten. — „Der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung wird außerdem ersucht, den Ausbau der Hochschulbibliotheken zu forcieren und die Möglichkeit einer Förderung von preiswerten Ausgaben wissenschaftlicher Standardliteratur für Studierende zu prüfen.“

Zum letzten, meine Damen und Herren, zum UOG-Entwurf nun doch einige grundsätzliche Bemerkungen. Der UOG-Entwurf sieht also auch in der Regierungsvorlage optimistisch nach vorne: Reform der Organisation, Transparenz der Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse werden gewährleistet sein.

Frau Bundesminister! Hier ein paar Worte zu diesem Entwurf, die ganz grundsätzlicher Art sind. Ich halte fest, daß der vorliegende Entwurf — ohne daß wir jetzt ins Detail eingehen können — uns zuwenig Gewähr dafür bietet, daß Leistungsfähigkeit und Fortschrittlichkeit an den Hochschulen gewährleistet sind, daß er, schlicht gesagt, zu undemokratisch, weil zu bürokratisch ist. Zu undemokratisch und zu bürokratisch deswegen, weil es praktisch zu einer ministeriell bevormundeten Autonomie kommen soll, weil er die Entscheidungsstruktur an Gruppeninteressen orientieren wird und muß und damit, das befürchte ich, in dieser Form den Gruppenegoismus und den Gruppenstreit kultivieren wird, weil er zu einer Anonymisierung der Verantwortung führt, zu einer Anonymisierung anstelle einer Personalisierung.

Beispiel: Das Berufsrecht an den Hochschulen wird ebenfalls auf das Ministerium übergehen und so weiter. Die ÖVP, Frau Bundesminister, hat damit nicht etwa die Auffassung vertreten, daß wir gegen Mitbestimmung seien. Ganz im Gegenteil. Ich glaube, daß wir in den Jahren der ÖVP-Alleinregierung den Beweis dafür, daß wir ein positives Verhältnis dazu haben, hinreichend erbracht haben. Wir verstehen Mitbestimmung als partnerschaftliches Problem. Ich darf Sie nur daran erinnern, daß beispielsweise die parlamentarische Hochschulreformkommission, daß die drittelparitätisch zusammengesetzten Studienkommissionen, daß die ebenfalls mitbestimmungsmäßig klar ausgeformte Kunsthochschul-Organisationsregelung, daß letztlich auch der Jour fixe — wenn ich den am Rande noch anführen darf —, alles das Einführungen der ÖVP-Alleinregierung waren. Daß sie zum Teil in Ihrer Regentschaft, Frau Bundesminister, eingegangen sind, ist eine andere Tatsache. Ich möchte damit nur sagen, wir würden es ablehnen, daß man so tut, als würde man

**Dr. Blenk**

deswegen, weil man immer nur den Begriff Demokratie und demokratisch und Demokratisierung in den Mund nimmt, dafür etwa ein Primat habe.

Ich bin aber der Meinung und wiederhole das, was wir an grundsätzlichen Forderungen an diese Hochschulorganisation, an dieses UOG zu stellen haben: Personalisierung der Verantwortung, Aufbau eines modernen Hochschulmanagements. Die starke Managementstruktur muß aber begleitet sein von einer gleichstarken Kontrollstruktur, von einer Stärkung der Kontrollrechte und der Errichtung eines entsprechenden Kontrollorgans.

Die Sicherung der Hochschulautonomie ist notwendigerweise durch Zurückverlagerung der letztinstanzlichen Entscheidungen auf den Hochschulboden zu gewährleisten. Schließlich bedarf es der Verbesserung des beruflichen Fortkommens der Hochschullehrer, Dozenten und Assistenten durch Schaffung einer echten Laufbahn, und zwar nicht nur der akademischen, sondern auch durch Eröffnung und Ausweitung der Forschungstätigkeit an den Hochschulen und den mit den Hochschulen kooperierenden außerhochschulischen Einrichtungen. Die Hochschulen dürfen, kurz gesagt, nicht wie eine staatliche Behörde organisiert sein oder gar als staatliche Behörde, sondern sie sind als autonomer Körper zu sehen, in dem sich Wissenschaft vollzieht, in dem Wissenschaft vermittelt wird, der aber dennoch die von der Gesellschaft zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel unter Anwendung moderner Managementmethoden auf effiziente Weise, und bei den Entscheidungen von der Überlegung der intellektuellen Autorität ausgehend, zum Einsatz bringt.

Frau Bundesminister! Ich bin damit am Ende. Ich möchte Ihr Verständnis als selbstverständlich voraussetzen, daß wir angesichts dieser nur bruchstückhaft aufgezeigten Budgetlage und angesichts der hochschulpolitisch besonders negativen Situation diesem Budgetkapitel die Zustimmung nicht geben können. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Die vom Abgeordneten Dr. Blenk und Genossen eingebrachten Entschließungsanträge stehen mit zur Verhandlung.

Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Scrinzi.

Abgeordneter Dr. Scrinzi (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin mir nicht ganz darüber im klaren, ob es mit den Gepflogenheiten in diesem Haus vereinbar ist, aber ich möchte mir doch erlauben, am Beginn meiner Ausführungen anlässlich des

Ablebens des Herrn Universitätsprofessors Dr. Rohrer einige Worte des Dankes zu sagen, vor allem deshalb, weil Professor Rohrer jener Typus des aufgeschlossenen Hochschulprofessors war, der in den zurückliegenden Jahren, wo dieses Haus sich bemüht hat, den unmittelbaren Kontakt zwischen Parlament und Wissenschaft zu verstärken, einer der aufgeschlossensten Gesprächspartner war, den wir finden konnten. Darüber hinaus hat er sich zweifellos als Präsident des Kuratoriums im Rahmen der Grundlagenforschung erhebliche Verdienste erworben. Er war ein unermüdlicher Anwalt der Förderung der wissenschaftlichen Forschung, war aber auch zugleich ganz besonders aufgeschlossen für die Anliegen der außeruniversitären Forschung.

Wir bedauern, daß wir diesen Mann, diese Persönlichkeit so unerwartet verloren haben.

Meine Damen und Herren! Ehe ich mich meinem heutigen Thema zuwende, nur ein paar Worte zu den Ausführungen meines Vorredners, des Herrn Abgeordneten Dr. Blenk.

Es ist richtig, daß die Freiheitliche Partei ein Anwalt der Schaffung des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung war. Wir bekennen uns auch heute noch dazu. Ich glaube, daß bei objektiver Betrachtung gesagt werden muß: Der Schritt war im Grunde ein richtiger. Wir haben, und das war durchaus notwendig, von allem Anfang an Wert darauf gelegt zu betonen, daß durch die Schaffung dieses Ministeriums kein unvertretbarer zusätzlicher Verwaltungsaufwand entstehen soll.

Man kann natürlich darüber streiten, ob dieser Forderung Rechnung getragen wurde, ob auch das heute vorliegende Budgetkapitel dem entspricht. Ich habe in diesem Zusammenhang nicht die Aufgabe, die Frau Bundesminister zu verteidigen. Aber ich möchte doch darauf hinweisen, daß auch wir uns im Ausschuß die Frage angelegen sein ließen, wie es sich mit der Entwicklung der Verwaltungsausgaben im Ressort verhält. Wir haben die Aufklärung erhalten, daß es sich zum Teil nur um Umschichtungen aus dem früheren gemeinsamen Ressort handelt, daß zum Teil besoldungsrechtliche Änderungen, die außerhalb der Kompetenz des Ministeriums lagen, Mehrbelastungen gebracht haben und daß auch ein begrenzter echter Mehraufwand vorliegt.

Ich nehme an, daß die Frau Bundesminister noch einmal im Hohen Hause zu dieser Frage des Abgeordneten Dr. Blenk Stellung nehmen wird.

Ich glaube auch, ohne daß ich mir anmaße, meinen Vorredner zensurieren zu sollen, wir

5558

Nationalrat XIII. GP — 59. Sitzung — 19. Dezember 1972

**Dr. Srinzi**

sollten den liebsten Buh-Mann der Auseinandersetzung zum Thema außeruniversitäre Forschung, die Boltzmann-Gesellschaft, eigentlich etwas aus dem Spiel lassen. Denn unabhängig davon, ob man kritisieren mag, daß der Förderungsaufwand verhältnismäßig zu groß ist, den diese Gesellschaft im speziellen erfährt, so habe ich mir aus Anlaß einer ähnlichen Debatte im vergangenen Jahr die Mühe genommen, die Publikationen dieser Gesellschaft anzuschauen.

Sie liegen zu einem nicht unerheblichen Teil auf meinem engeren Fachgebiet, nämlich der medizinischen Forschung, und soweit ich mir ein Urteil anmaßen darf — als Nichtqualifizierter sozusagen, aber doch als einigermassen Sachkundiger —, muß einfach gesagt werden, daß sehr solide, hervorragende Arbeit wie in vielen anderen und ähnlichen außeruniversitären Forschungseinrichtungen geleistet wird. Wir sollten uns bemühen, die Forschungseinrichtungen als solche möglichst aus dem parteipolitischen Streit herauszuhalten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben das vorliegende Budgetkapitel Forschung und Wissenschaft sehr kritisch durchleuchtet. Bei aller Kritik — und ich werde sie bei ein paar einzelnen Ansätzen noch begründen — waren wir aber dann in der Schlußbeurteilung doch zur Auffassung gekommen: Wenn man in diesem Inflationsbudget überhaupt von Schwerpunktbildung reden kann, dann ist zweifellos dieses Kapitel eines von jenen, in denen man von dem zum Teil gelungenen Versuch einer Schwerpunktbildung sprechen kann.

Wir verkennen nicht, daß gerade in Anbetracht der ohnedies alle vertretbaren Grenzen überbordenden Budgetausweitung Unmögliches in diesem Ressort nicht zu verlangen war, aber ein Schritt weiter, ein längst fälliger, wenn auch ein keineswegs ausreichender Schritt scheint uns zumindestens getan. So haben wir uns entschlossen, diesem Kapitel unsere Zustimmung zu geben, obwohl wir bekanntlich das Gesamtbudget ablehnen; dies auch aus einer wissenschafts- und forschungspolitischen Grundsatzüberlegung.

Ich habe schon aus einem anderen Anlaß vor kurzem in diesem Haus darauf hingewiesen, daß erfreulicherweise in den letzten sechs, sieben Jahren alle Gesetze, die wir auf dem Gebiete Hochschule, Wissenschaft, Forschung, Forschungsförderung, Studienbeihilfen und so weiter beschlossen haben, einstimmig beschlossen wurden. Das halte ich für außerordentlich wertvoll. Das halte ich vor allem deshalb für wertvoll, weil die Gefahr, daß

der Bereich der Wissenschaft, der Hohen Schulen, der Forschung allzusehr ins ideologische Streitfeuer gerät, vermieden wird. Wenn man die Fundamente gemeinsam legt, dann wird es sehr schwer möglich sein, daß eine einzelne Gruppe, auch wenn eine kleine Mehrheit sie dazu in die Lage versetzen sollte, diese Fundamente zerstört. Diesen Weg weiterzugehen sollten wir uns bemühen.

Das wird uns nicht abhalten, die Entwicklung in diesem Ressort auch künftig sorgfältig und kritisch zu beobachten sowie Entwicklungsansätze, die uns verfehlt oder bedenklich erscheinen, offen und hart zu kritisieren. Wir haben die Strukturschwächen dieses Budgetkapitels keineswegs übersehen. Wir sind uns darüber im klaren, daß eines der vordringlichsten Probleme der Hohen Schulen, die Behebung der Raumnot, nicht gelungen ist. Aber wie ich schon sagte: Wir sind uns auch darüber im klaren, daß das nicht mit einem Schritt gelingen kann. Wir bedauern, daß die Steigerung der Mittel für den Hochschulbau, die 1971/72 bekanntlich 48,4 Millionen Schilling ausmachte, diesmal nur 9 Millionen Schilling beträgt. Und wenn man die Veränderung des Baukostenindex betrachtet, so bedeutet das eine Stagnation, wenn nicht einen Rückgang der effektiv zur Verfügung stehenden Mittel.

Wir haben schon im Ausschuß kritisiert, daß die Erhöhung von 6 Millionen Schilling auf dem Sektor Studentenheim-Wohnbau völlig unzureichend ist. Wir hatten die Hoffnung, daß hier Änderungen möglich sein werden. Denn nach wie vor stehen wir auf dem Standpunkt, daß die wirksamste Studienförderungsmaßnahme die Zurverfügungstellung moderner und erswinglicher Zimmer für unsere studierende Jugend ist. — Auf den besonderen Notstand für die weiblichen Studierenden ist ja von verschiedenen Seiten schon wiederholt hingewiesen worden; ich kann das nur bestätigen.

Daß die Förderungskredite einer zehnprozentigen und wahrscheinlich einer noch weiter gehenden Kürzung unterliegen werden, ist bedauerlich und zu kritisieren. Daß der Investitionsaufwand für die Mensen gleichfalls gekürzt werden mußte beziehungsweise gekürzt wurde, muß von uns als Mangel gerügt werden. Hier gilt das gleiche: Ein moderner Mensabetrieb zu vertretbaren Preisen ist die breitestgestreute soziale Hilfe, die man der studierenden Jugend zuteil werden lassen kann.

Auch der Sachaufwand wurde offensichtlich unter dem Druck des zunehmenden Personalaufwandes unerfreulich gekürzt.

**Dr. Scrinzi**

Die Situation an der Hochschule Klagenfurt ist nicht befriedigend. Das haben wir gemeinsam vor kurzem in Klagenfurt sowohl im Landtag — auch, durch sozialistische Sprecher — wie im Universitätsbund feststellen müssen. Wir haben über den Universitätsbund eine Resolution an die Frau Bundesminister gerichtet und unsere Unzufriedenheit über die langsame Abwicklung gewisser Berufungen zum Ausdruck gebracht. Wir haben die Probleme der besonderen Raumnot dargestellt.

Ich hoffe, Frau Bundesminister, diese Gesten bedeuten nicht, daß Sie die Dinge so einfach abtun wollen. Wir haben hier ein in Entwicklung begriffenes Kind, und Sie wissen, daß die Schäden, die in der jugendlichen Entwicklungsphase gesetzt werden, besonders bedenklich und fortwirkend sind.

Auch die Situation an der Hochschule in Salzburg ist unbefriedigend. Obwohl ich mich hier realistischerweise dazu bekenne, daß es keinen Sinn hätte, mit unzureichenden Mitteln den an sich richtigen Wunsch der Salzburger auf Vollausbau der Universität und Installation der Medizinischen Fakultät zu erfüllen. Hier muß eine vernünftige Gewichtung unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten vorgenommen werden. Ich bin überzeugt, daß in absehbarer Zeit Verhandlungen mit dem Land Salzburg, das so ähnlich wie die Stadt Klagenfurt bereit ist, für diesen Ausbau erhebliche Opfer zu bringen, erfolgreich sein werden. Es wäre sinnlos, eine Lösung zu suchen, die dann Talmi sein müßte.

Auch an weiteren Hochschulen — wir haben das in verschiedenen Anfragen und Diskussionen schon zum Ausdruck gebracht: etwa an der Hochschule für Welthandel in Wien, auch an einer Reihe von Instituten der Universität und Hochschule in Graz — sind dringende Probleme zu bewältigen, die, das ist sicher, nicht ideal in diesem Budget gelöst sind.

Aber im gesamten vergessen wir natürlich nicht die Möglichkeiten, die das Ressort im Rahmen des Gesamthaushaltes hat. Mir scheint es — das will ich hier zum Ausdruck bringen —, daß sich die Frau Bundesminister relativ ganz gut durchzusetzen vermocht hat. Ich würde also sagen: Sie hat hier ihren Mann gestellt, obwohl sie das nicht sehr gern hört.

Meine Damen und Herren! Das waren die Überlegungen, daß wir gesagt haben: Trotz all dieser Mängel und Schwächen wird das Kapitel unsere globale Zustimmung finden.

Ich möchte mich im zweiten Teil meiner heutigen Ausführungen aber mit etwas befassen,

was doch sehr eng auch mit der Entscheidung über den Haushalt zusammenhängt und was eine notwendige Klärung herbeiführt:

Frau Bundesminister! Die Zustimmung zu dem Kapitel bedeutet keineswegs die Zustimmung zu den Vorhaben, die von Ihrem Ressort auf dem Gebiete der Hochschulpolitik in der nächsten Zukunft beabsichtigt sind.

Es bedeutet keine Zustimmung zu dem Universitäts-Organisationsgesetz-Entwurf, der derzeit als Ministerialentwurf im Begutachtungsverfahren ist. Ich betone, was ich schon aus einem anderen Anlaß vor wenigen Tagen gesagt habe: Eine Hochschulreform, die man gegen die Hochschule machen wollte, wäre von vornherein eine schlechte Hochschulreform und zum Scheitern verurteilt.

Soweit wir das Ergebnis des Begutachtungsverfahrens überblicken, ist der Entwurf überwiegend, ja fast einstimmig im Hochschulbereich auf Ablehnung gestoßen. Ich glaube, das sollte uns und vor allem Sie, wenn Sie die Ergebnisse der Stellungnahmen aus dem Begutachtungsverfahren überarbeiten, veranlassen, das gesamte Problem noch einmal neu und grundsätzlich zu überdenken. Mir scheint, daß im Zuge der sogenannten Hochschulkrise eine Überdeckung, eine Kontermination von zwei im Grunde verschiedenen Prozessen eingetreten ist, einem echten und im engeren Sinne hochschulpolitischen und einem gesellschaftspolitischen.

Es ist unbestritten — und da, glaube ich, gehen alle drei Fraktionen dieses Hauses den gleichen Weg —: Die Hochschule bedarf einer grundlegenden strukturellen Reform, aber einer Reform — um mit einem Universitätslehrer zu sprechen, der sich jüngst in der Presse geäußert hat —, bei der man nicht das Kind mit dem Bad ausschüttet.

Es gibt echte Motive für die Hochschulreform, die in einer kritischen Situation der Hochschule selbst begründet liegen. Da ist die Frage der Hochschulverfassung neu zu überdenken, wenn auch nicht in einem allzu vereinfachten Schema: Hier Ordinarienuniversität, da die fundamental demokratisierte Universität neuer Prägung. Zwischen den beiden Polen der sehr gerne verzeichneten autoritären Ordinarienuniversität und der total demokratisierten liegt der Typus einer Universität, die in ihrer Grundverfassung vernünftige Modelle der Mitbestimmung aller an der Universität tätigen Gruppen verwirklicht.

Wir sind zweitens der Meinung, daß bei Bestehenbleiben der grundsätzlichen Einheit von Forschung und Lehre überdacht werden muß, ob dieses System heute ideal ist, um die

5560

Nationalrat XIII. GP — 59. Sitzung — 19. Dezember 1972

**Dr. Scrinzi**

neuen Aufgaben der Hohen Schulen zu bewältigen.

Wir bekennen uns zu dieser Einheit. Wir haben sie auch im einstimmig angenommenen Allgemeinen Hochschul-Studiengesetz verankert. Wir meinen aber, daß wir über diese tragende Achse der Einheit von Forschung und Lehre hinaus neue Funktionsbereiche entwickeln müssen, in denen wir einerseits Akzente setzen, die sich auf die Lehraufgabe oder — wenn man dieses Wort hier gebrauchen darf — auf die Schulaufgabe der Universität konzentrieren, und in der anderen Richtung diese Einheit ausgliedern müssen mit dem Schwerpunkt der Forschungsaufgaben der Universitäten.

Dabei kommt es zweifellos sehr darauf an, die universitäre und die außeruniversitäre Forschung noch besser als bisher zu koordinieren und zu verschränken, ohne daß es dadurch zu einer Verlagerung der Schwerpunkte der Forschung außerhalb der Universität kommt. Wer aber die Situation nüchtern beurteilt, weiß, daß wir auf eine Entwicklung zusteuern, wo sich sowohl quantitativ als auch qualitativ ein Gleichziehen der beiden Forschungsbereiche herausentwickeln wird, was keineswegs zur Auf- oder Abwertung der einen oder der anderen Seite führen muß und auch keineswegs — ganz im Gegenteil — zu einer Niveausenkung im universitären oder außeruniversitären Forschungsbereich führen soll.

Die dritte große Frage, die vielleicht ganz besonders die Hochschulkrise ausgelöst und verschärft hat, sind die Probleme, die mit der sogenannten Bildungsexplosion und mit der sich nun vom Gesellschaftspolitischen her ergebenden Notwendigkeit zusammenhängen, der Gesellschaft, dem Staat, der Öffentlichkeit, ihren Institutionen die erforderliche Zahl akademischer Berufe zur Verfügung zu stellen.

Das sind unserer Meinung nach die kritischen Punkte der Hochschulreform, und das müssen die Motive bleiben, wenn wir eine reformierte Universität entwickeln oder wenn wir, wie Sie es jetzt vor wenigen Tagen angekündigt haben, darangehen, zuerst moderne Modelle zu entwickeln, ein Weg, der unter ganz bestimmten Voraussetzungen durchaus diskussionswürdig erscheint, weil sehr zu überlegen ist, Frau Bundesminister, ob es bei einer im Fluß befindlichen Entwicklung zweckmäßig ist, die derzeitige Struktur fundamental zu ändern, um dann erst, möglicherweise nach einigen Jahren, draufzukommen, daß wir uns mit dieser Änderung nicht im allgemeinen europäischen Trend bewegen.

Wenn ich Sie an Ihre Rede in Straßburg erinnern darf, Frau Bundesminister, so haben Sie ja selber gemeint, es wäre eine Aufgabe, die im Rahmen des Europarates bewältigt werden müßte, diese Trends zu analysieren, ihre Richtung festzustellen, ihre inneren Strukturen zu prüfen.

Nun sollte aber die Strukturänderung hierzulande nicht unbedingt dem Ergebnis dieser Prüfung und dieser Entwicklung vorausgehen. Ich glaube, wir werden bei den derzeit noch bestehenden großen Differenzen in unseren Auffassungen zur Hochschulreform doch zu einer gemeinsamen Lösung kommen, wenn wir scharf trennen, was ich nun versucht habe mit ein paar Stichworten als die eigentliche Strukturkrise der Hochschule zu bezeichnen, von dem, was nicht Krise in der Hochschule ist, sondern was erst von außen im Zuge gesellschaftspolitischer kritischer Entwicklungen hineingetragen wurde; eine Krise, die nur an der Hochschule gemacht wird, weil man bestimmte gesellschaftspolitische Zielsetzungen hat, die man glaubt, im quasi Modellversuch und unter besonders günstigen Voraussetzungen an der Hochschule verwirklichen zu können.

Ich hoffe, Sie, Frau Bundesminister, sehen hier die Dinge kritisch und klar und identifizieren sich nicht mit Entwicklungen und Auffassungen, wie sie im Bereich der sozialistischen Studentenschaft festzustellen sind.

Hier darf ich mit Genehmigung des Herrn Präsidenten die Resolution des Österreichischen Studententags vom Jahre 1972 zitieren, die als Resultat der Überlegungen des Arbeitskreises „Klassenlage der Intellektuellen“ geliefert wurde. Da kommt nun der gesellschaftspolitische Aspekt jener Pseudohochschulreform, wie ich glaube, sehr klar zum Ausdruck, und man muß irgendwo für diese Klarheit dankbar sein, denn sie grenzt Positionen ab. Es heißt hier: „Die Funktion der Universität heute ist also eine Züchtung von Herrschaftseliten. Sie hat als Institution eine herrschaftsstabilisierende Funktion. Diese erfüllt sie durchaus. Wir verweisen auf die geringe Anzahl von Studenten aus der Arbeiterklasse und aus der Bauernschaft. Für die wenigen aus der Unterschicht, die trotzdem die Barrieren überwinden können und studieren, ist die Universität eine Sozialisationsanstalt zum Bürgertum. Die herrschende Klasse stabilisiert sich, indem sie die besten Köpfe der Ausgebeuteten an sich zieht.“

Diese Resolution schließt mit folgender Zielsetzung:

**Dr. Scrinzi**

„Unsere Politik richtet sich daher auf eine Umgestaltung des herrschenden Systems in Richtung auf eine klassenlose Gesellschaft, mit der zugleich am Ende auch die heutige Universitätsinstitution verschwindet.“

Frau Bundesminister! Meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion! Ich hoffe, daß Sie die Hochschulreform nicht unter diesen Aspekten sehen. Denn dann würde ich wirklich keine Möglichkeit einer gemeinsamen Basis finden. Wir werden nach unseren Kräften jeden Versuch verhindern, der die Hochschulen zu einem Experimentierfeld für sozialpolitische Minirevolutionen machen muß.

Es wäre sehr notwendig, daß aus dem Entwurf der Regierungsvorlage, die wir, wie in Aussicht gestellt wurde, im März im Haus zu erwarten haben, noch jene Reste entfernt werden, deren Charakter allzu sehr den Eindruck erweckt, daß man hier eine Revolution von oben her verfügen möchte, wie es einer der Kritiker des Entwurfes formuliert hat.

Frau Bundesminister! Damit Sie sich darüber im klaren sind, daß wir im Zusammenhang mit dem Universitäts-Organisationsgesetz realistische und diskussionsbereite Partner sind, möchte ich mir erlauben, Ihnen ein paar Schwerpunktgedanken von dieser Stelle aus vorzutragen, woraus Sie eben unsere Position sehen und werten können.

Wenn Sie bei dem bleiben, was Sie im SPO-Hochschulkonzept 1969 und in der Regierungsvorlage dazu gesagt haben, nämlich das Mitbestimmungsmodell in Form der funktionsorientierten Mitbestimmung zu verwirklichen, werden wir zweifellos eine gemeinsame Basis finden. Kein Verständnis werden Sie bei uns finden, wenn es darum geht, lineare Paritäten nach irgendwelchen abstrakten Mitbestimmungsvorstellungen ohne Rücksicht auf Qualifikation, ohne Rücksicht auf die Fähigkeit und Notwendigkeit der Verantwortung durchzuziehen, und zwar mit Mehrheitsverhältnissen durchzuziehen, Dinge, die die innere Stabilität, aber auch die echte Entwicklungsdynamik der Hochschulen gefährden, und derartige Mitbestimmungsgorgane zu Interessenvertretungen mit dem Versuch umzufunktionieren, ideologische Modelle zu starten und durch ständig schwankende Mehrheitsbildungen Machtpolitik zu verwirklichen.

Daß wir keiner Reform zustimmen, welche die verfassungsmäßig gewährleistete Freiheit von Forschung und Lehre schmälert, brauche ich nicht besonders zu betonen. Dabei sind wir uns durchaus darüber im klaren, daß es in der Vergangenheit — vielleicht auch in

der Gegenwart — gelegentlich zum Freiheitsmißbrauch durch einzelne gekommen sein mag. Wo wäre so etwas nicht möglich? Das ist ja letzten Endes das Risiko der Freiheit.

Bedenklich hat mich, Frau Bundesminister, eine Passage in Ihrer schon genannten Straßburger Rede gestimmt, die ich nicht nur in der „Zukunft“ gelesen, sondern mir schon seinerzeit angehört habe. Ich sage das, ohne noch einmal auf die Vorfälle in den letzten Tagen zu replizieren. Mir scheint die hier im Hause darüber abgeführte Diskussion befriedigend oder weitgehend befriedigend verlaufen zu sein. Ich glaube, Sie haben Ihre Position doch geklärt.

Sie, Frau Bundesminister, haben zum Thema „Freiheit der Wissenschaft“ in Straßburg gemeint — hier zitiere ich jetzt aus diesem Vortrag —:

Die Bedrohung der Freiheit der Wissenschaft scheint jedenfalls heute nicht so sehr vom Staat oder der Gesellschaft gegeben zu sein, da sie ja durch justiziable Rechtsnormen abgeschränkt ist, sondern vielmehr von einer elitärer Demokratievorstellung verhafteten Haltung der Closed-society auszugehen.

Das ist, wie ich meine, doch eine sehr einseitig gewichtende Formulierung.

Ich sagte: Bedrohung der Freiheit vom Staate her. Vielleicht ist das Wort „Bedrohung“ in diesem Sinn nicht ganz richtig angewendet, zumal ich meine, daß im UOG-Entwurf eine ganze Reihe von Ansätzen enthalten ist, mit denen der Eingriffsbereich des Ministeriums und der Ministerialbürokratie zu Lasten der Autonomie der Hohen Schulen bedenklich erweitert wird. Das bedeutet natürlich auch eine vom Staat her angezielte Freiheitsbeschränkung.

Aber — hier, glaube ich, sind wir uns ja alle einig — richtig ist, daß mindestens ebenso die Freiheit von Forschung und Lehre durch Reformmodelle nicht nur abstrakt und nicht nur in der Diskussion, sondern ganz konkret dort, wo solche Modelle verwirklicht wurden, durch Macht- und Gruppenpolitik gefährdet, ja in manchen Bereichen überhaupt aufgehoben ist, wie die unerfreulichen Vorgänge etwa an bestimmten Modelluniversitäten der Bundesrepublik Deutschland beweisen.

Ich meine, wir sollten aus diesen Erfahrungen Lehren ziehen. Wir müssen mit Bedauern vorerst sagen, daß im UOG-Entwurf nicht allzuviel davon zu spüren ist, daß Lehren gezogen wurden. In mancher Richtung geht ja dieser UOG-Entwurf über bundesdeutsche Modelle hinaus, die schon bewiesen haben,

**Dr. Sclinzi**

daß sie nicht praktikierbar sind, jedenfalls nicht praktikierbar, ohne Wissenschaft, Forschung und Lehre erheblich zu schädigen.

In bezug auf die Institutsverfassung können wir dem Entwurf nicht folgen. Wir sind zwar auch der Auffassung, daß das Institut die kleinste tragende, die elementare Einheit der Hochschule ist. Das gesunde, das leistungsfähige, das effiziente Institut hat in diesem Zusammenhang eine ähnliche Funktion wie die Familie, und zwar sowohl in Richtung Lehre wie Forschung. Das Institut ist Basis einer gesunden Universität, wie dies auf der anderen Seite die Familie in einer Gesellschaft sein muß, die gesund bleiben will.

Wir zweifeln also daran, ob das die Stufe ist, auf der ein exzessives Mitbestimmungsmodell verwirklicht werden soll, schon von der Ökonomie der Arbeit sowohl der Professoren, Dozenten und Assistenten als auch von der der Studierenden her gesehen.

Selbstverständlich aber auch im Hinblick auf die Frage: Wird durch diesen Entwurf nicht die gewährleistete Freiheit von Forschung und Lehre in Frage gestellt? — Hier liegen Erfahrungswerte vor. Hier liegen auch in bezug auf die so oft beschworene verbesserte Effizienz, die ein Ziel der Hochschulreform sei, quantifizierte Erfahrungen vor, etwa gemessen an der Zahl von wissenschaftlichen Arbeiten und Publikationen, die diese demokratisierten Institute geliefert haben. An der Freien Universität in Berlin ist die Zahl der wissenschaftlichen Publikationen, seit diese neuen Modelle dort praktiziert werden, um 50 Prozent zurückgegangen. Das spricht eine eindeutige Sprache.

Ich darf in diesem Zusammenhang auch auf den Bericht des Herrn Professors Fettweis von Graz, der Sie auf der Studienreise zum Studium von verschiedenen Hochschulmodellen in Westeuropa begleitet hat, hinweisen. Dieser Bericht ist alles andere eher als ermutigend und sollte ein Anlaß sein, daß wir bei unserer Hochschulreform nicht Wege beschreiten, die sich schon andernorts als nicht zielführend erwiesen haben.

Wir werden uns auch gegen jede Einschränkung der Autonomie der Hohen Schulen wehren. Wir wollen damit nicht einen Zustand oder gar eine Entwicklung verteidigen, die etwa der Hochschule eine exterritoriale Position in unserer Gesellschaft geben soll. Im Gegenteil: Wir müßten neue Instrumente finden, um die Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Gesellschaft zu verbessern und zu verstärken. Wir werden diesbezüglich sehr konkrete und moderne Vorschläge unterbreiten.

Den Eingriff des Ministeriums in das Habilitations- und Berufungsverfahren müssen wir ablehnen. Im Berufungsverfahren natürlich insoweit nicht, als die Entscheidung über die letztliche Realisierung der Berufungsvorschläge nach wie vor im Ressortbereich liegen muß, aber nicht mehr, daß dort die Kriterien überprüft werden können, nach denen die Berufungsvorschläge erfolgt sind, sondern nur, daß geprüft wird, ob diese Kriterien praktikierbar sind. Das ist die Aufgabe der eigentlichen Berufungsverhandlung, wobei wir Ihnen, Frau Bundesminister, sehr viel mehr Autonomie gegenüber dem Herrn Finanzminister wünschen würden. Ich habe das von hier aus schon vor einem Jahr gesagt: Mir scheint es unerträglich, daß sich nicht zuletzt durch ständige Einsprüche von seiten des Finanzministeriums Berufungsverhandlungen zerschlagen oder häufig ungebührlich in die Länge gedehnt werden.

Wir werden weiters, Frau Bundesminister, keinem Reformsystem zustimmen, das durch eine Explosion von kollegialen demokratischen Sitzungen und Verwaltungsvermehrungen zu einer Kostenexplosion führen muß. Hier liegen gleichfalls schon quantifizierte Erfahrungen vor neben den geschätzten Zahlen, daß etwa der Verwaltungsaufwand für die Freie Universität Berlin um rund 300 Prozent gestiegen ist. An einzelnen Hochschulen sind sehr konkrete Berechnungen erfolgt, was die Reform gekostet hat.

Nun sehe ich schon den Einwand kommen: Demokratie muß man sich etwas kosten lassen! — Jawohl. Aber Demokratie muß auch vernünftig praktiziert werden; Demokratie am richtigen Ort und nicht am falschen Ort, und Demokratie nicht um einen Preis, der letzten Endes dann auf Kosten der Qualität und der Effizienz jener Einrichtungen gehen muß, die man demokratisieren will. Es stimmt durchaus mit den Erfahrungen überein, daß die fundamental demokratisierte Hochschule nach bestimmten Modellen, wie sie die Bundesrepublik praktiziert hat, nicht mehr funktionsfähig ist.

Eng mit dieser Frage hängt eine grundsätzliche Entscheidung zusammen. Es gehört zu den, fast möchte ich schon sagen, ein wenig abgebrauchten Schlagworten, von der Bildungsgesellschaft zu reden. Sicher geht die Entwicklung der Menschheit und der Gesellschaft auf eine über mehr Wissen, über mehr Erfahrung und über mehr Bildung verfügende Gesellschaft hin.

Ich verweise auf die skeptischen Äußerungen des Soziologen Gehlen vor einigen Monaten in einem Gespräch im Salzburger

**Dr. Scrinzi**

Nachtstudio oder im Rahmen der Hochschulgespräche in Salzburg. Gehlen hat gesagt, allmählich könne er sich unter Bildungsgesellschaft kaum mehr etwas vorstellen. Er könnte sich noch etwas vorstellen unter einer Ausbildungsgesellschaft, und er hat damit ein echtes Problem dieser Bildungsgesellschaft angerissen.

Wenn ich gewisse extreme Entwicklungen kritisch analysiere, so glaube ich feststellen zu können, daß für viele oder, sagen wir besser — es ist Gott sei Dank eine Minderheit —, für eine zunehmende Minderheit Bildung freilich ein Alibi für Leistung ist. Ein sehr verschwommener Bildungsbegriff, ein sehr verschwommenes, ein sehr diffus engagiertes Bildungsstreben bei Nachlassen des Engagements für eine verantwortliche, für eine sachkundige Ausbildung in einer konkreten Richtung.

Sie selbst, Frau Bundesminister, haben schon als Abgeordnete, später aber auch als Ressortminister, wenn ich in diesem Hause das Thema angeschnitten habe, daß die bestehenden universitären Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen allmählich nicht mehr in der Lage sind, die Bildungsnachfrage zu bewältigen und insbesondere den Ausbildungsauftrag zu bewältigen, und ich das Thema des Numerus clausus angeschnitten habe, immer sehr heftig widersprochen.

Sie selbst haben aber wiederum in ihrer Straßburger Rede auf die Konsequenzen hingewiesen, die der Numerus clausus von Nachbarländern für uns hat. Das heißt, Sie haben sehr richtig formuliert: Der Numerus clausus wird gewissermaßen importiert. — Und in diesem Punkt stimme ich Ihnen zu. Ich war immer schon dieser Meinung und habe auf die unvermeidlichen Konsequenzen hingewiesen. Ich habe betont, daß dieser Druck zwangsläufig dazu führt, daß die Ausbildung nicht mehr gewährleistet ist, denn was soll in einer Hauptvorlesung mit 1200 Hörern noch wirklich an Bildungs- und Wissensvermittlung möglich sein? Ich habe vor wenigen Tagen den Brief einer Mutter bekommen, die mir schreibt: Wie ist es möglich, daß meine Tochter in Wien nach sechs Wochen noch immer keinen Sitzplatz in ihrer Vorlesung findet?

Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist die, daß damit natürlich die Auslese-kriterien, die Prüfungskriterien zwangsläufig gesenkt werden müssen. Der Professor ist ja gar nicht mehr in der Lage, auch bei Heranziehung jener Mitarbeiter im Lehrbereich, die ihm heute viel zuwenig, wie wir wissen, zur Verfügung stehen, sich Rechenschaft über

Wissen, Können und Entwicklung seiner Studenten zu geben. Es ist also damit eine gefährliche Niveausenkung im Anzug.

Wenn wir auf der anderen Seite diesen Bildungsanspruch, der durchaus zu Recht heute durch Konventionen geschützt ist, verwirklichen und der Bildungsexplosion nicht eine Explosion der Bildungsinstitutionen an die Seite stellen können, dann werden sich eben jene Spannungen und Probleme an den Hohen Schulen verschärfen, die wir ohnedies nur mit Mühe in den Griff bekommen.

Ich begrüße es daher, daß Sie, wie ich einer Mitteilung des „Kurier“ vom 5. Dezember entnehme, geäußert haben sollen — ich darf mit Zustimmung des Herrn Präsidenten zitieren —:

„Österreich könne es sich auf die Dauer nicht leisten, beliebig viele Studenten an seinen Hochschulen aufzunehmen.“ — Ich erinnere mich allerdings noch des heftigen Widerspruches, den ich von der sozialistischen Seite erfahren habe, als ich das vor Jahren hier im Haus formuliert habe.

Sie setzten dann fort: „Das Beispiel Schweden zeige auch, daß es nicht ratsam sei, ins Blitzblaue Akademiker zu produzieren. So habe die Bildungsexplosion dort zu einer Akademikerarbeitslosigkeit geführt.“ (Präsident Dr. Maletta übernimmt den Vorsitz.)

Frau Bundesminister! Es wird jetzt notwendig sein, im gemeinsamen Bemühen die Konsequenzen aus diesen Erkenntnissen zu ziehen. Hier bin ich trotz der sehr kompendiösen Planungsarbeiten, wenn ich das nur am gedruckten Ausstoß Ihres Ressorts beurteile, etwas skeptisch. Sie haben offensichtlich unter Berufung auf Berechnungen Ihres Ministeriums in Straßburg formuliert, 1980 hätten wir 70.000 bis 80.000 Studierende zu erwarten. Die „Arbeiter-Zeitung“ — gleichfalls unter Berufung auf Ihr Ministerium — spricht für den gleichen Zeitraum von 120.000 Studierenden. Hier liegt entweder ein Irrtum oder eine nur sehr oberflächliche und optische Planung vor. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie etwas darüber sagen würden — die rein gedruckten Zahlen kenne ich —, wie die Verhältnisse wirklich sind.

Wir werden dieses gewiß auch gesellschaftspolitisch wichtige Problem zu lösen haben. Hier der uneingeschränkte Bildungsanspruch, dort die quantitativ unzureichenden und in mancher Richtung auch strukturmäßig unzureichenden Bildungseinrichtungen, und auf der dritten Seite eine Gesellschaft, die viel Geld und immer mehr Geld für die Hohen Schulen auszugeben bereit ist, aber als Gegenleistung natürlich Forderungen hat. Forderungen dahin-

**Dr. Scrinzi**

gehend, der Gesellschaft, ganz konkret vor allem der Wirtschaft, den entsprechenden akademisch ausgebildeten Nachwuchs zur Verfügung zu stellen.

Sie kennen das Mißverhältnis, Sie wissen, welche akademischen Berufe heute bei einer Akademikerschwemme Mangelware zu werden beginnen — ich brauche das nicht im einzelnen aufzuzählen — und welche Modellstudien ohne Rücksicht auf den Bedarf der Gesellschaft heute kultiviert und zum Teil sogar aus ideologischen oder anderen Gründen besonders gefördert werden. Also ist es sehr erfreulich, Frau Bundesminister, daß Sie sich in Schweden einer Schwedenkur unterzogen haben, um Dinge, wie ich hoffe, in Angriff zu nehmen, von denen wir seit Jahren in diesem Haus — bisher allerdings ungehört — geredet haben. Manchmal gilt ja auch hier das Sprichwort: Wozu denn in die Ferne — ich würde sagen: nach Schweden — schweifen, wo das Gute doch so nah?

Es wird also schwierige Probleme geben. Wir werden durchaus kritisch zu prüfen haben, ob die Matura bei der Zunahme von Maturanten vor allem an den allgemeinbildenden höheren Schulen den Ex-offo-Zugang zu den Hochschulen schon eröffnet oder ob wir in Anbetracht der gegebenen Situation zusätzliche präuniversitäre Zulassungskriterien einführen müssen. Eine vielschichtige Problematik. Ich habe damit nicht etwa schon ein Programm dargetan. Ich sage nur: Darüber muß nachgedacht werden. Es sollten Zulassungskriterien sein, die sowohl versuchen müßten, die Begabung wie auch Leistung und Leistungswillen zu objektivieren. Der Herr Kollege Harwalik schüttelt besorgt das Haupt, weil er als erfahrener Pädagoge natürlich ganz besonders die Schwierigkeit solcher Kriterien kennt. Aber irgendwie werden wir uns Gedanken machen müssen.

Wir haben seinerzeit gemeint — da auf der einen Seite der Bedarf an Maturanten in vielen mittleren Bereichen der Wirtschaft und Gesellschaft ganz allgemein nach wie vor groß ist —, sich ein Modell der mittleren Reife zu überlegen, wie es andere Länder praktizieren. Will man dieses Modell nicht, so wird man tatsächlich zwischen die Matura und die Universität noch allenfalls ein Screening einschalten müssen. Denn ein zweiter gangbarer Weg, wie er diskutiert wird, den ersten Studienabschnitt an den Hochschulen stärker zu verschulen — es spricht vieles dafür — und sehr strenge Prüfungskriterien anzuwenden, ist sicher auch gangbar, hat aber doch den Nachteil mindestens der zeitlichen Frustration von jungen Menschen, die dann

in den nächsten Studienabschnitt nicht aufsteigen können, die zwar für ihre Bildung ein paar Semester angewendet haben, die aber für ihre Ausbildung die gleiche Zeit verloren haben.

Ein weiterer Weg, zu dem Sie sich auch im Ausschuß bekannt haben, ist die Verstärkung der Kurzstudien. Das ist sicher etwas, was angegangen werden muß, denn die Verstärkung der Kurzstudien wird nicht zu einer Niveausenkung führen, wenn man davon ausgeht zu prüfen, welche konkreten Berufe ohne wirklichen Verlust die Durchführung von Kurzstudien ermöglichen. Umsomehr kann man sich dann in den Vollstudien auf eine qualitativ hochstehende Ausbildung konzentrieren.

Frau Bundesminister! Ich kann Ihnen namens meiner Partei für die allernächste Zeit einen Initiativantrag auf dem Gebiete der Universitätsorganisation ankündigen. Verstehen Sie ihn bitte von vornherein als einen Diskussionsentwurf, wobei ich bei dieser Gelegenheit nicht verabsäumen möchte, den Ring Freiheitlicher Studenten ganz besonders hervorzuheben, der Ihnen auch, wie ich weiß, einen Entwurf eines Universitäts-Organisationsgesetzes, in dem eine ganze Reihe von vernünftigen Wegen beschritten wird, vorgelegt hat. Sie werden in unserem Initiativantrag viele der dort ausgesprochenen Gedanken und Modelle wiederfinden. Wir werden bemüht sein, bei Wahrung der zentralen Einheit von Forschung und Lehre, bei Wahrung der Lehr- und Forschungsfreiheit an unseren Hochschulen notwendigen Reformen Rechnung zu tragen. Wir werden uns — das ist eine unserer Auffassungen — bemühen, die Universitätsspitze im gesamten zu stärken, um mehr Kontinuität zu gewährleisten. Wir werden versuchen, die Hochschulen stärker zur Gesamtwirtschaft, zur Gesamtgesellschaft hin aufzuschließen.

Wir werden auch ein vernünftiges Mitbestimmungsmodell zu verwirklichen trachten, das möglichst alle Universitätsangehörigen in den Prozeß der Lehre und Forschung einbezieht, allerdings eben orientiert an ihrer Qualifikation und an ihrer Fähigkeit, kraft Qualifikation auch Verantwortung mit zu übernehmen.

Der Entwurf wird Vorschläge machen, wie das Problem der zum Teil heute viel zu groß gewordenen Fakultäten durch Untergliederungen zu lösen ist.

Wir werden ein Modell entwickeln, neben der Rektorenkonferenz eine Fakultätenkonferenz zu aktivieren, was wir für ein fundamentales Instrument der interuniversitären

**Dr. Sclinzi**

Koordination in den verwandten Lehr-, Wissenschafts- und Forschungsbereichen halten.

Wir werden versuchen, der Realität der heutigen Hohen Schulen, nämlich daß auf der einen Seite die Lehraufgabe der Universität bei der gegenwärtigen Personalstruktur nicht zu bewältigen ist und auf der anderen Seite der Gefahr zu begegnen ist, daß immer stärker die Forschung aus der Universität durch Überforderung durch Lehr- und Verwaltungsaufgaben abwandert, dadurch zu begegnen, daß wir eine parallele organisatorische Gliederung der Lehr- und Forschungsbereiche versuchen werden, allerdings sie ganz eng miteinander verschränken wollen.

Schließlich werden wir Vorschläge unterbreiten, nach welchen Grundsätzen eine neue Universitätsverwaltung aufzubauen ist, welche die bestehende Universitätsverwaltung weitgehend autonom macht bei Unterstellung unter die Verantwortungsträger, und das sind nach wie vor die Professoren und ihre Mitarbeiter an den Hochschulen; eine Verwaltung, die weitgehend diese Professoren, Dozenten und Assistenten, also alle jene, die an der eigentlichen Aufgabe der Hochschule mitzuwirken haben, von Verwaltungsarbeiten entlastet.

Meine Damen und Herren! Damit habe ich meine Ausführungen beendet und hoffe, Frau Bundesminister, daß sie trotz der aufgezeigten Differenzen, die gerade in den letzten Tagen eine gewisse Zuspätschiebung erfahren haben, ein Fundament sein sollen und sein können, im kommenden Frühjahr, wo wir uns der Hochschulreform konkret zuzuwenden haben, eine gemeinsame Gesprächsbasis abzugeben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer (ÖVP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Hochschulbericht 1972 stellt fest, daß der Großteil der Studenten für das Studium wesentlich länger braucht, als die vorgeschriebene Mindeststudiendauer beträgt. Wörtlich heißt es in diesem Bericht: „Die Überschreitungen ... sind beträchtlich.“

Bei den Studienrichtungen, deren Studierende die Mindeststudiendauer bei weitem überschreiten, handelt es sich fast durchwegs um Vorbereitungen auf Mangelberufe. Der Staat und die Wirtschaft würden gerade diese Absolventen dringend benötigen, ganz abgesehen von den Kostenersparnissen für die Allgemeinheit, die Familien und für die Studenten selbst.

Eine wissenschaftliche Kommission der OECD untersucht an der Technischen Hochschule und an der Hochschule in Linz die Ursachen, die Prüfungsleistungen sowie die Studiendauer. An den anderen Hochschulen sollen anschließend ebensolche Untersuchungen stattfinden. Wir sehen den Ergebnissen gespannt entgegen.

Zu bedauern ist die Tatsache, daß die Studienkommissionen in der ihnen zugeteilten Aufgabe, unter anderem sich mit den Ursachen von Studienverzögerungen zu befassen und Empfehlungen zu ihrer Beseitigung herauszugeben, bisher keine Erfolge zeitigten.

Man kann einwenden, daß sie zunächst mit den Studienordnungen beschäftigt waren und daß sie noch nicht lang genug amtieren. Aber zumindest was den 1. Studienabschnitt anbelangt, sollten doch schon konkrete Ergebnisse vorhanden sein, was leider nicht der Fall ist.

Von den Mitgliedern der Studienkommissionen wird über den außerordentlich hohen Zeitaufwand für Sitzungen und Sitzungsvorbereitungen geklagt, über die daraus resultierende Verringerung der Studienzeit der Studenten, der Veröffentlichungen von Hochschulangehörigen, der wissenschaftlichen Berichte und Patente und der für Forschungszwecke verfügbaren Zeit. Dies sagt insbesondere der bereits zitierte Professor Günther Fettweis.

Es ist zu hoffen, daß es sich um Einführungsschwierigkeiten handelt und daß durch das Wirken der Studienkommissionen in Zukunft vor allem die Studienverzögerungen eine wesentliche Verringerung erfahren. Die Feststellung der Ursachen kann die Grundlage für eine Änderung sein.

Sehr geehrte Damen und Herren! Aus dem Hochschulbericht geht weiter die bedauerliche Tatsache hervor, daß sich unter den 856 in Österreich tätigen Hochschulprofessoren nur 23 Frauen — das sind also 3,7 Prozent — befinden. Diese Relation bedarf wohl einer wesentlichen Änderung und darf bei Betrachtung einer Hochschulreform nicht übersehen werden.

Der Anteil weiblicher Hörer beträgt 27 Prozent. Bei diesen überwiegt die Zahl solcher Studentinnen, die in der Hochschulstadt beheimatet sind oder täglich hinfahren können. Die weiter entfernt Wohnenden haben meist große Schwierigkeiten, ein Zimmer zu finden.

In Graz beispielsweise stehen für 2849 Studentinnen nur 230 Heimplätze zur Verfügung. Diese entsprechen bei weitem nicht dem Bedarf.

5566

Nationalrat XIII. GP — 59. Sitzung — 19. Dezember 1972

**Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer**

Privatzimmer in annehmbarer Qualität und zu tragbaren Preisen sind schwer erhältlich. Die Vermieter bevorzugen im allgemeinen Studenten. Der forcierte Bau von Studentinnenheimen scheint daher unbedingt notwendig, um die Wohnschwierigkeiten und damit einen Grund für den geringen Anteil weiblicher Hörer zu beseitigen.

Nun stehen für den Bau von Studentenheimen um 6 Millionen Schilling mehr zur Verfügung als für 1972. Sehr geehrte Frau Bundesminister! Sie sind sehr stolz auf diese Erhöhung. Leider wird damit nicht mehr gebaut und eingerichtet werden können, weil die Baukosten um 25 Prozent gestiegen sind und noch ansteigen und ebenso die Preise für das Inventar und für die Betriebs- und Personalkosten für die Heime. Hätte die sozialistische Bundesregierung eine vernünftige und konstruktive Wirtschaftspolitik verfolgt, dann wäre es nie zu solchen Zuständen gekommen, die heute nicht allein die Baumöglichkeiten von Studentenheimen, Hochschulgebäuden und Instituten und deren Modernisierung verringern.

Ich denke beispielsweise an die katastrophal veraltete Zahnklinik der Universität Graz, deren Neugestaltung zurückgestellt werden mußte. Sie konnten sich selbst davon überzeugen, Frau Bundesminister.

Die falsche Wirtschaftspolitik verzögert den Fortschritt, der gerade auf Hochschulebene seine wesentlichste Grundlage hat und von ihr ausgeht.

Nach wie vor offen ist der zweite Standort für die Universität Wien. Es ist geradezu eine brennende Frage, die katastrophale Raumnot an dieser Universität zu verringern. Trotz mehrfach wiederholter Zusagen seit Jahren von seiten der Gemeinde Wien kam es bisher zu keinen Verhandlungsergebnissen. Offenbar bleiben alle Bemühungen umsonst, weil am 21. März 1972 vom Bundesminister für Wissenschaft und Forschung ein völlig neuer Vorschlag zur Beseitigung der Raumnot der Öffentlichkeit vorgetragen wurde.

Die „Sozialistische Korrespondenz“ vom 21. März 1972 teilte dazu mit:

„Zu Hochschulfragen teilte Frau Minister Dr. Firnberg ergänzend mit, sie habe das Institut für Raumplanung beauftragt, praktikable Vorschläge für einen zweiten Standort der Wiener Universität auszuarbeiten. Ein erster Entwurf dieser Studie sei in Kürze zu erwarten, ein entsprechendes Konzept soll bis Ende des Jahres vorliegen.“

Das ist also bis Ende des Jahres 1972. — Bis heute ist uns nichts davon bekannt, aber

vielleicht kann die Frau Bundesminister darüber eine nähere Auskunft geben.

Trotzdem möchte meine Fraktion einen Entschließungsantrag vorbringen, den ich bitte, mit in Verhandlung zu nehmen. Ich darf ihn verlesen:

#### Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer, Dr. Bauer, Dr. Ermacora und Genossen zum Bundesfinanzgesetz 1973 (460 und 546 der Beilagen) betreffend Universität Wien, Erweiterung.

Der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung wird aufgefordert, dem Nationalrat ehebaldigst eine umfassende Studie über den Raum-, Personal- und Einrichtungsbedarf der Universität Wien vorzulegen und entsprechende Vorschläge hinsichtlich der Beseitigung räumlicher, personeller und finanzieller Engpässe zu unterbreiten. Darüber hinaus wird das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung ersucht, dem Nationalrat einen Bericht über die bisherigen Grundstücksverhandlungen mit der Gemeinde Wien zur Erweiterung der Universität Wien vorzulegen.

Ich bitte die Damen und Herren der beiden anderen Fraktionen, diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung zu geben.

Sehr geehrte Frau Bundesminister! Ich glaube, wir müssen uns auch noch einmal wieder über ein anderes Problem unterhalten, und zwar darüber, daß bei Verheiratung der Studenten der Verlust der Studienbeihilfe eintritt. Wir haben schon öfter darüber gesprochen und alle Für und Wider überlegt. Es ist so, daß man dieses Thema nicht ganz beiseite stellen kann, sondern daß man sich noch einmal ernstlich damit befassen müssen.

Hohes Haus! Nun noch abschließend einige Bemerkungen zur Forschungsförderung.

Es muß daran erinnert werden, daß das Forschungsförderungsgesetz im Jahre 1967 zur Zeit der OVP-Regierung beschlossen wurde. Ich möchte dem Herrn Abgeordneten Blecha sagen, daß der Aufschwung der Forschung in Österreich auf dieses Forschungsförderungsgesetz zurückzuführen ist und nicht auf die Neugründung des Ministeriums. Das möge er sich bitte merken. Er ist vielleicht, weil es in der Vergangenheit war, darüber nicht so genau im Bilde. (Zustimmung bei der OVP.)

Der gesamte Forschungsförderungsbericht 1971 wird in einem Unterausschuß behandelt. In den diversen Berichten der Fonds und der Ministerien wird viel von Geld, Mitteln, Ein-

**Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer**

richtungen, Apparaten und auch von den diversen Forschungsstätten berichtet.

Erstaunlich aber mutet es an, daß — außer im Bericht des Fonds der gewerblichen Wirtschaft — in keinem Bericht die Zahl der Forscher enthalten ist, obwohl man meinen sollte, daß die Menschen über den Apparaten stehen und vor ihnen kommen. Man müßte genaue Angaben über die Zahl der Forscher, der Akademiker, Techniker, Laboranten und so weiter erhalten. Auch eine Gliederung in männliche und weibliche Kräfte wäre interessant.

Ich stelle daher die Frage: Was kommt zuerst: der Apparat oder die Menschen?

Ebenso vermisste ich bei den Berichten — mit Ausnahme des Berichtes des Fonds der gewerblichen Wirtschaft — die Erfüllung des § 19 Abs. 3 des Forschungsförderungsgesetzes und den darin enthaltenen Gesetzauftrag, Vorsorge für geeignete Verwertung und Verbreitung der Ergebnisse geförderter Vorhaben zu treffen. Gerade diese Verwertung und Verbreitung gewonnener Erkenntnisse, die Transformation für die Praxis und die Information erscheinen besonders wichtig, damit die Forschung nicht zum Selbstzweck wird, sondern zum weitgehenden Nutzen dient.

Im Bericht der Bundesregierung wird zwar eine Erhebung über Forschung und experimentelle Entwicklung durch das Statistische Zentralamt und werden, zwar reichlich spät, Planungsarbeiten für ein Dokumentationszentrum und eine Informations-Clearingstelle angekündigt, aber konkrete Maßnahmen sind nicht enthalten und hätten doch primäre und grundlegende Bedeutung.

Hohes Haus! Abschließend meine ich: Es geziemt sich, den Forschern, vor allem den uneigennütigen, die mit großem Idealismus für den Fortschritt unermüdlich arbeiten und nach neuen Erkenntnissen ringen, Dank und Anerkennung zum Ausdruck zu bringen. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Dr. Maleta:** Der Entschließungsantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer, Dr. Bauer, Dr. Ermacora und Genossen, der soeben verlesen wurde, ist genügend unterstützt und steht daher mit in Verhandlung.

Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Heinz Fischer. Ich erteile es ihm.

**Abgeordneter Dr. Heinz Fischer (SPO):** Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist heute das dritte Mal, daß wir ein eigenes Budgetkapitel Wissenschaft und Forschung nach der Er-

richtung eines eigenen Wissenschaftsministeriums verhandeln. Wenn wir diese drei Debatten — die heutige nähert sich ja schon dem Ende — Revue passieren lassen, dann erfüllt es uns wirklich mit Genugtuung, wie sehr sich der Gedanke der Errichtung eines solchen Ministeriums als richtig erwiesen und wie sehr sich die Frau Bundesminister bei der Führung dieses Ministeriums, trotz der vielen großen Schwierigkeiten, die man ihr vor allem am Beginn gemacht hat, durchgesetzt hat.

Ich erinnere daran, daß ja schließlich bei der Budgetdebatte 1970 die Sinnhaftigkeit eines solchen Ministeriums von der gesamten ÖVP-Fraktion bestritten wurde. Der Herr Abgeordnete Dr. Kohlmaier hat sich damals dazu verleiten lassen, sehr verletzend Worte zu sprechen, etwa von einem reinen Versorgungszweck dieses Ministeriums. Inzwischen haben wir allerdings kennenlernen müssen und merken müssen, daß der Herr Kollege Dr. Kohlmaier ja öfters Reden hält, wo es ihm nachher vielleicht leid tut, welche Formulierungen er dabei gebraucht hat.

Im Jahre 1971, meine Damen und Herren, waren es vor allem die Budgetansätze, die man versucht hat zu kritisieren, und heuer, im Jahre 1972, wenn ich mir die Reden Ermacora, Blenk und so weiter in Erinnerung rufe, sind die Themen schon relativ weit hergeholt, die man hier als Begründung, warum man das Budgetkapitel ablehnt, vorbringt. (Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.)

Kollege Blenk, weil Sie sich gerade melden; Sie haben, glaube ich, zirka 20 Minuten gebraucht, um verschiedene Ziffern vorzubringen, die nachweisen sollten, daß auch heuer die Steigerung in einzelnen Bereichen ungenügend sei. Aber an den Globalziffern ... (Abg. Dr. Blenk: In 5 Sekunden habe ich die ganzen Anlagen zum Beispiel über die Bühne gebracht!)

Umso schwererwiegend ist es, daß Sie dann trotzdem mehr als eine Viertelstunde lang Zahlen genannt haben, aber die wichtigste Zahl, die Globalzahl, die zusammenfassende und signifikante Zahl, nämlich die, daß der Sachaufwand um mehr als 20 Prozent und daß der Personalaufwand um mehr als 21 Prozent steigt, und vor allem die Zahl, die Kollege Radinger genannt hat, daß nämlich in drei Jahren, in den drei Jahren, in denen die Frau Bundesminister für das Ressort verantwortlich ist, der Sachaufwand um 57 Prozent gestiegen ist gegenüber 12 Prozent in den letzten drei Jahren der ÖVP-Alleinregierung und der Personalaufwand um 20 Prozent plus 15 Prozent plus 21 Prozent, also um rund

**Dr. Heinz Fischer**

55 Prozent gestiegen ist, diese Zahlen haben Sie, Kollege Blenk, wohlweislich nicht genannt. (Abg. Dr. Blenk: Ich habe festgestellt, daß es ein Scheinbudget ist!)

Herr Kollege! Ein Scheinbudget ist es wohl dann nicht, wenn die Steigerungen derartig eklatant sind, aber ein Scheinargument ist es, Herr Kollege, wenn Sie bei jedem einzelnen Budgetkapitel sagen, daß es zu wenig sei, aber letztlich behaupten, daß die Budgetsumme insgesamt zu hoch wäre. (Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dr. Blenk: Bei der Wahl kommen Sie nicht mehr dran!) Herr Kollege Dr. Blenk! Ich hätte heute eigentlich etwas anderes von Ihnen erwartet. (Abg. Dr. Blenk: Ich habe gesagt, es ist falsch budgetiert worden!)

Ich habe eine Aussendung vom 21. November 1972, sie ist also ungefähr drei Wochen alt, in der Sie ankündigten, „man könne in etwa zehn Tagen mit einer Stellungnahme“ der ÖVP zum Universitäts-Organisationsgesetz rechnen. (Abg. Dr. Blenk: Das ist eine Aussendung von mir?) Ja, von Ihnen: „Abgeordneter Dr. Wolfgang Blenk entgegnete, daß die Meinungsbildung“ ... (Abg. Dr. Blenk: Wo? — Abg. Gratz: Das ist der autonome ÖVP-Pressedienst!) Herr Kollege Blenk! Ich darf Sie daran erinnern — es ist noch nicht solange her —, daß Sie eine Diskussion mit Hochschullehrern gehabt haben. Stimmt das? (Abg. Dr. Blenk: Weil Sie sagen, es ist eine Aussendung von mir! Das stimmt nicht!) Ich weiß nicht, ob Sie es eigenhändig geschrieben und zur Post gegeben haben, aber hier liegt jedenfalls das Papier vor, das über diese Diskussion berichtet. (Abg. Dr. Blenk: Was ist das für ein Papier?) Der „ibf“, der Informationsdienst, den Sie sicherlich kennen.

In diesem wird berichtet, daß Kollege Blenk kritisiert wurde, weil die Volkspartei zum Universitäts-Organisationsgesetz bisher keine klare Haltung gezeigt habe.

„Abgeordneter Dr. Wolfgang Blenk entgegnete, daß die Meinungsbildung in der Partei noch nicht abgeschlossen sei“ — bitte sehr! —, „es hätten jedoch Beratungen ... stattgefunden, und man könne in etwa zehn Tagen mit einer Stellungnahme“ — der ÖVP — „rechnen.“

Ich habe die Frist nur deshalb genannt, weil andere Herren selbst Fristen, die noch nicht abgelaufen sind, monieren. (Abg. Doktor Blenk: Das Begutachtungsverfahren ist noch nicht einmal abgelaufen!) Herr Kollege, ich habe Ihnen auch nicht angeschafft zu sagen, daß in zehn Tagen Ihre Stellungnahme kommt. (Beifall bei der SPÖ.) Wenn Sie aber eine solche Stellungnahme ankündigen, dann soll

man doch eine solche Ankündigung ernst nehmen dürfen, wobei es doch wirklich unbestreitbar ist, daß es sich hier um eine zentrale Frage handelt. Es ist ja kein Zufall, daß auch Kollege Scrinzi einen großen Teil seiner Rede diesem Komplex gewidmet hat, zu dem ich jetzt auch ein paar Bemerkungen machen möchte.

Sie sagen, daß das Begutachtungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist. Das ist richtig. Die Begutachtungsfrist wurde bekanntlich um einige Wochen verlängert. Es kann aber doch wohl niemand bestreiten, daß die Arbeiten zur Vorbereitung eines neuen Universitäts-Organisationsgesetzes seit dem Beginn der sozialistisch geführten Regierung sehr konsequent vorwärts gebracht wurden und daß diese Arbeiten bereits sehr weit gediehen sind. Dementsprechend vergrößert sich auch — das gebe ich zu, damit möchte ich mich auch auseinandersetzen — der Widerstand mancher Gruppen gegen den sich konkretisierenden und heranreifenden Gesetzentwurf. (Abg. Dr. Blenk: Glauben Sie nicht, daß wir das separat noch hinreichend verhandeln müssen?) Ja, Herr Kollege! Sicherlich werden wir sehr viel darüber verhandeln. (Abg. Doktor Blenk: Parlamentarischen Gebräuchen entsprechend?) Wir werden sehr viel verhandeln. Ja! Und? (Abg. Dr. Blenk: Ich meine nur, warum die Budgetdebatte als Hauptthema Ihrerseits?) Herr Kollege! Wenn eine so zentrale und wichtige Frage im Wissenschaftsbereich zur Diskussion steht und etwa vom Kollegen Scrinzi angesprochen wird, dann, glaube ich, daß es nicht nur legitim, sondern auch sehr sinnvoll ist, sich mit dieser Frage auseinanderzusetzen und gewisse Positionen abzustecken. (Abg. Dr. Blenk: Ich meine: Mit dem Ministerium zusammen?) Natürlich! Ja!

Ich glaube, daß Sie Themen, die viel weiter hergeholt waren und viel weniger Zusammenhänge mit dem Aufgabenbereich eines Ressorts hatten, in Diskussion gezogen haben. Ich könnte zum Beispiel sagen: Die Frage, was sich an bedauerlichen Zwischenfällen auf Hochschulboden ereignet, hat mit der Ressortführung der Frau Bundesminister — und sie hat es in aller Klarheit festgestellt —, weil es ein Faktum ist, das in den Bereich der Hochschulautonomie fällt, herzlich weniger zu tun, als ein Gesetzentwurf, dessentwegen die Frau Bundesminister permanent in der Öffentlichkeit angegriffen und kritisiert wird.

Ich glaube, daß die Kernfrage, die zentrale Frage — um gleich zu dieser vorzustoßen, weil ich nicht auf alle Details eingehen will und weil ich vor allem auf die sehr inter-

**Dr. Heinz Fischer**

essante Geschichte des Universitäts-Organisationsgesetzes sowie der Vorberatungen und Beratungen nicht eingehen möchte — sehr richtig vom Rektor der Wiener Universität, Professor Winkler, formuliert wurde, der sich dagegen gewendet hat — ich stimme seiner Meinung nicht zu, aber darin liegt das Problem —, daß das „alleinige Entscheidungsrecht“, das die Professoren derzeit haben, in ein „bloßes Mitbestimmungsrecht“ geändert werden soll.

Meine Damen und Herren! So sehr ich Verständnis dafür habe, daß man überkommene Positionen und ererbte Rechte — wenn ich es so sagen darf — verteidigt, so sehr bitte ich auch um Verständnis, daß unsere Fraktion fest entschlossen ist, die Frau Bundesminister bei dem Bemühen zu unterstützen, Strukturen, die aus dem tiefsten vorigen Jahrhundert stammen — was niemand bestreiten kann —, zu reformieren und den derzeitigen Gegebenheiten anzupassen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich bin nur ein wenig besorgt, wenn von mancher Seite der Versuch unternommen wird, diesen nicht nur legitimen, sondern auch notwendigen Reformabsichten schlechte Motive zu unterstellen, wie es etwa das Professorenkollegium der Hochschule für Welthandel in seiner ursprünglichen Stellungnahme getan hat, wo es heißt „daß der Entwurf das Ziel verfolgt, die bestehende Hochschulorganisation unter Mißachtung verfassungsrechtlicher Bestimmungen zu zerschlagen und an ihre Stelle ein unübersichtliches und wirres Durcheinander von Organen zu setzen“, eine „erstrebte Politisierung der Universitäten“ werde nur zur „völligen Lähmung“ führen, und so weiter.

Ich will das nicht im einzelnen ausführen. Ich sage nur, daß das sachliche Gespräch, wie es auch Kollege Scrinzi angeregt hat, natürlich durch solche Stellungnahmen nicht gewährleistet wird.

Aber abgesehen von solchen emotionalen Reaktionen und Entgleisungen ist an sich die Notwendigkeit einer Reform heute nicht bestritten. Das Entscheidende ist nur die Frage des Wie oder des Wieweit. Da liegt der — wenn ich so sagen darf — Rubikon, da liegt das Hauptproblem, daß doch nach Vorstellung eines Großteils der Professoren die Reform genau dort aufhören sollte, wo die echte Veränderung der bestehenden Organisationsform erst beginnt.

Meine Damen und Herren! Wenn kritisiert wird, daß das jetzige Entscheidungsrecht der Professoren nicht in ein bloßes Mitbestimmungsrecht umfunktioniert werden darf, dann sage ich: Ein echtes Mitbestimmungsrecht aller

am Wissenschaftsprozess Beteiligten ist doch offensichtlich mit dem jetzigen Entscheidungsrecht der Professoren nicht vereinbar. Soll aber das jetzige Entscheidungsrecht der Professoren unangetastet bleiben, dann ist es sinnlos, so zu tun, als könnte man daneben eine echte Mitbestimmung einführen.

Ich kann mich nicht des Eindrucks entziehen, daß auch hinter einer Reihe von anderen Argumenten — einige davon hat Doktor Scrinzi heute angeführt — eben doch das Interesse an der Aufrechterhaltung des jetzigen Entscheidungsrechtes steht. Viele Professoren — wenn ich jetzt immer „die Professoren“ sage, so ist das ein undifferenzierter Ausdruck; es gibt auch dort andere Auffassungen —, ein Großteil der Professoren sagt, sie wären nicht gegen die Mitbestimmung an sich, sie wären nur gegen die Drittelparität, weil Studenten und Assistenten nicht entsprechend qualifiziert sind.

Hohes Haus! Ich glaube, daß das Argument der mangelnden Qualifikation in Wirklichkeit nicht die Drittelparität oder eine andere Parität trifft, sondern daß sich dieses Argument im Kern eben doch gegen die Mitbestimmung von Assistenten und Studenten als solche richtet. Denn wenn ich statt einem Drittel Assistenten und Studenten angenommen ein Viertel oder ein Fünftel nehme, dann erhöhe ich ja nicht damit deren Qualifikation. Deswegen sind die ja nicht besser qualifiziert. Aber etwas anderes tritt ein, nämlich das Recht der Professoren, sich mit ihrer Mehrheit gegen alle anderen Gruppen durchzusetzen, bleibt gewahrt. Das ist das Faktum, das im Hintergrund oder im Vordergrund steht.

Ich glaube also, daß sich hinter dem Qualifikationsargument, das immer wieder gebracht und das so oft nachgebetet wird, in Wirklichkeit eben ein Denken in Mehrheitsverhältnissen verbirgt; jenes Denken in Mehrheitsverhältnissen, das die Professoren anderen vorwerfen, das sie aber selber praktizieren.

Es gibt hier auch ein zweites Argument. Herr Dr. Scrinzi, ich spreche Sie da direkt an: Hochschulreform in der Art des UOG führe zur Sitzungsuniversität: Die Professoren werden nicht mehr primär den Kopf, sondern den entgegengesetzten Körperteil gebrauchen, hat jüngst ein Dekan in einer Pressekonferenz gesagt.

Nun, wenn die Diskussion in einem kollegial zusammengesetzten Gremium, die Diskussion mit Assistenten und Studenten zu zeitraubend ist, dann soll man sagen, daß man eben aus diesem Grund glaubt, daß die Nachteile einer solchen Art Mitbestimmung größer sind als die Vorteile.

**Dr. Heinz Fischer**

Aber wenn man nicht gegen die Mitbestimmung als solche ist, sondern nur gegen bestimmte Paritäten, dann soll man sich nicht hinter dem Argument der Sitzungshäufigkeit verschanzen. Denn Sitzungshäufigkeit ist auch dann gegeben, wenn in dieser Institutskonferenz oder in dieser Fakultät nicht ein Drittel Studenten, sondern nur ein Viertel Studenten sitzt. Dann wird es ja auch Sitzungen und Diskussionen geben, und es wird letztlich auch Verhandlungen und Abstimmungen geben, egal, ob dort Drittelparität herrscht oder ob das Verhältnis 2 : 1 : 1 ist. (Abg. Doktor Scrinzi: Herr Kollege Fischer! Das ist doch eine Frage der Geschäftsordnung! Wie Sie wissen, ist nichts unpopulärer als „Schluß der Debatte“!) Wollen die Professoren die Mehrheit nur, um „Schluß der Debatte“ beschließen zu können? (Abg. Dr. Scrinzi: Wie wollen Sie es anders verkürzen als mit „Schluß der Debatte“?) Aber Herr Primarius, das würde doch hinauslaufen auf das Argument: Die Professoren benötigen eine Mehrheit, um „Schluß der Debatte“ beschließen zu können; ich gebe dem Kollegen Blenk recht, wir werden das alles noch im Detail behandeln.

Aber wenn wir hier einige grundsätzliche Positionen abstecken, dann kann ich nur sagen: Derjenige, der sagt: Gegen kollegiale Willensbildung, weil das zu zeitraubend ist, der soll das nicht als Argument gegen bestimmte Paritäten verwenden, sondern der soll den Mut haben, das als Argument gegen die Mitbestimmung als solche zu verwenden. In dem Moment, wo die Professoren nicht mehr unter sich sind, wo Assistentenvertreter und Studentenvertreter dabei sind, wird sich die Diskussion notwendigerweise ausweiten. Das ist doch ein Faktum, an dem wir nicht vorbeikommen.

Ich muß sagen, gerade Kollegen unserer Fraktion ist nicht entgangen, daß hier bezüglich des Demokratieverständnisses immer wieder Argumente auftauchen oder in die Stellungnahmen hineinrutschen, die uns sehr bedenklich erscheinen. Die Tierärztliche Hochschule sagt: Man kann die Leitung eines Instituts nicht von den „Zufälligkeiten einer Wahl“ abhängig machen. Ich will gar nicht aufzählen, was in einer Demokratie alles von den Zufälligkeiten einer Wahl abhängig ist — vom Staatsoberhaupt abwärts —, und da kann nicht ein Dekan oder ein Institutsleiter von den Zufälligkeiten einer Wahl abhängig gemacht werden?

Der Rektor der Universität Graz schreibt uns lebenswürdigerweise, daß wir die Hochschule mit einem Parlament verwechseln. Ich weiß schon, was gemeint ist, und ich weiß

schon, daß es Unterschiede gibt zwischen einem Parlament und einer Fakultät. Diese Unterschiede übersehen wir nicht, und auf diese Differenzierung wird auch Rücksicht genommen. Aber hier klingt ja auch durch die Überlegung: Bildet euch nicht ein, daß man unsere Probleme im Wege der Abstimmung lösen kann.

Ein drittes — und für manche das entscheidende Argument; wenn es zutreffend wäre, mit Recht das entscheidende Argument: Die Freiheit von Forschung und Lehre, von Forschung und Wissenschaft sei in Gefahr.

Hohes Haus! Ich versage es mir, hier die Frage zu stellen, wo denn jene, die sich jetzt so explizit auf dieses Grundrecht berufen, bei so manchem Vorfall in der Vergangenheit waren, als dieser Grundsatz auch an österreichischen Hochschulen nicht sehr gut weggekommen ist. Das ist ein eigenes Kapitel.

Aber ich sage nur: Der Grundsatz der Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre, das Recht, wissenschaftliche Erkenntnisse, Forschungsergebnisse und Lehrmeinungen frei verkünden zu können, steht für unsere Fraktion und, wie ich glaube, für das ganze Haus außer jeder Diskussion. (Beifall bei der SPÖ.)

Wogegen wir uns aber wehren, meine Damen und Herren, ist, daß dieses liberale Grundrecht, das dem Forscher und Lehrer eine staatsfreie Sphäre sichern soll, jetzt dazu erhalten soll, die Mitbestimmung von Assistenten und Studenten zu verhindern oder unter ein gewisses Ausmaß zu drücken.

Ich sage, daß der Artikel 17 mit den Organisationsformen der kollegialen Willensbildung an den Hochschulen deshalb nichts zu tun hat, weil sich jedes Kollegialorgan, wie immer es zusammengesetzt ist, nicht anmaßen darf, Entscheidungen zu treffen, für die der Grundsatz des Artikels 17 Gültigkeit hat. Auch eine Fakultät, die nur aus Ordinarien zusammengesetzt ist, kann nicht Entscheidungen treffen, die den einzelnen Hochschullehrer in diesem Grundrecht einschränken. Wenn Assistenten und Studenten in einem solchen Kollegialorgan vertreten sind, gilt dieser Grundsatz in gleicher Weise. (Abg. Dr. Kohlmaier: Aber der Minister kann ihn schon einschränken, den Grundsatz?)

Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier, wir haben nämlich eine Verfassung. Und diese Verfassung gibt dem Minister nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte, und nach ständiger Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes ist das Wahrnehmen der Rechte ebenso Aufgabe eines Ministers wie das Erfüllen einer Pflicht. (Beifall bei der SPÖ.)

**Dr. Heinz Fischer**

Ich möchte nur gewissermaßen als ... (Abg. Dr. Broda: Er ist aber auch dem Parlament verantwortlich! — Abg. Dr. Kohlmaier: Aber die Grenze liegt wohl dort ... — Abg. Dr. Broda: In der Verfassung! Darüber spricht der Dr. Fischer!) Herr Kollege, darüber gibt es ja gar keine Meinungsverschiedenheiten. (Abg. Dr. Kohlmaier: Er hat diesen Gesichtspunkt außer acht gelassen, wenn er von der Kollegialität gesprochen hat!) Also gut.

Ich wollte nur als fünften Punkt, meine Damen und Herren, anmerken, daß immer wieder ins Treffen geführt oder behauptet wird, ein Universitäts-Organisationsgesetz in jener Richtung, wie es derzeit in Vorbereitung ist, berücksichtige nicht ausländische Vorbilder oder schaffe Berliner Verhältnisse et cetera. Auch nur eine Anmerkung für künftige Diskussionen, wenn Sie wollen, eine Bitte: Nehmen Sie sich das Berliner Hochschulgesetz zur Hand, studieren Sie es durch, schauen Sie sich erstens die Unterschiede an, die zwischen dem Berliner Hochschulgesetz und dem UOG bestehen, und stellen Sie zweitens noch in Rechnung, daß die Situation an einer Hochschule nicht nur vom Hochschulgesetz, von der Hochschulstruktur, sondern sehr entscheidend auch von den politischen Verhältnissen abhängig ist.

Nehmen Sie drittens alle Hochschulgesetze aus anderen europäischen Ländern zur Hand, etwa aus Dänemark, aber auch aus anderen Ländern, wo sehr wohl sehr weitgehende Mitbestimmungsmodelle verwirklicht sind und wo sehr wohl die Hochschulen funktionieren, und dann reden wir darüber, ob durch diesen Gesetzentwurf Berliner Verhältnisse in Österreich geschaffen werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Damit, meine Damen und Herren, bin ich bei dem letzten Punkt in dieser Argumentationskette: der Feststellung und Behauptung, dieser Gesetzentwurf differenziere zuwenig. Erstens einmal gibt es in dem Gesetzentwurf sehr wohl Differenzierungen. Zweitens erscheint mir das Argument merkwürdig aus dem Mund jener, die selber Modelle vorlegen, was ja immer wieder vorkommt. In der parlamentarischen Hochschulreformkommission haben wir eine Fülle von Vorschlägen vorgelegt bekommen, die zum Teil auch nicht differenziert haben. Auch die ersten Entwürfe der Rektorenkonferenz haben nicht verschiedene Strukturformen für verschiedene Institutsarten vorgesehen. Das geltende Hochschul-Organisationsgesetz kennt auch nur eine einheitliche Institutsstruktur. Das alles muß man doch fairerweise in Rechnung stellen.

Trotzdem sage ich: Natürlich kann ich mir an einem Entwurf, der sich im Begutachtungsverfahren befindet — das ist ja der Zweck eines solchen Verfahrens —, noch gewisse Veränderungen vorstellen. Nur, meine Damen und Herren, dieses Begutachtungsverfahren von Hochschuleseite, wie ich es bisher verfolgt habe, ist für mich insofern enttäuschend gewesen, als sehr viele Professoren und vor allem auch der Verband der Professoren der Versuchung unterlegen sind, das Begutachtungsverfahren nicht als Prozeß der Mobilisierung von Sachverstand in Form kritischer und konstruktiver Stellungnahmen zu sehen, sondern das Begutachtungsverfahren als Prozeß der Mobilisierung der öffentlichen Meinung gegen diesen Gesetzentwurf zu verwenden.

Ich habe da Briefe vom Professorenverband an verschiedene Ministerien, wo angeregt wird, in einer bestimmten Form Stellung zu nehmen. Ich weiß nicht, ob es die Aufgabe der Professoren ist, dem Verkehrsministerium zu sagen, es soll in dieser oder jener Weise Stellung nehmen. Aber ich habe vor allem das Rundschreiben des Professorenverbandes an sämtliche Professoren vor mir, in dem es am Schluß folgendermaßen heißt: „Geben Sie daher das von der Rektorenkonferenz und dem Professorenverband zur Verfügung gestellte Material weiter und unterstützen Sie die Meinungsbildung durch gezieltes persönliches Gespräch. Nur Ihr persönlicher Einsatz vermag zu erreichen ...“ und so weiter.

Ja eigentlich ist es doch deprimierend, daß da nicht die einzelnen Institutsleiter sagen: Aus meiner Sicht, mit meiner Erfahrung an meinem Institut und an der Hochschule sage ich das oder jenes und gebe diese oder jene Anregung, und der Kollege von der Technik oder von der Medizinischen macht dann seine Anregungen, sondern daß hier eine vorfabrizierte Stellungnahme gemacht wird: negativ, negativ, negativ, und alle Professoren betätigen sich — wenn ich jetzt übertreibe — als Briefträger, die das zur Post befördern, damit das vom Professorenverband zur Verfügung gestellte Material an die Öffentlichkeit getragen wird.

Das ist für mich nicht der Sinn eines richtig verstandenen Begutachtungsverfahrens, und sie, nämlich die Professoren, dürfen es den Abgeordneten, zumindest unserer Fraktion, nicht verübeln, wenn wir diese Stellungnahmen dann auch unter diesem Gesichtspunkt betrachten. Wie ja überhaupt ein Teil der Problematik der jetzt geführten Diskussion darin liegt, daß die Hauptbetroffenen, deren Interessen zugegebenermaßen berührt sind,

**Dr. Heinz Fischer**

und deren Legitimation, die Interessen zu verteidigen, nicht bestritten wird, gleichzeitig gewissermaßen die Hauptsachverständigen sind, die da mit der ganzen Autorität eines Ordinarius Stellungnahmen abgeben, noch dazu in einer sehr merkwürdigen Form. Wenn ich sehe, wie ein und derselbe Professor immer wieder in verschiedenen Funktionen, in verschiedenen Gewandungen auftritt, kommt es mir wirklich so vor wie in der neuen Burgtheaterinszenierung von „Candide“, wo immer die gleichen Schauspieler verschiedene Rollen spielen. Der Zeitungsleser ist beeindruckt: die Rektorenkonferenz lehnt ab — Professor Winkler und andere —, die juristische Fakultät lehnt ab, — das sind dieselben Herren —, der Professorenverband lehnt ab — es sind wieder dieselben Herren. Und so entsteht der Eindruck einer ganz breit gestreuten Ablehnung. (Abg. Dr. Scrinzi: Das soll es aber anderwärts auch geben!)

Herr Primarius Scrinzi, ich habe gar nichts dagegen, ich möchte es nur einmal aufzeigen, weil die Gewichte ja falsch gesetzt sind, umsomehr, als ich auch eine ganze Menge Stellungnahmen von Assistentenseite der einzelnen Hochschulen habe — ich könnte sie Ihnen der Reihe nach vorlesen, in meinen 20 Minuten kann ich das leider nicht, aber wir werden dazu noch Gelegenheit haben —, Stellungnahmen, die positiv sind und die weitestgehend unter den Tisch fallen. Immerhin reden wir doch alle von der Gemeinschaft aller am Wissenschaftsprozess Beteiligten, und unter diesem Gesichtspunkt dürfte man die häufig positiven Assistentenstellungnahmen nicht unter den Tisch fallen lassen.

Ich gebe zu — und damit darf ich schließen —, daß wir derzeit in einer besonders schwierigen Phase sind. Es gibt zwar einen Gesetzentwurf, gegen den man polemisieren kann, aber es gibt noch keine parlamentarischen Beratungen, wo man die Argumente wirklich auf den Tisch legen muß. Es triumphiert gewissermaßen die prophylaktische Polemik, um sicherzustellen, daß gewisse Interessen bereits in der Regierungsvorlage berücksichtigt werden.

Meine Bitte an die Frau Bundesminister geht daher dahin, nach Abschluß des Begutachtungsverfahrens und nach Auswertung aller Stellungnahmen den Entwurf ohne Hast, aber so rasch wie möglich ins Parlament zu bringen, denn hier können wir dann die Vorschläge der Regierungsvorlage mit Gegenvorschlägen, von wem immer sie kommen, konfrontieren, ohne Hysterie gegeneinander abwägen, und wenn die Haltung von Kollegen Dr. Gruber und Kollegen Dr. Hauser, und mit

gewisser Einschränkung kann ich auch sagen, von Dr. Scrinzi in der parlamentarischen Hochschulreformkommission repräsentativ ist für die Haltung der betreffenden Fraktionen, dann glaube ich, daß es keine Illusion ist, auf sachliche Verhandlungen und auf ein gutes Hochschul-Organisationsgesetz, auf ein gutes Universitäts-Organisationsgesetz zu hoffen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort hat sich der Abgeordnete Dr. Hauser gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Hauser (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte versuchen, da ich mich ad hoc zu Wort gemeldet habe, mich sehr kurz zu fassen. Aber das, was Kollege Fischer hier vorgetragen hat, hat mich denn doch angesprochen.

Wir haben in mehreren Lebensbereichen Reformen vor uns, die unter dem Vokabel Demokratisierung laufen. Ich glaube, man tut den beabsichtigten Reformen vielleicht schon deswegen keinen guten Dienst, weil man mit einer falschen Etikette an sie herangeht.

Wir fühlen alle, daß die Hochschulreform etwas Notwendiges ist. Das trennt uns nicht! Wir fühlen auch, daß im Bereich der Wirtschaft das Thema Mitbestimmung keineswegs ein Tabu sein muß. Aber wenn man an diese Fragen, die menschliche Hintergründe haben, mit dem Vokabel Demokratisierung dieses Lebensbereiches herangeht, so mag das eine falsche Ausgangslage sein.

Wir müssen davon ausgehen, wie ich es tue, daß man dabei unter Demokratie zunächst das Modell der politischen Demokratie versteht: also Wahl von Repräsentanten, Willensbildung durch die Mehrheit der Repräsentanten. Mit diesem Modell leben wir in unserer westlichen Welt zufrieden, und wir sind, wie ich glaube, alle Bekenner der Demokratie.

Ob es aber richtig ist, daß man an jeden Lebensbereich mit einem solchen Modell herantritt, wenn man menschliche Reformen für dringlich hält, ist die Frage. Denn es ist wohl eine Frage, ob in vielen Bereichen das Mehrheitsprinzip wirklich etwas für Sachlösungen hergeben kann. Ist etwa eine Institution wie die Ehe ein Bereich oder eine Institution wie ein Betrieb oder wie eine Hochschule ein Ort, wo das politische Modell der Demokratie der Ausweg für jene menschlichen Konflikte oder Probleme ist, um die es geht?

Ich glaube, wenn es darum geht, Erfahrungswissen zu vermitteln, wie das an Schulen doch wohl geschieht, ist doch dieses Verhältnis von Lehrer zu Schüler durchaus nicht

**Dr. Hauser**

eines, das mit demokratischer Abstimmung bewältigt werden kann. Wenn wir diesen Prozeß des Tradierens von Wissen — für die Menschheit und ihre Geschichte doch eine ungeheuer bedeutungsvolle Sache — mit einem falschen Modell kurieren, dann, glaube ich, wäre das falsch.

Nun kann es sein — und darum möchte ich es sehr milde formulieren —, daß man etwas anderes mit dieser falschen Etikette des Demokratisierungsprozesses meint. *(Abg. Doktor Broda: Herr Kollege Hauser! Sehr viele von diesen Einwendungen gelten doch auch für den demokratischen Gesetzgebungsprozeß!)* Nein, Herr Minister, das glaube ich nicht! *(Abg. Dr. Broda: Auch für den Gesetzgebungsprozeß wäre es einfacher, es nicht demokratisch zu machen! Das wollen wir alle nicht!)* Wollen wir vielleicht erst am Ende weiterdiskutieren!

Vielleicht spricht man aber von der Demokratisierung in dem Sinne, daß wir darunter eine Vertiefung der menschlichen Beziehung, mehr Respekt gegenüber dem einzelnen in der Gruppe, et cetera meinen. *(Abg. Blecha: Aber bei der Demokratisierung geht es doch um den Abbau von Privilegien! Das hat nichts mit human relations zu tun!)* Dann sind wir uns schon viel näher! Dann glaube ich durchaus, daß man richtig an die Frage herantritt. Wenn Sie also in einem ganz allgemeinen Sinn, losgelöst vom politischen Modell der Demokratie, meinen, man müsse etwas tun, dann ist schon eher eine Verständigung möglich. Aber ich glaube, von dieser Grundeinstellung müssen wir es herleiten.

Das zweite, meine Herren — ich will nicht sagen: Sie, die hier am Pult sprechen, tun das —:

Es gibt gewisse Linksradikalismen in der Intelligenz — wie Sie wissen —, die sich auf diesem Gebiet besonders durch Vorschläge auszeichnen. Ein bestimmter Stil der Diskussion versucht doch, alles als Machtstruktur darzustellen: es ginge um die Veränderung und den Abbau von Macht zugunsten des Individuums.

Ich glaube, auch hier liegt eine Verfälschung der Situation vor. Denn das Verhältnis zwischen Lehrer und Schüler ist kein Machtverhältnis oder soll es dem Wesen nach nicht sein. Dasselbe gilt für das Verhältnis zwischen Vater und Kind und für den Lebensbereich der Wirtschaft. Das ist eine Prämisse, die man sich mit Absicht schafft, um sich selbst zu Machtkämpfen zu berechtigen. Ich glaube, daher ist auch diese Ausgangslage falsch.

Um was es uns allen gehen muß, ist ganz gewiß in diesem Bereich die Erkenntnis, daß menschlich manches zu verbessern ist, daß also Reformen hier nötig sind. Ich bin da durchaus einer Meinung mit Ihnen. Sicherlich gehört dazu, daß wir Gesprächssituationen schaffen, Institutionen einrichten, in denen diese Konflikte erörtert und gemeinsam bewältigt werden können.

Dann taucht aber die Frage auf, ob man diese Gesprächsinstitutionen — ob man sie jetzt Organe oder sonstwie nennen mag — so formulieren muß, daß dort Abstimmungsmechanismen unbedingt zum Tragen kommen müssen. Um das geht es, Herr Abgeordneter Dr. Fischer!

Wenn wir in der Hochschulreformkommission sehr bald ziemlich übereinstimmend gefunden haben, es geht um abgestufte Formen des Mitwirkens und der Mitbestimmung, so verbirgt sich hinter der zunächst allgemeinen Formulierung, auf die man sich natürlich rascher einigen kann als dann im Detail, doch die Einsicht, daß eben manche, weil sie in einer Lebenssituation sind, die noch nicht die volle Reife der Erkenntnis für dieses oder jenes bringt, vielleicht nicht mit gleichem Gewicht mitzusprechen haben wie andere. Das kann gestuft sein. Wir haben ja in der Kommission für bestimmte Fälle eindeutig gesagt: Völlige Gleichheit und Stimmrecht — in anderen Fällen nicht.

Ich glaube aber, diese Sachdebatte sollte man nicht jetzt bei der Budgetdebatte führen. Ich möchte nur sagen: Im Prinzip müßte man das doch wohl als eine mögliche Lösung vorsehen.

Was kann denn das Ziel einer reformierten Hochschule sein? Nach wie vor muß sie doch eine Institution bleiben, in der Wissen und Erfahrung tradiert werden kann, und zwar in einem solchen effizienten Sinn, daß der Student auch möglichst rasch — damit er nicht durch unnötige Versäumnisse behelligt wird — zu seinem Studienziel gelangen kann. Auch die reformierte Hochschule muß eine Hochschule sein, in der man noch in Ruhe studieren kann. Das ist auch ein Ziel.

Wenn aus administrativen Gründen Bedenken gegen solche Vorschläge da sind, so muß man sie genau prüfen. Man kann nicht von vornherein sagen, die Professoren machen das „Theater“ nur aus dem Grund, um schlechthin gegen Reformen aufzutreten. Ich glaube, auch das wäre wieder ein bißchen zu vorschnell geurteilt. Die Sorge, daß die Sitzungsuniversität entstehen könnte, ist — wie man aus den deutschen Beispielen weiß — ja denn doch da.

5574

Nationalrat XIII. GP — 59. Sitzung — 19. Dezember 1972

**Dr. Hauser**

Wo sollte daher die Grundrichtung liegen, wenn wir uns einmal in der Weise in einem Gespräch auseinandersetzen müssen? Ich glaube, sie liegt dort, wo man quasi zwischen einer Art Mitbestimmung auf der legislativen Ebene, in der Zielsetzung im Grundsätzlichen, was am Institut geschehen soll und so fort, und auf der exekutiven Seite trennen muß.

(*Abg. Dr. Fischer: Da gibt es nur den Institutsvorstand!*) Ich glaube, ein Mitbestimmungsprozeß im exekutiven Bereich ist eher bedenklich. Dort geht es um rasche Entscheidungen. Man sollte, glaube ich, aus rein praktischen Gründen doch erkennen, daß man hier ... (*Abg. Dr. Fischer: Das ist doch nur der Institutsvorstand! Das ist doch nur eine Person! Da ist keine Mitbestimmung!*)

Na ja, ist das nicht vielleicht sogar wünschenswert, wenn er zwar allgemein an die Richtlinien eines Gremiums gehalten sein soll (*Abg. Dr. Fischer: Das ist im UOG drinnen!*), aber nicht in der Durchführung des Tageskrams, den auch die Hochschule zu bewältigen hat? (*Abg. Dr. Fischer: Kollege Hauser! Das ist doch die Konstruktion des UOG!*) Ich räume ein, daß es Tendenzen im Entwurf gibt, es so zu sehen.

Aber wenn die Professoren im Prinzip die Frage aufwerfen: Wir können dort durch Stimmen anderer überstimmt werden!, so ist das eine durchaus zulässige Einwendung. Sie haben zwar mit Recht hier gesagt, der einzelne kann nicht sachkundiger geworden sein, ob er mit einem Drittel oder einem Viertel oder nur mit einem Zehntel in den Organen sitzt. Das ist richtig. Aber die Frage ist, ob es nicht eine grundsätzliche Veränderung der Dinge ist, wenn durch Stimmen solcher, die menschlich mitreden sollen — nicht, daß wir dagegen etwas hätten —, die in einem höheren Reifegrad Stehenden überstimmt werden könnten. Das muß man wohl auch bedenken. Daher die großen Einwendungen, die zum Teil kommen.

Ich möchte schon schließen, weil ich nur auf das erwidern wollte, was Herr Abgeordneter Dr. Fischer gesagt hat. Das gilt ja in einer ähnlichen Weise auch für die Mitbestimmung in der Wirtschaft. Gehen wir doch nicht zu sehr an diese Fragen heran mit diesem politischen Modell der Demokratie. Ich verteidige dieses politische Demokratiemodell ständig hier am Pult, aber ich halte es für einen Etikettenschwindel, wenn wir es auf andere Lebensbereiche sinnlos übertragen.

Es gibt natürlich menschliche Aspekte, die demokratisierungszugänglich sind. Wenn wir miteinander sprechen, wenn wir reden, erzeugt auch der, der nicht Stimmrecht im Vollsinne hat, der nur argumentieren kann, weil er dabei ist, doch schon eine Wirkung. Ich

glaube nicht, daß ein Professorenkollegium ganz einfach das vom Tisch fegen kann, was vielleicht nicht Vollstimmberechtigte als ihre Meinung vortragen. Ich glaube, daß man diesen grundsätzlichen Zweifel nicht haben müßte. Das wäre eben schon etwas anderes, wenn sich Studenten institutionell zu Wort melden können.

Ich rede nicht schlechthin nur für ein Beratungsrecht. Ich kann mir schon vorstellen: Es gibt Sachgebiete, wo voll mitgestimmt wird, und andere, wo vielleicht nur beraten wird. Dabei sein und reden — auch das ist menschliches Vertiefen der Beziehungen. In der Richtung sollten wir in allen diesen Bereichen denken.

Am Ende aller solcher Reformen geht es — und das ist es, was uns vielleicht von Ihnen oder von manchen von Ihnen trennt — nicht um die Beseitigung von Machtstrukturen, und es kann auch nicht darum gehen, neuen Machträgern unbedingt die Sessel legislativ zu polstern. Den Eindruck hat man ja leider auch, daß diejenigen, die dann nomine von vielen sprechen, in Wahrheit nur um ihre konkrete politische Machtposition auf einem Gebiet ringen, wo es eigentlich nicht um Machtstrukturen gehen sollte.

Daher abschließend — das ist ja wohl ein gemeinsames Ziel —: Auch die reformierte Hochschule muß doch eine Hochschule sein, die ihre Funktionsfähigkeit in dem Sinne bewahrt, daß man studieren und lehren kann.

Und ein letztes — das ist es, was wir von den Deutschlandreisen mitgebracht haben —: Es taucht natürlich auch die Frage auf, ob diejenigen, die studieren, an sich überhaupt Interesse haben, an dem mitzuwirken, von dem Sie sprechen. Ich glaube, es ist nicht einfach so, daß man wie in der Demokratie sagen könnte, der politisch Abstinente bestimmt auch durch seine Enthaltung das Ergebnis der Wahl. Er ist halt dann mitschuldig oder er muß es auf sich nehmen, wenn andere zur Wahl gegangen sind.

Kann man sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß Studenten, die sich vielleicht für das ganze nicht so sehr interessieren, Abstinente sind? Kann man nicht gerade am Hochschulsektor sagen, daß das Leute sind, die studieren wollen? Sie haben kein anderes Ziel, als rasch fertig zu sein, und haben für diese ganzen politischen Aspekte vielleicht gar nicht Zeit oder Lust. Ich wage es nicht, solche Studenten als schlechte Demokraten zu bezeichnen, weil sie nicht sehr willig sind, im politischen Prozeß mitzuwirken. Ich sehe das nicht so!

**Dr. Hauser**

Daher möchte ich auch meinen, daß Sorge zu tragen wäre, daß nicht der politische Eifer derjenigen, die sich in der Frage fast professionell betätigen, in den Willensbildungsorganen durchschlagen kann und sie dann angeblich nomine aller plötzlich sprechen. Es ist eben nicht dasselbe, wie wenn 1 Million Österreicher nicht zur allgemeinen Wahl dieses Vertretungskörpers ginge. Ich glaube, es ist etwas anderes.

Ich schließe schon. Ich wollte Ihnen nur erwidern, weil ich glaube, diese Demokratisierungsvokabel, die hier gebraucht wird, ist eigentlich eine Verführung in der Debatte. Zweitens sind Sie am Holzweg, wenn Sie dauernd von der Umstrukturierung von Machtverhältnissen sprechen. Es geht weder jetzt um Macht, noch sollte es in Hinkunft um Macht gehen. Ich hoffe, daß wir uns in einem solchen Sinne bei den künftigen Beratungen verstehen können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Wille. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Wille (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Hauser verleiten mich doch dazu, noch auf die Vorgänge anlässlich der Inauguration an der Technischen Universität in Wien hinzuweisen, die vor wenigen Tagen stattfand.

Nach einer sehr abgewogenen Rede des neuen Rektors meldete sich der Studentenvertreter zu Wort und erklärte dort — der Präsident des Hohen Hauses war Zeuge, er hat diesen sehr respektablen Vorgang miterlebt — dem staunenden Auditorium:

Diese Universität ist nicht die unsere. Wir haben hier keine Mitbestimmung. Dieser Rektor ist nicht unser Rektor. Wir haben ihn nicht gewählt. Diese Feier ist nicht unsere Feier. Das ist die Feier der Professoren.

Das hat ein junger Mann mit vielleicht 22 Jahren in einer geradezu unglaublich überzeugenden Leidenschaftlichkeit in der Universität zum Ausdruck gebracht, und ich habe mich darüber gefreut.

Ich habe mich gefragt: Wie sollen sich junge Menschen mit einer Universität identifizieren, in der sie nichts zu reden haben? Geht es dort nur um die Existenz der Professoren, oder auch um die Zukunft der Studenten? Ich glaube, wir werden uns in dieser Frage einig werden, wenn Sie einsehen, daß die Zukunft nicht nur von den Professoren, sondern auch von den Studenten bestimmt werden wird. *(Beifall bei der SPO. — Abg. Dipl.-Ing. H a n-*

*reich: Sie sollten auch berücksichtigen, daß die Diskussion abgelehnt wurde!)*

Ich möchte dann aber zum eigentlichen Kapitel übergehen und dazu folgendes sagen: Ich war der Auffassung, daß man dieses Kapitel nur beginnen kann mit einem Dank an die Bundesregierung und mit einem Dank an das zuständige Bundesministerium. Ich war also sehr unangenehm überrascht, als ich gestern, wie schon gesagt worden ist, die beschämende Vorstellung des Abgeordneten Ermacora erlebt habe.

Ich möchte nicht näher darauf eingehen, aber wenn Dr. Blenk dazu sagte: Wäre denn jemand anderer besser als ein Hochschullehrer befähigt, dieses Kapitel zu kritisieren?, dann möchte ich gerade die Vertreter der Wirtschaftskammern darauf hinweisen, daß nur zirka die Hälfte aller Manager im gesamten Wirtschaftsbereich auf eine Universitätsausbildung zurückschauen kann *(Abg. Doktor Blenk: Sie haben nicht genau zugehört! Sie liegen so daneben!)*, die andere Hälfte also eine außeruniversitäre Ausbildung mitgemacht hat; ihre Universitäten sind die Betriebe und die Unternehmungen. Wir nehmen nicht zur Kenntnis, daß ein Universitätsprofessor mehr als jemand anderer in der Lage wäre, dazu Stellung zu beziehen!

Warum vertrete ich die Auffassung, daß man dieses Kapitel mit Dank beginnen sollte? Es ist zum wiederholten Male auf viele Pressestimmen und auf die OECD hingewiesen worden. Auch Professor Dr. Petrascheck und seine Ausführungen ist heute von meinem Freund Blecha bereits hingewiesen worden. Ich möchte darauf hinweisen, daß die „Neue Zürcher Zeitung“ am 20. August 1972 schrieb: An der Spitze des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung steht Frau Dr. Hertha Firnberg, eine ebenso charmante wie energiegeladene und zielstrebige Dame. *(Beifall bei der SPO.)*

Ich glaube, wir können der Frau Bundesminister zu diesem Kompliment gratulieren. Es freut uns, daß ihre Arbeit diese Anerkennung findet. Wenn dann darauf eingegangen wird, daß Bundesrat Tschudi mit einer Delegation von Wissenschaftlern nach Österreich kam, um die österreichische Forschungskonzeption zu studieren und um österreichische Wissenschaftler in die Schweiz einzuladen, dann ist das doch die klare Bestätigung dafür, daß diese Arbeit sinnvoll vorangegangen ist.

Außerdem waren bereits in diesem Herbst sechs Vertreter des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung in der Schweiz und haben mit den Schweizer Kollegen die österreichische Forschungskonzeption besprochen.

**Wille**

Ich glaube, wir sollten bei aller Diskussion von einzelnen Posten nicht die Größenordnung übersehen: 3,3 Milliarden Schilling im vergangenen Jahr für dieses Kapitel. 4 Milliarden Schilling heuer. Eine Steigerung wiederum, wie sie im Forschungskonzept vorgesehen ist, von 20 Prozent im Jahr. Die Bundesregierung will damit vor allem die Europareife der österreichischen Wirtschaft einleiten, weil wir alle ganz genau wissen, daß vor allem Wissenschaft und Forschung die entscheidenden Elemente der wirtschaftlichen Entwicklung sind.

Die Forschungspolitik ist also ein entscheidender Beitrag für die Mobilisierung der österreichischen Industrie und der österreichischen Wirtschaft insgesamt. Es stünde der Opposition, vor allem der großen Oppositionspartei, sehr gut an, wenn sie weniger von der Teuerung reden würde, dafür aber die österreichischen Unternehmungen und die österreichische Öffentlichkeit auf dem Gebiet der Wissenschaft und Forschung mobilisieren wollte.

Nun einiges zur Forschungspolitik. Es ist bereits gesagt worden, daß erstmalig die Forschungskonzeption vorliegt und daß darauf Bezug genommen wird, daß 1971 in Österreich vom Bund und der Wirtschaft insgesamt 2,8 Milliarden Schilling für Forschung und Entwicklung ausgegeben worden sind.

Das Ziel ist es, daß die österreichische Wirtschaft und der österreichische Staat 1980 zirka 13 bis 18 Milliarden für Forschung und Entwicklung ausgeben werden. Das heißt, wir werden dieses ganze Jahrzehnt ein Wachstum von annähernd 20 Prozent brauchen, um dieses große Ziel zu erreichen, nämlich rund einhalb Prozent des Bruttonationalprodukts für Forschung und Entwicklung in Österreich auszugeben.

Das Finanzierungskonzept zur Forschungskonzeption sieht vor, daß zirka die Hälfte all dieser Forschungsausgaben von der Wirtschaft zu tragen ist. Hier kommt es aber wieder darauf an, daß vor allem die gewerbliche Forschung noch mehr als bisher vorangetrieben wird, denn die einzelnen Forschungsbereiche zeigen uns, daß in Österreich annähernd 70 Prozent für die Hochschulforschung oder für die universitäre Forschung ausgegeben werden, während das in der EWG nur rund 30 Prozent sind. Die Proportionen innerhalb des Forschungsbudgets werden also in den nächsten Jahren verändert werden müssen, was natürlich ein langfristiges Vorhaben ist.

In der wirtschaftsbezogenen Forschung spielt die Österreichische Studiengesellschaft für Atomenergie wohl die größte Bedeutung. In dieser Studiengesellschaft arbeiten mehr als 400 hoch- und höchstqualifizierte Mitarbei-

ter. Wenn Ermacora sagt, daß dem Ministerium die Koordinationsaufgaben aus der Hand gleiten, dann möchte ich darauf hinweisen, daß gerade auch im Konzept für die Studiengesellschaft davon die Rede ist, daß bis zur Gründung des Ministeriums jede zentrale Instanz fehlte und darüber hinaus jede Forschungskonzeption. Erst jetzt gelang es in Seibersdorf — neben einer zentralen Instanz —, auch die Aufgaben zu überdenken, und die Studiengesellschaft für Atomenergie ist heute dabei, eine interdisziplinär arbeitende Großforschungsorganisation zu werden: das größte Forschungsunternehmen Österreichs. 60 Prozent aller Leistungen dieses Instituts gehen heute bereits direkt an die Industrie.

Wir sehen es nicht mit Freude, daß 1973 nur 106 Millionen Schilling statt 119 Millionen Schilling wie im vorangegangenen Jahr veranschlagt sind. Eine Aussprache mit Finanzminister Androsch hat allerdings ergeben, daß sich Androsch als ganzer Seibersdorfer betrachtet, und er ist auch bereit, entsprechend der budgetären Entwicklung alles zu tun, was die Lebensfähigkeit und den weiteren Ausbau von Seibersdorf garantieren kann.

Eine wesentliche, weitere große Aufgabe ist der Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft. Dieser Fonds, der im vergangenen Jahr über 129 Millionen Schilling zur Verfügung hatte, wird 1973 ebenso um 20 Prozent mehr zur Verfügung haben, nämlich 154 Millionen Schilling. Der Finanzbedarf dieses Fonds ist allerdings für 1973 mit 400 Millionen Schilling angegeben.

Wir sehen also, wie groß die Forschungsaufgaben einzelner Fonds sind, wenn wir sie auch gegenwärtig nicht finanzieren können.

Auch in den Ausführungen Ermacoras ist sichtbar geworden, daß ihm anscheinend nicht das volle Vertrauen zu unseren Projektteams gegeben ist. Ich möchte aber dazu ausführen, daß heute Projektteams in der Industrie- und Wirtschaftsforschung geradezu gang und gäbe sind und daß man durchaus nicht einen Widerspruch zwischen Ministerialbeamten und Spezialisten sehen kann. Es wird kein Ministerium geben, das in der Lage wäre, von sich aus alle Bereiche der Wirtschaftsforschung mit dem eigenen Apparat zu bewerkstelligen.

Es ist darüber hinaus aber auch wünschenswert, daß Fachleute aus allen übrigen Bereichen zu bestimmten Spezialaufgaben herangezogen werden. Die Leistung im Kollektiv ist übrigens in allen Großunternehmen heute selbstverständlich.

Darüber hinaus ist es in Österreich notwendig, das Forschungsbewußtsein auf allen Ebe-

Wille

nen anzuheben. Ein schöner Anlaß dazu war, daß anläßlich des Staatsfeiertages ein Symposium über „Die Zukunft von Wissenschaft und Technik in Österreich“ abgewickelt werden konnte, das starke Impulse für die österreichische Industrie und Forschungspolitik, aber auch für die ausländischen Teilnehmer ergeben hat.

Wie sehr das Ansehen Österreichs auf dem Gebiet von Wissenschaft und Forschung bereits zugenommen hat, ist vor allem auch der Tatsache zu entnehmen, daß bereits ab 1974 im Schloß Laxenburg anfänglich 80 Wissenschaftler aus 12 Akademien der westlichen und östlichen Welt im Internationalen Institut für angewandte Systemanalyse tätig sein werden. Man rechnet damit, daß in diesem Institut in den Folgejahren bis zu 300 Wissenschaftler der westlichen und östlichen Welt tätig sein werden.

Ich glaube zudem, daß anläßlich einer derartigen Diskussion nicht nur über das gegenwärtige Budget oder einzelne Ansätze geredet werden soll, sondern auch über die Zukunft von Forschung und Entwicklung.

M.I.T., eines der größten Forschungsinstitute der Vereinigten Staaten, propagiert eher düster das Nullwachstum der kommenden Jahre, weil ein Drittel der Menschheit in einem Augenblick der Industrialisierung die Erde ausgeplündert und ihr ökologisches Gleichgewicht in Frage gestellt hat. M. I. T. verlangt daher die Zurücknahme der Kapitalinvestitionen um 40 Prozent, die Reduktion der landwirtschaftlichen Produktivität um 20 Prozent und eine Zurücknahme der Weltgeburtenrate um 30 Prozent.

Ich glaube aber, auch ein Nullwachstum könnte für Forschung und Entwicklung keinen Stillstand bedeuten, denn der Geist des Menschen ist Bewegung. Ich glaube sogar, daß gerade dieses Verlangen nach einem Nullwachstum in den nächsten Jahren eine neue große Herausforderung gerade für Forschung und Entwicklung ist.

Trotz aller Schwächen, die einzelne Prognosen aufzeigen, werden wir nicht daran vorbeikommen können, über unsere Zukunft nachzudenken. Ich glaube, daß Konservatismus, aber auch falscher Liberalismus mit diesen Aufgaben nicht wird fertig werden können. Ich möchte aber versichern: Wir sind gewillt, uns darauf vorzubereiten, und wir sind gewillt, diese Herausforderung anzunehmen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Bundesminister Dr. Firnberg. Ich erteile es ihr.

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Hertha Firnberg: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte vorerst allen Diskussionsrednern für die konstruktiven Beiträge und Anregungen, die in der Debatte gebracht wurden, danken. Ich glaube, man kann sagen, daß dieses Budget zwar nicht voll befriedigt, aber doch zu einem großen Teil zufriedenstellend ist. Außer der Verdoppelung innerhalb weniger Jahre — wir haben die Viermilliardengrenze überschritten — haben wir — entsprechend der Forschungskonzeption — den zwanzigprozentigen Zuwachs auch in diesem Jahr eingehalten. Wir haben also die Bedingungen erfüllt, die wir uns selbst gestellt haben, wenn wir Wissenschaft und Forschung in dem Maße nachholend entwickeln wollen, wie es in der Regierungserklärung steht.

Ich möchte mich nicht in Details verlieren — die Herren Abgeordneten Radinger und andere haben ja die einzelnen Zahlen genannt —, ich möchte nur noch einmal darauf hinweisen, daß das Hochschulbudget heuer immerhin 3,3 Milliarden Schilling umfaßt, fast eine halbe Milliarde Schilling mehr als im Vorjahr, und ich glaube, Herr Abgeordneter Dr. Blenk, so gar nichts ist das nicht. Es ist keine Einschränkung, sondern eine ganz beträchtliche Steigerung; und daß ein großer Betrag von den Steuerzahlern für unsere Hochschulen aufgebracht wird, sollte man auch nicht übersehen! (Beifall bei der SPÖ.) Sie können in jeder einzelnen Kennziffer die Erhöhung durchaus sehen. Ob Sie umrechnen den Aufwand pro Lehrkanzel oder den Aufwand pro Studierenden, die deutliche Aufwärtsentwicklung ist eindeutig festzustellen.

Und daß für die Forschung eine wesentlich bessere Dotierung vorliegt, hat ja nicht einmal der Herr Abgeordnete Professor Dr. Ermacora bestritten, der sonst eigentlich — was mich einigermaßen überraschen muß, denn er müßte es besser wissen — für das Kapitel Forschung nur negative Äußerungen übrig hatte.

Ich darf vielleicht darauf hinweisen, daß im Ausland — und ich meine jetzt nicht nur die sehr angenehmen Äußerungen in der „Neuen Zürcher Zeitung“, sondern Auslandsstimmen in anderen Zeitungen — sehr positive Urteile über die Entwicklung der österreichischen Forschung abgegeben werden, und zwar in hohem Maße und in sehr zahlreichen Stimmen. Dies ist ein sehr deutliches Zeichen dafür, daß wir auf diesem Gebiete einiges geleistet haben.

Ich darf auch darauf hinweisen, daß das bereits genannte Symposium am 26. Oktober, das zahlreiche ausländische Gelehrte nach Österreich gebracht hat, gleichfalls für Oster-

**Bundesminister Dr. Hertha Firnberg**

reich außerordentlich positive Stimmen hinsichtlich seiner Forschungspolitik ergeben hat. Es gibt also eine ganze Reihe von Indikatoren, die zeigen, daß wir am richtigen Weg sind.

Die Erhöhung der Budgetmittel ist eine notwendige Voraussetzung; das wissen wir aus dem OECD-Bericht. Die Forschungskonzeption, die wir erarbeitet haben, gibt uns den Rahmenplan. Wir sind jetzt mit der Prioritätensetzung befaßt — wie alle wissen, ein sehr schwieriger und langwieriger Prozeß, der mit der notwendigen Sorgfalt vorgenommen werden muß.

Auch Detailprojekte von Aktualität werden behandelt, und hier gibt es Listen dafür; jeder kann sich informieren. Ich möchte ganz kurz dazu sagen, daß sich die Organisation und die Strategie unserer Forschungspolitik nach einer immerhin zweijährigen Erfahrung durchaus bewährt hat, also ganz das Gegenteil von dem, was der Herr Professor Ermacora behauptet hat.

Wir haben ein neues Modell entwickelt: ein kleiner Stab von hochqualifizierten Beamten mit einem großen Stab von externen Experten. In dieser Art wird in allen anderen Ländern heute auch gearbeitet, die eine extrem entwickelte Forschung haben. Der ständige und permanente Dialog zwischen allen Beteiligten ist hier zu einer Methode entwickelt worden, von der wir sagen können, daß sie tatsächlich der Arbeit am besten dient.

In diesem Zusammenhang möchte ich mich auch dem, was mehrere unserer Kollegen heute schon gesagt haben, anschließen, nämlich daß einer der besten Helfer, einer der wichtigsten Männer in der österreichischen Forschungspolitik, seit Jahren unentbehrlich bei der Entwicklung der gesamten forschungspolitischen Richtlinien, überraschend früh von uns gegangen ist: Herr Präsident Rohrer. Ich betraue seinen Verlust nicht nur aus fachlichen Gründen, sondern in hohem Maße auch aus persönlichen. Er war mir ein besonders guter und bewährter Berater all die Jahre hindurch, ganz besonders seit ich dieses schwierige Ressort übernommen habe. Ich möchte nicht verabsäumen, an diesem Tag nochmals seiner zu gedenken, weil er uns heute hier besonders fehlt: Er war in jedem Jahr bei der Budgetdebatte zu diesem Kapitel im Hause, um unsere Anliegen anzuhören und sich damit zu beschäftigen.

Meine Damen und Herren! Das ganze aufgezeigte System ist nicht perfekt, aber wir sind bereit und — wie ich auch meine — fähig, es besser zu entwickeln. Wir haben Plattformen der Begegnung geschaffen. Ich muß immer wieder betonen, wie wichtig das gerade

für die Entwicklung der Forschung und der Wissenschaften ist. Ich habe mir aus den verschiedensten Gremien einen Beraterstab geschaffen. Die Frage, wie man zu solchen Gremien kommt, ist eine Frage, die immer wieder hier im Hohen Hause auftaucht. Wie geht die Auswahl vor sich?

Ich habe in den verschiedensten Ländern sehr genaue Informationen eingeholt, mich in Amerika sehr genau darnach erkundigt, in Schweden, in der Bundesrepublik und in anderen Ländern. Es ist überall so, wie es hier bei uns in Österreich ist. Es geht kaum anders. Es ist einfach so, daß sich der Minister seine Berater eben holt!

Es ist keine politische Auswahl — damit wäre einem Minister nicht gedient —, sondern es ist eine Fachauswahl. Die Liste der ausgewählten Berater liegt vor; wenn Sie die Namen durchstudieren, werden Sie erkennen können, daß die Mehrheit sicher nicht bei den Beratern liegt, die unsere Gesinnungsfreunde sind, sondern eher auf der anderen Seite, die aber fachliche Qualifikation haben.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch noch einmal auf eine spezielle Sache hinweisen — es tut mir leid, daß der Herr Professor Ermacora nicht hier ist, denn ich würde wünschen, daß er das hört —: Die Auftragsforschung ist ein ewiger Dorn im Auge der großen Opposition. Sie werden aber nicht erreichen, daß Sie uns eine politische Vergabe der Forschungsaufträge nachweisen können. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Blenk: Das wollen wir auch gar nicht!)* Das wird Ihnen nicht gelingen. Wir haben nicht nur sehr strenge Vergaberichtlinien ... *(Abg. Doktor Blenk: Wir sind froh, wenn es nicht so ist!)* Es wird Ihnen nicht gelingen! Sie werden diesen Nachweis nicht erbringen können, auch wenn immer wieder darauf angespielt wird. Es kann Ihnen nicht gelingen, weil es nicht der Fall ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es ist gestern darüber gesprochen worden, daß die Vergaberichtlinien vom Ministerium selbst ausgearbeitet sind. Ich darf darauf hinweisen, daß diese Vergaberichtlinien für Expertengutachten und Auftragsforschung auf dem Förderungserlaß des Bundesministeriums für Finanzen, dem sogenannten dreizehntausender Erlaß aus dem Jahr 1954, einem Erlaß unter einem Minister, der Ihrer Partei angehörte, und auf dem Entwurf für ein Bundesvergabegesetz aus der Zeit der Regierung Klaus basieren.

Ich darf noch hinzufügen, daß der Verfassungsgerichtshof ähnliche Vergaberichtlinien bisher immer als eine Rechtsgrundlage aner-

**Bundesminister Dr. Hertha Firnberg**

kannt hat. Die Richtlinien wurden unter voller Berücksichtigung der Vorschläge des Rechnungshofes erstellt und sie sind vom Finanzministerium in Zusammenarbeit mit dem Rechnungshof und der Finanzprokuratur mit meinem Ressort erarbeitet. Es sind verbindliche Richtlinien, die Ihnen allen zugegangen sind. Die nach den Richtlinien unseres Ministeriums vergebenen Aufträge beinhalten die Gleichbehandlung aller Forschungsprojekte.

Im übrigen: die Hauptsumme für Forschungsprojekte wird ja gar nicht vom Ministerium für Wissenschaft und Forschung vergeben, sondern über die Fonds, über die Akademie der Wissenschaften, über die Boltzmann-Gesellschaft und über andere wissenschaftliche Gesellschaften. Sie werden autonom vergeben. Unsere Aufgabe, die Aufgabe des Ressorts ist eine koordinierende.

Wenn also etwa die Rektorenkonferenz urgiert, daß ihr Schwerpunktprogramm nicht in einer eigenen Budgetpost berücksichtigt wurde, so darf darauf erwidert werden: Nicht in einer eigenen Budgetpost, aber — wie die Rektorenkonferenz und wie der Forschungsfonds weiß — eingebaut in das Budget des Forschungsfonds für wissenschaftliche Forschung. Das ist eine Abmachung. Uns scheint dies das viel bessere System zu sein, als noch einmal eine eigene Forschungvergabeinstanz zu schaffen.

Der Herr Abgeordnete Suppan hat sich über die Zustände an der Bildungshochschule in Klagenfurt erkundigt. Ich hoffe, er hat seither die Anfragebeantwortung, die sehr umfangreich und kompliziert ist, erhalten. Ich darf nur noch folgendes hinzufügen: Selbstverständlich ist die Resolution des Kärntner Universitätsbundes an das Ministerium sehr gründlich bearbeitet worden. Auch die Ergebnisse der Pressekonferenz, die in Zusammenhang mit dieser Sitzung des Universitätsbundes abgehalten wurde und in den Zeitungen ihren Niederschlag fand, sind dem Hause zugekommen. Wir haben selbstverständlich sofort Erkundigungen eingezogen, vor allem auch, weil die dort festgehaltenen Tatsachen nicht ganz mit dem übereinstimmen, was nach unserer Auffassung an der Bildungshochschule in Klagenfurt der Fall war.

Ich habe jetzt die Stellungnahme des Rektors der Bildungshochschule in Klagenfurt zu meiner Anfrage erhalten. Er schreibt folgendes:

In der Sitzung des Kärntner Universitätsbundes vom 29. November wurde ich aufgefordert, über den Stand des Aufbaues zu berichten und auf besondere Schwierigkeiten einzugehen. Der Universitätsbund hatte zuvor

eine Protestresolution verlesen — das ist die, über die hier gesprochen wurde —, in welcher die Beschleunigung der Berufungsverfahren gefordert wurde, da die Anzahl der Professoren an der Hochschule für Bildungswissenschaften seit Sommer gleich geblieben sei. Ich — das ist der Rektor der Hochschule — habe dazu folgende Stellungnahme abgegeben: — (*Unruhe im Saal.*) Hohes Haus! Ich bitte jetzt um Ihre Aufmerksamkeit!

Es seien seitens der Frau Bundesminister auf Grund der eingereichten Ternovorschläge derzeit alle Rufe herausgegangen, und mit den Kandidaten wurde verhandelt. Außerdem seien die Studienrichtungen für den Beginn des ordentlichen Studiums im Herbst 1973 bereits erlassen worden, und die verschiedenen Studienordnungen werden im Entwurf ausgearbeitet. Es herrsche überhaupt der Geist einer verständnisvollen Zusammenarbeit bei allen beteiligten Gremien. Insbesondere sei die inzwischen an der Hochschule für Bildungswissenschaften geschaffene unterrichtstechnologische Einrichtung vorbildlich für Österreich.

Und er schreibt weiter:

Am Anfang der Gründung der Hochschule für Bildungswissenschaften seien die Dinge schwieriger gewesen, das sei aber jetzt nicht die Situation. Der Universitätsbund möge daher die Resolution dahin gehend abändern, lediglich die Bitte zu äußern, auch 1973 wie bisher die Berufungen beschleunigt und in genügendem Umfang durchzuführen, um den geplanten Studienbeginn zu sichern.

Dann spricht er noch von Gerüchten, die kursieren — es ist überhaupt das Neueste, daß „Gerüchte“ kursieren und die Hochschulen dann hinsichtlich von Gerüchten anfragen —, gibt sich aber zufrieden mit dem, was er an Tatsachen weiß.

Das ist die Stellungnahme des Rektors. Ich glaube nicht, daß sie von einer Katastrophe an der Bildungshochschule in Klagenfurt redet.

Herr Abgeordneter Blenk! Ich darf noch ein Wort zur gestrigen Debatte über die Vorfälle an der Hochschule sagen. Sie meinen, daß ich als Frau und Mensch richtig gesprochen habe. — Das ist mir zuwenig! Ich glaube, daß ich hier die Stimme der Vernunft repräsentiert habe (*Beifall bei der SPÖ*), die versucht, überflüssige Auseinandersetzungen böser Art zu vermeiden. Und wenn mir etwas bestätigt, daß unser ewiger Ruf „Mehr Frauen in die Politik!“ richtig ist, dann diese Apostrophierung. (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.*)

Die Freiheit von Forschung und Lehre ist durch nichts gefährdet, und ich sehe überhaupt

**Bundesminister Dr. Hertha Firnberg**

nicht ein, warum sie im Zusammenhang mit diesen Vorfällen gefährdet sein könnte.

Der Mythe vom „akademischen Boden“ muß man, glaube ich, hier im Hohen Haus auch einmal entgegentreten! Es gibt keinen „akademischen Boden“! Es handelt sich um Gewohnheitsrecht, das man nicht brechen will, aber „akademischer Boden“ mit besonderen Privilegien ist dem Gesetz völlig unbekannt.

Sie haben davon gesprochen, daß das Ministerium personalmäßig aufgebläht ist. Ich habe im Ausschuß darüber ausführlich Auskunft gegeben, habe es auch damit begründet, daß wir aus dem Bundesministerium für Unterricht und Kunst Dienstposten direkt übernommen haben. Ich habe darauf hingewiesen, daß wir im Interesse bereits im Ministerium arbeitender Leute die Arbeitsverhältnisse bereinigen mußten.

Ich gebe zu: Unsere Aufgaben wachsen auch auf legislativem Gebiet. Ich werde ja ununterbrochen bedrängt, rascher und mehr im Hause arbeiten zu lassen. Wir haben tatsächlich in einem gewissen kleinen Ausmaß mehr Personal aufnehmen müssen.

Nun zu den Prognosen und Bedarfserhebungen. Herr Abgeordneter Dr. Blenk! Hier dürfte es eine kleine Verwechslung geben. Ich spreche mich nicht generell gegen Prognosen aus. Selbstverständlich braucht man Prognosen und Bedarfserhebungen.

Ich habe bei meiner Rede im Europarat darauf hingewiesen, daß es schwierig ist, den Bedarf an Akademikern vorzuschätzen, speziell getrennt nach den einzelnen akademischen Kategorien, aber den Bedarf an Hochschulmitteln kann man durchaus erheben. Wir sind eben jetzt dabei, genau das zu tun, was Sie fordern: Nicht nur mit einem Fragebogen alles das einzuholen, was die Hochschulen und Institute für sich für notwendig halten, sondern an Ort und Stelle durch eine — etwas verstärkte — Revisionsabteilung all dies verifizieren und ergänzen zu lassen.

Ich möchte heute nicht über das längerfristige Hochschulbauprogramm sprechen. Alle Einschränkungen sind im Vorwort angegeben. Ich weiß selber, daß es ein erster Entwurf ist, der revidiert werden muß. Aber ich möchte Sie sehr bitten, mir einmal mitzuteilen, welche Hypothesen bei der Erarbeitung eines solchen längerfristigen Entwurfes unterstellt werden sollen, wenn nicht die gleichbleibenden Quoten und die gleichbleibende Entwicklung.

Sie sprechen davon, daß der Forschungsstättenkatalog keine Arbeit ist. Ich möchte Sie einladen, sich einmal anzuschauen, wieviel Arbeit das bedeutet. Wäre er keine Arbeit,

müßte ich sagen: Man hätte es schon vorher erarbeiten können, denn es war nichts dieser Art hier! Es geht um die Grundlage für viele weitere Arbeiten, zum Beispiel für die so wichtige Arbeit, die Forschungsvorhaben in einer Bestandsaufnahme einmal zusammenzufassen: eine ganz grundlegende Arbeit, die für unsere weiteren Vorhaben außerordentlich wichtig ist.

Der Verwaltungsaufwand ist nicht gestiegen, sagen Sie, Herr Abgeordneter Blenk. Sie haben aber nicht festgestellt, daß das Hochschulbudget als solches beim Sach- und Personalaufwand gewaltig angewachsen ist. Der Verwaltungsaufwand ist nicht so sehr gestiegen. Sie rechnen zusammen, daß der Ansatz vom Vorjahr plus der beiden BUG größer ist als der jetzige Ansatz. Die eigentlich sehr einfache Schlußfolgerung, daß es eben auch im Jahre 1973 zwei BUG für den Verwaltungsaufwand geben wird, haben Sie nicht gemacht. Das darf ich zu Ihrer Information hinzufügen.

Sie haben wieder, wie bereits im Vorjahr, darauf hingewiesen, daß ein Informationssystem eingerichtet werden soll. Ich kann Ihnen keine völlig befriedigende Antwort geben, weil diese so schwierige und aufwendige Arbeit noch nicht abgeschlossen ist, aber man kann sicher sagen, daß auf dem Gebiet der Dokumentation in diesem Jahr einiges geschehen ist.

Es ist zunächst einmal der Forschungsstättenkatalog eine Grundlage für die Aufbereitung unseres Informations- und Dokumentationssystems; eine zweite Auflage ist übrigens in Vorbereitung. Wir werden diesen Forschungsstättenkatalog aufbauen — diese Arbeit ist bereits im Gange — auf ein integriertes Hochschul- und Forschungsinformationssystem.

Es laufen ferner eine Studie und ein Versuch mit einem versuchsweise eingerichteten Studierplatz, mit einem multimedialen Informationszugriff nach benützungsorientierten Kriterien: die sogenannten Data parata. Ihr Erfinder, möchte ich fast sagen, Primarius Rotter gemeinsam mit Professor Haider, haben einen Forschungsauftrag erhalten, um dieses System weiter auszuarbeiten und als Versuch auszubauen.

Wir haben im internationalen Bereich — ich möchte noch einmal darauf hinweisen, daß man Dokumentation nicht nur national, sondern auch international sehen muß — die Teilnahme am UNISIST-Projekt zugesagt. Wir haben einen Delegierten entsendet. Diese Sache ist also im Gange.

**Bundesminister Dr. Hertha Firnberg**

Ferner ist ein Projektteam für die Gründung einer innerösterreichischen Relaisstelle an der Arbeit. Von dort werden weitere Impulse für Österreich ausgehen. Wir haben Absprachen sowohl mit der Bundesrepublik als auch mit der Schweiz, um ein einheitliches Informations- und Dokumentationssystem zu entwickeln. Unsere Experten haben bereits an Sitzungen in der Bundesrepublik und in der Schweiz teilgenommen.

Es ist also durchaus nicht so, daß wir auf diesem Gebiet träge gewesen sind.

Ich darf noch folgendes dazu sagen: Wir haben durch den Erfahrungsaustausch sowohl auf internationalem wie auch auf bilateralem Gebiet Mißerfolge mit großen zentralen Informationssystemen gesehen und sind der Meinung, daß wir — wie auch andere Länder — das Prinzip der koordinierten Dezentralisation, das heißt größtmögliche Zusammenarbeit der Dokumentationsstellen, aber nicht eine einheitliche Zentralstelle, entwickeln sollten. Auch diese Erfahrung mußte erarbeitet werden, ehe wir daran gehen, ein System zu etablieren.

Herr Abgeordneter Dr. Scrinzi! Ich weiß, daß all das, was für Hochschulen, für die Anlagen, für die Stipendien und so weiter gegeben wird, zwar mehr als in den Jahren vorher, aber doch zuwenig ist. Diese Dinge sind unser aller Anliegen: Es wird immer zuwenig sein!

Ich weiß, daß nicht nur die Hochschule in Klagenfurt mehr braucht, sondern daß auch diejenigen in Salzburg, in Graz, in Wien und so weiter mehr brauchen, und wir sind auch bemüht, all das zu bekommen.

Ich bin sehr dankbar dafür, daß Sie der Meinung Ausdruck geben, daß auf diesem Gebiet einiges geschehen ist.

Ich habe mich niemals in der Hoffnung gewiegt, daß Sie dem Universitätsorganisationsgesetz in der Form des jetzigen Entwurfes die Zustimmung geben werden, aber ich bin ebenfalls der Meinung, daß man hier im Parlament — und nur hier im Parlament! — darüber weiter beraten kann und weiter beraten muß.

Der Herr Abgeordnete Dr. Fischer hat bereits auf folgendes hingewiesen — ich möchte das noch einmal unterstreichen und bestätigen —: Nicht alle haben den Entwurf abgelehnt. Die Professoren haben in vielfältiger Gestalt wie Proteus diesen Entwurf immer wieder mit der gleichen Sprache in allen möglichen Zeitungen, Organen und dergleichen abgelehnt. Es sind immer die gleichen Leute, die ablehnen.

Aber in zunehmenden Maße haben sich Assistenten und Assistentenverbände positiv zum

UOG bekannt, sie sind bereit, Stellung zu nehmen und bei der Kritik und bei der Begutachtung mitzuwirken.

Ich darf hinzufügen, daß eine ganze Reihe von Professoren — einzeln — und eine ganze Reihe von ausländischen Stimmen gleichfalls kritisch, aber positiv Stellung genommen haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich bin im übrigen, Herr Primarius, mit dem hochschulpolitischen Konzept, das Sie sonst entwickelt haben, durchaus in Übereinstimmung mit Ihnen, wie Sie wissen: Stärkere Koordination von universitärer und außeruniversitärer Forschung, europäische Kooperation auf vielen Gebieten; das sind durchaus Fragen, bei denen wir uns einigen können.

Zum Kapitel Freiheit der Wissenschaft: Sie meinen, daß sich das Ministerium gegenüber den Hochschulen stärkere Eingriffsrechte gesichert hat. Ich kann Ihnen versichern und nachweisen, daß die Autonomie der Hochschulen verstärkt ist gegenüber allen anderen Kräften in diesem Entwurf, daß aber diese verstärkte Autonomie von den Hochschulen gar nicht in dem Maße gewünscht wird, wie manche glauben, sondern daß zum Beispiel Anträge auf Übernahme verschiedener Agenden in den autonomen Bereich von den Hochschulen zum Teil recht vehement abgelehnt werden.

Ich bekenne mich — ich habe das immer wieder betont und möchte das heute noch einmal tun — zur Teilung der Verantwortung zwischen Staat und Universität in einem wohl- ausgewogenen Maße.

Ich wiederhole noch einmal: Die Freiheit der Wissenschaft ist meiner Meinung nach nicht identisch mit der Freiheit der Professoren. Die Freiheit der Wissenschaft kommt vielmehr jedem zu, der Wissenschaft und Forschung treibt, gleichgültig, wo er steht, gleichgültig, ob er Universitätsprofessor ist oder ob er nicht studiert hat. Wenn er forscht, hat er die Freiheit der Wissenschaft. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich bestätige noch einmal das, was ich im Europarat gesagt habe: Die Freiheit der Wissenschaft wird heute nicht selten durch Praktiken der Machthabenden bedroht, jener, die die Forschungsmittel in der Hand haben. Die Selbsterneuerung, die so oft die Vielfalt der Lehre hindert, versagt, weil sie heute sooft Jasager bevorzugt, statt Leute zu holen, die kreativ und schöpferisch vielleicht kontroverse Meinungen vertreten. Diese Praktik bedroht heute die Freiheit der Wissenschaft viel stärker als jeder Eingriff des Staates. *(Abg. Dr. B l e n k: Man kann das nicht pauschalisieren!)* Ich sage häufig, nicht immer. Die stärkere

**Bundesminister Dr. Hertha Firnberg**

Bedrohung liegt hier und nicht bei den Eingriffen des Staates, der ja heute ohnehin kaum mehr einzugreifen wagt.

Der Nachweis der Effizienz der Hochschulforschung ist sehr schwierig. Das ist eine Tatsache. Jedenfalls kann man von einem Abfall der Hochschulleistung in der Bundesrepublik nicht reden. Wenn immer wieder die hohen Kosten der Hochschulsitzungen der Bundesrepublik angeführt werden, muß ich doch einmal darauf hinweisen, daß man Österreich und die BRD nicht vergleichen kann. Die Bundesdeutschen müssen viel mehr Sitzungen abhalten als die österreichischen Gremien, auch alle Sitzungen, die bei uns den Beamten zufallen. Sie müssen sich nämlich dort die Studiengesetze und die Studienordnungen selbst, in eigenen Sitzungen, erarbeiten. Wenn unsere Hochschulen das müßten, wären auch mehr Sitzungen notwendig!

Ein sehr ernstes Problem, Herr Abgeordneter Scrinzi, ist der Numerus clausus. Ich habe mich mit diesen Fragen sehr viel beschäftigt. Das sage ich auch dem Herrn Abgeordneten Kaufmann. Wir werden bei der Abwehr des Numerus clausus und bei der Bewältigung des Bildungsansturms und des Bildungsanspruchs — heute Thema Nummer eins — sehr viel an Überlegungen und Schwierigkeiten zu bewältigen haben, obwohl ich betonen muß, daß wir in Österreich noch lange nicht beim Sättigungsgrad des akademischen Bedarfes angelangt sind. Noch lange nicht! *(Beifall bei der SPÖ.)* Wir sind noch entfernt von einer Akademikerarbeitslosigkeit, aber es ist gut, wenn man in anderen Ländern studiert, welche Probleme sich aufwerfen in dieser Richtung, und rechtzeitig durch gezielte Planungen das verhindert, was anderswo bereits aufgetreten ist.

Sie fragen mich, welche Zahl der Prognose stimmt. Ich darf darauf nur hinweisen, um meine Ausführungen zu verkürzen: Ich bitte, im Hochschulbericht auf Seite 52 nachzulesen. Hier sind sämtliche Variationen der Prognosen mit einem genauen Kommentar aufgezählt.

Ein Wort noch zu dem, was der Herr Abgeordnete Dr. Hauser gesagt hat. Er meinte, daß man Demokratisierung aus manchen Bereichen ausschließen muß. Das wird heute ein wenig abgewandelt für die Hochschulen damit, daß man jene ausschließen will, die die „volle Reife der Erkenntnis noch nicht haben“, oder, wie jetzt das Modewort heißt, denen der Sachverstand fehlt, wie Sie alle oder ein Teil von Ihnen in den Ausführungen des Herrn Rektors Winkler gehört haben. Er meinte auch, daß der Sachverstand etwa auch einem hoch-

qualifizierten Assistenten, der vor der Habilitation stehe, fehle. Das ist ein Beispiel für die Auffassung von Professoren.

Die Frage nach dem Sachverstand, das heißt, die Frage: Wann hat wer die Qualifikation, um mitsprechen zu können, ist meiner Meinung nach ein im Grunde zu undemokratischem Verhalten die Möglichkeit gebender Grundsatz. Deshalb soll man ihm mit großer Vorsicht und, wie ich sagen möchte, mit großem Mißtrauen entgegentreten. Es geht tatsächlich um die Beseitigung von Machtstrukturen. Das sei gar nicht bestritten. Es geht aber auch darum, das Interesse aller am Forschungs- und Wissenschaftsprozess echt lebendig zu erhalten.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einmal sagen: Behauptung und Beweis kann man nicht gleichsetzen. Aber das ist genau das, was immer wieder bei der Verteufelung der deutschen Universität und bei der Verteufelung der Demokratisierung geschieht. Bei all dem, was wir hier anstreben, wird etwas behauptet und diese Behauptung als Beweis gesetzt. Diese Methode der Diskussion werden wir nicht anerkennen können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich darf in diesem Zusammenhang alle Kollegen, die an hochschulpolitischen Fragen seit Jahren mitgearbeitet haben — Herr Dr. Hauser, Sie gehören mit dazu —, darauf aufmerksam machen, daß meiner Meinung nach das bloße Argumentierendürfen ohne Mitbestimmungszukönnen ein starkes Frustrierungsmoment sein kann. Man kann dieses Prinzip so überziehen, daß es auf Leute, die mitreden, aber niemals mitentscheiden können, negativer wirkt, als dann, wenn sie gar nicht dabei wären. *(Beifall bei der SPÖ.)* Ich bitte, bei allen hochschulpolitischen Erwägungen doch auch das zu berücksichtigen!

Damit, meine Damen und Herren, hoffe ich, die wichtigsten Fragen beantwortet zu haben. Ich bitte sehr um Entschuldigung, wenn ich mich jetzt möglichst kurz halten will. Selbstverständlich stehe ich all den Damen und Herren, deren Fragen ich nicht ausreichend beantwortet habe, jederzeit zu einer näheren und eingehenden Beantwortung zur Verfügung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Dr. Eduard Moser. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Eduard Moser (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Die Frau Bundesminister und die Abgeordneten der Regierungspartei haben hier ein Bild von der Tätigkeit des Ministeriums und von der Qualität

**Dr. Eduard Moser**

der Planungen gezeichnet, das sich allenfalls am Grünen Tisch gut ausnehmen mag, das aber den harten Realitäten nicht standhält.

Frau Bundesminister! Wenn Sie nicht bereit sind, Ihre Hochschulpolitik nach diesen Realitäten zu orientieren, dann ist sie zum Scheitern verurteilt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Bevor ich dafür einige Fakten bringe, möchte ich ganz kurz auf die Rede des Herrn Abgeordneten Blecha eingehen. Die Frau Bundesminister hat meinem Kollegen Suppan in sehr sachlicher Weise geantwortet. Herr Abgeordneter Blecha hat sich aber für kompetent gehalten, meinen Kollegen Suppan zu rügen, daß er gestern vor seiner Rede nicht die Antwort der Frau Bundesminister gelesen hat, die um 17 Uhr 10 im Klub der ÖVP eingetroffen sein soll. *(Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.)*

Ich habe mir diese Antwort angesehen. Sie besteht aus 26 maschineschriebenen Seiten und aus 16 gedruckten Seiten. Die Verarbeitung eines solchen Konvoluts mag vielleicht dem Herrn Abgeordneten Blecha möglich sein. Er hat ein Institut zur Verfügung, das er einspannen kann. Für einen normalen Abgeordneten ist das aber eine arge Zumutung, die wir zurückweisen. *(Beifall bei der ÖVP. — Widerspruch bei der SPÖ.)*

Die Frau Bundesminister hat den Fahrplan des Parlaments gekannt. Das Kapitel Wissenschaft und Forschung wäre ja viel früher drangekommen. Die Frau Bundesminister hätte nicht unbedingt mit der Antwort auf eine so wichtige Frage bis zum allerletzten Augenblick warten müssen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Nun ganz kurz zu den Fakten. Der Abgeordnete Dr. Blenk hat bereits das 10-Jahres-Entwicklungsprogramm hier behandelt. Ich habe es für die vier steirischen Hochschulen zahlenmäßig genauestens geprüft. Ein Aufwand von 1136 Millionen Schilling ist hier für zehn Jahre vorgesehen. Das sind im Durchschnitt pro Jahr 114 Millionen Schilling. Im heurigen Budget stehen 80 Millionen Schilling. Da müßte um 42 Prozent aufgestockt werden, damit man überhaupt am laufenden bleibt. Alles noch auf Kostenbasis 1970, Frau Minister! Aber Sie sind schon im Rückstand für 1971 und 1972.

Frau Bundesminister! Wann werden Sie zugeben, daß dieses Entwicklungsprogramm gar nicht erfüllt werden kann. Sie erwecken damit Hoffnungen bei den Hochschulen, die einfach unverantwortlich sind und enttäuscht werden müssen. Geben Sie doch ehrlich zu, Frau Bundesminister, daß bei der Wirtschaftspolitik dieser Regierung dieses Programm gar nie

hätte finanziert werden können. *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)*

Nun ein zweites: Am Beginn dieses Programms steht: Ziel des Programms ist es, die räumlichen und finanziellen Erfordernisse der Hochschulen für die nächste Dekade aufzuzeigen.

Ich habe das an der Montanistischen Hochschule Leoben geprüft. Der Rektor hat mir am 7. November eine genaue Aufstellung gegeben. Darin steht, daß für die nächsten paar Jahre 150 Millionen Schilling notwendig sind, unter anderem für den Neubau des Peter Tunner-Institutes, des schlechtest erhaltenen Hochschulbaues in Österreich.

150 Millionen Schilling sind notwendig. Was findet man im Entwicklungsplan? Im Entwicklungsplan für die Jahre von 1973 bis 1980 sind 5 Millionen Schilling! Das sind 3 Prozent! Frau Bundesminister, das ist ja lächerlich! Das kann man ja nicht mehr ernst nehmen, das ist kein sachbezogener Plan, das ist ein Propagandapapier, eine Täuschung der Öffentlichkeit! *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Damit aller guten Dinge drei sind, ein dritter schwerwiegender Einwand: Bei einem Gesamtaufwand von 13 Milliarden Schilling haben Sie für die steirischen Hochschulen, wenn ich jetzt die Musikhochschule ausklammere, sage und schreibe 950 Millionen Schilling vorgesehen. Das sind rund 7 Prozent!

Frau Bundesminister! Sie handeln sich hier den harten Widerstand des Landes Steiermark ein. Das ist völlig unannehmbar für die steirische Öffentlichkeit! Das ist kein Länderegoismus! Ihr 10-Jahres-Plan wird in keiner Weise der Bedeutung der vier steirischen Hochschulen für Lehre, Wissenschaft und Forschung in Österreich gerecht. Das ist eine eklatante Benachteiligung meines Bundeslandes! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Dabei tut das Bundesland Steiermark sehr viel, ohne kompetenzmäßig dazu verpflichtet zu sein. Ich erwähne hier die Hochschule für Musik und darstellende Kunst. Frau Bundesminister, wenn nicht bald etwas geschieht, wächst sich das zu einem Skandal aus, für den Sie allein verantwortlich sein werden.

Diese Hochschule ist auf acht Räumlichkeiten aufgeteilt über ganz Graz verstreut. Die steiermärkische Landesregierung hat sich daher im Interesse der Förderung ihrer jungen Talente bereit erklärt, einen Neubau vorzufinanzieren. 150 Millionen Schilling hat die steiermärkische Landesregierung der Frau Bundesminister angeboten. In diesem Jahr waren bereits 20 Millionen Schilling für den Beginn des Rohbaues im Budget bedeckt. Frau

5584

Nationalrat XIII. GP — 59. Sitzung — 19. Dezember 1972

**Dr. Eduard Moser**

Bundesminister, wann werden Sie denn das Angebot annehmen? Können Sie das vor den Professoren und Studenten überhaupt noch verantworten, daß Sie die Landesregierung jetzt durch zweieinhalb Jahre am Faden halten? Das ist einfach unqualifizierbar, das muß ich hier in aller Öffentlichkeit anprangern. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Ich würde sehr bitten, daß die Verhandlungen endlich zügig abgeschlossen werden. Nehmen Sie das Angebot an, wer weiß, ob die steiermärkische Landesregierung bei dieser Wirtschaftspolitik überhaupt noch in der Lage sein wird, im nächsten Jahr die Finanzierung durchzuführen. (*Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.*)

Herr Abgeordneter Dr. Scrinzi hat hier bereits das Kurzstudium erwähnt. Es kommt ja mit Riesenschritten in Europa auf uns zu. Frau Bundesminister! Was haben Sie in dieser Sache getan? Gesetzlich ist es bereits vorgesehen. Wo sind die personellen und räumlichen Vorkehrungen?

Herr Bundesminister Sinowatz legt uns eine Novelle zum Schulorganisationsgesetz vor, in der Schulversuche für das postsekundäre Studium enthalten sind.

Frau Bundesminister, wo ist die Abstimmung, wo ist die Koordinierung? Im Jahre 1980 werden 30.000 Maturanten unsere allgemeinbildenden höheren Schulen verlassen. 4:1 ist das Verhältnis zu den Maturanten der berufsbildenden höheren Schulen. Alle können niemals ein vollakademisches Studium machen, das ist unmöglich. Bis dahin muß die Frage des postsekundären Studiums geregelt sein. Hier braucht man einen Konsens der beiden Ministerien und nicht einen Zankapfel, wie er sich jetzt zu einem ganz handfesten Streit auswächst.

Herr Abgeordneter Dr. Fischer! Ich weiß nicht, ob Sie die wirklich sachlichen und prominenten Ausführungen des Abgeordneten Dr. Hauser einigermaßen beeindruckt haben. Eines möchte ich hier noch hinzufügen: Sie reden immer von einem Gesetzentwurf, vom UOG, von dem sich inzwischen sogar die Frau Minister langsam distanziert. Hohe sozialistische Funktionäre sagen in den Bundesländern den Rektoren gegenüber: Das ist ja kein Entwurf von uns, das haben die Beamten gemacht, wir werden diesen Entwurf gar nicht vertreten.

Dann sollen Sie aber auch den Mut und die Ehrlichkeit haben, hier zu bekennen, daß es ein Entwurf der Beamten ist und nicht Ihr Entwurf.

Herr Dr. Fischer, Sie zitieren auf Grund des Begutachtungsverfahrens die Hochschulen

hier etwas abfällig. Haben Sie die Gutachten der Landesregierungen gelesen? Sie sind nämlich einstimmig, mit den Stimmen der Sozialisten! Da müssen Sie doch erschüttert sein! Da ist doch eine Welle der Ablehnung dieses Gesetzes. Wir wissen ja gar nicht, was die Frau Minister hier im Haus einbringen wird. Es ist daher müßig, über die Frage noch zu sprechen. Nur eines: Die Mitbestimmung wird heute auch zur Ablenkung von den wichtigen Hochschulproblemen mißbraucht. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Wenn man mit den Assistenten an den Hochschulen spricht, merkt man, daß sie an der Mitbestimmung gar nicht so interessiert sind. Was sie wollen, ist ein modernes Dienstrecht, eine Laufbahn für nicht habilitierte Assistenten, die Möglichkeit der Weiterbestellung, genügend Zeit zu eigener wissenschaftlicher Forschung, das Forschungssemester, in den Kliniken braucht man die Ausbildung zum Facharzt.

Frau Bundesminister! Hier ist Boden zu bebauen! Wann werden Sie ein modernes Dienstrecht mit den Assistenten aushandeln und dem Haus hier vorlegen? Wann, Frau Bundesminister? Es ist höchste Zeit dazu!

Nun zum Abschluß noch zwei Fakten, damit ich Ihnen zeige, welche Fülle von Sorgen unsere Hochschulen heute belasten. Zwei Fakten aus der Universität Graz. Wir haben ein einziges Sprachlabor mit 18 Plätzen für tausend Studierende der philologischen Fächer! Das ist Europareife! Ein moderner Sprachunterricht ist überhaupt nicht möglich! Da, Frau Bundesminister, müßten Sie vorsorgen, daß wir moderne Möglichkeiten bekommen, Sprachen zu studieren.

Oder noch ein zweites — damit will ich es dann bewenden lassen —: Die baulichen Schäden am Pathologisch-anatomischen Institut in Graz sind so gewachsen, daß nun seit einigen Tagen dort ein Schild angebracht ist: Zutritt nur auf eigene Gefahr!

So schaut die Sache wirklich aus, Frau Bundesminister! (*Anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Wenn immer wieder betont wird, daß die Frau Bundesminister ein schlechtes Erbe übernommen hat, meine Damen und Herren von der Linken (*demonstrativer Beifall bei der SPÖ*), so sage ich Ihnen: Die Hochschulbauten, die die Frau Bundesminister in den letzten zwei Jahren eröffnet hat, die sind in den Zeiten eines Mock, eines Piffel und eines Drimmel geplant, begonnen und finanziert worden! (*Beifall bei der ÖVP.*)

So ist es! Und was dann in drei, vier oder fünf Jahren eröffnet wird, das stammt von ihr;

**Dr. Eduard Moser**

darüber werden wir dann erst reden! (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP. — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Frau Bundesminister! Ich möchte nicht abstreiten, was bereits gesagt wurde. Sie ist eine tatkräftige ... (*Anhaltende Rufe und Gegenrufe.*) Darf ich das vielleicht in Ruhe sagen! (*Ruf bei der SPÖ: Leise vor allem!*)

Die Frau Bundesminister ist eine tatkräftige, initiative, gescheite Frau. Das konzedieren wir ihr. Sie ist der Wissenschaft und Forschung verbunden. Nur gibt es Kräfte in ihrer eigenen Partei, die sie an der sachlichen Arbeit hindern. Das ist die Schwierigkeit, meine Herren! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich möchte meine Replik mit einem Aspekt aus der Steiermark beschließen: Rund ein Viertel der österreichischen Hochschulen liegen in der Steiermark. Es ist verständlich, daß Wissenschaft und Forschung ein besonderes Anliegen dieses Landes sind. Die Hochschulen sind ja auch ein entscheidender Faktor, ein entscheidender Motor des Fortschritts in den kommenden Jahren für unser Land. Es kann der Steiermark nicht gleichgültig sein, in welche Richtung die gegenwärtige Hochschulreform läuft.

Die steirischen Abgeordneten, zumindest die der ÖVP-Fraktion, sehen eine wichtige Aufgabe darin, ihren Einfluß nachdrücklich dahingehend zu machen, daß sie die Vorstellungen der steiermärkischen Landesregierung von funktionstüchtigen Hochschulen bei der Reform durchsetzen.

Die steiermärkische Landesregierung war bereit und ist bereit, einen höchstmöglichen Beitrag zur Lösung der Hochschulprobleme zu liefern und zu leisten, ohne kompetenzmäßig verpflichtet zu sein.

Das sind keine leeren Worte. Das steht im Steiermark-Modell unseres Landeshauptmannes drinnen! Ich möchte mit einem Satz daraus schließen:

Die vier steirischen Hochschulen sind auch der Stolz unseres Landes! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Probst**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Berichterstatter ein Schlußwort? — Das ist nicht der Fall.

Damit ist die Aussprache über die Beratungsgruppe XIV beendet.

Wir gelangen nun zur Abstimmung über diese Beratungsgruppe, und ich bitte jene Damen und Herren, die dem Kapitel 14 mit dem dazugehörenden Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlages in der Fassung der Regierungsvorlage ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist die Mehrheit und angenommen.

Über die zu dieser Beratungsgruppe eingebrachten Entschlüsse wird nach der dritten Lesung abzustimmen sein.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung des Nationalrates berufe ich für heute, Dienstag, den 19. Dezember 1972 um 13 Uhr 20 Minuten ein, und zwar mit folgender Tagesordnung:

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973. Spezialdebatte über die Beratungsgruppen VII und XV.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluß der Sitzung: 13 Uhr 15 Minuten**